

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS  
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

## AUS DEM INHALT

ALBRECHT TYRELL

Führergedanke und Gauleiterwechsel  
Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931

ROLF STEININGER

Zur Geschichte der Münchener Minister-  
präsidenten-Konferenz 1947

DOKUMENTATION

Die Reise des Generalsekretärs  
des Länderrats Roßmann in die Ostzone  
vom 15. bis 20. Mai 1947

BIBLIOGRAPHIE

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,  
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,  
Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml

Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b

Tel. 0 89/18 00 26

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

- Albrecht Tyrell* . . . . Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die  
Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP  
1931 . . . . . 341
- Rolf Steininger* . . . . Zur Geschichte der Münchener Minister-  
präsidenten-Konferenz 1947 . . . . . 375

### DOKUMENTATION

- Die Reise des Generalsekretärs des Länderrats Roßmann in die Ostzone  
vom 15. bis 20. Mai 1947 (*Manfred Overesch*) . . . . . 454

- BIBLIOGRAPHIE . . . . . 65

*Diesem Heft liegen zwei Prospekte der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei.  
Wir bitten um Ihre Beachtung.*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2151-1.  
Preis des Einzelheftes DM 14,- = sfr. 16.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-  
ment (4 Hefte) DM 42,- = sfr. 50.40, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im  
Abonnement jährlich DM 34,-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,  
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement  
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 67.60; für Stu-  
denten DM 59.60 (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen  
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Geneh-  
migung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-  
Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M.,  
Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmen-  
abkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der  
Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser  
dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen  
zu erteilen.

Druck: Georg Appl, Wemding/Schwaben



# VIERTELJAHRSHFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

23. Jahrgang 1975

Nr. 4

ALBRECHT TYRELL

## FÜHRERGEDANKE UND GAULEITERWECHSEL

### Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931

Über den großen Anteil, den die Gauleiter als die höchsten regionalen Funktionäre der NSDAP an der Ausbreitung des Nationalsozialismus über Deutschland hin von 1925 an hatten, und über die hohe Bedeutung, die ihnen als den Bindegliedern zwischen der Reichsleitung und den Ortsgruppen für das Funktionieren der Parteiorganisation zukam, besteht in der Forschung breite Übereinstimmung<sup>1</sup>. Wie schon ein Blick auf das Faktum zeigt, daß 21 der zwischen 1925 und 1931 ernannten Gauleiter dies Parteiamt bis 1945 behielten<sup>2</sup>, verringerte sich das Gewicht dieser „alten Garde“ im nationalsozialistischen Herrschaftssystem nach 1933 keineswegs – ihr Einfluß wuchs vielmehr noch, zumal da die Mehrzahl der Gauleiter zusätzlich wichtige Funktionen im Staatsapparat übernahm<sup>3</sup>.

Wenn man den Blick auf die Ebenen unterhalb Hitlers und der Reichsleitung der NSDAP richten und nach der Tätigkeit der Nationalsozialisten „an der Basis“ fragen will, so bietet sich die überschaubare Gruppe der Gauleiter – die österreichischen Gaue nicht eingerechnet, umfaßte die Parteiorganisation der NSDAP nie mehr als höchstens drei Dutzend Gaue gleichzeitig – als günstiger Ausgangspunkt für eine Untersuchung sowohl der politischen und agitatorischen Aktivitäten als auch der organisatorischen Binnenstruktur der NSDAP im ersten großen Abschnitt der Parteientwicklung, also bis 1933, eigentlich von selbst an. Insbesondere

<sup>1</sup> Siehe z. B. P. Hüttenberger, *Die Gauleiter, Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP*, Stuttgart 1969, S. 7 u. ö.; M. Broszat, *Der Staat Hitlers, Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969, S. 55 f.; D. Orlow, *The History of the Nazi Party, 1919–1933*, Pittsburgh 1969, S. 145 f.; A. Tyrell (Hrsg.), *Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP, Dokumentation und Analyse*, Düsseldorf 1969, S. 218 f.; J. Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933*, London 1971, S. 160 ff.; W. Horn, *Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933)*, Düsseldorf 1972, S. 278 ff.

<sup>2</sup> Fünf von ihnen waren 1925 ernannt worden, je zwei 1926 und 1927, sechs 1928, je einer 1929 und 1930, vier 1931. Drei weitere Gauleiter aus der „Kampfzeit“ starben 1942 (seit 1928 im Amt) bzw. 1944 (1926 bzw. 1928 ernannt). Vgl. die Aufstellung bei Hüttenberger, S. 221 ff.

<sup>3</sup> S. dazu die Arbeiten von Hüttenberger und P. Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich, Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945*, München 1969, bes. Kap. 1 ff.

erscheinen die verschiedenen Gauleiterwechsel geeignet, den Prozeß der Herausbildung der spezifisch nationalsozialistischen Parteistruktur in ein helleres Licht zu rücken.

Gleichwohl ist für die Zeit vor der sogenannten „Machtergreifung“ die Mittlerfunktion der Gauleiter zwischen der Reichsleitung und den Ortsgruppen noch ebensowenig systematisch untersucht worden wie das Auswahlverfahren für Gauleiter oder ihre Bedeutung für die regionale Entwicklung der NSDAP. P. Hüttenbergers Studie über die Gauleiter befaßt sich nur zum geringeren Teil und an Hand von nicht immer korrekt dargestellten Einzelfällen mit der Zeit vor 1933<sup>4</sup>. Die Monographien von D. Orlow und W. Horn, die als erste ihrer Art umfassend die innerparteiliche Entwicklung der NSDAP zwischen 1919 und 1933 behandeln, gehen zu knapp und zu wenig systematisch auf die Vielfalt der Personen und Tendenzen in den Gauen und auf ihre Beziehungen zur Reichsleitung ein<sup>5</sup>. Selbst die Studien, die Aufstieg und Tätigkeit der Nationalsozialisten in regionalen Teilbereichen untersuchen, berücksichtigen nicht alle in gleicher Intensität die Männer und Vorgänge an der Spitze der behandelten Gaue<sup>6</sup>. Person und Funktion der Gauleiter und die Wechsel in diesem Amt bildeten jedoch wesentliche Faktoren des im einzelnen unterschiedlichen Maßes an organisatorischer Stabilität und propagandistischer Schlagkraft des jeweiligen Gaues, das seinerseits Rückschlüsse auf den Beitrag ermöglicht, den die Nationalsozialisten selbst zu ihrem Aufstieg leisteten.

In dem hier gegebenen Rahmen können diese Forschungsprobleme nur angerissen werden. Immerhin läßt sich aber an dem bisher unbeachtet gebliebenen Einzelbeispiel der mit der Ernennung von zwei neuen Gauleitern verbundenen Teilung des Gaues Rheinland im Jahre 1931 aufzeigen, daß die detaillierte Untersuchung derartiger Vorgänge wichtige Aufschlüsse über die innere Entwicklung der NSDAP zu erbringen vermag. Bevor wir uns jedoch diesem Fall zuwenden, erscheint es aus den genannten Gründen angebracht, zunächst allgemein einiges

<sup>4</sup> S. etwa Hüttenberger, a. a. O., S. 7 f., 39 ff.

<sup>5</sup> Zu den Arbeiten von Orlow und Horn s. Anm. 1.

<sup>6</sup> Das gilt besonders für die Mannheimer Dissertation von E. Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim a. Gl. 1972. Nur einmal geht Schön näher auf die Umstände eines Gauleiterwechsels in den drei hessischen Gauen ein (S. 183 ff.). Weder für diesen noch für drei andere in Frage kommende Fälle der Ablösung eines hessischen Gauleiters hat Schön die aufschlußreichen Akten des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses der Reichsleitung der NSDAP (später: Oberstes Parteigericht) herangezogen, die inzwischen vom Berlin Document Center (fortan: BDC, Bestand OPG) in das Bundesarchiv überführt worden sind. Weitere Regionalstudien: H. Anschütz, Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Hamburg, Ihre Anfänge bis zur Reichstagswahl vom 14. September 1930, Phil. Diss. (Ms.) Hamburg 1956 – dazu auch A. Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP, Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959; G. Schildt, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West, Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Phil. Diss. Freiburg/Br. 1964; Noakes (s. Anm. 1); G. Pridham, Hitler's Rise to Power, The Nazi Movement in Bavaria, 1923–1933, London 1973; W. Böhnke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bonn-Bad Godesberg 1974.

zur Funktion der Gauleiter und vor allem zu den Prinzipien der Führerauswahl in der NSDAP vor 1933 zu sagen.

Die Gauleiter waren nicht nur formal die von Hitler mit weitreichenden Vollmachten versehenen und ihm unmittelbar unterstehenden Stellvertreter in ihrem regionalen Bereich, sondern in der Regel auch tatsächlich die treibende Kraft, was die Propaganda- und Organisationstätigkeit der NSDAP in ihrem Gau anging<sup>7</sup>. Solche Aktivität und ihr Erfolg hatten schon der ersten Auswahl der Gauleiter als das fast einzige Kriterium zu Grunde gelegen. Das Amt gab es in der NSDAP erst seit der Neugründung der Partei nach dem mißglückten Putschversuch vom November 1923. Der Neubeginn im Februar 1925 erfolgte auf Reichsebene und machte eine Regionaleinteilung unerlässlich. Bis 1923 hatte eine solche nur in allerersten Ansätzen bestanden, weil sich die NSDAP zunächst ganz überwiegend auf süddeutsche Anhänger gestützt hatte<sup>8</sup> und vom November 1922 an in mehreren außerbayerischen Ländern, darunter in Preußen, verboten worden war.

Der heftige Führerstreit, der das Jahr 1924 über die völkische Bewegung gelähmt hatte<sup>9</sup>, ließ die zahlreichen völkischen Gruppen nach einem politisch-propagandistisch attraktiven und organisatorisch starken Kristallisationskern Ausschau halten. Während sich ein Teil von ihnen Anfang 1925 in der Deutschvölkischen Freiheitspartei mit dem Zentrum Berlin neu formierte<sup>10</sup>, setzten andere ihre Hoffnungen nunmehr erneut oder erstmals auf Hitler und die nationalsozialistische Parteizentrale in München. Dort gab man in der Wiederaufbauphase, die etwa bis zum Frühsommer 1926 anzusetzen ist, den Bewerbungen lokaler und regionaler Führer völkischer Gruppen von außerhalb Bayerns um Anerkennung und Bevollmächtigung als Gauleiter der NSDAP nach persönlicher Rücksprache oder auch auf schriftlichen Antrag hin zunächst einmal fast ausnahmslos statt, wenn der Antragsteller eine größere Anzahl von Anhängern vorzuweisen hatte, die sich unter seiner Führung der NSDAP anschließen und fortan für sie tätig sein wollten. Bis zu der vom neuen Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer zum 1. Oktober 1928 durchgeführten Neueinteilung, die aus propagandatechnischen Gründen die Grenzen der Gaue mit denen der 35 Reichstagswahlkreise zur Deckung bringen wollte<sup>11</sup>, erfolgten die von Hitler ausgesprochenen Ernennungen nur vorbehaltlich

<sup>7</sup> Vgl. dazu z. B. Broszat, a. a. O., S. 54 ff.; Tyrell, a. a. O., S. 216 ff.; Noakes, a. a. O., S. 161 ff.

<sup>8</sup> Die Polemik, die M. H. Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 137, an das von ihm errechnete Faktum knüpft, daß 18,4% von rund 4800 Neuzugängen in der Mitgliederkartei zwischen dem 25. 9. und dem 9. 11. 1923 aus Gebieten nördlich des Mains kamen, überschätzt die Aussagekraft seiner Zahl. Der „Treibsand“ (Alfred Rosenberg) der letzten anderthalb Monate vor dem Novemberputsch kann nicht einfach als repräsentativ für die Monate und Jahre vorher angenommen werden.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Schildt, a. a. O., S. 13 ff.; U. Wörtz, Programmatik und Führerprinzip, Das Problem des Straßer-Kreises in der NSDAP, Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1966, S. 36 ff., 40 ff.; R. Wulff, Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922–1928, Phil. Diss. Marburg 1968, S. 38 ff.; Tyrell, a. a. O., S. 68 ff.; Noakes, a. a. O., S. 41 ff.; Horn, a. a. O., S. 154 ff.

<sup>10</sup> S. dazu Wulff, a. a. O., S. 66 ff.

<sup>11</sup> S. dazu Gauleiter F. Sauckel an Straßer, 11. 7. 1928 (BDC, Bestand Parteikanzlei-Korrespon-

„einer späteren endgültigen Regelung“<sup>12</sup>. Doch schon vom Augenblick der erstmaligen Ernennung an war es den Gauleitern praktisch selbst in die Hand gegeben, ob sie fortan in dieser Position verblieben.

Verschiedentlich ist dieses Ausgreifen der NSDAP über Süddeutschland hinaus so interpretiert worden, daß Hitler den Anschluß der regionalen Gruppen, vor allem derjenigen in Nord- und Westdeutschland, damit habe erkaufen müssen, daß er den neuen Unterführern weitgehende Selbständigkeit zugestand<sup>13</sup>. Diese Deutung übersieht indes nicht nur das starke Interesse der neuen Gauleiter am Rückhalt in einer Reichsorganisation und ihre Abhängigkeit vom Votum ihrer Anhänger, die in Regionalversammlungen für die Unterstellung unter Hitler und München plädierten<sup>14</sup>. Sie konstruiert auch einen „Gegensatz zwischen dem theoretischen Führungsanspruch Hitlers und der tatsächlich von unten erfolgenden Führerauswahl“<sup>15</sup>, der in dieser Schärfe gar nicht existierte. Indem sie Hitlers Anspruch allzu starr absolut setzt, verkennt sie das doch beträchtliche Maß an Flexibilität, mit der er sich bei der Verfolgung seiner langfristigen Ziele vorgegebenen Situationen anpassen konnte, und sie versäumt es darüber hinaus, nach den Motiven für sein Verhalten in dieser Frage zu forschen. Hitlers Einstellung trug nicht einfach nur den vorhandenen Tatsachen Rechnung, sondern es schlugen sich darin organisationstheoretische Grundsätze nieder, die vom nationalsozialistischen Menschenbild und von den praktischen Organisationserfahrungen und den Modellvorstellungen bestimmt wurden, an denen sich Hitler seit 1921 orientierte<sup>16</sup>.

denz [fortan: BDC, PK] Sauckel); Völkischer Beobachter 206 v. 5. 9. 1928, S. 3; Straßer an die Gauleitungen Ost-Hannover und Süd-Hannover-Braunschweig, 24. 6. 1929 (Bundesarchiv Koblenz [fortan: BAK], Bestand NS 22-377). Eine Aufstellung aller zwischen 1925 und 1932/33 bestehenden NSDAP-Gaue mit Angaben über Amtsdauer, Alter und Berufszugehörigkeit der Gauleiter bei Tyrell, S. 371 ff. Dort ist auf S. 375 das Geburtsjahr von A. Ripke (1880) nachzutragen und die Altersstatistik auf S. 372 entsprechend zu vervollkommen. Außerdem ist dort auf S. 377 und 371 f. als 74. Gauleiter nachzutragen der im Gau Hessen-Nassau-Süd vom 1. 10. 1932 bis zum 28. 2. 1933 für J. Sprenger amtierende Karl Linder (Jg. 1900, Pg. Nr. 5284, Obersteuersekretär).

<sup>12</sup> Weitgehend gleichlautende „Ausweis“-Durchschriften aus den Akten der Reichsgeschäftsstelle für insgesamt 19 Gauleiter aus den Jahren 1925/26 in BAK, NS 26-1290. Das Faksimile des „Ausweis“ von 1925 und der „Bestätigungsurkunde“ vom 29. 9. 1928 für Gauleiter Ley (Rheinland) bei W. Kiehl, Mann an der Fahne, Kameraden erzählen von Dr. Ley, München 1938, nach S. 96 und nach S. 112.

<sup>13</sup> So R. Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim a. Gl. 1966, S. 10 f.; Hüttenberger, a. a. O., S. 24, 26 f.; Horn, a. a. O., S. 225. S. aber schon Schildt, a. a. O., S. 36 ff.

<sup>14</sup> Belege für fast alle Gaue in BAK, Sammlung Schumacher 199–209; für das Rheinland s. z. B. Entschließung v. 1. 3. 1925 (ebd. 203); s. ferner die Entschließung der Vertreter von Westfalen, Rheinland-Nord und -Süd, Hannover und Pommern in Hamm/W. am 22. 2. 1925 (Tyrell, a. a. O., S. 104 f.).

<sup>15</sup> Hüttenberger, a. a. O., S. 21.

<sup>16</sup> Die noch in jüngsten Veröffentlichungen (z. B. Horn, a. a. O., S. 45 ff., bes. S. 47, u. ö.; J. C. Fest, Hitler, Eine Biographie, Frankfurt-Berlin-Wien 1973, S. 175 ff., bes. S. 184, u. ö.) übersehene innerparteiliche Entwicklung, in deren Verlauf Hitler schließlich 1921 den von

Dem nationalsozialistischen Selbstverständnis nach sollte die NSDAP „entgegen dem demokratischen, d. h. in Wirklichkeit jüdischen Geist, der unsere gesamten öffentlichen Organisationen heute beherrscht“, im ganzen politisch-gesellschaftlichen Bereich den angeblich der arischen Rasse in besonderem Maße eigenen Gedanken der „Bedeutung der rassischen Werte“, „des Wertes der Persönlichkeit“ und des Kampfes wieder zu allgemeiner Geltung verhelfen<sup>17</sup>. Diese drei Faktoren bildeten die ideologische Grundlage des von den Nationalsozialisten propagierten Führergedankens. Seine extremste und zugleich bekannteste Ausprägung fand er in der Gleichsetzung der „nationalsozialistischen Idee“ mit der Person des „Führers“ Hitler. Daß diese Identifikation mit dem wachsenden Erfolg der Partei bei den Parteimitgliedern immer stärkere Resonanz fand<sup>18</sup>, darf jedoch nicht den Blick darauf verstellen, daß der nationalsozialistische Führergedanke sich in der Anwendung auf Hitler und auf die in ihm gipfelnde hierarchische Gliederung der Partei nicht erschöpfte. Eine solche Beschränkung würde seine tatsächliche Reichweite unzulässig verkürzen<sup>19</sup>.

Es trifft zu, daß der aus dem Führergedanken abgeleitete Organisationsgrundsatz, das Führerprinzip, formal zunächst einmal einen hierarchischen Aufbau meinte, in dem von oben nach unten das Prinzip von Befehl und Gehorsam gelten sollte<sup>20</sup>. Seine Rechtfertigung und seine Überzeugungskraft ergaben sich für die

ihm zunächst nicht angestrebten Parteivorsitz übernehmen mußte, und die Gründe, die ihn veranlaßten, für die NSDAP im Juli 1921 das Modell der späteren „Führerpartei“ zu entwerfen, sind untersucht bei A. Tyrell, Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘, Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

<sup>17</sup> Aus Hitlers Rede v. 30. 7. 1927 (Niederschrift über die Generalversammlung der NSDAP und des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins vom 30. Juli 1927, S. 4 f., BAK, NS 26-81/82; der Wortlaut nach dem Völk. Beobachter bei Tyrell, Führer befehl, S. 174). Siehe auch A. Hitler, Mein Kampf, Ungek. Ausgabe, München 1940, S. 99, 587 f.

<sup>18</sup> Die These von Horn (a. a. O., S. 12 u. ö.), daß sich diese Identifikation sowohl in Hitlers eigenem Anspruch als auch in dessen Rezeption durch die Parteianhänger „schon in der Frühzeit der Partei herausbildete und sich in den folgenden Jahren nur noch in Nuancen qualitativ veränderte“, basiert, was Hitlers Selbsteinschätzung angeht, u. a. auf der traditionellen, aber unzutreffenden Vorstellung, daß Hitler seine Tätigkeit in der Partei mit dem Vorsatz begonnen habe, deren bisherige Leiter zu verdrängen, um selbst die Parteiführung zu übernehmen und die Partei zum Instrument seines Machtwillens zu machen. Horn versäumt es, Hitlers politischer Konzeption auf den Grund zu gehen und die Rolle, die Hitler darin der Partei zuschreibe, sowie Hitlers Führerbegriff und sein Selbstverständnis auf den einzelnen Stufen der Parteientwicklung von 1919/20 an exakt zu bestimmen. Deshalb übersieht er, daß sich in Hitlers Selbstverständnis zumindest bis 1924 ganz erhebliche qualitative Veränderungen vollzogen. Siehe dazu im einzelnen Tyrell, Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘.

<sup>19</sup> So z. B. bei Horn, a. a. O., S. 15, 430. Siehe dagegen ebd., S. 281 f., und schon Wörtz, a. a. O., S. 7 ff., 153 ff.

<sup>20</sup> Besonders prägnant: R. Heß an W. Hewel, 30. 3. 1927 (Tyrell, Führer befehl, S. 169, 171); s. auch Mein Kampf, S. 99, 578 (zu den von Hitler an dieser Stelle vorgenommenen Änderungen in der 4. und allen folgenden Auflagen s. H. Hammer, Die deutschen Ausgaben von Hitlers „Mein Kampf“, in dieser Zeitschrift 4 [1956], S. 171 f.).



Nationalsozialisten jedoch erst aus seiner ideologischen Begründung. Entsprechend den sozialdarwinistischen Vorstellungen, die die Maxime vom „Wert der Persönlichkeit“ in sich trug, sollte an der Spitze dieser Hierarchie derjenige stehen, der durch seine Erfolge auf dem Weg dorthin bewiesen hatte, daß er unter allen in Frage kommenden Kräften der geeignetste Mann für diese Position sei, in der er sich dann durch weitere Leistungen zu bewähren oder aber einem besseren zu weichen hatte<sup>21</sup>.

Hier wird bereits erkennbar, daß der „Wert der Persönlichkeit“ den Aufbau der Partei in zweifacher Hinsicht bestimmen sollte: die Maxime begründete ein Organisationsprinzip, stellte aber auch, was bei der Behandlung des nationalsozialistischen Führergedankens leicht übersehen wird, einen Qualifikationsgrundsatz dar. Diese doppelte Tendenz des Führergedankens und ihre Auswirkungen müssen uns gleich noch näher beschäftigen.

Führergedanke und Führerprinzip wurden, wie schon gesagt, nicht allein auf die Spitzenposition in der Partei bezogen, sondern sollten für den gesamten Organisationsbereich gelten. Auf dem Weg zur Durchsetzung der vorhin genannten ideologischen Grundgedanken im ganzen deutschen Volk sollte als erstes das Instrument für den angestrebten Umerziehungsprozeß, die NSDAP, „in sich selbst das Vorbild einer solchen Änderung“ ausprägen<sup>22</sup>, bis man eines Tages den gesamten politischen und gesellschaftlichen Bereich entsprechend würde umgestalten können.

In der Ausgangssituation der Jahre nach 1925 bedeutete die Anwendung des Führergedankens auf die Gesamtpartei zunächst einmal, daß die nationalsozialistischen Unterführer nicht von oben bestimmt werden, sondern sich nach dem Grundsatz „Auslese im Leistungswettstreit“ aus der Masse der Parteigenossen mit prinzipiell gleichen Aufstiegschancen von unten herausarbeiten sollten.

Berücksichtigt man das, so erscheint die vermeintlich „widersprüchliche Formulierung“, die man den ersten Gauleiter-Urkunden nachgesagt hat<sup>23</sup>, durchaus eindeutig: Hitler „beauftragte“ die bisher für völkische Übergangsorganisationen tätigen Landes-, Gau- und Kreisführer nunmehr mit dem Aufbau einer NSDAP-Gauorganisation in dem betreffenden Gebiet und „bestätigte“ jeweils den durch seine bisherige Leistung und die Anerkennung seiner Anhänger qualifizierten Mann als den „verantwortlichen Führer dieses Gaues bis zu einer späteren endgültigen Regelung“<sup>24</sup>.

Bei der Anerkennung der regionalen Führerverhältnisse ging man in München bewußt von der Voraussetzung aus, daß die Formation einer hierarchisch aufgebauten Parteiorganisation, deren Grundzüge Hitler erstmals 1921 entworfen hatte<sup>25</sup>, viel Zeit brauche und Unterführer nicht durch Kommando geschaffen

<sup>21</sup> Mein Kampf, S. 379.

<sup>22</sup> Hitler am 30. 7. 1927 (s. Anm. 17); s. auch Mein Kampf, S. 379.

<sup>23</sup> Schildt, a. a. O., S. 39; Hüttenberger, a. a. O., S. 21.

<sup>24</sup> Siehe Anm. 12.

<sup>25</sup> Vgl. dazu Tyrell, Vom ‚Trommler‘ zum ‚Führer‘, bes. Kap. 9 f.



werden könnten, sondern sich aus der Parteigenossenschaft hervorarbeiten müßten und würden<sup>26</sup>. Das war der Grund, weshalb man zunächst keine endgültige Regelung für die regionalen Zwischeninstanzen traf. Auch in diesem Bereich wollte man vielmehr der Durchsetzung der „tüchtigsten Kämpfer“ durch Leistung bewußt den Weg freigeben<sup>27</sup> und den Parteaufbau „ganz organisch“ von unten wachsen lassen<sup>28</sup>.

Die oberste Führung – konkret: Hitler – war also nicht von vornherein die einzige oder gar die ursprüngliche Quelle von Autorität in der NSDAP, wie es die spätere, sogar in der Forschung noch lange nachwirkende nationalsozialistische Legende darstellte. Auch Hitler selbst war sich durchaus der Tatsache bewußt, daß seine Stellung an der Spitze der NSDAP zunächst nur einen Sonderfall des allgemeinen Auslesegrundsatzes bildete. Sie gründete sich auf seine Leistungen bis zum Putschversuch von 1923 und seinen im völkischen Führerstreit des Jahres 1924 am wenigsten verschlissenen Ruf, bedurfte aber zur Aufrechterhaltung und Festigung weiterhin kontinuierlicher Erfolge. Theoretisch erkannte er sogar an, daß auch er ersetzbar sei und gehen müsse, wenn ein „besserkönnender, neuer Mann“ den Mitgliedern geeigneter erscheine<sup>29</sup>. Dazu kam es freilich nicht: im Gegenteil führte der zunächst langsame, dann aber rapide Aufstieg der Gesamtpartei zu einem maßgeblichen Faktor auf der politischen Szene der Weimarer Republik unter seiner Führung zu einer immer stärkeren Anerkennung von Hitlers oberster Autorität durch den Apparat und die Parteimitglieder. Auf dieser Grundlage fußte dann auch seine wachsende Souveränität bei der Berufung von Unterführern.

Die Ausgangssituation in diesem Bereich war jedoch anders. In regional und funktional begrenzten Bereichen der NSDAP konnten (und sollten!) sich Unterführer – konkret: Gauleiter, Ortsgruppenleiter<sup>30</sup>, auch die SA-Führer der verschiedenen Ränge – durch eigene Leistung eine Position schaffen, die ihnen gegenüber den Mitgliedern und den jeweils niedrigeren Funktionären ihres Bereichs „unbedingte Autorität nach unten“<sup>31</sup> im Sinne des Führerprinzips verlieh. Natür-

<sup>26</sup> Siehe z. B. Hitlers Stellungnahmen zu Parteitageanträgen 1927, Sondertagung für Organisationsfragen, Antrag 15 und 20 (BAK, NS 26-390; s. auch Tyrell, Führer befehl, S. 240); Mein Kampf, S. 583 f.; ferner den Beschluß der Parteitage-Sondertagung für Organisationsfragen 1926 über den Antrag der Ortsgruppe Ilmenau, wonach die Reichsleitung darauf hinwirken solle, daß die führenden Parteifunktionäre in Industriegebieten Arbeiter seien oder wenigstens entsprechende sozialpolitische Erfahrungen mitbrächten: „Antrag abgelehnt, da Bewegung auf dem Standpunkt freier Führerauswahl steht“ (BAK, NS 26-589).

<sup>27</sup> M. Amann an G. Seifert, Hannover, 27. 10. 1925 (BAK, NS 26-141).

<sup>28</sup> Grundsätzliche Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP, 26. 2. 1925 (Tyrell, Führer befehl, S. 106); Hitlers Rede zur Landesvertretertagung in Plauen am 12. 6. 1925, S. 5 (BAK, NS 26-59).

<sup>29</sup> Mein Kampf, S. 579.

<sup>30</sup> Um die Verantwortlichkeitsbereiche im Sinne des Führerprinzips übersichtlich zu halten, gliederte sich die NSDAP bis zum Sommer 1932 offiziell nur in die drei Stufen Ortsgruppe – Gau – Reichsleitung. Eine Unterteilung in Bezirke und/oder Kreise ohne organisatorische Verbindlichkeit und finanztechnische Selbständigkeit blieb den Zweckmäßigkeitserwägungen der Gauleiter anheimgestellt (s. Tyrell, Führer befehl, S. 353).

<sup>31</sup> Heß an Hewel, S. 171 (s. Anm. 20).

lich kam der Autorität der durch größere Leistungen für einen umfassenderen Organisationsbereich qualifizierten höheren Stellen, insbesondere der des obersten Führers, im Falle direkter Konfrontation das größere Gewicht zu. Seinen Ausdruck und seine Anerkennung durch den neuen Funktionär fand dies Verhältnis in der für Gauleiter seit 1925 obligatorischen offiziellen Ernennung durch Hitler und für die von der Ortsgruppe gewählten Ortsgruppenleiter in der seit November 1926 verbindlichen Bestätigung durch den jeweiligen Gauleiter<sup>32</sup>. Diese Autorisierung besaß selbstverständlich nicht nur formale Bedeutung. Die Ernennung durch Hitler, den bestqualifizierten Führer der Partei, verlieh den Gauleitern zusätzliche Autorität, auf die sie besonders dann gern zurückgriffen, wenn sie selbst Schwierigkeiten hatten, sich durchzusetzen. Erst mit der zunehmenden inneren Stabilisierung der NSDAP und der wachsenden Führerbindung der Mitglieder gegenüber Hitler begann die von ihm verliehene Autorität die von den Gauleitern selbst erworbene immer stärker zu überlagern. Aber wenigstens für die Zeit vor 1933 ist es für das Verständnis der inneren Struktur der NSDAP, insbesondere für das Verständnis der Vorgänge bei der Führerqualifikation und -auswahl und bei damit verbundenen Konflikten entscheidend wichtig, die ursprüngliche Quelle parteiinterner Autorität nicht aus dem Auge zu verlieren<sup>33</sup>. Die Darstellung der Teilung des Gaues Rheinland wird gleich an einem konkreten Beispiel aufzeigen, wie stark das auf der eigenen Leistung beruhende Selbstvertrauen auch 1931 noch das Verhalten und die Argumentation des Gauleiters Dr. Ley und seines Herausforderers Gustav Simon beeinflusste und wie sich das in den Maßnahmen des Reichsorganisationsleiters niederschlug. Zu beachten ist ferner, daß die Parteileitung noch zu Anfang der dreißiger Jahre schon rein technisch keineswegs in der Lage – im übrigen aber auch nur begrenzt willens – war, das relativ ausgeprägte Eigenleben der Gaue zu kontrollieren. Auch davon wird gleich noch die Rede sein.

Man darf in dem hier diskutierten Zusammenhang nicht übersehen, daß im Führergedanken zwei gegenläufige Tendenzen angelegt waren, die sich beide aus der Maxime vom „Wert der Persönlichkeit“ herleiteten: auf der einen Seite stand der Qualifikationsgesichtspunkt, wonach sich die Besten durchsetzen mußten und sollten, auf der anderen Seite das Organisationsprinzip, das der Autorität des durch Leistung qualifizierten und von der zuständigen höheren Parteiinstanz anerkannten Unterführers einen bestimmten Arbeitsbereich unterordnete, in dem nur sein Wort gelten und für den er sich ausschließlich nach oben zu verantworten haben sollte.

Jede der beiden Tendenzen entsprach einem Bedürfnis der Partei. Es war jedoch kaum möglich, ihre positiven Ausflüsse voll zu nutzen und dabei gleichzeitig ihre negativen Nebenwirkungen auszuschalten. In der Praxis mußte sich die Parteileitung deshalb immer wieder einmal der Frage stellen, was der Weiterentwicklung der Partei jeweils mehr nütze und welcher Tendenz daher Vorrang zu geben sei. Denn einerseits erforderte die Funktionsfähigkeit der Partei möglichst stabile in-

<sup>32</sup> Siehe die Dokumente bei Tyrell, *Führer befehl*, S. 105, 139, 231, 233.

<sup>33</sup> Das ist bei Horn durchgängig zu wenig berücksichtigt.

nerparteiliche Verhältnisse, andererseits aber verlangte der Auslesegedanke mit seiner Wirkungsrichtung von unten nach oben im Gegenteil eine gewisse Offenheit der Parteistruktur, um durch Aufstiegschancen den Leistungswillen der Parteigenossen anzuspornen.

Dieser sollte im Idealfall natürlich auch während des Qualifikationsvorgangs der Partei zugute kommen, doch ergaben sich in der Praxis immer wieder starke, der Parteientwicklung wenig förderliche Spannungen zwischen dem Behauptungswillen der etablierten und dem Durchsetzungswillen der aufstrebenden Kräfte. Deren Oppositionshaltung konnte auf unterschiedlichen Motiven beruhen. Auseinandersetzungen über Fragen der Propagandataktik oder -technik oder der Vorwurf mangelnden Einsatzes oder Erfolgs kamen dafür ebenso in Betracht wie persönlicher Ehrgeiz. Zumeist handelte es sich um ein mehrschichtiges Motivgeflecht. Stets aufs neue stellte sich dabei die Frage, wie lange ein Gauleiter oder ein Ortsgruppenleiter als „der Beste“ in seinem Bereich gelten konnte. Auf der anderen Seite standen diejenigen, die seine Qualifikation in Zweifel zogen, in jedem neuen Fall wieder vor dem Problem, wie sie gegen die parteiamtlich sanktionierte Machtstellung des von ihnen angegriffenen Unterführers beweisen sollten, daß sie die besseren Kräfte seien. Eine besondere Schärfe bekamen diese Gegensätze oft durch die menschlichen und fachlichen Unzulänglichkeiten des nationalsozialistischen Unterführerpersonals, über dessen Qualität man sich in der Parteiführung keinen Illusionen hingab<sup>34</sup>.

Gerade der Mangel an „geeigneten Köpfen“, an denen es – auch im Gauleiter-Bereich – „der Bewegung noch sehr stark“ fehlte, wie auch Hitler wußte<sup>35</sup>, ließ es nun aber jahrelang nicht zu, den Ausleseprozeß einzuschränken oder in festere Bahnen zu überführen. Hitler war sich darüber im klaren, daß dem Parteiapparat einfach noch zu viele personenbedingte Mängel anhafteten, als daß er auch nur einigermaßen reibungslos nach dem Führerprinzip – Autorität jedes Unterführers nach unten, Verantwortlichkeit nach oben – hätte funktionieren können. Allzu viele Gauleiter, SA-Führer und Ortsgruppenleiter gaben in ihrem fachlichen und persönlichen Gebaren innerhalb und außerhalb der Partei zu Klagen Anlaß, um schon die ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit und Vertrauen zumindest innerhalb der eigenen Reihen verlangenden Unterführerpositionen in diesem Sinne ausfüllen zu können. Bei der Abwägung der Interessen der Partei nahm Hitler deshalb die durch die Ausleseprozesse im Apparat verursachten Verluste an organisatorischer Stabilität und an Effektivität der Parteiarbeit erst einmal notgedrungen, aber bewußt in Kauf und setzte seine Hoffnungen darauf, daß sich auf diese Weise die personellen Lücken im Parteiapparat mit der Zeit von unten

<sup>34</sup> Hitler am 12. 6. 1925, S. 12 (s. Anm. 28); Stellungnahme Hitlers zu Parteitageanträgen 1927 (s. Anm. 26); W. Buch an Gauleiter R. Wagner, Karlsruhe, 11. 6. 1929 (BAK, NS 26-1375); s. auch die Dokumente bei Tyrell, Führer befehl, S. 184, 199 ff., 211 ff., 240 ff.

<sup>35</sup> Stellungnahme Hitlers zu Parteitageantrag 15, Sondertagung für Organisationsfragen 1927 (ebd. S. 240).



her schließen würden<sup>36</sup>. So sollte sich die Parteiorganisation allmählich festigen und vervollkommen, bis sie auf allen oder doch den meisten Posten optimal besetzt und in der Lage sein würde, Weisungen von oben reibungslos in die Tat umzusetzen oder die für den jeweiligen Bereich im Interesse der Partei erforderlichen Entscheidungen selbständig hervorzubringen.

In diesem Stadium würde schließlich die autoritäre Tendenz des Führerprinzips den in umgekehrter Richtung von unten nach oben wirkenden, ebenfalls im Führergedanken begründeten Grundsatz der Auslese an Bedeutung überlagern. Zwar sollte die Partei dann nicht strukturell erstarren, sondern weiterhin Aufstiegsmöglichkeiten für gute Kräfte bieten, doch sollte die Flexibilität dann strengeren Regeln unterworfen sein, um die Stabilität und die Effektivität des Apparates nicht zu beeinträchtigen. Mit aller Deutlichkeit fand die latente Spannung zwischen den beiden Tendenzen des Führergedankens 1929 in einem Aufsatz Ausdruck, den der Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer – selbst vier Jahre lang Gauleiter von Niederbayern und eben erst wegen Überlastung von diesem Posten zurückgetreten – zum zweiten Nürnberger Parteitag über „Die Bedeutung der Organisation“ schrieb:

„Jeder trägt den Marschallstab im Tornister“ als Weckruf an die Leistungsfähigkeit des einzelnen, und trotzdem ergibt sich dann einmal von oben die Notwendigkeit der Schaffung fester Bahnen für die Aufstiegsmöglichkeit der Tatkräftigen, aber auch für [die] Verhinderung des Kampfes aller gegen alle<sup>37</sup>.

Diese nachdenkliche Äußerung des Reichsorganisationsleiters fiel bezeichnenderweise mit einer organisatorischen Maßnahme zusammen, die die von Straßer mit seinen letzten Worten umrissenen Auswirkungen der gegenläufigen Tendenzen des Führergedankens abmildern sollte: in der Sondertagung des Parteitags für Organisationsfragen holte die Parteileitung das Einverständnis der dort versammelten Gau- und Ortsgruppenleiter zu der Regelung ein, daß ab sofort „gemäß dem autoritativen Aufbau der Bewegung die Ortsgruppenleiter nicht mehr gewählt, sondern vom Gauleiter eingesetzt“ werden sollten<sup>38</sup>.

Beides, Straßers Ausführungen und die Änderung des Berufungsverfahrens für

<sup>36</sup> Siehe z. B. Mein Kampf, S. 383 f., und die in Anm. 34 genannten Belege.

<sup>37</sup> G. Straßer, Die Bedeutung der Organisation, in: Illustrierter Beobachter, Folge 31 v. 3. 8. 1929, S. 376. – Gerade ein Jahr zuvor hatte noch Reinhold Muchow (1905–1953), der junge, dynamische Organisationsleiter des Gaues Berlin (später auch der NSBO und der DAF) unbekümmert für die absehbare Zukunft einen aus dem Generationsgegensatz innerhalb der NSDAP erwachsenden „Prozeß der Umschichtung der Parteiführung (in den Ortsgruppen, Bezirken, Gauen usw.), den die Partei durchmachen wird“, angekündigt. Es unterliege „einem natürlichen Gesetz, daß in späteren Zeiten einmal diese frischen, unbelasteten, gänzlich nationalsozialistisch im Denken und Fühlen gewordenen Kräfte emporstoßen und die alte Führung zum Abtreten zwingen“. R. Muchow, Grundfragen des nationalsozialistischen Führertums, in: Nationalsozialistische Briefe, 4. Jg., Heft 3 v. 1. 8. 1928, S. 44. Zu Muchow s. auch M. Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27 (Dokumentation), in dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 85 ff.

<sup>38</sup> Tyrell, Führer befiehlt, S. 264 f.

Ortsgruppenleiter, die Hitler 1927 noch für verfrüht gehalten hatte<sup>39</sup>, signalisiert die vorhin angesprochene Gewichtsverschiebung: das Bedürfnis nach größerer Stabilität und Effektivität des Parteiapparats begann allmählich das gleichwohl weiterbestehende Interesse an besseren Unterführern zu überlagern<sup>40</sup>. Zu dieser von den führenden Nationalsozialisten so rasch nicht erwarteten Entwicklung trug ganz wesentlich die andererseits natürlich begrüßte Tatsache bei, daß die sich abzeichnende ökonomische und politische Krisensituation im Reich der Partei große Chancen bot, von ihr aber auch erhöhte Einsatzfähigkeit erforderte.

Die Interessenverlagerung bei der Reichsleitung kommt deutlich auch in der unterschiedlichen Art und Weise zum Ausdruck, in der sie vor 1928/29 und danach auf Auseinandersetzungen um Gauleiter reagierte, die in ihrem Gau umstritten waren.

Für die Gauleiter als die wichtigsten regionalen Funktionäre hatte sich die Parteileitung seit 1925 grundsätzlich das Bestimmungsrecht vorbehalten<sup>41</sup>. Das hinderte sie aber bis 1928 nicht an der Anerkennung der Ergebnisse sich weitgehend autonom vollziehender regionaler Führerauswahl. Im Fall der Ablösung des ersten Gauleiters von Halle-Merseburg, W. Ernst, zum Beispiel betonte die Reichsleitung zwar gegenüber einer Oppositionsbewegung, die Ernst für abgesetzt erklärt und stattdessen P. Hinkler zum Gauleiter gewählt hatte, die Unstatthafteit eines solchen Verfahrens und ihr eigenes ausschließliches Recht zur Einsetzung des Gauleiters<sup>42</sup>, doch ernannte sie anschließend eben jenen Hinkler zum neuen Gauleiter<sup>43</sup>.

Bis zur Organisationsreform im Herbst 1928 verloren insgesamt sechzehn Gauleiter ihr Amt faktisch durch irgendeine Form oppositionellen Drucks aus dem Gau<sup>44</sup>. Wenigstens zehnmal, vermutlich aber sogar in zwölf Fällen erkannte die Parteileitung daraufhin die im Gau selbst angebahnte Nachfolgelösung an, ohne direkt und entscheidend auf den Auswahlvorgang Einfluß zu nehmen. Drei Fälle aus dem Jahre 1928 wurden anläßlich der Organisationsreform bereinigt: der eine durch die Aufteilung des Großgaues Ruhr, die beiden anderen durch die Einset-

<sup>39</sup> S. Hitlers Stellungnahme zu Parteitageantrag 20, Sondertagung für Organisationsfragen (BAK, NS 26-390).

<sup>40</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Bezeichnungen Ortsgruppenleiter und Gauleiter zunächst keineswegs die Regel waren. Erst im Januar 1930 erging eine Anordnung des Reichsorganisationsleiters (9. 1. 1930, BAK, Sammlung Schumacher 373), daß künftig zur Unterscheidung von den SA-Führern anstelle der immer noch verwandten selbstbewußten Bezeichnung *Gauführer* und Ortsgruppenführer die Parteifunktionäre einheitlich als „Leiter“ bezeichnet werden sollten.

<sup>41</sup> Siehe die in Anm. 32 angeführten Belege.

<sup>42</sup> Rundschreiben an die Untergaue und Ortsgruppen des Gaues Halle-Merseburg, 20. 7. 1926 (BAK, Sammlung Schumacher 373); Hitler an E. Danneberg, Halle, 30. 7. 1926 (BAK, NS 26-158).

<sup>43</sup> *Völkischer Beobachter* 171 v. 28. 7. 1926, S. 3.

<sup>44</sup> In diesem Zusammenhang sind insbesondere die in Anm. 6 genannten OPG-Akten des BDC (inzwischen im BAK) von Bedeutung, aus denen sich in fast allen Fällen Ursache und Verlauf der Auseinandersetzungen rekonstruieren lassen.

zung eines Gauleiters von außerhalb in Gauen, in denen sich überhaupt keine geeigneten Kräfte gefunden hatten<sup>45</sup>. Vorher hatte es lediglich eine solche Ausnahme gegeben: die Versetzung von Joseph Goebbels im November 1926 aus Elberfeld nach Berlin, wo er Dr. E. Schlange ersetzte, der mit den internen Differenzen dort nicht mehr fertig geworden war und sich hatte beurlauben lassen.

Wie überhaupt die Organisationsreform mit der Neueinteilung der Gausgebiete, der erstmaligen Aufteilung Bayerns in Gaue (bis 1931 nominell „Untergaue“) und der endgültigen Ernennung der Gauleiter<sup>46</sup>, so war auch die Versetzung von Funktionären in andere Gaue ein Anzeichen dafür, daß die Reichsleitung nunmehr ihre Verantwortung für die Gesamtpartei insgesamt stärker zur Geltung zu bringen bemüht war, wo ihr das nötig und möglich erschien.

Davon zeugt weiter auch die Haltung, die der seit Anfang 1928 amtierende Reichsorganisationsleiter Straßer, der in dieser Position in Hitlers Namen die Gliederung und das Funktionieren des Parteiapparats überwachte und anleitete, gegenüber oppositionellen Gruppen in den Gauen praktizierte. Vor allem anderen ging es ihm fortan darum, die NSDAP zu einem leistungsfähigen Propagandainstrument zu machen, das den mit der Mitgliederzahl und der Krisenentwicklung wachsenden Anforderungen gerecht wurde. In den zahlreichen Konfliktfällen, die an ihn herangetragen wurden, arbeitete er deshalb nach Möglichkeit auf einen friedlichen Ausgleich zwischen den Beteiligten hin<sup>47</sup>, doch ließ er dabei keinen Zweifel daran aufkommen, daß er die Anerkennung der Autorität der Gauleiter als die wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren des Parteiapparats ansah und daß dementsprechend ihre Stellung von unten wie von oben respektiert und gestützt werden müsse.

Bei der Erläuterung der von ihm ergriffenen Maßnahmen stellte er seine Argumentation bewußt auf den autoritären Aufbau der Partei ab, deren oberste Autorität beim Parteiführer und dessen Beauftragten in der Reichsleitung liege. So bat er z. B. jemanden, der sich über den vorhin schon erwähnten Gauleiter Hinkler beschwert hat, „zur Kenntnis zu nehmen, daß die Parteidisziplin innerhalb unserer Bewegung das Einordnen unter den von Adolf Hitler eingesetzten Gauführer verlangt. Solange Herr Hinkler Gauführer von Halle-Merseburg ist, muß er von den Parteigenossen als Gauführer anerkannt werden“<sup>48</sup>. Obwohl Straßer sich

<sup>45</sup> Auf diese Weise kam Erich Koch, zuvor Bezirksleiter Elberfeld, nach Ostpreußen; Karl Kaufmann, vorher Gauleiter Ruhr, löste im April 1929 in Hamburg den dort zusätzlich kommissarisch tätigen Gauleiter Lohse (Schleswig-Holstein) ab.

<sup>46</sup> Die bayerischen Ortsgruppen mit Ausnahme derjenigen in den 1925 bzw. im Juni 1928 gegründeten Gauen Niederbayern und Oberbayern-Schwaben unterstanden bis dahin aus finanziellen und machttaktischen Gründen direkt der Reichsleitung. Zu den endgültigen Ernennungen s. Anm. 12.

<sup>47</sup> Siehe z. B. Straßer an F. E. Irrgang, Bielefeld, 16. 7. 1931 (BAK, NS 22-382); Straßer an H. Göring, 22. [?] 9. 1931 (ebd. 348).

<sup>48</sup> Straßer an P. Bergmann, Neu-Rössen, 11. 9. 1928 (BAK, NS 22-366); s. auch Straßer an Th. Müller, Ebingen, 11. 2. 1929 (ebd. 383); Straßer an P. Meller, Danzig, 18. 9. 1930 (ebd. 364).



wegen des „Mangels an geeigneten Arbeitskräften, den wir immer noch haben“, Sorgen machte<sup>49</sup>, stützte er um der unmittelbar benötigten Effektivität der Parteiarbeit willen vorrangig die Autorität auch der schwächeren Gauleiter im Sinne des Führerprinzips. Einen von seinem Gauleiter abgesetzten Ortsgruppenleiter ließ er wissen, diese Maßnahme gehöre zum Recht des Gauleiters, „das ich als Reichsorganisationsleiter ebenfalls unter allen Umständen anerkenne, ... denn aus seiner Verantwortlichkeit für das Vorwärtstreiben der Idee muß sich naturgemäß auch seine Autorität nach unten ergeben“<sup>50</sup>. Und er gab ihm die Mahnung mit auf den Weg: „Ich hoffe, daß Sie diese notwendige Disziplin anerkennen und üben, denn man kann als Ortsgruppenleiter und als Parteigenosse der Idee Hitlers dienen.“

Andere Beschwerdeführer verwies er auf den Instanzenweg Ortsgruppe-Gauleitung-Reichsleitung, oder er lehnte es unter Hinweis auf „die sture in der Bewegung geforderte Pflichterfüllung gegenüber dem eingesetzten Führer“ ab, sich mit ihrem Anliegen zu befassen<sup>51</sup>. Vorher war in ähnlichen Fällen nicht immer so geradlinig verfahren worden<sup>52</sup>.

Da die autoritäre Struktur der NSDAP im Prinzip durchaus dem Willen der meisten der nach Führung verlangenden Parteigenossen entsprach<sup>53</sup>, trug Straßers eindeutige Haltung meist zur Beruhigung der Verhältnisse bei oder sie half doch, den Konflikt auf lokale Dimensionen einzudämmen. Das enttäuschte Ausscheiden des einen oder anderen der Abgewiesenen nahm er dafür als das kleinere Übel in Kauf.

Das Handeln nach der Maxime: „Ich werde jeden Gauleiter so lange halten, solange ich sehe, daß seine positive Arbeit stärker ist als seine negative Auswirkung und Einstellung“<sup>54</sup>, hatte wesentlichen Anteil daran, daß bei keineswegs abnehmender Zahl der Konfliktfälle zwischen 1929 und 1932/33 nur noch fünf Gauleiter ihr Amt aufgeben mußten, weil sie einer Oppositionsbewegung im Gau nicht mehr Herr wurden. Nur einer der neu eingesetzten Gauleiter kam jetzt noch aus den Reihen der Opposition, viermal setzte die Reichsleitung ihre Hoffnungen auf einen Mann, den sie von außerhalb des jeweiligen Gaues nahm.

<sup>49</sup> Straßer an Dr. W. Decker, MdR, 18. 3. 1931 (BAK, Sammlung Schumacher 319).

<sup>50</sup> Straßer an M. Mevius, 26. 7. 1930 (BAK, NS 22-383); s. auch Straßer an Oberst a. D. Rosenberg, 8. 1. 1930 (ebd.); Straßer an Frau Käthe Korn, Hamburg, 11. 6. 1931 (ebd. 368); Straßer an F. Abt, Darmstadt, 25. 11. 1931 (BDC, PK-Akte Ringshausen).

<sup>51</sup> Straßer an H. Kuhn, Stuttgart, 28. 2. 1930 (BAK, NS 22-383); s. auch Straßer an Dr. E. Repfennig, Pasewalk, 5. 2. 1930 (ebd. 375); Straßer an H. Stummeyer, Harburg, 28. 2. 1930 (ebd. 377).

<sup>52</sup> Siehe z. B. die bei Tyrell, Führer befiehlt, S. 200, 242, abgedruckten Dokumente.

<sup>53</sup> Belege dafür in Fülle ebd., passim, und bei Horn, passim. Zu den psychischen Triebkräften s. u. a. Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt 1973 (ausgewählte Kapitel aus T. W. Adorno, E. Frenkel-Brunswik u. a., *The Authoritarian Personality*, New York 1950); R. Kühn, Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus – Faschismus, Reinbek b. Hamburg 1971, S. 87 ff.

<sup>54</sup> Straßer an Gauleiter Dr. Schlange, 1. 7. 1931 (BAK, NS 22-364); s. auch Straßer an A. Pape, Halle, 14. 4. 1931 (ebd. 367); Straßer an L. Zerbes, Mainz, 19. 5. 1932 (ebd. 370).

Die heftigen, z. T. handgreiflichen Auseinandersetzungen mit der gauinternen Opposition, die im Januar 1931 zur Suspension der Gauleiter Ringshausen (Hessen-Darmstadt) und Hinkler (Halle-Merseburg) durch die Reichsleitung führten<sup>55</sup>, vermitteln allerdings den Eindruck, daß Straßer hier offensichtlich zu lange gewartet und den richtigen Zeitpunkt zum Eingreifen versäumt hat. Man muß ihm dabei aber auch zugute halten, daß seine Möglichkeiten dazu begrenzt waren. Zu den objektiven Schwierigkeiten bei der Beurteilung der meist verwickelten Konflikte und zu der verständlichen Rücksichtnahme auf die Verdienste altgedienter Kämpen – Hinkler z. B. war seit Juli 1926, Ringshausen seit März 1927 im Amt – kam der gravierende Mangel an fähigen Ersatzleuten. Das „Ansetzen einer an sich tüchtigen, aber an einem bestimmten Orte festgefahrenen Führerpersion an einem andern Ort“, das sich als vermittelnder Ratschlag des auf friedliche Regelungen bedachten Organisationsleiters auf unterer Ebene oft bewährt hatte<sup>56</sup>, ließ sich bei den Gauleitern nur selten praktizieren.

Hier war der Stamm an geeigneten Personen immer noch sehr klein. Er reichte kaum aus, um alle freiwerdenden Positionen einigermaßen zuverlässig zu besetzen. So zog man im Mai 1930 den seit 1925 amtierenden Gauleiter von Mecklenburg-Lübeck, W. Hildebrandt, der schon in den Jahren zuvor den Anforderungen kaum genügt hatte<sup>57</sup>, zwar zurück, doch als sein kommissarischer Nachfolger Dr. H. Albrecht in der Reichstagsfraktion dringend gebraucht wurde<sup>58</sup>, setzte man im folgenden Jahr Hildebrandt wieder ein, weil kein besserer Mann zur Verfügung stand. Hildebrandt blieb bis 1945 Gauleiter. Um den wegen Sittlichkeitsvergehen mit Minderjährigen unter Anklage stehenden Leiter des Gaues Brandenburg zu ersetzen, mußte man im Oktober 1930 auf den schwerkriegsbeschädigten Dr. Schlange zurückgreifen, der 1926 als Goebbels' Vorgänger vor den Berliner Streithähnen kapitulierte<sup>59</sup>.

Im Fall Danzig war Straßer 1930 schon gewillt, den über ein Jahr lang vom ostpreußischen Gauleiter kommissarisch mitverwalteten Gau aufzulösen und zur Ortsgruppe zurückzustufen, weil es am Ort niemanden gab, der die dortigen internen Spannungen zu lösen vermochte<sup>60</sup>. Schließlich versuchte es die Reichsleitung

<sup>55</sup> In seinen Erinnerungen hat der im Januar 1931 eingesetzte ehemalige Gauleiter von Halle-Merseburg, Jordan, plastisch die Maßnahmen geschildert, mit denen sein Vorgänger Hinkler die Amtsenthebung durch die Reichsleitung quittierte: R. Jordan, *Erlebt und erlitten, Weg eines Gauleiters von München bis Moskau*, Leoni 1971, S. 15 ff., bes. S. 27 f. Jordans Darstellung wird durch die OPG- und PK-Akten Hinkler (BDC) voll bestätigt. Zu Ringshausen s. Schön, a. a. O., S. 185 ff., und die OPG- und PK-Akten Ringshausen (s. Anm. 6).

<sup>56</sup> Straßer an F. Abt (s. Anm. 50).

<sup>57</sup> Zur Krise um Hildebrandt 1928/29 s. die OPG-Akten Oldach/Bangert (BDC); zum Ausscheiden Hildebrandts auf Drängen der SA s. Sonderakte Scheringer/Ludin/Wendt, S. 162 (BDC); ferner mündliche Mitteilungen von W. Stennes an den Verfasser am 29. 7. 1968.

<sup>58</sup> F. Stöhr, NSDAP-Reichstagsfraktion, an Reichsgeschäftsstelle der NSDAP, Abt. Organisation I, 22. 1. 1931 (BAK, Sammlung Schumacher 319).

<sup>59</sup> Schlange trat im März 1933 wieder zurück, der Gau Brandenburg wurde daraufhin mit dem Nachbargau Ostmark zum Gau Kurmark zusammengeschlossen.

<sup>60</sup> Straßer an P. Meller (s. Anm. 48).

mit einem trotz seiner Jugend langjährigen Aktivisten, dem 28jährigen Albert Forster aus Fürth, der sich dort behaupten konnte und bis 1945 Gauleiter von Danzig blieb.

Zu dieser Zeit hoffte Straßer noch, in absehbarer Zukunft die höchst unterschiedlich auf Kosten der Gaue, von Abgeordnetenämtern, Zeitungsunternehmen oder beruflichen Einkünften lebenden Gauleiter einheitlich durch die Reichsleitung besolden zu können. Das hätte seine Auswahlmöglichkeiten etwas erweitert, weil dann Rücksichten auf die beruflichen und finanziellen Verhältnisse und den Wohnort der Kandidaten eine geringere Bedeutung zugekommen wäre. Dieser Plan ließ sich jedoch bis 1933 nicht voll realisieren<sup>61</sup>. Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen begann Straßer Ende 1930, die Aufstellung einer Personalreserve für neu zu besetzende Gauleiterposten zu betreiben<sup>62</sup>. Auch dieser Versuch blieb ohne wesentliche Resultate. Die Tätigkeit des Anfang 1931 bei der Reichsleitung eingerichteten Personalamts, in dem das vorhandene Unterführerpersonal gesichtet und auf seine Verwendbarkeit hin geprüft werden sollte, führte ebenfalls nicht sehr weit, zumal sein Leiter, Hauptmann a. D. W. F. Loeper, weiterhin in erster Linie als Gauleiter von Magdeburg-Anhalt fungierte<sup>63</sup>. Noch im September 1931 und im August 1932 wurden zwei Gauleiterposten mit Männern besetzt, die schon zur Jahreswende 1932/33 wegen mangelnder Eignung wieder ausscheiden mußten<sup>64</sup>.

Die relativ große personelle Stabilität an der Spitze der NSDAP-Gaue, die seit 1928/29 zu beobachten ist<sup>65</sup>, kann also nach den hier skizzierten Verhältnissen nicht in jedem Fall ohne weiteres mit der optimalen Besetzung des Postens gleich-

<sup>61</sup> Gegenüber Horn, a. a. O., S. 284 f., ist darauf zu verweisen, daß die tatsächliche finanzielle Abhängigkeit der meisten Gauleiter von der Partei in der hier beschriebenen Form noch nicht unbedingt die direkte Abhängigkeit von der Parteileitung bedeutete, die Straßer anstrebte, aber nicht mehr realisieren konnte (s. dazu K. Linder, Stellv. Gauleiter Hessen-Nassau-Süd, an Straßer, 24. 7. 1932, BAK, NS 22-371).

<sup>62</sup> Siehe dazu O. Wetzel, Heidelberg, an Straßer, 31. 12. 1930; P. Schulz an Wetzel, 20. 1. 1931; Wetzel an Straßer, 9. 2. 1932; Straßer an Wetzel, 19. 2. 1932 (BDC, PK-Akte Wetzel). Ferner Straßer an Gauleitung Pommern, 6. 5. 1931 (BDC, PK-Akte Karpenstein); K. Linder an Straßer, 12. und 24. 7. 1932 (BAK, NS 22-371).

<sup>63</sup> Gaugeschäftsführer P. Hofmann, Magdeburg-Anhalt, an die Reichsorganisationsleitung I, 27. 3. 1931 (BAK, NS 22-372); Rundschreiben des Personalamts an alle Gauleitungen, 8. 12. 1931 (Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover, Des. 510 I A 37).

<sup>64</sup> Es handelt sich um die Gauleiter K. Lenz (Hessen-Darmstadt) und K. Maierhofer (Niederbayern-Oberpfalz). Die bei Schön, a. a. O., S. 206, Anm. 884, angedeutete Begründung für Lenz' Rücktritt (gauinterne Streitigkeiten), trifft vermutlich den wirklichen Grund nicht, sondern es scheint eine persönliche Verfehlung von Lenz vorgelegen zu haben, die ein „Verfahren“ gegen ihn zur Folge hatte (Kreisleitung Freising an Gau München-Oberbayern, Stabsamt P.O., 22. 6. 1942, BDC, PK-Akte Lenz). Vgl. auch die unterschiedlichen Darstellungen von Lenz' Verdiensten um die NSDAP in den Reichstags-Handbüchern vom November 1932 und vom März 1933. Dem eben genannten Brief zufolge durfte Lenz „auf ausdrückliche Verfügung des Führers“ auch nach seiner Suspendierung vom Gauleiteramt Reichstagsmitglied (bis 1936) bleiben.

<sup>65</sup> Siehe dazu die Übersicht bei Tyrell, Führer befehl, S. 373 ff.



gesetzt werden, wie Hitler, Straßer und andere Mitglieder der Reichsleitung sie sich erhofft hatten. Wenn trotzdem 21 der zwischen 1925 und 1931 ernannten Gauleiter bis 1945 in dieser Position tätig blieben, so ist das vor allem auf die sich mit der „Machtergreifung“ gänzlich wandelnden politischen Bedingungen zurückzuführen, welche die einmal im Amt befindlichen „alten Kämpfer“ im Regelfall durch einen erheblichen Zuwachs an Einflußmöglichkeiten und Rückhalt im Gau wie bei der Parteispitze zusätzlich absicherten<sup>66</sup>.

Einige der vorstehend eher abstrakt dargestellten Aspekte der Organisationsstruktur der NSDAP in den Jahren vor 1933 füllen sich mit Leben bei der Betrachtung der bisher unbekannten Hintergründe der 1931 erfolgten Teilung des Gaues Rheinland, die zugleich zwei neue Gauleiter ins Amt brachte<sup>67</sup>. Beispielhaft treten hier das Ringen zwischen dem Behauptungswillen langgedienter Spitzenfunktionäre und dem energischen Selbständigkeitsstreben nachdrängender Kräfte, das beiden gemeinsame Selbstbewußtsein gegenüber der Parteileitung, die Handhabung des Auslesegrundsatzes und des Führerprinzips durch die Reichsorganisationsleitung und ihr Vorgehen beim Ausbau ihres Münchener Apparats hervor. Hier sind außerdem auch die Umstände zu suchen, die zu der unvorhergesehenen Berufung des seit 1925 amtierenden rheinischen Gauleiters Dr. Robert Ley in die Reichsorganisationsleitung nach München führten<sup>68</sup>, wo ihm dann Ende 1932 Straßers Rücktritt von allen Parteiämtern ebenso unverhofft die Gelegenheit bot, als Stabsleiter der Obersten Leitung der Politischen Organisation (seit November 1934: Reichsorganisationsleiter) der NSDAP – wenn auch mit erheblich eingeschränkten Befugnissen – Straßers Nachfolger und im Mai 1933 zusätzlich Leiter der Deutschen Arbeitsfront zu werden<sup>69</sup>.

Beginnen wir mit einem kurzen Rückblick auf die Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung im Rheinland. Sie lassen sich bis zu den Aktivitäten des in den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch antisemitische Massenagitation hervorgetretenen, nach dem Rathenau-Mord 1922 verbotenen Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zurückverfolgen<sup>70</sup>. Seiner vielhundertköpfigen Kölner Gruppe

<sup>66</sup> Siehe z. B. Broszat, a. a. O., S. 55 f.

<sup>67</sup> Die knappen Angaben bei Hüttenberger, a. a. O., S. 52, lassen die der Teilung vorausgehende grundsätzliche Auseinandersetzung unbeachtet und kommen zu falschen Schlüssen über die Abberufung Leys und die Einsetzung von Simon und Grohé.

<sup>68</sup> Die für die Berufung Leys nach München angeführten Begründungen bei Krebs, a. a. O., S. 191; Hüttenberger, a. a. O., S. 52; und vor allem bei Orlow, a. a. O., S. 227 f., und Horn, a. a. O., S. 381, sind z. T. – so die Vermutung, Ley sei von Hitler als Gegengewicht gegen Straßer in die Organisationsleitung geholt worden – spekulativer Natur und halten den Fakten nicht stand. Die Berufung Leys ging eindeutig auf Straßer zurück.

<sup>69</sup> Zu Leys Rolle nach 1933 s. u. a. Broszat, a. a. O., passim; Diehl-Thiele, a. a. O., S. 205 ff.; R. Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner, Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 54 ff., 61 ff. u. ö.

<sup>70</sup> Siehe dazu die z. T. auf Unterlagen aus dem Gau-Archiv basierende Grohé-Biographie von P. Schmidt, Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers, Zehn Jahre Gauleiter, Ein Buch von Kampf und Treue, Köln 1941, S. 39 f.; zum Schutz- und Trutz-Bund allgemein und im

gehörten seit 1920/21 neben anderen auch Josef Grohé, Heinz Haake und das Aachener Brüderpaar Rudolf und Eduard Schmeer an, die allesamt vor und nach 1933 höhere Positionen in der NSDAP bekleideten<sup>71</sup>. Im März 1922 schlossen sie sich mit rund 50 anderen Deutschvölkischen als Ortsgruppe Köln der NSDAP an<sup>72</sup>.

Nach dem Verbot der NSDAP in Preußen im November 1922 und mit dem Beginn der französisch-belgischen Ruhr-Besetzung im Januar 1923 verlagerte sich das Tätigkeitsfeld einiger Draufgänger von der Propagandatätigkeit auf Sabotageakte gegen die Besatzung. Wegen Beteiligung an der Sprengung von Eisenbahngeleisen und Kohlezügen gesucht, mußte Grohé im Frühjahr 1923 aus Köln fliehen. In München, dem Mekka aller andernorts verfolgten republikfeindlichen und nationalistischen Aktivisten, vermittelten ihm die Nationalsozialisten ein ländliches Versteck in Württemberg. Dort blieb er, bis er im Oktober 1923 wieder nach Köln zurückkehren konnte<sup>73</sup>.

Josef Grohé war zu diesem Zeitpunkt noch nicht 21 Jahre alt. Er stammte aus der 1000-Einwohner-Gemeinde Gemünden im Hunsrück (Bez. Koblenz) und war das neunte von dreizehn Kindern eines katholischen Kleinkaufmanns<sup>74</sup>. Als Volontär kam er im Dezember 1919 nach Köln, unmittelbar bevor die Stadt Anfang 1920 aufgrund der Bestimmungen des Versailler Vertrags für fünf Jahre als Brückenkopf von alliierten Truppen besetzt wurde. Zu jung, um selbst – wie vier seiner Brüder – Soldat gewesen zu sein, geriet er hier bald in den Bann der in der erregten Atmosphäre der Nachkriegszeit unter der älteren Jugend weit verbreiteten Psychose eines verspäteten Krieg-Spielens<sup>75</sup>. Seinen Beruf als kaufmännischer Angestellter im Eisenhandel übte er mit Unterbrechungen und unter mehrfachem

Rheinland s. U. Lohalm, *Völkischer Radikalismus, Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923*, Hamburg 1970, bes. S. 318 ff.

<sup>71</sup> R. Schmeer war von 1926 bis 1931 Bezirksleiter Aachen, seit 1930 MdR, 1931/32 Stellv. Gauleiter Köln-Aachen, seit 1933 Reichsinspekteur der NSDAP und Stellv. des Stabsleiters der P.O.; außerdem führend in der DAF tätig und organisatorischer Leiter der Reichsparteitage (Der Großdeutsche Reichstag 1938, 4. Wahlperiode, Hrsg. v. E. Kienast, Berlin 1938, S. 381; Schmidt, S. 251). – E. Schmeer war 1941 Kreisleiter Aachen-Stadt (Schmidt, S. 266). – Zu Haake und Grohé s. das folgende.

<sup>72</sup> *Völkischer Beobachter* 19 v. 8. 3. 1922, S. 2; Schmidt, a. a. O., S. 41 ff., 46 ff.

<sup>73</sup> Siehe Grohés Brief an M. Langen, Köln, v. 5. 8. 1923 (Schmidt, S. 61 f.) und Grohés autobiographische Angaben im Brief an den Stellv. Reichsorganisationsleiter Schulz v. 8. 3. 1931 (BDG, PK-Akte Grohé). R. Schmeer wurde 1923 wegen ähnlicher Delikte von einem belgischen Kriegsgericht zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, die er jedoch nicht abzuleisten brauchte (Reichstags-Handbuch, V. Wahlperiode 1930, Berlin 1930, S. 459).

<sup>74</sup> Zu Grohés Biographie s. den in Anm. 73 erwähnten Brief; ferner Schmidt, a. a. O., bes. S. 273 ff.; B. v. Schirach, *Die Pioniere des Dritten Reiches*, Essen o. J. [1933], S. 81 f.

<sup>75</sup> Für diesen Geist typisch sind Grohés Briefe v. 5. 8. 1923 (s. Anm. 73) und v. 21. 1. 1928 an den Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung (USchLA), abgedruckt bei Tyrell, *Führer befiehlt*, S. 287. Vgl. auch E. v. Salomon, *Die Geächteten*, Berlin 1950; R. Scheringer, *Das große Los unter Soldaten, Bauern und Rebellen*, Berlin 1963, S. 117 ff.; J. Ackermann, *Heinrich Himmler als Ideologe*, Göttingen 1970, S. 22 f.

Wechsel der Arbeitsstelle noch bis Mitte 1925 aus. Von da an war er als besoldeter Geschäftsführer des im März 1925 entstandenen Gaues Rheinland eine der treibenden Kräfte der dortigen NSDAP – und blieb es bis 1945.

Als Leiter des Gaues, der bis zur Zusammenfassung der Gaue Westfalen und Rheinland-Nord (Elberfeld) zum Gau Ruhr im März 1926 meist Gau Rheinland-Süd genannt wurde, fungierte zunächst Heinz Haake, Grohé's Genosse aus den Tagen des Schutz- und Trutz-Bundes und der Attentatszeit. Der 1892 in Köln geborene Architektensohn war fast elf Jahre älter als Grohé<sup>76</sup>. Nach dem offenbar nicht mit dem Abitur abgeschlossenen Besuch eines Gymnasiums arbeitete er als Bankangestellter; 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger. Viermal verwundet, kehrte er 1918 schwerkriegsbeschädigt wieder nach Köln zurück, wo er mit Grohé bald zu den aktivsten Kräften der völkischen Bewegung gehörte. 1924 war er es, der die Leitung des Völkisch-Sozialen Blocks Rheinland-Süd übernahm, einer zur Beteiligung an den Reichs- und Landtagswahlen dieses Jahres gegründeten Nachfolgeorganisation der NSDAP und anderer völkischer Gruppen. Mit ihr schloß er sich Anfang 1925 Hitler an.

Bisher schon als Gauleiter tätig, erhielt er nun eine gleich vierfache Bestätigung. Am 22. Februar übertrug ihm Gregor Straßer, der im Auftrag Hitlers auf einer Tagung in Hamm/Westf. die Anschluß an die NSDAP suchenden Gruppen im nordwestdeutschen Raum koordinierte, die Organisationstätigkeit im Rheinland<sup>77</sup>. Eine Woche später, am 1. März, wählte eine Vertretertagung der Bezirks- und Ortsgruppen des Gaues Haake wieder in sein Amt<sup>78</sup>. Kurz darauf bestätigte ihn Hitler bei einer Begegnung in Berlin mündlich<sup>79</sup>, und am 27. 3. schließlich unterzeichnete der Parteivorsitzende den „Ausweis“, in dem er Haake „mit der Durchführung der Organisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei

<sup>76</sup> Zur Biographie Haakes s. Handbuch für den Preussischen Landtag 1932 (4. Wahlperiode 1932), Berlin 1932, S. 437; Der Großdeutsche Reichstag 1938, S. 231 f.; „Der dienstälteste Nationalsozialist im Landtag“, in: Der Angriff, Berlin, v. 5. 6. 1932.

<sup>77</sup> Grohé an Amann, 2. 3. 1925 (BAK, Sammlung Schumacher 203). – Bei Kühnl, Die nationalsozialistische Linke, S. 10 f.; Wulff, a. a. O., S. 74 f., 230; K. D. Bracher, Die deutsche Diktatur, Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969, S. 146, und anderen Autoren verstellt die Überschätzung der zwischen Hitler und Straßer bestehenden Auffassungsunterschiede den Blick darauf, daß Straßer hier nicht mehr oder weniger „selbstständig“ agierte, sondern mit schriftlicher Vollmacht Hitlers (vom 21. 2. 1925) dafür sorgte, daß diejenigen Gruppen, die zum Anschluß an die formell noch nicht wieder ins Leben gerufene NSDAP bereit waren, mit ihren Mitgliedern nicht gegenüber der schon wieder gegründeten rivalisierenden Deutschvölkischen Freiheitspartei im luftleeren Raum schwebten und das Interesse an der NSDAP verloren. Straßer bestätigte hier im wesentlichen die bestehenden Gebietseinteilungen und regionalen Führerverhältnisse. Hitlers Verhalten in der Formationsphase der NSDAP 1925/26 bedarf im übrigen noch einer eingehenden Untersuchung, die auch die diffizilen Beziehungen zwischen ihm und Gregor Straßer noch einmal neu überdenken muß.

<sup>78</sup> Grohé an Amann (s. Anm. 77).

<sup>79</sup> Haake aus Berlin an die Geschäftsstelle der NSDAP, München, 21. 3. 1925 (BAK, Sammlung Schumacher 203).

im Gau Rheinland-Süd (umfassend Reichstagswahlkreise Coblenz-Trier und Köln-Aachen)“ beauftragte und ihn „als verantwortlichen Führer dieses Gaues bis zu einer späteren endgültigen Regelung“ bestätigte<sup>60</sup>.

Diese breite Vertrauensbasis allein bildete allerdings keine ausreichende Garantie für künftige Erfolge, wenn sich der Gauleiter nicht mit ganzer Kraft für seinen Gau einsetzen konnte, und so behielt Haake sein Amt nur wenige Monate. Im Dezember 1924 war er nämlich mit zehn weiteren Vertretern der völkischen Liste in den Preußischen Landtag gewählt worden, und seine häufige Anwesenheit in Berlin war um so eher erforderlich, als er der einzige der elf völkischen Abgeordneten in Preußen war, der sich nach Hitlers Entlassung aus der Landsberger Haft zu ihm und nicht zu der Konkurrenzgründung Deutschvölkische Freiheitspartei geschlagen hatte<sup>61</sup>. Außerdem hatte er nach der Annahme des Mandats seinen Arbeitsplatz bei einer Bank verloren und war für sich wie auch für die Partei auf die Landtags-Diäten angewiesen. Diese Umstände machten die tatkräftige Mitarbeit eines Platzhalters in Köln unentbehrlich und hoben diesen gleichzeitig in eine starke Position. In der Tat erwuchs aus dieser Konstellation bald ein Konflikt. Der selbstbewußte Gaugeschäftsführer Grohé weigerte sich – der Anlaß ist aus den vorhandenen Unterlagen im einzelnen nicht ersichtlich –, von Berlin aus Anweisungen entgegenzunehmen. So bat der auch körperlich behinderte Haake schon am 1. Juni 1925 ein wenig resigniert seinen Stellvertreter Dr. Ley in Wiesdorf brieflich, für ihn die Gauleitung zu übernehmen, sagte jedoch gleichzeitig seine weitere Mitarbeit zu<sup>62</sup>.

Ley teilte Haakes Bitte nach München mit und bat Hitler um die Bestätigung des Wechsels. Am 14. Juli unterzeichnete Hitler den Ausweis für den neuen Gauleiter<sup>63</sup>. Im Hinblick auf Grohés widersetzliches Verhalten ist dieser allererste Gauleiterwechsel in der Geschichte der NSDAP wohl der Kategorie der durch gauinterne Opposition verursachten Wechsel zuzurechnen, doch war er zweifellos einer der reibungslosesten. Nichts spricht für die These, daß Haake von seinem Stellvertreter und Nachfolger aus dem Amt gedrängt worden sei<sup>64</sup>. Beide waren einander freundschaftlich verbunden<sup>65</sup> und blieben es auch danach. Im Herbst 1924 hatte sich Ley in Berlin erfolgreich dafür eingesetzt, daß Haake einen günstigen Listenplatz für die Landtagswahlen bekam<sup>66</sup>, und ohne Zweifel war er es, der Haake 1932, wie später noch andere alte Freunde aus dem Rheinland, in die Reichsorganisationsleitung holte<sup>67</sup>.

<sup>60</sup> Ebenda, NS 26-1290.

<sup>61</sup> Schmidt, a. a. O., S. 67.

<sup>62</sup> Haake an Ley, 1. 6. 1925 (Abschrift, BAK, Sammlung Schumacher 203).

<sup>63</sup> Faksimile bei Kiehl, a. a. O., nach S. 96. Hüttenberger, a. a. O., S. 21, gibt ein falsches Datum an.

<sup>64</sup> So Schildt, a. a. O., S. 39.

<sup>65</sup> So beginnt z. B. Haakes Brief an Ley vom 1. 6. 1925 (s. Anm. 82) mit „Mein lieber Robert!“ und endet „In alter Treue Dein Heinz“.

<sup>66</sup> Schmidt, a. a. O., S. 67, 78.

<sup>67</sup> Haake wurde im Sommer 1932 Landesinspektor West der Reichsorganisationsleitung und



Robert Ley war der Sohn eines evangelischen Kleinbauern aus dem Oberbergischen Land<sup>88</sup>. 1890 in Niederbreidenbach (Kreis Gummersbach) geboren, besuchte er die Volksschule in Grunewald und die Realschule in Waldbröl und machte schließlich an der Oberrealschule in Elberfeld sein Abitur. Anschließend studierte der Korpsstudent in Jena, Bonn und Münster Chemie. 1914 meldete er sich in Straßburg als Kriegsfreiwilliger zur Artillerie. 1916 wechselte der Reserveleutnant Ley zu den Fliegern. Im folgenden Jahr stürzte er mit seiner Maschine ab und geriet schwerverwundet in französische Kriegsgefangenschaft, die bis 1920 dauerte. Erst danach konnte er sein Studium mit der Promotion zum Dr. phil. beenden. Von 1921 an arbeitete er bei den Farbenfabriken Bayer in Wiesdorf.

Leys Weg zur NSDAP verlief anders als der von Grohé und Haake und übrigens auch der meisten anderen Gauleiter der Frühzeit. Bis Anfang 1924 ging sein politisches Interesse über eine allgemeine nationalistische Einstellung kaum hinaus. Seinen eigenen Angaben zufolge war es die Zeitungslektüre über den Prozeß gegen Ludendorff, Hitler und Genossen in München, die ihn auf die völkische Bewegung aufmerksam machte und zu eigener Aktivität anspornte<sup>89</sup>. Zur Reichstagswahl im Mai 1924 betätigte er sich in Wiesdorf bereits propagandistisch für die völkische Liste, und bald entstand der erste Kontakt nach Köln, wo man über den Einsatzwillen, den der Akademiker an den Tag legte, hocherfreut war<sup>90</sup>.

Seine Tätigkeit bei Bayer übte Ley auch nach der Übernahme der Gauleitung weiter aus. Er geriet jedoch allmählich in einen immer schärferen Konflikt zwischen beruflicher Pflicht und politischer Neigung, der zum Jahresende 1927 seine Entlassung zur Folge hatte. Der Anlaß war, daß Ley in seinen an antisemitischen Ausfällen auch sonst reichen Propagandareden den Hamburger Bankier Max Warburg, Mitglied des Generalrats der Reichsbank und des Aufsichtsrats der I. G. Farbenindustrie, zu der Bayer gehörte, grob verunglimpft hatte. Warburg wandte sich daraufhin über Hermann Bücher, der dem Reichsverband der deutschen Industrie und zugleich dem Wirtschaftsbeirat der I. G. Farben angehörte, an die Werksleitung, die Ley aufforderte, sich zu entschuldigen. Nach Rücksprache mit Hitler, dem er bei der Gauleitertagung in Weimar am 27. November 1927 auch den ihm ausgehändigten Protestbrief Büchers an die Werksleitung zeigte, in dem auf Leys Entlassung gedrängt wurde, verweigerte Ley den geforderten Rückzieher und antwortete mit der Gegenfrage, „mit welchem sittlichen und moralischen Recht ein derartiges Ansinnen an mich gestellt werden könnte“. Die ihm selbst nach Grohés Urteil an sich nicht übel gesinnte Direktion stellte Ley daraufhin vor die Alternative, künftig auf ein öffentliches Auftreten zu verzichten oder – immerhin gegen

nach der Auflösung der Landesinspektionen im Dezember 1932 unter Ley Leiter des Organisationsamts bei der Obersten Leitung der P.O.

<sup>88</sup> Zur Biographie Leys s. Schirach, a. a. O., S. 147 f.; Kiehl, a. a. O., bes. S. 15 ff.; Role [d. i. Karl Busch], Hitlers Stabsleiter der P.O., Dr. Ley, Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Berlin-Schöneberg 1934, S. 5 ff.; Der Großdeutsche Reichstag 1938, S. 300.

<sup>89</sup> Kiehl, a. a. O., S. 12 f.; Schmidt, a. a. O., S. 73 f.

<sup>90</sup> Siehe Grohés Äußerung über die ersten Kontakte mit Ley bei Schmidt, a. a. O., S. 78 ff.

eine Abfindung von 30 000 RM – aus dem Betrieb auszuschneiden. Ley entschied sich für letzteres. „Was nutzt die schönste und gesichertste Stellung, wenn Deutschland zu Grunde geht“, will er der Direktion dazu gesagt haben<sup>91</sup>.

Bis Ley im Mai 1928 mit fünf weiteren Parteigenossen in den Preussischen Landtag gewählt wurde, wo der „Sprudelkopf“ nach den anerkennenden Worten seines Fraktionsführers Kube zuweilen „wie ein wütender Derwisch auf der Landtagstribüne herum[tobte]“<sup>92</sup>, bestritt er seinen Lebensunterhalt vorübergehend als Chefredakteur der 1925 gegründeten Gauzeitung „Westdeutscher Beobachter“, für die vorher Grohé verantwortlich gezeichnet hatte<sup>93</sup>.

Wie für Gestaltung und Verbreitung der Wochenzeitung war das Gespann Ley-Grohé auch für den Ausbau der Partei unermüdlich tätig. Als Hauptredner seines Gaues war Ley bald auch während der Woche ständig unterwegs. Zahlen, die über die Entwicklung des Mitgliederstandes Auskunft geben, existieren aus den ersten Jahren nur für die Anfangszeit; zwischen August und Dezember 1925 stieg er von 335 auf 868, bis zum August 1926 kamen nochmals 400 hinzu<sup>94</sup>. Insgesamt gesehen gehörte Leys Gau mit seinem weitgehend katholischen, im südlichen Teil zudem stark agrarisch geprägten und wenig dicht besiedelten Gebiet immer zu den schwächeren Gauen der NSDAP. In der ersten Jahreshälfte 1931 lag die Mitgliederzahl noch erheblich unter 10 000. Zu dieser Zeit näherte sich der Gau Sachsen bereits einem Bestand von 40 000, der Gau Berlin immerhin einer Zahl von 20 000 Mitgliedern<sup>95</sup>. Die Reichstagswahlergebnisse blieben 1928 mit einem Stimmenanteil von 1,1 % (Wahlkreis Köln-Aachen) bzw. 2,1 % (Koblenz-Trier) und 1930 mit Anteilen von 14,5 % und 14,9 % jeweils deutlich unter dem Reichsdurchschnitt von 2,6 % bzw. 18,3 %<sup>96</sup>.

In ihrer Propaganda bevorzugten Ley und Grohé den brutalen Angriff auf ihre bürgerlichen und sozialistischen Gegner. In der von schroffen materiellen und psychologischen Gegensätzen bestimmten politisch-sozialen Landschaft der Weimarer Republik vermochten sie damit auch Erfolge zu erzielen. Die dafür entrichteten Opfer bestärkten sie nur in ihrem Fanatismus. Grohé soll vor 1933 in 121 Gerichtsverfahren verwickelt gewesen sein. Meist ging es dabei um Presse- und Versammlungsdelikte wie Verleumdung, Beleidigung, Schlägereien und dergleichen mehr. Gegen den seit 1928 durch die Abgeordneten-Immunität etwas besser gedeckten Ley wurden bis zum Oktober 1931 aus den gleichen Gründen 69 Verfahren angestrengt. Sie endeten allerdings fast alle vorzeitig durch Einstellung

<sup>91</sup> Ley an Hitler, 21. 12. 1927; Grohé an die Reichsleitung der NSDAP, 21. 12. 1927; undat. Aktenvermerk des Polizeipräsidiums Berlin, Abt. IA, betr. Dr. Ley (alles BAK, NS 26-1358a); Völkischer Beobachter 4 v. 5. 1. 1928, S. 3; Role, a. a. O., S. 22.

<sup>92</sup> Kube an Straßer, 5. 10. 1928 (BAK, NS 22-375).

<sup>93</sup> Grohé an Buch, 21. 1. 1928 (BDC, OPG-Akte Grohé).

<sup>94</sup> Parteileitung an Gau Rheinland-Süd, 20. 1. 1926, und weitere Korrespondenz aus dem Jahre 1926 (BAK, Sammlung Schumacher 203).

<sup>95</sup> Straßer an Gauleiter Kube, Berlin, 7. 7. 1931 (BAK, NS 22-376). Zur Mitgliederzahl des Gaues Rheinland im Jahre 1931 s. Anm. 113.

<sup>96</sup> A. Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 112.

oder Amnestie. Nur in vier Fällen ergingen Urteile über bis zu 1000 RM Geldstrafe, einmal wurde eine vierwöchige Gefängnisstrafe verhängt<sup>97</sup>. Getreu dem Propagandaprinzip, durch ständige Angriffe vor allem die gegnerischen Führer unglaublich zu machen, legte sich Grohé im Kölner Stadtrat, in den er im November 1929 mit vier Parteigenossen einzog, übrigens besonders gern mit Oberbürgermeister Dr. Adenauer an<sup>98</sup>.

Andererseits stieß der Stil ihrer wilden Attacken manchmal sogar im eigenen Lager auf Mißbilligung. 1929 erkannte die Parteileitung dem „Westdeutschen Beobachter“, der mit Schlagzeilen wie „Blutschande und Abtreibung“ (Nr. 31/1928) und „Polizeiorgien im Bordell“ (Nr. 39/1928) Gegner bloßzustellen suchte, wegen Parteischädigung zeitweilig das Recht ab, das „Hoheitszeichen“ der NSDAP, den Ausweis der Parteiamtlichkeit, im Kopf zu führen. „Man wird eines Gegners in der Gosse nicht Herr dadurch, daß man sich zu ihm legt“, rügte der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses der Reichsleitung, Major a. D. Walter Buch, bezeichnenderweise nur die taktisch inopportune Form der Kampfesführung<sup>99</sup>.

Einen gewissen Schaden fügten Ley und Grohé der Entwicklung der NSDAP auch durch ihren rüden und herrischen Ton zu, mit dem sie Parteigenossen angingen, die andere Auffassungen vertraten als sie. Besonders mit der Ortsgruppe Koblenz lag Ley öfters in Fehde. Anlaß zur Klage gaben dabei verschiedentlich auch Manipulationen mit den Finanzen der zum Teil in Leys Privatbesitz befindlichen Gauzeitung<sup>100</sup>.

Grohé legte sich mehrfach sogar mit Vertretern der Parteileitung an. Schon 1926 geriet er mit dem Reichsorganisationsleiter und USchLA-Vorsitzenden, dem hölzernen Generalleutnant a. D. Bruno Heinemann, aneinander, was ihm eine Rüge durch Hitler eintrug<sup>101</sup>. 1929 beschwerte sich Heinemanns Nachfolger Buch bei Ley über Grohé's „ausgesprochene Anmaßung“ gegenüber vorgesetzten Dienststellen. Ley gab Grohé den vertraulichen Brief zur Kenntnis, dieser wurde erneut ausfallend und bekam daraufhin zu hören, es sei schon „wiederholt von verschiedenen Stellen der Reichsleitung über die ‚Frechheit‘ des Pg. Grohé geklagt worden“<sup>102</sup>.

<sup>97</sup> Schmidt, a. a. O., S. 101; undat. Aktenvermerk des Polizeipräsidiums Berlin, Abt. IA, betr. Dr. Ley (BAK, NS 26-1358a).

<sup>98</sup> Bei Schmidt, a. a. O., S. 128-204, sind mehrere Stadtratsreden Grohé's abgedruckt.

<sup>99</sup> Buch an Ley, 29. 10. 1928; Bericht USchLA Reichsleitung, Sitzung v. 7. 11. 1928; USchLA Reichsleitung an Gauleitung Rheinland, 16. 4. 1929 (BD, OPG-Akte Ley). Zum Kampfstil des „WB“ s. auch F. J. Heyen, Nationalsozialismus im Alltag, Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier, Boppard 1967, S. 3 ff.

<sup>100</sup> Siehe z. B. O. Dönch, Koblenz, an Ley, 25. 8. 1928 (abschriftlich in Dönch an USchLA Reichsleitung, 30. 8. 1928); Buch an Dönch, 3. 9. 1928; Buch an Ley, 5. 10. und 29. 10. 1928 (BDC, OPG-Akte Ley). Siehe auch Krebs, a. a. O., S. 196; Hüttenberger, a. a. O. S. 51 f., 64; Heyen, a. a. O., S. 10.

<sup>101</sup> Hitler an Ley, 17. 5. 1926 (BAK, Sammlung Schumacher 203).

<sup>102</sup> Beschluß USchLA Reichsleitung v. 11. 11. 1929; USchLA Reichsleitung an Grohé, 23. 11. 1929 (BDC, OPG-Akte Grohé).

Weiterreichende Konsequenzen hatten derartige Zusammenstöße nicht. Das Gespann Ley/Grohé war im Gau Rheinland nicht zu ersetzen, und der Nutzen, den ihr Einsatz der Partei dort insgesamt geschen brachte, überwog den bisweilen angerichteten Schaden. Außerdem gab es keinen ernsthaften Konkurrenten, der eine Alternative geboten hätte.

Ley und Grohé waren indes nicht die einzigen Aktivisten im Gau. In Aachen wirkte seit 1926 der schon erwähnte Elektrotechniker Rudolf Schmeer (Jahrgang 1905) als Bezirksleiter. Einen weiteren unermüdlichen Mitarbeiter gewann Ley 1928 in Gustav Simon.

Simon wurde als Sohn eines vom Hilfsarbeiter zum Oberinspektor aufgestiegenen Eisenbahnbeamten im Jahre 1900 in Saarbrücken geboren<sup>103</sup>. Nach der Volksschule besuchte er von 1914 an sechs Jahre lang die Lehrerbildungsanstalt in Merzig bis zum Lehrerexamen. Anschließend ging er jedoch nicht in den Schuldienst, sondern widmete sich verschiedenen Studien, die er als Werkstudent bei der Eisenbahn und beim Zoll und durch gelegentliche Tätigkeit als Volksschullehrer finanzierte. Er holte die Reifeprüfung nach, hörte an der Universität Frankfurt acht Semester Volkswirtschaft und Jura, machte das Handelslehrerdiplom und arbeitete schließlich von 1927 an als Handelsschul-Studienreferendar im Saargebiet.

Zur völkischen Bewegung stieß er bereits 1922/23 auf der Frankfurter Universität<sup>104</sup>. 1924 gehörte er dort der Nationalsozialistischen Freiheitspartei an, 1925 trat er der NSDAP bei, für die er fortan agitierte, wo immer sich ihm Gelegenheit bot. Als Referendar blieb ihm nach eigenem Bekunden „genügend Freizeit, um außerhalb des Saargebietes für die Bewegung tätig zu sein“. 1928 ließ er sich deshalb von Ley die Leitung des zum Gau Rheinland gehörenden Bezirks Trier-Birkenfeld übertragen<sup>105</sup>.

Die Parteiorganisation war hier, wie im südlichen Teil des Gaues überhaupt, noch wenig entwickelt. Zwar hatten der Gauleiter und andere Redner verschiedentlich dort Propagandaaktionen durchgeführt, doch zu einer kontinuierlichen Bearbeitung und zur organisatorischen Durchdringung des Gebiets hatten Mittel und Personal gefehlt. So konnte der Gauleitung Simons dortige Aktivität nur lieb sein. Bald erwies er Ley einen weiteren Dienst, als er sich auf dessen Bitte hin bereiterklärte, die Befriedung der oppositionellen und von innerem Streit gelähmten Parteigruppen in und um Koblenz in Angriff zu nehmen. Kurz vor dem Assessorexamen und endlich mit einer festen Anstellung in Aussicht, brach Simon seine berufliche Karriere ab und stellte sich gegen ein kleines Salär, das ihm die Gauleitung zahlte, ganz in den Dienst der NSDAP. Für den fanatischen Nationalsozialisten mag bei dieser Entscheidung die Aussicht mit den Ausschlag gegeben haben,

<sup>103</sup> Zur Biographie Simons s. Schirach, a. a. O., S. 205 ff.; Das deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934; Der Großdeutsche Reichstag 1938, S. 408; Hüttenberger, a. a. O., S. 218.

<sup>104</sup> Zu den Anfängen der völkisch-nationalsozialistischen Agitation an der Universität Frankfurt s. Schön, a. a. O., S. 107 ff.

<sup>105</sup> „Bildung eines Gaues Koblenz-Trier“, Denkschrift Simons an den Reichsorganisationsleiter, 12. 3. 1931, S. 1 (BAK, NS 22-372).



daß es sich bei dem zurückgebliebenen Gau Rheinland trotz der im Oktober 1928 wirksam gewordenen Organisationsreform, die generell Gau- und Reichstagswahlkreis-Grenzen zur Deckung bringen wollte, noch immer um einen Doppelwahlkreis handelte, so daß eine für später zu erwartende Teilung eine sonst kaum noch gegebene Aufstiegsmöglichkeit bot. In der Tat scheint Ley damals auf diese Perspektive aufmerksam gemacht zu haben<sup>106</sup>.

Seit Januar 1929 amtierte Simon in Koblenz als einer der fünf Bezirksleiter des Gaues. Erste Erfolge stellten sich bald ein. Bei den Kommunalwahlen in Preußen im November 1929 erhielt die NSDAP in der „Beamtenstadt“ Koblenz 38,5% der abgegebenen gültigen Stimmen und acht Stadtratsmandate und erzielte damit das prozentual höchste Ergebnis der Partei in ganz Preußen. Nachdem sich sein Bezirk organisatorisch gefestigt hatte, begann Simon sich auch um den brachliegenden Nachbarbezirk Trier zu kümmern. Hier wandte er die gleiche Propagandamethode an, die dort Erfolg gezeitigt hatte. Sie beruhte vor allem auf Hartnäckigkeit. So hielt er in Trier, wo die Parteiorganisation bislang immer wieder zusammengebrochen war, längere Zeit über in jeder Woche eine Versammlung ab, bis er im Mai 1930 eine 150 Mitglieder starke, einigermaßen stabile Ortsgruppe an den neuen Bezirksleiter übergeben konnte<sup>107</sup>.

In seiner Tätigkeit war Simon weitgehend auf sich selbst angewiesen. Ley betonte zwar, es sei sein Prinzip, „jedem Führer im Gau Rheinland die größtmögliche [sic] Freiheit in dieser Arbeit“ zu lassen<sup>108</sup>, doch standen hinter seiner Behauptung zumindest in diesem Fall maßgeblich die materiellen und personellen Schwierigkeiten, die der Gauleitung eine großzügige zentrale Unterstützung aller Bezirksleiter unmöglich machten. Im Gau Rheinland kamen die Mittel der Gauleitung vor allem den beiden stärkeren nördlichen Bezirken in ihrer unmittelbaren Umgebung zugute. Zum Reichstagswahlkampf im Sommer 1930 erhielt der Bezirk Koblenz für seine 374 Versammlungen in nicht einmal zehn Fällen Unterstützung durch Redner aus dem Nordteil des Gaugebiets. Die meisten dieser Veranstaltungen bestritten knapp zwei Dutzend Redner aus den drei südlichen Bezirken, die Simon inzwischen selbst herangebildet hatte<sup>109</sup>.

Unter diesen Umständen durfte Simon das Ergebnis der Wahl vom 14. September 1930, das ihn neben vier Zentrumsabgeordneten zum einzigen Reichstagsmitglied des Wahlkreises 21 (Koblenz-Trier) machte, auch als sein persönliches Verdienst betrachten. Zugleich wurde er dadurch für seine Person von der Gauleitung finanziell unabhängig. Diese Tatsache, die Erfolge beim Ausbau des Bezirks, dessen nur lockere Bindungen zur Kölner Gauzentrale und eine nicht immer freundliche Behandlung durch Ley veranlaßten den selbstbewußten Bezirksleiter nunmehr zu einem ersten Vorstoß in Richtung auf eine Teilung des Gaues Rheinland.

<sup>106</sup> Ebd.; Ley an Simon, 6. 1. 1931, S. 3 f. (ebd.); s. auch Heyen, a. a. O., S. 10.

<sup>107</sup> Denkschrift Simon, 12. 3. 1931, S. 2 f.; s. auch Heyen, a. a. O., S. 19 f., 30, 32, 52, 80.

<sup>108</sup> Ley an Simon, 6. 1. 1931, S. 2. Zur Amtsstellung der Bezirksleiter s. Anm. 30.

<sup>109</sup> Simon an die Reichsorganisationsleitung, 7. 10. 1930, S. 4; Denkschrift Simon, 12. 3. 1931, S. 8 (BAK, NS 22-372).

In einem siebenseitigen Schriftstück über die „Bildung eines Gaues Rheinland-Süd“ legte er am 7. Oktober 1930 der für die Gauorganisation zuständigen Reichsorganisationsleitung I<sup>110</sup> die Gründe dar, die in seinen Augen eine Teilung des Gaues geboten erscheinen ließen, und bat, von Hitler und dem Reichsorganisationsleiter Straßer dazu gehört zu werden<sup>111</sup>. Simon bezog sich auf die Regel „Gau gleich Reichstagswahlkreis“ und erläuterte, daß die beträchtliche Nord-Süd-Ausdehnung des bestehenden Gaues eine gleichmäßige Bearbeitung durch die im Nordteil ansässige Gauleitung bisher stark behindert habe. Seine persönlichen Motive zurückstellend, führte er vor allem die in der Tat nicht leicht wiegenden praktischen Argumente ins Feld: die erheblichen Entfernungen und die Unkosten, die für die Bezirks- und Kreisleiter mit der Aufrechterhaltung der Beziehungen nach Köln und bei Gau-Tagungen und SA-Aufmärschen verbunden seien, würden drastisch vermindert, wenn Koblenz statt Köln Mittelpunkt des Südgebietes würde.

Ferner wies Simon auf die Unterschiede in der Sozialstruktur der beiden Gebiete hin, die eine verschiedenartige organisatorische und propagandistische Behandlung erforderlich machten. Großstädte im Norden (Köln, Aachen, Bonn), in denen die Hälfte der 2,2 Millionen Einwohner des Wahlkreises 20 lebte, müßten mit ganz anderen Methoden bearbeitet werden als die auf viele kleine Städte und Landgemeinden verteilten 1,2 Millionen Bewohner des südlichen Wahlkreises, in dem Koblenz und Trier mit je 60 000 Einwohnern die größten Siedlungen seien. Außerhalb dieser beiden „Beamtenstädte“ sei die Bevölkerung in erster Linie im Weinbau, in der Landwirtschaft, in der Steinindustrie und im Fremdenverkehrsgewerbe tätig, während im nördlichen Gauteil Arbeiter und von Simon nicht näher spezifizierte „Mittelständler“ neben den Bauern überwögen.

Politisch sei im Süden praktisch nur das Zentrum von Bedeutung, im Norden seien dagegen KPD und SPD zusätzlich zu bekämpfen<sup>112</sup>. Zum Schluß rechnete Simon der Reichsorganisationsleitung vor, daß der südliche Teil mit seinen rund 3000 Mitgliedern (ein Viertel davon in der Ortsgruppe, fünf Sechstel im Bezirk Koblenz) sich bisher praktisch ohne Hilfe von Seiten der Gauleitung selbst unterhalten habe, obwohl die Mitgliedsbeiträge von den Ortsgruppen zum größeren Teil nach Köln abgeführt werden müßten. Damit sei der Beweis für die Lebensfähigkeit eines Gaues Rheinland-Süd bereits erbracht. Der nördliche Teil werde mit seinen über 4000 Mitgliedern erst recht allein bestehen können<sup>113</sup>.

<sup>110</sup> Zur Gründung der Reichsorganisationsleitung II und zu den Aufgaben der beiden Abteilungen s. Tyrell, *Führer befehl*, S. 310 f., 358 f.

<sup>111</sup> Simon an die Reichsorganisationsleitung, 7. 10. 1930, S. 7.

<sup>112</sup> Im Reichstags-Wahlkreis Köln-Aachen bekam das Zentrum 1930 36,4%, die SPD 14,1%, die KPD 14,5%, die NSDAP 14,5% der abgegebenen gültigen Stimmen. Im Wahlkreis Koblenz-Trier waren es entsprechend 46,8%, 9,5% (neben dem Wahlkreis Oppeln der einzige, in dem die SPD 1930 unter 10% blieb), 6,3%, 14,9% (Milatz, a. a. O., S. 90, 97, 108).

<sup>113</sup> Simons Zahlen liegen erheblich über den Angaben der späteren offiziellen Parteistatistik, die zum 14. 9. 1930 für das Gebiet des Wahlkreises Köln-Aachen 2470 und für den Wahlkreis Koblenz-Trier 1785 Mitglieder angibt (Partei-Statistik, Stand: 1935. Band III, S. 185 ff.).

Eine Stellungnahme aus München blieb zunächst aus. Simon ließ sich dadurch nicht beirren und bereitete zur Loslösung von Köln einen weiteren Schritt auf einem Gebiet vor, auf dem Ley besonders empfindlich war. Vorhin war schon davon die Rede, daß der Gauleiter im Zeitungswesen nicht immer über eine glückliche Hand verfügte – was übrigens für viele seiner Gauleiterkollegen ebenfalls zutraf. Durch den Gelegenheitskauf einer Druckereieinrichtung animiert, hatte er nun in übereilter Form und zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt zum 1. Juni 1930 neben seinem „Westdeutschen Beobachter“ in Koblenz eine eigene Tageszeitung ins Leben gerufen, die als Kopfblatt außerdem in Trier und in dem im Gau Rheinland liegenden oldenburgischen Landesteil Birkenfeld erschien. Dahinter verbarg sich neben der kühnen Hoffnung auf finanziellen Gewinn nicht zuletzt die Absicht, die südlichen Bezirke stärker an die Gauleitung zu binden.

Simon war nach anfänglicher journalistischer Beteiligung bald aus diesem privaten Unternehmen des Gauleiters und des Parteigenossen Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe ausgeschieden, das sich als geschäftlicher Mißerfolg entpuppte und auch in Aufmachung und Inhalt nicht gerade eine propagandistische Wunderwaffe darstellte<sup>114</sup>. In einer persönlichen Unterredung teilte er nun am 6. Januar 1931 dem Gauleiter mit, daß er die Teilung des Gaues anstrebe und für den südlichen Teil eine eigene Wochenzeitung herauszugeben beabsichtige.

Simons Vorhaben erregte Leys wilden Zorn. Das läßt noch der Brief erkennen, in dem Ley nach dem Gespräch seine Position schriftlich wiederholte. Er betrachtete beide Pläne als gegen sich persönlich gerichteten Angriff, was sie von der Intention her keineswegs sein sollten<sup>115</sup>. Seine Reaktion entsprach den Prinzipien „Verbot“ und „Bestrafung“, die er schon 1925 bei der Übernahme des Gaues der Reichsleitung als seine Maximen für die Behandlung von „Undisziplin“ verkündet hatte<sup>116</sup>. Er glaubte, Simon mit einem strikten Verbot von der, wie Ley sagte, parteischädigenden und ihm persönlich gegenüber „unloyalen“ Zeitungsgründung abbringen zu können. Simons Gründe für eine Verselbständigung des Südtails wies Ley recht pauschal zurück. Als Gauleiter werde Simon in keinem Fall mehr leisten können als in seiner augenblicklichen Position, in der er doch

Die Gaue der NSDAP). Siehe auch: Die Entwicklung der Partei in Zahlen, in: Der Schulungsbrief V (1938), Folge 8/9, S. 287. Am 16. 7. 1931 teilte Simon dem Reichsorganisationsleiter mit, im Bezirk Trier gebe es bei rund 400 000 Einwohnern 692 Parteigenossen, im Bezirk Birkenfeld sei das Verhältnis 60 000 zu 640, im Bezirk Koblenz 800 000 zu 2500 (BAK, NS 22–372). Siehe ferner Heyen, a. a. O., S. 52 ff.

<sup>114</sup> Zu den Vorgängen bei und nach der Gründung der Zeitung s. Denkschrift Simon, 12. 3. 1931, S. 8 ff.; Simon an Straßer, 14. 3. 1931; H. Hahn, Metternich, an Parteileitung, 22. 3. 1931. Zu den Besitzverhältnissen s. Ley an Straßer, 17. 3. 1931 (alle BAK, NS 22–372). Siehe auch Gauschatzmeister Dr. Evertz, Köln, an Reichsschatzmeister, 21. 4. 1931; Dr. K. J. Helle, Koblenz, an Straßer, 2. 3. 1931; Straßer an Reichsschatzmeister Schwarz, 10. 3. 1931 (BDC, PK-Akte Ley). Siehe ferner Heyen, a. a. O., S. 36, 51, 57 f., 67, und verschiedene Aktenvermerke des Polizeipräsidiums Berlin, Abt. IA, betr. Dr. Ley, aus dem Jahre 1931 (BAK, NS 26–1358a).

<sup>115</sup> Ley an Simon, 6. 1. 1931.

<sup>116</sup> Ley an Parteileitung, 25. 6. 1925 (BAK, Sammlung Schumacher 203).

auch völlig freie Hand habe. Eine Umorganisation werde in der gegenwärtigen Situation, in der „alle Energie zum Entscheidungskampf zusammengefaßt werden muß“, nur unnötig Unruhe in die Organisation hineinbringen. Falls Simon seine Selbstständigkeitsbestrebungen nicht aufgeben, drohte Ley mit Absetzung und weiteren Maßnahmen. Sich überstürzende Gedanken wie in dem folgenden Satz verraten seine Erregung:

„Wie sehr ich es bedauere, Ihre wertvolle Kraft zu verlieren, ebenso muß ich darüber wachen, daß der Ehrgeiz der einzelnen, soweit er gesund und fördernd für die Bewegung ist, sich nicht derartig auswächst, daß er für die Partei eine Gefahr wird“<sup>117</sup>.

Simon steckte jedoch nicht zurück. Er wandte sich erneut nach München und ersuchte diesmal auch um die Genehmigung der Reichsleitung für seinen Zeitungsplan. Wohl auch unter dem Eindruck von Leys Intervention, die dieser Simon schon am 6. Januar angekündigt hatte, betrachtete Straßers Stellvertreter in der Reichsorganisationsleitung, Schulz, diesen Fall aber zunächst einmal unter dem Gesichtspunkt der Nichteinhaltung des Instanzenwegs, der Bezirksleitern Kontakte zur Reichsleitung nur über den jeweiligen Gauleiter gestattete. In seinem von Schulz aufgesetzten Antwortbrief stellte Straßer sich wie gewohnt vor den Gauleiter und forderte Simon auf, „gerade jetzt im Interesse der Einheit der Bewegung sich mit Ihrer ganzen Kraft für die Durchführung der von der Gauleitung verlangten und weiterhin geforderten Arbeiten einzusetzen“<sup>118</sup>.

Auf Simons Argumente, die Schulz Straßer immerhin doch vorgetragen hatte, ging der Reichsorganisationsleiter im einzelnen nicht ein, sondern er teilte Simon nur kurz mit, „daß ich bei vollkommener Würdigung der vorgebrachten Gründe keine Verkleinerung des bisherigen Gaues Rheinland vornehmen kann“. In der Zeitungssache wurde Simon ebenfalls abschlägig beschieden.

Abgeschlossen war der Fall damit freilich nicht. Bei einer Inspektionsreise nach Köln sah sich Schulz einige Wochen später erneut mit dem Problem konfrontiert. Ley und Simon kamen beide zu Wort, und letzterer hatte zur Unterstützung seiner Thesen eine weitere Denkschrift zu Hand<sup>119</sup>. Im persönlichen Gespräch hinterließ der dynamische Simon offensichtlich einen stärkeren Eindruck als zuvor sein Brief. Jedenfalls erhielt Ley kurz darauf einen vertraulichen Brief Straßers, in dem dieser darauf verwies, daß nach der zum 1. Januar 1931 vorgenommenen Teilung des Gaues Westfalen nunmehr Schlesien und das Rheinland die letzten Ausnahmen von dem Grundsatz für die Größe der Gaue seien, wonach Gau und Reichstagswahlkreis zusammenfallen sollten<sup>120</sup>. Abweichungen von dieser Regel

<sup>117</sup> Ley an Simon, 6. 1. 1931, S. 5.

<sup>118</sup> Straßer an Simon, 17. 1. 1931 (BAK, NS 22-372).

<sup>119</sup> Ley an Straßer, 17. 3. 1931, S. 1 (ebd.).

<sup>120</sup> Auch mit dem schlesischen Gauleiter Brückner, der über ein drei Wahlkreise umfassendes Gaugebiet gebot, korrespondierte Straßer im März 1931 wegen einer Teilung dieses Gebiets in drei Gaue (Straßer an Brückner, 26. 3. 1931, BAK, NS 22-379). Hier änderte sich allerdings bis 1933 nichts, in erster Linie wohl deshalb, weil hier niemand ähnliche Initiative entwickelte wie Simon.



habe man nur dort gestattet, wo die Mitgliederstärke zu gering gewesen sei, oder in dem Fall, daß mehrere Wahlkreise „staatsrechtlich einen Bundesstaat“ bildeten. Straßer bat Ley um die Mitteilung seiner Argumente gegen eine Teilung des Gaues, „damit ich von der Prüfung derselben meinen Antrag bei dem Führer abhängig mache“<sup>121</sup>.

Brachte er mit den beiden Gründen für die Ausnahmeregelung Ley schon in eine ungünstige Position – die zweite traf für das Rheinland nicht zu und die erste war indirekt eine Kritik an der Leistung des Gauleiters, während eine Teilung, so gesehen, ein Kompliment darstellte –, so ließ Straßers Postscriptum keinen Zweifel über seine gegenüber dem Januar gewandelte Einstellung: „Gleichzeitig bitte ich um unverbindliche Vorschläge über die Art der Teilung und die Besetzung des neuen Gauleiterpostens.“

Einen Tag später forderte Straßer Simon offiziell auf, seine Argumente für einen selbständigen Gau Koblenz-Trier vorzulegen<sup>122</sup>. Simons dritte Denkschrift in dieser Sache umfaßte sogar elf Seiten. Sie wiederholte die schon im Oktober vorgebrachten Gründe und bezog jetzt auch Leys mißliches Zeitungsunternehmen in die Argumentation mit ein<sup>123</sup>. In einem zwei Tage später abgefaßten Nachtrag verschärfte Simon seinen Ton noch. Den zuerst von Ley gegen ihn erhobenen Vorwurf parteischädigenden Verhaltens konnte er jetzt umkehren, denn der Zusammenbruch von Leys privatem Zeitungsverlag in Koblenz, dessen Personal zur Wahrung seiner Rechte vor das Arbeitsgericht gehen mußte, wurde in der Koblenzer Öffentlichkeit den Nationalsozialisten am Ort angehängt<sup>124</sup>. In der Denkschrift und vor allem in dem Nachtrag führte Simon jetzt aber auch seine persönlichen Motive und seine Verdienste ins Feld:

„Ich persönlich befinde mich in einer schlimmen Lage. Auf der einen Seite fehlt mir das Vertrauen zur Gauleitung in Köln, das auf die Dauer auch durch die beste Disziplin und Unterordnung nicht ersetzt werden kann. Auf der anderen Seite denke ich nicht daran, ein Gebiet zu verlassen, das in organisatorischer Hinsicht mein Werk ist, wo der erheblichste Teil der Ortsgruppen von mir persönlich gegründet wurde. Es wäre ein nicht wiedergutzumachender Schaden, wenn ich zurücktreten würde. Ich bin es der Bewegung und mir schuldig, wenn ich die geschaffene Organisation nicht preisgebe und um den einzigen Ausweg bitte, der hier vorhanden ist: die Bildung eines Gaues Koblenz-Trier“<sup>125</sup>.

Ley suchte dagegen in einer persönlichen Rücksprache mit Straßer diese Lösung zu blockieren. In einem Brief faßte er anschließend seine Argumente nochmals zusammen<sup>126</sup>. Sachlich hatte er nicht mehr anzuführen, als er schon gegenüber Simon

<sup>121</sup> Straßer an Ley, 6. 3. 1931 (ebd. NS 22–372).

<sup>122</sup> Straßer an Simon, 7. 3. 1931 (ebd.).

<sup>123</sup> Denkschrift Simon, 12. 3. 1931, S. 8 ff. (ebd.).

<sup>124</sup> Simon an Straßer, 14. 3. 1931; H. Hahn, Metternich, an Parteileitung, 22. 3. 1931 (ebd.); undat. Aktenvermerk des Polizeipräsidiums Berlin, Abt. IA, betr. Dr. Ley (BAK, NS 26–1358a).

<sup>125</sup> Simon an Straßer, 14. 3. 1931.

<sup>126</sup> Ley an Straßer, 17. 3. 1931; s. auch Straßer an Ley, 30. 3. 1931 (BAK, NS 22–372).

geltend gemacht hatte. Er verwies auf die weitgehende Freiheit seiner Bezirksleiter in propagandistischen und organisatorischen Fragen und warnte vor der Zersplitterung einer angeblich einheitlichen Organisation. Insbesondere beklagte er den Schaden, den eine Verkleinerung des Verbreitungsgebiets der Gauzeitung zur Folge haben würde.

Vor allem aber verlegte Ley sich jetzt auf eine Diskussion des Führergedankens, den in der vorhin zitierten Passage auch Simon angesprochen hatte. Ley argumentierte allerdings aus der entgegengesetzten Blickrichtung. Wo Simon aufgrund einer Kombination von persönlicher Leistung und sachlichen Gesichtspunkten praktisch Anspruch auf eine Ernennung zum Gauleiter erhob, wehrte sich Ley gegen eine Schmälerung seiner „Befehlsgewalt“, die er mit der Degradierung eines Soldaten verglich. Die gegen ihn sprechenden sachlichen Gründe für eine Teilung umgehend, pochte Ley darauf, daß er den Gau unter schwierigsten Umständen sechs Jahre lang zur Zufriedenheit der Reichsleitung geführt habe. Deshalb dürfe man ihm jetzt nicht einfach den Spielraum dafür beschneiden, „meine Kraft und meine Fähigkeit zu entfalten“. Eine Teilung des Gaues sei, auch mit Rücksicht auf seine Position vor der Öffentlichkeit, für ihn „nahezu untragbar“.

Grohé sprang seinem Gauleiter bei. Es sei für Ley „persönlich verletzend“ gewesen, schrieb er an Straßer, daß ein Bezirksleiter die Teilungsfrage aufgeworfen habe und daß diese auf den unteren Ebenen der Partei diskutiert werde, denn Ley stehe auf dem Standpunkt, „daß organisatorische Änderungen von oben und nicht von unten veranlaßt werden müßten, und deshalb allein schon hat er sich seinerzeit gegen die Bestrebungen des Pg. Simon gewandt“<sup>127</sup>.

Straßer hielt dem jedoch nicht nur die sachlichen Erfordernisse der Parteiorganisation entgegen, die gewichtiger seien als eine „persönliche Prestigefrage“. Er unterließ auch Leys und Grohé's Rekurs auf den Führergedanken, indem er – anders als noch im Januar – dessen oben beschriebene Doppeldeutigkeit gegen sie wandte:

„Wenn die Bewegung auf dem Standpunkt des Führerprinzips steht, dann kann sie niemals einen beamteten Bezirksleiter einem autoritativ tätigen Gauleiter gleichstellen, mit anderen Worten, der gleiche Mann wird in der Stellung eines selbständigen Gauleiters automatisch [!] andere Erfolge erzielen als wie als Untergebener. Die Ausnützung dieser psychologischen Wirkung für den weiteren Ausbau der Organisation ist meine Pflicht als Reichsorganisationsleiter“<sup>128</sup>.

Straßers Entschluß, der für die formale endgültige Entscheidung des an derartigen organisatorisch-personellen Problemen kaum Anteil nehmenden Hitler maßgebend war – bezeichnenderweise kam Ley gar nicht auf den Gedanken, in dieser Sache an Hitler zu appellieren –, stand zum Zeitpunkt dieses Briefes bereits fest. Schon am 23. März hatte er Simon in einem persönlichen Schreiben davon in

<sup>127</sup> Grohé an Straßer, 3. 4. 1931 (ebd.). In Trierer Parteikreisen wurde zu dieser Zeit offen von der bevorstehenden Teilung des Gaues gesprochen (Heyen, a. a. O., S. 69).

<sup>128</sup> Straßer an Ley, 30. 3. 1931 (BAK, NS 22–372). Zum Grundsätzlichen s. S. 350 ff.

Kenntnis gesetzt, daß er Ley die Teilung des Gaues Rheinland zum 1. Juni 1931 aufgegeben habe. Simon solle sich unterdessen jeder weiteren Maßnahme in dieser Sache enthalten, „da Sie selbst sonst die Möglichkeit zerstören würden, daß ich Sie dem Führer als Gauleiter des neuen Gaues vorschlage“<sup>129</sup>.

Das geschah. Ley, der im April auch noch seine vierwöchige Gefängnisstrafe wegen Beleidigung abzusitzen hatte, kam anschließend nach München, um zusammen mit Straßer ein Schreiben aufzusetzen, in dem er den Reichsorganisationsleiter wegen starker Überlastung in seinen verschiedenen Tätigkeitsbereichen förmlich um die Teilung des Gaues Rheinland bat und Simon als Leiter des neuzubildenden Gaues Koblenz-Trier vorschlug<sup>130</sup>.

Einen ernsthaften Mitbewerber hatte Simon übrigens zu keinem Zeitpunkt und schon gar nicht im südlichen Teil des Gaues, wo die Bezirksleiter von Trier und Birkenfeld zusammen nicht halb so viele Mitglieder unter sich hatten wie er und im übrigen mit ihm für die Teilung eintraten.

Bei der Bekanntgabe der Neuregelung achtete die Parteileitung darauf, der Reputation des bisherigen Gauleiters vor der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen. Außer Hitlers Dank für seine „vorzügliche Arbeit“ wurde Ley die Genugtuung zuteil, daß in der offiziellen Verlautbarung über die Teilung und die Ernennung Simons durch Hitler im neuen „Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP“ neben seiner dienstlichen Überlastung auch das starke Anwachsen der Partei als Teilungsgrund angeführt und betont wurde, die Teilung gehe auf Leys eigenen Wunsch zurück<sup>131</sup>.

Auf einer Gautagung in Koblenz wurde sie am 31. Mai endgültig vollzogen und Simon von Ley in sein Amt eingeführt. Für den Restgau Köln-Aachen übergab Ley die Geschäfte an seinen Stellvertreter Grohé und ging erst einmal in Urlaub<sup>132</sup>.

Wenn der Reichsorganisationsleiter sich in diesem Fall nach anfänglichem Zögern so bald schon von seiner Maxime abwandte, dem Gauleiter die Stange zu halten, so lag das nicht nur darin begründet, daß die besonderen Größenverhältnisse des Gaues Rheinland Simons Initiative sachlich rechtfertigten und seine persönliche Eignung der NSDAP in diesem rückständigen Gebiet einen Aufschwung verhieß. Die positiven Aspekte von Simons Qualifikation, deren Ausgangsbedingungen eigentlich eher typisch für einen früheren Abschnitt der Parteientwicklung – etwa bis zum Herbst 1928 – sind, hätten Straßer allein wohl noch nicht dazu bewegen können, den Anstoß von unten so rasch aufzunehmen und Ley so nachdrücklich zur Teilung zu veranlassen, wenn nicht eine Regelung in Aussicht gestanden hätte, die auch den bisherigen Gauleiter zufriedenstellte. Denn wenn er auch Ley gemahnt hatte, die Prestigefrage nicht überzubewerten, lag ihm natürlich doch sehr daran, Ley nicht zu brüskieren und der Partei seine Arbeitskraft

<sup>129</sup> Straßer an Simon, 23. 3. 1931 (ebd.).

<sup>130</sup> Ley an Straßer, 6. 5. 1931 (ebd.).

<sup>131</sup> Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP, Folge 1 v. 1. 6. 1931, S. 1.

<sup>132</sup> Ley an Straßer, 12. 6. 1931 (BAK, NS 22-372); s. auch Kiehl, S. 153 ff.; Schmidt, S. 115 f.

ungeschmälert zu erhalten. Den Ausweg, der eine sachlich befriedigende Lösung ermöglichte und zugleich Leys Selbstwertgefühl entgegenkam, ersann Straßer wohl nicht eigens aus diesem Anlaß, doch trug die Entwicklung im Rheinland ohne Zweifel erheblich dazu bei, daß sich die Überlegungen über einen Ausbau des Apparats der Reichsorganisationsleitung konkretisierten, die Straßer gerade anzustellen begonnen hatte.

Seit Oktober 1930 hatte der Reichsorganisationsleiter erstmals einen „verantwortlich zeichnenden Mitarbeiter und Stellvertreter“ in Oberleutnant a. D. Paul Schulz (Jahrgang 1898)<sup>133</sup>, der in den Nachkriegsjahren bis 1923 als Angehöriger des Berliner Wehrkreiskommandos III wesentlich am Aufbau der „Schwarzen Reichswehr“ mitgewirkt hatte. Wegen maßgeblicher Beteiligung an sogenannten „Feme“-Morden, bei denen vermeintliche Verräter geheimer Waffenverstecke umgebracht worden waren<sup>134</sup>, war Schulz seit 1925 in Haft, wurde zum Tode verurteilt, zu lebenslanger Zuchthausstrafe begnadigt und 1930 auf Betreiben der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, die sich seit 1928 ebenfalls um ihn bemüht hatten, zusammen mit anderen politischen Straftätern amnestiert<sup>135</sup>.

Auch mit Schulz war die rapide zunehmende Arbeit in der Organisationsleitung kaum noch zu bewältigen<sup>136</sup>. In seiner Eigenschaft als einer der führenden Abgeordneten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion lasteten weitere Aufgaben auf Straßer. Zu allem Überfluß fesselte ihn auch noch ein Skiunfall seit Januar 1931 mehrere Wochen lang ans Bett. Erst von Anfang April an konnte er, „mit einem festen Panzerkorsett bewaffnet“, wieder selbständig seinen Dienstgeschäften nachgehen<sup>137</sup>. Von seinen Sorgen um die personellen Schwierigkeiten der Gaue war an anderer Stelle schon die Rede und auch davon, daß er sich hier auf lange Sicht von dem neuen Personalamt der Reichsleitung und anderen Maßnahmen Besserung erhoffte. Rasche Hilfe tat indes vor allem bei der Anleitung und Kontrolle der durch den Mitgliederansturm der letzten Jahre arg strapazierten Gauapparate not<sup>138</sup>, die außerdem allmählich zu einer gründlicheren Beschäftigung

<sup>133</sup> Vertrauliche Mitteilung der Organisationsabteilung I der Reichsleitung an alle Gauleiter, 27. 10. 1930 (BAK, NS 22-348). Zu Schulz' Biographie s. Handbuch für den Preussischen Landtag 1932, S. 486.

<sup>134</sup> Siehe dazu E. J. Gumbel, Vom Fememord zur Reichskanzlei, Heidelberg 1962, S. 55 ff.

<sup>135</sup> Siehe dazu den Briefwechsel zwischen Schulz, dem Reichsleitungsmitglied und Reichstagsabgeordneten der NSDAP, Walter Buch, und Schulz' Verteidiger, Prof. Grimm (Essen), aus den Jahren 1928-1930 (BAK, NS 26-1374).

<sup>136</sup> Siehe z. B. Straßer an R. W. Tries, Oberhausen/Rhld., 17. 12. 1930 (BDC, OPG-Akte Tries); Straßer an Graf Reventlow, 11. 6. 1931 (ebd., PK-Akte Reventlow).

<sup>137</sup> Straßer an F. Reinhardt, 14. 4. 1931 (BAK, Sammlung Schumacher 319).

<sup>138</sup> Zwischen Oktober 1928 und April 1931 stieg die Mitgliederzahl der NSDAP nominal von 100 000 auf 500 000 an (s. Tyrell, Führer befehl, S. 352). Tatsächlich lag sie um etwa 10 bis 15 % niedriger (s. Gauleitung Ostmark an Reichsorganisationsleiter, 18. 1. 1932, BAK, NS 22-376; ferner Gauleitung Koblenz-Trier an Reichsorganisationsleitung, 16. 7. 1931, S. 2, ebd. 372).



mit fachpolitischen Problemen befähigt werden sollten<sup>139</sup>. Ein Mann allein reichte zur Inspektion der 36 Gaue (Stand Januar 1931) bei weitem nicht aus.

Zu dieser Zeit dachte Straßer deshalb intensiv darüber nach, wie man – ähnlich den am 20. Februar 1931 geschaffenen Gruppenführerposten der SA<sup>140</sup> – „Gau-Inspektoren“ einsetzen könne, die für jeweils mehrere Gaue engere kontinuierliche Kontakte zwischen der Reichsorganisationsleitung und den einzelnen Gauleitern herstellen, auf die Vereinheitlichung der durch ihre einseitig vertikale Ausrichtung noch recht ungleichmäßigen Gesamtorganisation hinwirken und den Gauen bei ihren Problemen an Ort und Stelle beratend zur Seite stehen sollten. Es war Straßer klar, daß eine derartige Maßnahme zur Erhöhung der Effektivität der Parteiorganisation nur Erfolg haben würde, wenn „alle das Prestige der betreffenden Gauleiter angehenden Fragen dabei bis zum letzten berücksichtigt werden“ würden<sup>141</sup>.

Soweit die erhaltenen Bestände darüber Auskunft geben, sprach der Reichsorganisationsleiter in seiner Korrespondenz erstmals Mitte März von Inspektoren<sup>142</sup>. Schon bei der Unterredung mit Ley in der ersten Monathälfte scheint der Gedanke daran in Straßers Vorstellungen über Leys Zukunft indes eine gewisse Rolle gespielt zu haben<sup>143</sup>. Nicht unwichtig dürfte dabei die Tatsache gewesen sein, daß der Reichstagsabgeordnete Ley mit seiner Reichsbahn-Freifahrkarte als Inspekteur ohne Kosten für die Reichsleitung volle Bewegungsfreiheit besitzen und daß er als alter Gauleiter auch die erforderliche Autorität in der Partei genießen würde. Bei Leys Aufenthalt in München Anfang Mai waren diese Überlegungen schon dahin gediehen, daß er nicht mehr als Gauleiter nach Köln zurückkehren sollte<sup>144</sup>. Die von Straßer erdachte Regelung gab Ley bei der Gautagung in Koblenz bekannt, wo er als Datum für den Antritt seiner neuen Stellung den 1. September nannte<sup>145</sup>.

<sup>139</sup> Im Dezember 1930 verschaffte sich die Reichsorganisationsleitung zunächst einmal einen Überblick über die Fachreferenten der einzelnen Gauleitungen, s. z. B. Gangeschäftsführer W. Tießler, Halle-Merseburg, an Organisationsabteilung I der Reichsleitung, 29. 12. 1930 (ebd. 367); ferner Rundschreiben der Organisationsabteilung II v. 27. 3. 1931 (BAK, Sammlung Schumacher 373).

<sup>140</sup> Siehe dazu A. Werner, SA und NSDAP, SA: „Wehrverband“, „Parteitruppe“ oder „Revolutionsarmee“? Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920–1933, Phil. Diss. Erlangen-Nürnberg 1964, S. 535 ff.

<sup>141</sup> Straßer an Brückner (s. Anm. 120). Der Hinweis auf das Vorbild der SA-Organisation findet sich auch in einer Mitteilung der Reichsleitung an die Gaue, wiedergegeben im Rundschreiben der Gauleitung Köln v. 30. 5. 1931 (zitiert in: „Auszug aus dem Schreiben des Polizeipräsidenten Köln vom 20. Juli 1931 – IA. 2696 –“, BAK, NS 26–1358a).

<sup>142</sup> Grete (!) Koch, Breslau, an Straßer, 19. 5. 1931 (BAK, NS 22–379), bezieht sich auf Straßers zustimmendes Antwortschreiben vom 16. 5. 1931 zu ihrem Brief vom 18. 2. 1931. Darin hatte sie vorgeschlagen, durch von München eingesetzte „Kommissare“ engere Kontakte zwischen den Gauen und der Reichsleitung herzustellen.

<sup>143</sup> Ley an Straßer, 17. 3. 1931, S. 3 (BAK, NS 22–372).

<sup>144</sup> Grohé an Organisationsabteilung I der Reichsleitung, 15. 5. 1931 (ebd.).

<sup>145</sup> Ley an Straßer, 12. 6. 1931 (ebd.).

Die Verzögerung bis zum Herbst hatte mehrere Gründe. Straßer war offenbar immer noch auf der Suche nach Möglichkeiten für eine umfassendere Neuordnung, als sie der Einsatz nur von Ley bedeutete. Er wollte auch andere alte Gauleiter, z. B. Bernhard Rust (Hannover-Süd-Braunschweig), als Organisationsinspektoren verwenden<sup>146</sup>. Diese Regelung ließ sich jedoch erst im Juni 1932 durchführen<sup>147</sup>. Dazu kam, daß Straßer im Sommer 1931 ernsthaft mit dem Gedanken umging, für mehrere Monate nach Amerika zu reisen. Anlaß und Zweck dieses mysteriösen Unternehmens liegen völlig im Dunkeln, man kann nur vermuten, daß es der immer mit finanziellen Schwierigkeiten ringenden Partei neue Geldquellen erschließen sollte. Immerhin notierte Schulz auf einem Brief von Straßers Freund Ernst Graf Reventlow, in dem dieser unter Hinweis auf die politische Lage im Reich und auf das Interesse der Partei, die Straßer dringend brauche, von der Reise abriet: „Der Erfolg einer Reise nach Amerika kann von großer, vielleicht ausschlaggebender Bedeutung sein.“ Anschließend ließ er Reventlow allerdings wissen, „in Anbetracht der gespannten politischen Lage“ habe Straßer von seinem Vorhaben Abstand genommen<sup>148</sup>.

Schließlich warf anscheinend auch die Person des Ley-Nachfolgers in Köln einige Fragen auf. Aus der Perspektive des nunmehrigen Gaues Köln-Aachen gab es zu dem von Ley vorgeschlagenen bisherigen Stellvertretenden Gauleiter Grohé keine Alternative. In der Reichsleitung erhoben sich indes in Erinnerung an die früheren Querelen mit ihm offenbar Bedenken, deren Ausräumung sich einige Zeit hinzog<sup>149</sup>. Den Ausschlag zu Grohés Gunsten dürfte schließlich die Überlegung gegeben haben, daß es bei den Beteiligten und im Gau nur böses Blut machen würde, wenn man den um den Gau verdienten Grohé überginge. So ernannte Hitler ihn am 21. Oktober 1931 zum Gauleiter von Köln-Aachen<sup>150</sup> – ein Amt, das Grohé ebenso bis zum Ende des „Dritten Reiches“ behielt, wie sein neuer Kollege Simon die Leitung des Nachbargaues Koblenz-Trier (ab 1942: Moselland).

Ley wurde am gleichen Tag offiziell als „Reichsorganisations-Inspektor“ in die Reichsleitung berufen, wo er fortan „organisatorische Arbeiten aller Art“ erledigte<sup>151</sup>. So bereiste er z. B. die Gaue und erstattete Straßer anschließend Bericht über Zustand und politische Lage<sup>152</sup>. Auch die 192 Seiten umfassende „Dienstvorschrift für die P[olitische]. O[rganisation]. der NSDAP“ vom 15. Juli 1932 be-

<sup>146</sup> Straßer an Rust, 27. 10. 1931 (ebd. 369); s. ferner Schulz an R. Hemkhaus, Hamburg, 19. 8. 1931 (ebd. 368), und Schulz an Ley, 19. 8. 1931 (ebd. 372).

<sup>147</sup> Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP, Folge 25, 2. Jahrgang, 17. 6. 1932, S. 53 f.

<sup>148</sup> Reventlow an Straßer, 18. 7. 1931; Schulz an Reventlow, 21. 7. 1931 (BDC, PK-Akte Reventlow), Hervorhebung von Schulz.

<sup>149</sup> Siehe Ley an Straßer, 17. 8. 1931 (BAK, NS 22-372).

<sup>150</sup> Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP, Folge 10 v. 31. 10. 1931, S. 22.

<sup>151</sup> Ley an die Reichstagsfraktion der NSDAP, 15. 6. 1932 (BAK, Sammlung Schumacher 319).

<sup>152</sup> Siehe z. B. Ley an Straßer, 28. 12. 1931 und 10. 1. 1932 (ebd., NS 22-348). Inspektionsberichte Leys über verschiedene Gaue sind in den Akten des Reichsorganisationsleiters ebenfalls erhalten.

ruhte auf Leys Entwurf<sup>153</sup>. Bei der im Juni 1932 getroffenen Neuordnung der Reichsorganisationsleitung wurde er „Reichsinspekteur II“ und gemeinsam mit Schulz, der die Reichsinspektion I übernahm, Stellvertreter des Reichsorganisationsleiters<sup>154</sup>. Die auf politische und persönliche Gründe zurückzuführende Resignation Straßers und die anschließende Kaltstellung von Schulz im Dezember 1932 machten dann den Weg frei für Leys Karriere im „Dritten Reich“, der Hitler im Gegensatz zu jenen vorbehaltlos ergeben war.

<sup>153</sup> Role, a. a. O., S. 33; die Dienstvorschrift in BAK, Zsg. 3/1079. Zur Entstehung von Leys umfangreicher „Denkschrift betr. Organisation“ s. die in Anm. 152 angeführten Schreiben.

<sup>154</sup> Siehe Anm. 147.

ROLF STEININGER

## ZUR GESCHICHTE DER MÜNCHENER MINISTERPRÄSIDENTEN-KONFERENZ 1947

### *Vorbemerkung*

In der Reihe der deutschen Ministerpräsidentenkonferenzen während des „Interregnums“ 1945–1949<sup>1</sup> kommt der Konferenz, die für den 6.–8. Juni 1947 nach München einberufen wurde, eine besondere Bedeutung zu: auf ihr trafen zum ersten und zugleich letzten Male sämtliche Regierungschefs aus allen vier Besatzungszonen zusammen. Noch ehe jedoch die eigentliche Konferenz begann, kam es in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni zur „Sezession“ der ostdeutschen Ministerpräsidenten: sie verließen München vorzeitig. Der ergebnislose Abbruch der Konferenz signalisierte das Ende der staatlichen Einheit, die Teilung Deutschlands, die mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auf lange Sicht festgeschrieben wurde. Es sollte beinahe 23 Jahre dauern, bis im Mai 1970 mit Brandt und Stoph die Spitzen aus Ost- und Westdeutschland das innerdeutsche Gespräch wiederaufnahmen – allerdings unter völlig veränderten Voraussetzungen. Das Thema Münchener Konferenz ist jedoch in Erfurt „expressis verbis . . . nicht erwähnt worden“<sup>2</sup>.

Seit jener denkwürdigen Nacht im Jahre 1947 steht die Frage nach den Gründen für den Exodus der ostdeutschen Regierungschefs im Mittelpunkt aller Untersuchungen. Es verwundert nicht, daß die Antworten unterschiedlich ausfielen, zumal schon von den unmittelbar Beteiligten völlig konträre Meinungen vertreten wurden. So sprachen die westdeutschen Regierungschefs von einem „Versuch der Sprengung“ der Konferenz durch die Länderchefs der Sowjetzone<sup>3</sup>, was von diesen als „unwahr“ und „ungeheuerliche Beschuldigung“ zurückgewiesen wurde. Sie sahen den Grund für das Scheitern der Konferenz im gesamtdeutschen Rahmen vielmehr in der „intransigenten“ Haltung der SPD-Ministerpräsidenten, die sie zurückführten auf „Anordnungen Dr. Schumachers“ und Vorbehalte der westlichen Militärregierungen<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. hierzu den informativen Überblick von John Gimbel, Die Konferenzen der deutschen Ministerpräsidenten 1945–1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 31/71 zu Das Parlament v. 31. 7. 1971, S. 3–28; zit. Konferenzen.

<sup>2</sup> Freundl. Mitteilung Dr. Wilke (Willy Brandt, Persönliches Büro) v. 31. 1. 1975.

<sup>3</sup> Vgl. das „Kommuniqué, herausgegeben im Anschluß an die Besprechung der Delegationsführer am 5. Juni 1947“, in: Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz in München vom 6. bis 8. Juni 1947, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Augsburg 1965<sup>2</sup>, S. 14 (1. Auflage München 1947, hrsg. von der Bayer. Staatskanzlei).

<sup>4</sup> Tägliche Rundschau v. 8. 6. 1947 und Pressekonferenz der ostdt. Ministerpräsidenten am 10. 6. 1947, in: Warum mußte die Münchener Konferenz scheitern?, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD, Berlin 1947, S. 39.



Wissenschaftlich hat als erster Ernst Deuerlein ausführlich zur Münchener Konferenz Stellung genommen. Er äußerte die Überzeugung, die auf die Konferenz zulaufenden „Entwicklungslinien“ – gemeint sind die weltpolitische Entwicklung und die im Sommer 1947 erkennbar werdenden Absichten der Besatzungsmächte – hätten „zwangsläufig“ aus der Bekundung der Einheit eine Demonstration der Teilung gemacht<sup>5</sup>. Elmar Krautkrämer verteilte die Verantwortung für den Auszug der ostdeutschen Ministerpräsidenten vorsichtig auf beide Seiten. Er sprach von einem gezielten Plan der SED und mangelndem Verhandlungsgeschick der westlichen Konferenzteilnehmer, der den Auszug letztlich rechtfertigte<sup>6</sup>.

Wilhard Grünewald betrachtete in seiner von Polemik nicht freien Arbeit die Konferenz ausschließlich als „gesamtdeutsches Unternehmen“, das die Vertreter des Westens „aus panischer Angst vor dem Kommunismus“ entpolitisiert hätten<sup>7</sup>.

In der jüngsten Untersuchung, für die zum ersten Male ungedrucktes Material benutzt werden konnte, stellt sich für Marie Elise Foelz-Schroeter das „Scheitern“ eher als ein „Mißverständnis denn als eine wirkliche politische Konfrontation“ dar. Auch sie spart nicht mit Kritik an den westdeutschen Regierungschefs<sup>8</sup>.

Die folgende Darstellung versucht, anhand neuer, bisher nicht zugänglicher Quellen einige Aspekte der Konferenz näher zu beleuchten und klarzustellen: die Hintergründe der bayerischen Initiative, die Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung und das Zustandekommen der Konferenz, die Rolle der Besatzungsmächte, die Haltung Kurt Schumachers und der SPD und vor allem die Vorgänge in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 1947, die dem gesamtdeutschen Charakter der Konferenz ein vorzeitiges Ende bereiteten<sup>9</sup>.

<sup>5</sup> Ernst Deuerlein, Das erste gesamtdeutsche Gespräch, Zur Beurteilung der Ministerpräsidenten-Konferenz in München am 6./7. Juni 1947, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage 23/67 zu *Das Parlament* v. 7. 6. 1967, S. 22.

<sup>6</sup> Elmar Krautkrämer, Der innerdeutsche Konflikt um die Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 154–174, hier S. 172 f. u. ders., Ergänzende Bemerkungen zur Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947, ebd., S. 418–421.

<sup>7</sup> Wilhard Grünewald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens (Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft, hrsg. v. W. Abendroth, Bd. 21), Meisenheim 1971, S. 348.

<sup>8</sup> Marie Elise Foelz-Schroeter, Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945 bis 1947, Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratie und politische Parteien im Widerstreit (Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte), Stuttgart 1974, S. 103–133, hier S. 103 f. Vgl. auch John Gimbel, *The American Occupation of Germany, Politics and the Military, 1945–1949*, Stanford 1968 (dt. Ausg.: *Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949*, Frankfurt 1971, S. 177–188) – Prof. Gimbel möchte ich an dieser Stelle herzlich für die Lektüre des Manuskripts danken; und die informative Schilderung persönlicher Eindrücke von Theodor Eschenburg, *Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947*, in dieser Zeitschrift 20 (1972), S. 411–417.

<sup>9</sup> Allen Personen, Behörden und Institutionen, die durch freundliche Hilfe und Unterstützung diese Arbeit ermöglichten, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken, vor allem den Mitarbeitern der in den Anmerkungen erwähnten Archive und des Instituts für Zeitgeschichte, insbesondere Frau Dr. Kuhn-Rehfs (Staatsarchiv Sigmaringen) und den Herren Krause (Archiv für soziale Demokratie, Bonn), Dr. Lück (Hauptstaatsarchiv Düsseldorf) und Dr.

## I. Hintergründe der bayerischen Initiative

Am 7. Mai 1947 überraschte der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard<sup>10</sup> die Öffentlichkeit mit einer Einladung an die Regierungschefs aller Länder der vier Zonen – Berlin und das Saarland wurden einige Tage später eingeladen<sup>11</sup> – zu einer Konferenz, die am 6. und 7. Juni in München stattfinden sollte.

Es ist lange gerätselt und es sind verschiedene Vermutungen geäußert worden, von wem die Initiative zu dieser gesamtdeutschen Konferenz ausging<sup>12</sup>, und ob es über die öffentlich genannten Motive hinaus<sup>13</sup> noch andere Überlegungen gab, die bei der Einladung eine Rolle spielten<sup>14</sup>. Aus den Akten geht nun hervor, daß der Bevollmächtigte der Bayerischen Staatsregierung beim Länderrat in Stuttgart, Dr. Gebhard Seelos<sup>15</sup>, einen entsprechenden Vorschlag machte. Als „offizieller“ Initiator muß selbstverständlich Ehard selbst gelten, da er nach entsprechenden Beratungen in der Staatskanzlei die Entscheidung für eine solche Konferenz traf.

In den Akten findet sich der Entwurf einer Einladung der Bayerischen Staats-

Sauer (Hauptstaatsarchiv Stuttgart) sowie den Herren Falkenstein (Hessische Staatskanzlei) und Knoll (Bayerische Staatskanzlei). Für mehrstündige, für d. Vf. z. T. faszinierende Gespräche gilt mein besonderer Dank den Herren Ministerpräsidenten a. D. Dr. Hans Ehard, Prof. Dr. Wilhelm Hoegner, Herrn Senatspräsidenten a. D. Wilhelm Kaisen, Herrn Staatsrat a. D. Prof. Dr. Carlo Schmid, Herrn Ministerpräsidenten a. D. Prof. Dr. Paul, Botschafter a. D. Dr. Seelos u. Min.-Dirig. a. D. Dr. Erber.

<sup>10</sup> Hans Ehard, geb. 10. 11. 1887; 1946–54 und 1960–62 bayer. Min.-Präs.; 1962–66 bayer. Justizminister.

<sup>11</sup> Dies war nicht etwa „versehentlich“ geschehen, wie Krautkrämer, *Der innerdeutsche Konflikt*, S. 163, meint. Vgl. auch Gimbel, *Amerikanische Besatzungspolitik*, S. 173. In der Sitzung des bayerischen Ministerrats am 12. 5. 1947 antwortete Dr. Ehard auf die Frage von Staatssekretär Sedlmayer (Wirtschaftsministerium), ob der Stadt-Staat Berlin auch eingeladen worden sei, es habe zwei „staatsrechtliche Schwierigkeiten“ gegeben, nämlich bei Berlin, „das keine staatsrechtliche Selbständigkeit besitzt“, und bei der Saar, die „ebenfalls kein selbständiges deutsches Land sei“.

<sup>12</sup> Vgl. Grünwald, a. a. O., S. 32 f.

<sup>13</sup> Hierzu neben der Einladung in: *Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz*, a. a. O., S. 14, die „Verlautbarung der Bayerischen Staatsregierung zur Einladung“, ebenda, S. 15.

<sup>14</sup> Vgl. auch Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeption in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Neuwied und Berlin 1966, bes. S. 631–638; Hans Georg Wieck, *Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 10) Düsseldorf 1958, S. 192 f. Hans Ehard, *Vom ersten Versuch, die Einheit wiederzugewinnen*, in: *Bayerische Staatszeitung* Nr. 23, 8. Juni 1962, S. 1, u. Gimbel, a. a. O., S. 176 ff.

<sup>15</sup> Gebhard Seelos, geb. 13. 3. 1901 (München), 1925 Attaché im AA, 1927 Legationssekr. Dt. Botschaft Madrid, 1931–35 Vizekonsul in Sidney, 1935–37 Leg.-Schr. Warschau, 1939 Konsul Lemberg, 1940–42 Gesandtschaftsrat Kopenhagen, 1944 Entlassung aus polit. Gründen; Bevollmächtigter Bayerns beim Länderrat u. Exekutivrat d. Bizonenverwaltung; durch Min.-Präs. Ehard nach der Rede auf d. Landesparteitag d. Bayernpartei am 19. 6. 1949 seines Amtes enthoben; Vorsitz der BP-Fraktion im Bundestag; 1951 Austritt aus d. Btag.; 1953 wieder AA, Generalkonsul Istanbul, 1955 Gesandter, später Botschafter in Lissabon, 1958 Botschafter in Griechenland, 1962–66 in Brasilien.

regierung zu einer Vierzonenkonferenz der deutschen Ministerpräsidenten<sup>16</sup>. Der Verfasser dieses Entwurfs ist Dr. Seelos. Er schlug darin vor, die Konferenz für Ende Mai nach Garmisch-Partenkirchen einzuberufen. Einzelne Passagen dieses Entwurfs wurden – lediglich geringfügig geändert – in das offizielle Einladungsschreiben und in die Verlautbarung der Bayerischen Staatsregierung übernommen.

Auf der Rückfahrt von einem offiziellen Besuch in Ingolstadt am 4. Mai trug Seelos dem Ministerpräsidenten seinen Plan mündlich vor<sup>17</sup>. Die Argumente, die aus der Sicht von Seelos für eine solche Konferenz sprachen, überzeugten Dr. Ehard; er traf eine schnelle Entscheidung; schon am 5. Mai war der endgültige Text der Einladung formuliert. Seelos hatte schon einige Tage vorher in einer „Aufzeichnung für den Herrn Ministerpräsidenten“<sup>18</sup> seine Überlegungen schriftlich niedergelegt. Diese Aufzeichnung konnte schon von Foelz-Schroeter ausgewertet werden. Sie kommt zu dem Schluß, die bayerische Initiative sei in erster Linie als „föderalistischer Schachzug im Rahmen der bizonalen Kontroverse“ geplant gewesen<sup>19</sup>. Eine solche Interpretation wird dadurch bestätigt, daß die Bayerische Staatsregierung im Laufe der in den Westzonen geführten Vorbesprechungen erhebliche Abstriche von ihrem ursprünglichen Plan machen mußte. Sie lassen erkennen, welche Erwartungen man in München an die Konferenz geknüpft hatte.

Zwar waren in der offiziellen Einladung und in der Verlautbarung der Staatsregierung die wirtschaftlichen Aspekte der Konferenz besonders betont worden, aber schon die Formulierung, die Tagung solle den Weg für eine „Zusammenarbeit aller Länder Deutschlands im Sinne wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenfassung“<sup>20</sup> ebnen, deutete auf den politischen Charakter der Konferenz hin. Dr. Ehard hat dies selbst mehrfach betont. Gegenüber der „Neuen Zeitung“ erklärte er am 11. Mai, bei der Besprechung der engeren Zusammenarbeit der einzelnen Länder und Zonen habe man „notwendigerweise auch zu einer Prüfung der politischen Zusammenfassung zu gelangen“<sup>21</sup>, und als er sich am 12. Mai im Ministerrat über das geplante Treffen äußerte, stellt er fest, bei dem mit der Konferenz verfolgten Ziel handele es sich um „Sofortmaßnahmen zur Abwendung nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art“<sup>22</sup>. Schon die Reihenfolge in der Aufzählung macht die unterschiedliche Gewichtung deutlich: politische Maßnahmen standen an erster Stelle. Hinweise darauf, was man von der

<sup>16</sup> Bayerische Staatskanzlei, Reg. Nr. 0106. Das Material über die Ministerpräsidenten-Konferenz ist aufgeschlüsselt in drei Aktenordner (5. 5. 1947–6. 6. 1947; 6. 6. 1947–9. 6. 1947; 10. 6. 1947–26. 3. 1957) und zwei Ordner „Beiakt 1“ und „Beiakt 2“ (Mai 1947–Oktober 1947, Protokollarische Fragen und Broschüre). Im folgenden zitiert: Bayer. StK, 0106.

<sup>17</sup> Dies bestätigte Dr. Seelos d. Vf. am 3. 7. 1975.

<sup>18</sup> Mit der handschriftlichen Bemerkung von Dr. Seelos „Herrn Ministerpräsidenten vorgelegt. Seelos. Stuttgart 3. 5. 1947“. Bayer. StK, 0106.

<sup>19</sup> Foelz-Schroeter, a. a. O., S. 108.

<sup>20</sup> Vgl. Anm. 13.

<sup>21</sup> Neue Zeitung v. 12. 5. 1947.

<sup>22</sup> Sitzung des Ministerrats vom Montag, 12. Mai 1947; Hervorhebung v. Vf.

Konferenz erhoffte, gibt – neben der schon erwähnten Aufzeichnung<sup>23</sup> – auch der Entwurf der Einladung<sup>24</sup>. Danach wurde als wünschenswertes Ergebnis erwartet, daß sich die französische Zone „möglichst bald dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der englischen und amerikanischen Zone ... anschließt“, und zwar nicht nur, um so

1. dem einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebiet eine möglichst große Ausdehnung zu geben und
  2. „die politische Kontrolle der Verwaltungsämter und den künftigen föderalistischen Aufbau Deutschlands sichern zu helfen“,
- sondern weil es für Bayern als „lebenswichtig“ betrachtet wurde, „wenn wir nicht angesichts der von zentralistischen Elementen beherrschten Zweizonenämter und der unitaristischen Tendenzen der norddeutschen Sozialdemokratie bei der föderalistischen Gestaltung des deutschen Gesamtstaates völlig ins Hintertreffen geraten wollen“<sup>25</sup>.

Wenn auch nach Auffassung von Seelos im Hinblick auf einen künftigen gesamtdeutschen Zusammenschluß die Errichtung einer Westregierung aus zwei oder drei Zonen vermieden werden sollte, so schien es doch für die wirksame Gestaltung der Wirtschaftseinheit notwendig, „die gemeinsame Organisation der englischen und amerikanischen Zone weiterzuentwickeln“. Es mußten demnach sofort die Schritte eingeleitet werden, die die Ministerpräsidenten der US-Zone schon im September 1946 empfohlen hatten, nämlich die Einführung einer politischen Kontrolle der gemeinsamen Verwaltungsämter und ihre Zusammenfassung an einem Ort. Eine reibungslose Zusammenarbeit dieser Ämter mit den „Länderstaaten“ erschien allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, daß der politische und verwaltungsmäßige Aufbau der vereinten Zonen gleichmäßig gestaltet würde, daß also „den Ländern der britischen bzw. französischen [Zone] gleiche Rechte wie denen der US-Zone gewährt werden und daß nicht frühere und neue Reichszuständigkeiten schon jetzt in besonderen Zoneninstanzen zentralisiert werden“<sup>26</sup>.

Die bayerische Regierung, so hieß es, sei sich ihrer Pflicht gegenüber dem bayerischen und deutschen Volk bewußt, daß „das Ziel all dieser Bestrebungen die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands auf föderalistischer Basis sein muß“<sup>27</sup>. Die Konferenz in München war als wichtiger Schritt auf diesem Weg geplant; durchzuführen war er nur mit Hilfe der Ministerpräsidenten. In der Sitzung des Ministerrates am 12. Mai, in dem das Kabinett zum ersten Male über die geplante Konferenz unterrichtet wurde, stellte Ehard dann auch ausdrücklich fest, daß „nach seiner Meinung die Führer der politischen Parteien nicht in der Lage seien, das mit der Konferenz verfolgte Ziel zu erreichen“. Für die geplanten Maß-

<sup>23</sup> Vgl. Anm. 18.

<sup>24</sup> Bayer. StK, 0106.

<sup>25</sup> Vgl. Anm. 18.

<sup>26</sup> Bayer. StK, 0106.

<sup>27</sup> Ebenda.



nahmen seien „nur die Ministerpräsidenten geeignet, da sie die Machtmittel des Staates einsetzen könnten“<sup>28</sup>.

Wenn, wie Ehard am 14. Mai erklärte, „schon allein die einfache Tatsache eines Treffens der Regierungschefs aller vier Zonen auch ein innerpolitisches und für den künftigen Staatsaufbau wichtiges Moment“ darstellte, dann mußten erfolgreiche Maßnahmen, die „ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos“ verhinderten, gleichzeitig eine Vorentscheidung im föderalistischen Sinne bedeuten, und zwar ohne daß dieses Thema offiziell Beratungsgegenstand war<sup>29</sup>.

In diesem Sinne muß auch das vielzitierte „Bekenntnis zur deutschen Einheit“ gesehen werden, das in München abgelegt werden sollte, das aber, wie Seelos betonte, „angesichts der außenpolitischen Lage nur ein Lippenbekenntnis bleiben kann“. Dagegen könnte „das Bekenntnis zu einer gesamtdeutschen Wirtschaftseinheit... auch von Bayern aus gesehen durchaus ernst gemeint werden, da wir nach dem Einströmen von 2 1/2 Millionen Menschen den Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet brauchen“<sup>30</sup>.

Schon zu Beginn der Konferenzplanung war auch an eine Diskussion über das im Frühjahr 1947 gegründete „Büro für Friedensfragen“ gedacht. Die Ministerpräsidenten in der amerikanischen Zone betrachteten sich als legitime Sprecher des deutschen Volkes, die in dieser Funktion die staatsrechtliche Neugestaltung Deutschlands entscheidend beeinflussen wollten. Verfolgt man die Auseinandersetzungen, die der Gründung des Friedensbüros vorausgegangen waren, so wird deutlich, daß in München offensichtlich über eine Ausweitung und Koordinierung der Arbeit des Büros über die amerikanische Zone hinaus beraten werden sollte und daß damit ein hochpolitisches Thema angeschnitten worden wäre. Schon frühzeitig hatte jedoch der Leiter des Büros, Staatssekretär Dr. Eberhard (SPD)<sup>31</sup>, darum gebeten, kein entsprechendes Referat einzusetzen, „da dies voraussichtlich die Arbeit des Friedensbüros wegen der Beteiligung eines SED-Vertreters nur hemmen würde“. Da die Arbeit von amerikanischer Seite im einzelnen nicht kontrolliert werde, dagegen bei einem Zusammengehen der beiden Zonen von englischer Seite aus erfahrungsgemäß zahlreiche Kontrollorgane eingesetzt würden, empfahl er, „auch

<sup>28</sup> Sitzung des Ministerrats vom Montag, 12. Mai 1947.

<sup>29</sup> Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 17 u. S. 14.

<sup>30</sup> Vgl. Anm. 18. Als Ergänzung hierzu Foelz-Schroeter, a. a. O., S. 106. Das Zitat bei Foelz-Schroeter, a. a. O., S. 106 Mitte, ist irreführend. Das Zitat auf S. 105 f. lautet korrekt: „Seit zwei Wochen sind bei den alliierten Militärregierungen Besprechungen im Gange über die Einrichtung einer politischen Koordinierung der Westzonen bis zur Errichtung einer westdeutschen Regierung.“ Ähnlich S. 106 unten: „... Eine Bejahung einer entsprechenden politischen Zusammenfassung bedeutet also nicht eine Schädigung, sondern eine Sicherung Bayerns im künftigen deutschen Gesamtstaat.“

<sup>31</sup> Fritz Eberhard, geb. 2. 10. 1896; 1946 MdL (Württemberg-Baden), 1947–49 Staatssekretär (künftig: StS.), 1949 Mitglied d. Parlam. Rates; 1949–58 Intendant d. Süddeutschen Rundfunks. Zum „Büro für Friedensfragen“ vgl. auch Gimbel, a. a. O., S. 188–195, u. Foelz-Schroeter, S. 97–102.

bei einer Vereinigung der 2 Zonen Büros in jeder Zone getrennt zu errichten, aber den Arbeitsstoff aufzuteilen und aufs engste zusammenzuarbeiten<sup>32</sup>. Das Referat über das Büro für Friedensfragen wurde daraufhin gestrichen<sup>33</sup>.

Davon unberührt blieb ein großes Ziel, in München eine Institutionalisierung der Ministerpräsidenten-Konferenz zu erreichen und damit u. a. gleichzeitig die Frage zu entscheiden, von wem Deutschland in erster Linie bei zukünftigen Friedensverhandlungen vertreten werden sollte<sup>34</sup>.

## II. Die Haltung der USA und Frankreichs

John Gimbel hat darauf hingewiesen, daß man sich auf deutscher Seite offensichtlich mit Erfolg darum bemüht habe, die Alliierten für die Ausklammerung politischer Fragen in München – in erster Linie der Frage der zukünftigen staatsrechtlichen Gestaltung Deutschlands – und damit zugleich für das Scheitern der Konferenz verantwortlich zu machen und – „seltsamerweise – die Entscheidung bis zum 6. Mai zurückzudatieren und damit Lucius D. Clay als ihren Urheber zu bezeichnen“. Als Beweis führt er drei in den sechziger Jahren erschienene einschlägige Darstellungen an, in denen die Meinung vertreten wurde, Ehard habe die Einladungen zu der Konferenz erst ergehen lassen können, nachdem dieser die Gestaltung der Tagesordnung auf die Einwände General Clays abgestimmt habe<sup>35</sup>. Schon

<sup>32</sup> „Besprechung mit Herrn Staatssekretär Eberhard am 19. 5. 1947 in Stuttgart um 11 Uhr“, Aufzeichnung Dr. Seelos v. 19. 5. 1947, Bayer. StK, 0106.

<sup>33</sup> Über den vom „Büro für Friedensfragen“ vorbereiteten Entwurf eines „Verbandes Deutscher Länder“ siehe S. 398 ff.

<sup>34</sup> Man hoffte, an solchen Verhandlungen beteiligt zu werden. (Vgl. S. 410 u. S. 435). Es ist nicht sicher, ob darüber schon in München gesprochen werden sollte. Das Friedensbüro bereitete jedoch auf ausdrücklichen Wunsch und auf Kosten Bayerns für die Konferenz zahlreiche Material vor, u. a. über die Nachkriegsentwicklung Japans und Österreichs, eine Übersicht über die geleisteten Reparationen, eine Zusammenstellung der deutschen Opfer des Faschismus und der deutschen Widerstandsbewegungen, über die Wohnraumbeanspruchung durch die Besatzungsbehörden und die Zahl der dt. Angestellten bei den Besatzungsbehörden sowie eine erste Arbeit über die Moskauer Konferenz. Vgl. Anm. 32.

In den Akten befindet sich auch ein für die Münchener Konferenz bestimmter – nicht datierter und nicht unterzeichneter – „Vorschlag einer staatsrechtlichen Übergangslösung bis zur Schaffung einer parlamentarisch verantwortlichen deutschen Regierung“, der die Schaffung eines „Direktoriums aus Länder-Ministerpräsidenten als vorläufige gesamtdeutsche Vertretung“ mit folgenden Aufgaben vorsah: Gesamtdeutscher Verhandlungspartner für Kontrollrat in Berlin; beratende Instanz für Kontrollrat bei Ausarbeitung aller Gesetze und Verordnungen, die für ganz Deutschland Gültigkeit haben sollen; Ausarbeitung eines Besatzungsstatuts; Vorbereitung der Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung; Vorschläge für die Neugliederung Deutschlands in tragfähige Bundesstaaten; HStA Stuttgart, EA 1/11.

<sup>35</sup> Gimbel, a.a.O., S. 183. Er nennt Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg, Eine Darstellung der Entwicklung von 1945–1949, mit Dokumenten, Hildesheim 1962, S. 121; Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland, München 1966 (1969<sup>3</sup>), S. 64;

Gimbel hat Zweifel an dieser Version angemeldet<sup>36</sup>, und in der Tat stellt sich der Sachverhalt im Lichte der Akten etwas anders dar.

Danach wurde am 5. Mai der Text der Einladung nebst englischer Übersetzung dem Direktor der Militärregierung in Bayern, Brigadegeneral Walter J. Müller, übersandt. In dem beiliegenden Schreiben hieß es, die Einladungstelegramme sollten abgesandt werden, „sobald General Clay seine Zustimmung erteilt hat“. Zu diesem Zweck bat Ministerpräsident Ehard General Clay um eine Besprechung in Stuttgart, an der außerdem noch Staatsminister Pfeiffer<sup>37</sup> und Seelos teilnehmen sollten<sup>38</sup>.

Diese Zustimmung erhielt der bayerische Ministerpräsident am 6. Mai in einem Gespräch, das am Rande der Sitzung des Länderrats stattfand. Am 12. Mai unterrichtete Ehard den Ministerrat über dieses Treffen. Danach hatte General Clay bei einem „privaten Zusammensein“ mit ihm geäußert, daß er „nichts dagegen habe, wenn der Bayer. Ministerpräsident die Ministerpräsidenten der übrigen deutschen Länder zu einer Konferenz in die US-Zone einladen wolle“<sup>39</sup>. Aus dieser kurzen Mitteilung und aus der Tatsache, daß am 7. Mai die Einladungen ergangen sind – und zwar gegenüber dem Clay vorgelegten Entwurf in unverändertem Wortlaut –, läßt sich schließen, daß Clay seine Zustimmung nicht von Bedingungen abhängig gemacht hat, die politische Gespräche auf der Konferenz ausgeschlossen hätten. Andernfalls hätte der Entwurf sicherlich geändert werden müssen. Eine Tagesordnung hat zu diesem Zeitpunkt mit Sicherheit noch nicht existiert; Vorschläge dafür wurden kurz vor bzw. während der Konsultationsreisen der Beauftragten Ehards mit den einzelnen Regierungschefs gemacht. Erst am 12. Mai hatte Ehard in diesem Zusammenhang im Ministerrat die Kabinettsmitglieder gebeten, ihm „alles, was in ihren Ressorts wichtig sei“, in kurzen Stichworten mitzuteilen. Und er hatte hinzugefügt, wenn das Programm für die Konferenz „konkreter“ vorliege, solle man zweckmäßig in einem besonderen Ministerrat darüber verhandeln<sup>40</sup>.

Gimbel erwähnt als „früheste Information“ über die Tagesordnung in den

Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands (I), Ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949, Darstellung und Dokumentation*, Frankfurt/M. 1961, S. 191. An anderer Stelle spricht Deuerlein von „Bedingungen, unter denen die westlichen Besatzungsmächte ihre Zustimmung“ zur Konferenz gegeben hätten; Ernst Deuerlein, *Das erste gesamtdeutsche Gespräch*, a. a. O., S. 15.

<sup>36</sup> Gimbel, a. a. O., S. 174 u. S. 184. Vgl. dazu E. Krautkrämer, *Der innerdeutsche Konflikt*, a. a. O., (Anm. 6).

<sup>37</sup> Anton Pfeiffer, 1888–1957; in den Regierungen Hoegner u. Ehard Leiter der Staatskanzlei, seit 1946 (Staatsminister für Sonderaufgaben, Politische Säuberung) im Range eines Staatsministers; Leiter der Chiemsee-Konferenz, Vertreter Bayerns u. Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Parlam. Rat.

<sup>38</sup> Bayer. StK, 0106.

<sup>39</sup> Vgl. Anm. 22.

<sup>40</sup> Ebenda. Dieser Ministerrat fand am 2. Juni statt. Vgl. auch die Notiz der Landeskanzlei Düsseldorf; dort hatte man am 21. Mai um Übersendung der Tagesordnung gebeten; zu diesem Zeitpunkt lag eine genauere Tagesordnung in München noch nicht vor; HStA Düsseldorf, NW 179.

Akten von OMGUS ein am 4. Juni von Litchfield<sup>41</sup> an Clay gerichtetes Schreiben, das Litchfield „aus München“ bekommen haben will und in dem elf Punkte aufgeführt sind<sup>42</sup>. Bei diesem Schreiben handelt es sich um das in der Bayerischen Staatskanzlei entstandene „Arbeitsprogramm“, das das Datum vom 4. 6. 1947 trägt<sup>43</sup> und schon weitgehend mit Ausnahme eines wichtigen Punktes dem Entwurf der Tagesordnung entspricht, der den Regierungschefs am Abend des 5. Juni zur Entscheidung vorgelegt wurde.

Diese Tagesordnung ist jedoch das Ergebnis der Vorbesprechungen auf zentraler Ebene und nicht etwa das Ergebnis amerikanischer Intervention. Hätte es dennoch irgendwelche Vorbehalte der amerikanischen oder britischen Militärregierung gegeben, wären sie mit Sicherheit in der Vorkonferenz der Regierungschefs in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni als entscheidendes Argument gegen den Antrag der Ostzonenvertreter vorgebracht worden. Das aber ist in dieser Konsequenz nicht geschehen.

Es ist lediglich darauf hingewiesen worden, daß für die Vertreter aus der britischen und amerikanischen Zone „vielleicht“ Gefahren bestünden, falls politische Themen erörtert würden<sup>44</sup>.

Im Gegensatz dazu hat es Vorbehalte Frankreichs gegeben. Allerdings stellt sich auch hier die Sachlage etwas differenzierter dar als bisher angenommen.

Die französische Militärregierung erteilte den Ministerpräsidenten aus der französischen Zone erst relativ spät, am 28. Mai, die Genehmigung zur Teilnahme an der Konferenz<sup>45</sup>. Wie ein Sprecher des *Quai d'Orsay* am 30. Mai in Paris mitteilte, ging die französische Regierung dabei davon aus, daß es sich in München um eine Konferenz der Regierungschefs handele, auf der nur die wirtschaftliche Situation in den vier Zonen erörtert werden dürfe. Und er fügte warnend hinzu, falls sie sich in eine Versammlung „des partis politiques ou de syndicats“ umbilden würde, werde Frankreich seine Haltung überprüfen<sup>46</sup>.

Dieser Hinweis bezog sich deutlich auf das Telegramm der Ostzonenministerpräsidenten vom 28. Mai, in dem die Teilnahme von Partei- und Gewerkschaftsvertretern gefordert worden war<sup>47</sup>.

Diese Forderung stieß aber genauso wie die Forderung nach Bildung einer Zentralverwaltung auf den erbitterten Widerstand Frankreichs; dagegen wäre es im Rahmen der französischen Deutschlandpolitik offensichtlich möglich gewesen, in München – wie geplant – die Bildung eines Verbandes deutscher Länder zu erör-

<sup>41</sup> Leiter der Abteilung Zivilverwaltung bei OMGUS.

<sup>42</sup> Gimbel, a. a. O., S. 184 u. S. 367, Anm. 17, „Subj[ect]: Agenda of Minister President Conference, 6.–7. June 1947“.

<sup>43</sup> Bayer. StK, 0106 („Nur für den Dienstgebrauch“).

<sup>44</sup> Siehe S. 454. Von britischer Seite sind keine Stellungnahmen bekannt.

<sup>45</sup> Vgl. das Fernschreiben Nr. 7459, 17.45 Uhr, von Min.-Präs. Dr. Boden an Min.-Präs. Dr. Ehard, Bayer, StK, 0106.

<sup>46</sup> Zit. bei Grünewald, a. a. O., S. 96 f.

<sup>47</sup> Siehe S. 407.



tern: eines Verbandes, der zwar als wirtschaftlicher Zweckverband deklariert werden sollte – gleichzeitig aber auch politische Aufgaben erfüllen sollte<sup>48</sup>.

Dies war zumindest der Eindruck von Professor Carlo Schmid<sup>49</sup> nach der Rückkehr von Dr. Boden<sup>50</sup> und Dr. Wohleb<sup>51</sup> aus Paris; er telegraphierte am 29. Mai nach München, er hoffe, daß es auf der Konferenz zu einer Vereinbarung komme, „die es ermöglichen kann, für den Zeitraum bis zur Regelung der Verfassungsfrage einen Verband der deutschen Länder zur gemeinsamen Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu schaffen“<sup>52</sup>. Carlo Schmid war der Meinung, die Franzosen in dieser Frage „überlisten“ zu können<sup>53</sup>.

In der nächtlichen Vorbesprechung vom 5. auf den 6. Juni haben die Vorbehalte Frankreichs eine erhebliche Rolle gespielt. Sie waren aber nicht entscheidend für das Scheitern der „ganze[n], große[n]“ Konferenz. Ein Kompromißvorschlag, der in „letzter Minute“ gemacht wurde, – allerdings nicht von einem Regierungschef – wies einen Ausweg. Politische Gespräche waren möglich; das zeigt übrigens auch das überaus couragierte Verhalten Carlo Schmid und dessen Rede über die Schaffung eines Besatzungsrechts<sup>54</sup>.

### III. Die Vorbereitungen in den Westzonen

#### 1. Die Reise von Dr. Seelos

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die bayerische Initiative war durchweg positiv<sup>55</sup>. Eine scharfe Erklärung des SPD-Vorstandes am 10. Mai 1947 machte dann jedoch deutlich, daß für München mit Schwierigkeiten zu rechnen war. In dieser Erklärung hieß es u. a., es habe schon einmal eine Einladung zu einer Minister-

<sup>48</sup> Siehe hierzu S. 398.

<sup>49</sup> Carlo Schmid (SPD), geb. 1896; 1946–47 Präsident des Staatssekretariates (Staatsrat) in Württemberg-Hohenzollern, 1947–48 stellv. Staatspr., 1947–50 Justiz-Min., Mitgl. d. Parlam. Rates.

<sup>50</sup> Wilhelm Boden (CDU), 1890–1961; Juni 1945 Regierungspräsident in Koblenz; Jan. 1946 Oberpräsident v. Rheinland-Hessen-Nassau; Dez. 1946 – 9. Juli 1947 Min.-Präs. von Rheinland-Pfalz.

<sup>51</sup> Leo(nhard) Wohleb (CDU), 1888–1955; Dez. 1946 – 23. 7. 1947 Präsident des Staatssekretariats; am 25. 6. 47 zum Staatspräsidenten gewählt. Im Protokoll der Nachtsitzung „Staatspräsident“, siehe S. 420.

<sup>52</sup> Bayer. StK, 0106.

<sup>53</sup> So im Gespräch mit d. Vf. am 8. 11. 1974 u. 26. 6. 1975. Auch in der Sitzung des Staatsministeriums von Württemberg-Baden am 29. 5. 1947 erklärte Carlo Schmid, die französische Militärregierung „würde wohl gegen eine allgemeine Resolution über ein Zweckverbandsstatut für die Zeit, da die Verfassungsfrage noch nicht geregelt ist, kein Veto einlegen“; HStA Stuttgart, EA 1/11.

<sup>54</sup> In der 129. Sitzung des Direktoriums Württemberg-Hohenzollerns am 10. 6. 1947 wurde Staatsrat Schmid einstimmig der Dank des Direktoriums ausgesprochen „für die Art und Weise, in der er das Land Württemberg-Hohenzollern und die Interessen der französischen Besatzungszone“ in München vertreten hatte; Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 2, acc. 1959.

<sup>55</sup> Vgl. Grünewald, a. a. O., S. 129 ff.

präsidenten-Konferenz gegeben, die auch an dem Einspruch einer Besatzungsmacht gescheitert sei<sup>56</sup>. „Wir nehmen an, daß auch die jetzt vorgeschlagene Ministerpräsidenten-Konferenz nicht zustandekommen wird. Sie würde nicht repräsentativ für Deutschland sein, denn die Ministerpräsidenten sind Sprecher ihrer Länder, während die Parteien Sprecher für Deutschland sind. Die Ministerpräsidenten-Konferenz könnte schon deshalb nicht repräsentativ für Deutschland sein, weil darin fünf Ministerpräsidenten aus der Ostzone wären, die nur einen ganz kleinen Teil der dort vorhandenen 17 Millionen Menschen vertreten.“<sup>57</sup>

Auf das damit angeschnittene Problem wies der stellvertretende Ministerpräsident Wilhelm Hoegner<sup>58</sup> in der Sitzung des bayerischen Ministerrats am 12. 5. 1947 hin. Hoegner, der hier zum ersten Male offiziell etwas von dem Konferenzplan erfuhr, gab zu bedenken, daß die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten der Westzonen „in gewisse Schwierigkeiten“ kommen könnten, da in der Ostzone „z. Zt. eine scharfe Verfolgung der SPD im Gange sei“, und es daher für sozialdemokratische Ministerpräsidenten „schwierig“ sei, „mit Vertretern der SED aus der Ostzone zusammenzuarbeiten“<sup>59</sup>.

Ehards Antwort war klar; er sei sich „dieser Schwierigkeiten bewußt“, die Ministerpräsidenten der Ostzone würden „wohl auch mit gebundenen Weisungen kommen . . . Es müsse ihnen jedoch klargemacht werden, daß es nicht um die politische Verfassung Deutschlands gehe. Man könne jedoch bei dieser Gelegenheit mit ihnen ins Gespräch darüber kommen, wie sie sich die weitere Entwicklung eigentlich vorstellen.“<sup>60</sup>

Diese Antwort ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Offensichtlich hing das Gelingen des „föderalistischen Schachzuges“ nicht, wie dies Foelz-Schroeter betont, ausschließlich von der Voraussetzung ab, „daß die sowjetische MR [Militärregierung] den Länderchefs ihrer Zone die Teilnahme an dem Treffen versagen würde“ und daß „die Konferenz auf bi- bzw. trizonalem Rahmen beschränkt bleiben mußte“<sup>61</sup>.

Obwohl das Scheitern der Außenministerkonferenz in Moskau (v. 10. 3. – 24. 4. 1947) besonders deutlich gemacht hatte, daß an einen Anschluß der sowjetischen Zone an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet nicht zu denken war, und obwohl Seelos davon überzeugt war, daß die Sowjetunion ihre Zustimmung verweigern würde,

<sup>56</sup> Gemeint war die von dem Bremer Senatspräsidenten W. Kaisen für den 4. 10. 1946 nach Bremen einberufene Konferenz. Vgl. hierzu, Gimbel, Konferenzen, S. 8 ff., und Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, gemeinsam hrsg. vom Bundesarchiv u. Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1: Sept. 1945 – Dez. 1946, bearb. von Walter Vogel u. Christoph Weisz, München 1976, Dokument Nr. 36.

<sup>57</sup> dpd.-Meldung v. 10. 5. 1947

<sup>58</sup> Wilhelm Hoegner (SPD), geb. 1887, bayer. Min.-Präs. 1945–46; 1954–57; 1946–47 stellv. Min.-Präs. u. Justizminister.

<sup>59</sup> Sitzung des Ministerrats vom Montag, 12. Mai 1947.

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Foelz-Schroeter, a. a. O., S. 107.

war in dem von ihm verfaßten Entwurf der Einladung die Hoffnung geäußert worden,

„daß auch die Regierungschefs der russischen Zone an der Konferenz teilnehmen, um ihr grundsätzliches Bekenntnis zur deutschen Einheit darzutun und um den späteren Beitritt der russischen Zone zu erleichtern“<sup>62</sup>.

Die Einladung auch der ostdeutschen Ministerpräsidenten war jedoch von ihm lediglich als antisowjetischer Schachzug konzipiert worden, da s. E.

„Rußland damit in die unangenehme Lage versetzt [wird], die Teilnahme der Ministerpräsidenten der Ostzone verbieten zu müssen und das Odium auf sich zu nehmen, die gesamtdeutsche Wirtschaftseinheit, die die völlige Verelendung des deutschen Volkes verhindern soll, unmöglich zu machen“<sup>63</sup>.

Wie aus seiner Antwort im Ministerrat deutlich wird, machte sich Ehard diese Auffassung jedoch nicht völlig zu eigen. Er setzte sich von Anfang an für die Teilnahme der ostdeutschen Regierungschefs und für ein Zusammengehen mit ihnen ein, allerdings mit der Einschränkung, wenn man in München sehe,

„daß es mit der Ost-Zone nicht gehe, werde man nicht darum herumkommen, in den West-Zonen eine noch engere Zusammenarbeit herbeizuführen“. Auch General Clay habe zum Ausdruck gebracht, „daß man sich auch bei den Amerikanern darüber klargeworden sei. Das zeige schon die Verlegung der bizonalen Ämter nach Frankfurt/Main.“<sup>64</sup>

Angesichts der Erklärung des SPD-Vorstands, die in auffälligem Widerspruch zu den spontanen Zustimmungsinhalten einiger SPD-Ministerpräsidenten stand, sah sich Ehard am 14. Mai veranlaßt, öffentlich zu erklären, wozu die Münchener Zusammenkunft *nicht* berufen sein könne, nämlich „Fragen der deutschen Innenpolitik zum Austrag zu bringen“<sup>65</sup>.

Am selben Tag sandte er an sämtliche Regierungschefs ein gleichlautendes Rundtelegramm<sup>66</sup>. Leider befinden sich in den Akten der Bayerischen Staatskanzlei keine Unterlagen, die Aufschluß über dieses Telegramm geben könnten. Auch Nachforschungen in anderen Staatskanzleien blieben erfolglos. Aufgrund der von Seelos geführten Gespräche ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß in diesem Telegramm Vorschläge für eine Tagesordnung gemacht worden sind. Wie aus einem Aktenvermerk in der niedersächsischen Staatskanzlei hervorgeht, ist das Thema „Burgfrieden der politischen Parteien“ offensichtlich schon zu diesem Zeitpunkt ausdrücklich als besonderer Tagesordnungspunkt genannt worden<sup>67</sup>. Damit sollten u. a. die Schwierigkeiten, von denen Hoegner gesprochen hatte, aus dem

<sup>62</sup> Bayer. StK, 0106.

<sup>63</sup> Vgl. Anm. 18.

<sup>64</sup> Sitzung des Ministerrats v. 12. 5. 47.

<sup>65</sup> Rundfunkrede v. 14. 5. 1947, in: Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 17.

<sup>66</sup> Dr. Seelos erwähnt dieses Telegramm am 17. 5. 1947; es wird ebenfalls von Ministerpräsident Lüdemann erwähnt. Hierzu auch S. 391.

<sup>67</sup> Vgl. Foelz-Schroeter, a. a. O., S. 123, Anm. 135.

Weg geräumt werden. Als weiteres „politisches“ Thema sollte die Frage eines Besatzungsstatuts erörtert werden.

Möglicherweise hat Ehard auch gleichzeitig den Besuch von persönlichen Beauftragten bei den Regierungschefs angekündigt; für das Gelingen der Konferenz schien es ihm nun jedenfalls wichtig, daß die Vorschläge der bayerischen Staatsregierung und die Wünsche der einzelnen Länder in direkten Gesprächen mit den Ministerpräsidenten erörtert und aufeinander abgestimmt werden konnten. In den Westzonen sollte Seelos, in der Ostzone der Generalsekretär des Länderrats, Erich Roßmann<sup>68</sup>, diese Gespräche führen<sup>69</sup>.

Seelos begann seine Sondierungsgespräche noch am Abend des 14. Mai in Stuttgart. In einer Besprechung mit dem Leiter der Planungsabteilung des bizonalen Wirtschaftsamtes in Minden, Min.-Dirig. Dr. Keiser (CDU), versuchte er zu klären, ob dieser gegebenenfalls bereit wäre, einer Aufforderung Ehards zu entsprechen, in München einen Kurzvortrag von 20 Minuten über die deutsche wirtschaftliche Lage und das zu beschließende Notprogramm zu übernehmen. Keiser war zwar grundsätzlich bereit, wies aber darauf hin, daß er nur mit Erlaubnis des Leiters des Amtes, Dr. Viktor Agartz, diese Arbeit übernehmen könne und schlug dann noch als Kandidaten den ehemaligen Wirtschaftsminister Hessens und Vorgänger von Agartz, Dr. Rudolf Mueller (parteilos) vor, dem vom Verwaltungsrat im Januar 1947 einstimmig das Mißtrauen ausgesprochen worden war<sup>70</sup>.

Am nächsten Tag traf Seelos in Bad Orb mit dem hessischen Ministerpräsidenten Stock<sup>71</sup> zusammen. Stock begann die Besprechung mit dem Bekenntnis, daß er die Konferenz zunächst für eine „Schnapsidee“ gehalten, inzwischen aber angesichts der Reaktion der Öffentlichkeit seine Meinung geändert habe und durchaus bereit sei, an der Konferenz positiv mitzuwirken. Für ihn sei es bedeutsam, daß die Konferenz nicht nur mit allgemeinen Resolutionen ende, sondern ein konstruktives Programm beschlossen werde, wozu er bereits ausgearbeitete Vorschläge mitbringen werde. Stock hielt es für zweckmäßig, daß sich die Ministerpräsidenten in der

<sup>68</sup> Erich Roßmann, geb. 10. 1. 1884 in Pößneck (Thüringen), gest. 29. 9. 1953; 1902 Mitglied d. SPD; bis 1915 für SPD-Zeitungen tätig. 1920–1933 Landesvorsitzender der SPD in Württemberg, seit 1924 auch MdR; im Dritten Reich zweimal KZ (1933 Heuberg, 1944 Sachsenhausen); seit 6. 12. 1945 Generalsekretär des Länderrates; 1. 10. 1948 – August 1949 Intendant von Radio Stuttgart.

<sup>69</sup> Am 14. Mai fand eine Unterredung mit Staatsrat Prof. Dr. Carlo Schmid in Tübingen statt, über die schon W. Grünwald berichtet hat. (Grünwald, a. a. O., S. 95 f., 135 f. u. 505 f.) Seine Darstellung stützt sich auf eine Aufzeichnung v. gleichen Tag. Nicht feststellbar ist, wer der Verfasser ist. Mit Sicherheit ist es jedoch nicht Dr. Seelos. Auch Dr. H. Ehard (Gespräch mit d. Vf. am 7. 8. 1974), Prof. Dr. C. Schmid (Gespräch mit d. Vf. am 8. 11. 1974) sowie Dr. Seelos konnten sich nicht mehr erinnern, wer nach Tübingen geschickt worden war.

<sup>70</sup> Zu diesem Vorgang vgl. Tilman Pünder, Das bizonale Interregnum, Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946–1949, Waiblingen 1966, S. 70 f.; Foelz-Schroeter, a. a. O., S. 135, u. Gimbel, a. a. O., S. 161. Zur Besprechung in Stuttgart Aufzeichnung Dr. Seelos v. 19. 5. 1947, Bayer. StK, 0106.

<sup>71</sup> Christian Stock (SPD), 1884–1967, 1946–50 Min.-Präs. von Hessen.



Öffentlichkeit sehr beschränkten und die einzelnen Probleme in Arbeitskommissionen behandelt würden. Eine Bemerkung von Ministerpräsident Stock, nach seiner Auffassung müsse die politische Gestaltung Deutschlands von den Parteien getragen werden, läßt darauf schließen, daß in dem erwähnten Rundtelegramm als Konferenzthema möglicherweise auch die Zusammenfassung aller deutschen Länder – was im einzelnen auch immer darunter zu verstehen war – genannt worden war. Diese Vermutung wird durch den Hinweis Stocks erhärtet, er habe zusammen mit dem SPD-Parteivorstand für den 31. Mai und 1. Juni 1947 ein Treffen des Parteivorstandes und führender SPD-Leute in einem Ort bei Frankfurt veranlaßt, um die Auffassung der SPD zu der Konferenz zu klären. Vielleicht wollte Stock aber auch nur auf die Bedenken in Parteikreisen gegenüber Initiativen der Ministerpräsidenten hinweisen.

Seelos versicherte Stock, seine Auffassung über die Durchführung des Münchener Treffens decke sich im wesentlichen mit den bayerischen Plänen. Auch in München sei man der Meinung, die Konferenz müsse straff geführt werden, und Resolutionen und konstruktive Programme zur weiteren Behandlung müßten durch eine Redaktionskommission der Delegierten vorbereitet werden. Die bayerische Initiative wolle auch keineswegs die Parteien ausschalten, denen als Träger der politischen Willensbildung eine entscheidende Aufgabe zufalle. Z. Zt. handele es sich aber vor allem darum, ein praktisches Wirtschaftsprogramm aufzustellen, das nur die Exekutive durchführen könne. Nach entsprechenden Erläuterungen durch Seelos stimmte Stock den geplanten Referaten über ein Besatzungsstatut und zum Problem „Entnazifizierung“ zu, ebenso dem Vorschlag, das Referat über die Wirtschaftsnot von Keiser oder Mueller halten zu lassen; einzige Bedingung war, daß Mueller natürlich von jeder Spitze gegen Minden absehen müßte<sup>72</sup>.

Seine Vorschläge zu einem konstruktiven Wirtschaftsprogramm wollte Stock rechtzeitig nach München leiten<sup>73</sup>.

Befriedigt fuhr Seelos nach Oberursel weiter, um dort mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister, Dr. Werner Hilpert, zusammenzutreffen, der für das Referat über Finanz- und Steuerfragen vorgesehen war. Hilpert vertrat sehr dezidierte politische Vorstellungen. Er erklärte, es sei unbedingt nötig, auf der Konferenz eine deutliche Sprache zu sprechen. Man solle darüber hinaus schon auf dieser Konferenz zu einer gesamten deutschen Vertretung kommen, einem Staatenrat und einem Volksrat<sup>74</sup>. Die Deutschen stünden am Wendepunkt, ob sie weiterhin in einem kolonialen Status niedrigster Art leben wollten oder nicht.

<sup>72</sup> Das Referat wurde später von Senator Borgner (Hamburg) übernommen, nachdem Dr. Keiser „an Mangelerscheinungen und Überarbeitung plötzlich zusammengebrochen“ war. Vgl. Die deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 55. Aus politischen Gründen hatte man sich gegen die Betreuung von Dr. Mueller ausgesprochen, da man befürchtete, daß dadurch sofort Gegensätze zur SPD ausgelöst würden.

<sup>73</sup> Aufzeichnung v. 19. 5. 1947 betr. Münchener Konferenz; Besprechung mit Ministerpräsident Stock in Bad Orb am Donnerstag, dem 15. 5. 1947 von 13–14 Uhr, Bayer. StK, 0106.

<sup>74</sup> Vgl. hierzu S. 398 ff.

Bisher seien den Deutschen nur die Verantwortungen in schwierigen Situationen zugeschoben worden. Die Deutschen wollten aber ihr Schicksal in ihre Hand nehmen, zu einer Gemeinschaft und einem staatlichen Unterbau kommen, der von dem politischen Willen der Parteien getragen werde. Die Militärregierung solle sich darauf beschränken, nur objections gegen deutsche Maßnahmen zu erheben, und nicht immer nach Belieben eingreifen. Es müßten völlig klare Zuständigkeiten zwischen Militärregierungen und deutscher Regierung geschaffen werden. Z. Zt. sei die deutsche Regierung nur der Prügelknabe für die Militärregierung und „Freiwild für deutsche Lumpen“. Er wies auf die Stimmhaltung von 35 % der Wähler bei den Wahlen in der britischen Zone hin, die die Parteien bereits ablehnten; es gehe darum, daß diese Wähler nicht völlig zum Kommunismus abschwimmen würden. Zum Schluß erklärte er sich bereit, das Steuerreferat zu übernehmen<sup>75</sup>.

Am Abend desselben Tages hatte Seelos noch eine zweistündige Besprechung mit dem Gutsbesitzer Dr. Egon v. Ritter, in deren Mittelpunkt die Haltung der französischen Militärregierung stand. Ritter, der über ausgezeichnete Verbindungen zu maßgebenden Herren der Militärregierung verfügte und seit Jahrzehnten ein enges politisches Zusammengehen mit Frankreich vertreten hatte, sagte Seelos zu, noch am nächsten Morgen zu seinen persönlichen Freunden in der Militärregierung zu fahren, um auch von dieser Seite die Notwendigkeit einer Beteiligung der Ministerpräsidenten aus der französischen Zone zu betonen<sup>76</sup>.

Am nächsten Tag fuhr Seelos weiter nach Köln zum Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone. Konrad Adenauer<sup>77</sup> begrüßte lt. Seelos Bericht den bayerischen Schritt aufs wärmste, da dadurch Bayern und Ministerpräsident Ehard mehr in den Vordergrund kämen. Er war durchaus für eine derartige Initiative seitens der deutschen Staaten und nicht der Parteien, deren Aufgaben woanders lägen. Er plädierte allerdings dafür, das Programm möglichst auf ein Wirtschaftsnotprogramm und das Besatzungsstatut zu beschränken. Bayern und sein Ministerpräsident dürften es sich nicht nehmen lassen, so meinte er, den Antrag wegen des Besatzungsstatuts selbst zu stellen. Im übrigen erhoffte er sich nach der Rede des englischen Außenministers Bevin, die doch sehr enttäuschend für Deutschland gewesen sei und erneut bewiesen habe, daß England seinen labilen Standpunkt zwischen Amerika und Rußland weiter erhalten wolle<sup>78</sup>, alles von den Vereinigten Staaten. Gerade auch deshalb sei es am richtigsten, so Adenauer, daß Bayern als der größte Staat der US-Zone die Führung und die Initiative im jetzigen Augenblick übernommen habe.

<sup>75</sup> Aufzeichnung v. 19. 5. 1947, Bayer. StK, 0106. (Am 20. 4. 1947 hatten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen u. Schleswig-Holstein Landtagswahlen stattgefunden).

<sup>76</sup> Besprechung in Kiedrich am 15. 5. 1947, 20–22 Uhr, Aufzeichnung v. 19. 5. 1947, ebenda.

<sup>77</sup> Konrad Adenauer, 5. 1. 1876–19. 4. 1967; 1917–1933 u. Mai 1945–6. 10. 1945 Oberbürgermeister von Köln; 1946 Vorsitz der CDU in der brit. Zone, Fraktionsvorsitzender im Landtag von NRW, Mitglied des Zonenbeirats, ab 1. 9. 1948 Präsident des Parlamentarischen Rates, 1949–1963 Bundeskanzler der BRD.

<sup>78</sup> Am 15. Mai 1947 hatte sich Bevin vor dem Unterhaus ausführlich zum Thema Deutschland geäußert.

Als Seelos abschließend fragte, ob er auch bei Amelunxen<sup>79</sup> vorsprechen solle, empfahl Adenauer ihm dringend, das zu tun<sup>80</sup>. Daraufhin entschloß sich Seelos in letzter Minute, auch nach Düsseldorf zu fahren. Dort kam er gegen 17.30 Uhr an; da er jedoch nicht angemeldet war, traf er weder Ministerpräsident Amelunxen noch Innenminister Menzel, sondern nur den stellvertretenden Ministerpräsidenten Karl Arnold. Seelos informierte ihn über die Konferenzziele und erhielt die Zusage einer Unterstützung im Rahmen des Möglichen.

Noch am selben Tag setzte Seelos seine Fahrt nach Hannover fort, wo ihn Ministerpräsident Kopf<sup>81</sup> um 22.00 Uhr empfing. Gleich zu Beginn der Besprechung betonte Kopf, daß er der Konferenz grundsätzlich sehr sympathisch gegenüber stehe; er habe eine Zusage nur deshalb noch nicht geben können, weil er zunächst die Kabinettsbildung abschließen müsse. Zu den Einzelheiten der Konferenz brauche er nicht viel zu sagen, denn man kenne ja zur Genüge in München seinen föderalistischen Standpunkt, den er immer vertreten habe und den er auch nie ändern werde. Zum Abschluß der Besprechung betonte er, er lege größten Wert darauf, daß für die Konferenz konkrete Anträge und Resolutionen vorbereitet würden<sup>82</sup>.

Seelos war zufrieden, denn genau das entsprach auch den Intentionen der Einladenden; nicht zuletzt, um dies sicherzustellen, war die persönliche Rundfahrt unternommen worden, die im übrigen – wie ihm noch am Abend der Leiter der Staatskanzlei, Dr. v. Campe, mitteilte – in der SPD-Zentrale als besonderer Höflichkeitsakt Bayerns recht positiv gewertet wurde.

In Hamburg traf Seelos am nächsten Tag nur den stellvertretenden Bürgermeister, der jedoch genaue Auskunft über die Einstellung Brauers<sup>83</sup> geben konnte. Er versicherte Seelos, daß Bürgermeister Brauer, der sich auf dem Städtetag in Frankfurt aufhielt, die Konferenz sehr begrüße, besonders da die Einladung von Bayern

<sup>79</sup> Rudolf Amelunxen (Zentrum), 1888–1969; 1945 Oberpräs. der Provinz Westfalen, 1946 bis 19. 4. (15. 6.) 1947 Min.-Präs., 1947–50 Min. f. Wohlfahrt, 1950–58 Justizmin. Vgl. das kurze Porträt von Peter Hüttenberger, Rudolf Amelunxen, in: Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, hrsg. v. Walter Först, Köln 1972 (Beitr. z. neueren Landesgesch. des Rheinlandes u. Westfalens, hrsg. v. W. Först, Bd. 5), S. 119–125.

<sup>80</sup> „Besprechung mit Herrn Dr. Adenauer in Köln am Freitag, dem 16. 5. 1947, zwischen 15 und 16 Uhr“, Aufzeichnung v. 19. 5. 1947, Bayer. StK, 0106. Aus dem Terminplan, der sich bei den Akten befindet, geht hervor, daß Dr. Seelos am 16. 5. 1947 auch den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Boden (um 9.45 Uhr in Oberwertheim) und den Oberbürgermeister von Köln, Dr. Pünder, besuchte. Es liegen jedoch keine Aufzeichnungen darüber vor. Dr. Seelos bestätigte aber d. Vf. gegenüber die Besuche.

<sup>81</sup> Hinrich Wilhelm Kopf (SPD), 1893–1961; 1945 Oberpräsident d. Prov. Hannover, 1946 Min.-Präs. d. Landes Hannover, 1947–55, 1959–61 Min.-Präs. v. Niedersachsen, 1957–59 Innenmin. u. stellv. Min.-Präs. Zu Kopf vgl. Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963.

<sup>82</sup> „Besprechung mit Ministerpräsident Kopf über die Münchener Konferenz in Hannover am Freitag, dem 16. 5. 47, von 22–23 Uhr.“ Aufzeichnung v. 19. 5. 1947, Bayer. StK, 0106.

<sup>83</sup> Max Brauer (SPD), 1887–1975; 1946 Rückkehr aus d. USA nach Deutschland, 1946–53 u. 1957–61 Erster Bürgermeister von Hamburg.

ausgegangen sei. In Hamburg lege man zwar größten Wert auf die Eigenstaatlichkeit, Hamburg sei aber immer ein Vorkämpfer der Reichsidee gewesen. Auch hier erklärte man sich mit den dargelegten Behandlungsgegenständen der Konferenz durchaus einverstanden, besonders mit dem Verlangen nach einem Besatzungsstatut. Abschließend versprach der stellvertretende Bürgermeister, seinerseits auch seine Beziehungen zur internationalen Presse zu benutzen, so daß von dieser Seite aus eine möglichst große Beteiligung zu erwarten war<sup>84</sup>.

Der letzte Gesprächspartner war zugleich der schwierigste: Ministerpräsident Lüdemann<sup>85</sup> in Kiel. Lüdemann hatte auf die Einladung Ehards am 8. Mai mit einem Telegramm geantwortet, in dem er seine Teilnahme von der Bedingung abhängig gemacht hatte, daß zum einen die Flüchtlingsfrage neben der Frage der Ernährung als Hauptthema in München – und zwar einen ganzen Tag lang – behandelt werden sollte, und daß sich zum anderen der bayerische Ministerpräsident für einen Flüchtlingsausgleich gegenüber den anderen Staaten einsetzen sollte.

Lüdemann begrüßte es nun zwar überaus, daß die Konferenz gerade von Bayern angeregt worden sei, von dem man im Norden bisher den Eindruck einer scharf föderalistischen und partikularistischen Richtung gehabt habe, ging dann aber sofort auf sein zweites Telegramm vom 15. Mai ein, in dem er sein Erstaunen über die völlige Nichtbeachtung des Telegramms vom 8. Mai zum Ausdruck gebracht hatte. Nur wenn das Lebensproblem Schleswig-Holsteins, die Flüchtlingsfrage, entsprechend seinen Vorschlägen behandelt werde, so betonte er, habe die Konferenz für ihn einen Sinn. In Schleswig-Holstein kämen auf 1,4 Millionen Einwohner 1,2 Millionen Flüchtlinge mit allen Soziallasten, was angesichts der Schwäche des Landes untragbar sei. Er sei daher sehr überrascht gewesen, daß in dem zweiten Telegramm der bayerischen Regierung<sup>86</sup> mit keinem Wort auf sein Telegramm eingegangen worden sei.

Seelos erklärte zunächst das Telegramm mit dem Hinweis, es habe sich um ein Rundtelegramm gehandelt, das an sämtliche Regierungschefs gleichlautend hinausgehen mußte. Um die einzelnen Wünsche der Länder zu erfahren, habe Ministerpräsident Ehard ihn beauftragt, persönliche Aussprachen mit den Regierungschefs zu führen. Er könne ihm zusichern, daß auch das Flüchtlingsproblem behandelt werde. Der bayerische Ministerpräsident nehme alle Anregungen bereitwillig entgegen, könne aber nicht für die anderen Ministerpräsidenten Zusagen machen, worauf Lüdemann erwiderte, es genüge ihm nicht, wenn das Flüchtlingsproblem „auch“ behandelt werde, es müsse ein Hauptthema der Konferenz sein.

Er verlange zumindest, daß der bayerische Ministerpräsident in der Flüchtlingsfrage seiner Anregung entspreche, denn dann könnten die anderen deutschen Länder moralisch nicht mehr der gemeinsamen Verpflichtung nach einem gerechten Ausgleich der Flüchtlingslasten ausweichen.

<sup>84</sup> Aufzeichnung v. 19. 5. 1947, Bayer. StK, 0106.

<sup>85</sup> Hermann Lüdemann (SPD), 1880–1959; 1946–47 stellv. Min.Präs. u. Innenminister v. Schleswig-Holstein, April 1947–1949 Min.Präs.

<sup>86</sup> Siehe S. 386.



Da Seelos jedoch nicht in der Lage war, weitere Zusicherungen zu machen, erklärte Lüdemann, es habe dann gar keinen Zweck für ihn, nach München zu kommen. Die ganze bayerische Haltung gegenüber seinem Vorschlag sei ihm aus der Nichtbeantwortung seines Telegramms von vornherein klar gewesen.

Angesichts dieser intransigenten Erklärung betonte Seelos, Bayern wolle im Interesse des Zustandekommens der Konferenz jedes Entgegenkommen gegenüber Vorschlägen über Ausgestaltung und Durchführung der Konferenz zeigen. Es sei aber technisch unmöglich, jedem Land für sein wichtigstes Problem einen ganzen Tag zuzusichern, denn dann würde die Konferenz zwei Wochen dauern und dadurch von vornherein nicht zustandekommen können. Bayern müsse auch die letzte Entscheidung über die Behandlung der Fragen den versammelten Regierungschefs am Vorabend der Konferenz überlassen; wenn durch solche überspitzten Forderungen die Konferenz scheitern würde, dann träfe Bayern keine Schuld. Er fügte warnend hinzu, wenn im Norden ein Verständnis für diese Handhabung der Konferenz fehle, sei es ganz klar, daß als Reaktion auf ein Scheitern Bayern sich stärker auf seine eigenen Füße stellen müsse. Er bat daher, an die faire Behandlung des Flüchtlingsproblems auf der Konferenz zu glauben; wenn der *Zusammenschluß der deutschen Staaten* durch solches Verlangen gestört werde, würde auch die Lösung von Einzelproblemen in Zukunft noch schwieriger werden. Im übrigen könne man nur von einer Sonderkonferenz eine wirklich positive Lösung der Flüchtlingsfrage erwarten; eine Regelung solcher Detailfragen auf der Ministerpräsidentenkonferenz würde zu weit führen. Seelos sagte Lüdemann schließlich die sofortige Beantwortung des Telegramms nach seiner Rückkehr zu.

Lüdemann gab sich damit zufrieden; er bat aber noch, die Konferenz, die bei ihrer Bedeutung wohl vier oder fünf Tage dauern müßte, doch einige Tage früher beginnen zu lassen. Im Hinblick auf den feststehenden Termin der Länderratssitzung am 3. 6. 1947 und den Feiertag Fronleichnam am 5. 6. 1947 bezeichnete Seelos dies jedoch als unmöglich. Um Lüdemann aber entgegenzukommen, schlug er vor, daß sich von jedem Land ein Vertreter zur Vorbereitung der Resolutionen und zur Aussprache über die Gestaltung der Konferenz bereits ein bis zwei Tage vorher in München einfinden könnte. Diese Anregung wurde von Lüdemann günstig aufgenommen<sup>87</sup>.

In seinem Bericht betont Seelos abschließend, abgesehen von den sachlichen Meinungsverschiedenheiten sei die Begrüßung in Kiel sehr herzlich gewesen; insbesondere habe ihm Herr Lüdemann jede Unterstützung bei der Behebung der verschiedenen Autopannen gewährt<sup>88</sup>, ein Hinweis darauf, daß eine dreitägige Rundreise im Deutschland des Jahres 1947 ihre Tücken hatte.

<sup>87</sup> Bekanntlich ist später so verfahren worden. Als bis zum 27. Mai das Telegramm Lüdemanns v. 15. Mai immer noch nicht beantwortet war, sah dieser sich veranlaßt, in einem zweiten Telegramm an Ehard noch einmal zu betonen, daß die Behandlung des Flüchtlingsausgleichs Voraussetzung für seine Teilnahme an der geplanten Konferenz sei. Dabei versäumte er nicht, erneut auf seine Telegramme v. 8. und 15. Mai hinzuweisen; Bayer. StK, 0106.

<sup>88</sup> „Besprechung mit Herrn Ministerpräsidenten Lüdemann am Samstag, dem 17. 5. 1947 von

Insgesamt konnte die Reise als erfolgreich angesehen werden. Die Teilnahme der sozialdemokratischen Regierungschefs auch aus der britischen Zone schien gesichert zu sein, wenn auch die SPD ihre Haltung zu der Konferenz erst Ende des Monats endgültig festlegen wollte.

2. Kurt Schumacher, die Haltung der SPD und der „Verband Deutscher Länder“  
Sind Kurt Schumacher<sup>89</sup> und dessen Freunde verantwortlich für den Exodus der Ostzonenministerpräsidenten in München? Hat Schumacher die „ganze Münchener Prozedur“ abgelehnt, hat er das „Scheitern der Konferenz“ gewünscht, wie Conze – ohne allerdings näher darauf einzugehen – behauptet? Stimmt gar die These Grünewalds, die SPD-Regierungschefs hätten auf Betreiben Schumachers den „Auftrag“ erhalten, „die Teilnahme ihrer SED-Kollegen an der Münchener Konferenz zu verhindern“<sup>90</sup>?

Im folgenden soll versucht werden, Motive und Hintergründe Schumachers und der sozialdemokratischen Regierungschefs kurz zu analysieren – als notwendiges Vorverständnis für die Vorgänge in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni.

Im Zusammenhang mit den hier anstehenden Fragen sind es vor allem zwei Probleme, die in hohem Maße das politische Handeln Kurt Schumachers nach 1945 bestimmten:

1. die staatsrechtliche Neugestaltung Deutschlands,
2. die kompromißlose Gegnerschaft zur SED, ausgelöst durch die „Zwangsfusionierung“ von SPD und KPD in der Ostzone.

Ad 1: Schumacher sprach den Regierungschefs der Länder in den Westzonen das Recht ab, im Hinblick auf eine politische Neugestaltung Deutschlands initiativ zu werden. Die Länder waren in ihrer Mehrheit neu und künstlich, ohne Befragung des Volkes gebildet worden und konnten daher kaum als endgültig angesehen werden. Nicht zu Unrecht befürchtete Schumacher, daß Initiativen, die von den Ländern getragen wurden, in einen föderalistischen Staatsaufbau münden würden. Das Bemühen, eine Gesamtvertretung des deutschen Volkes durch die Länder zu schaffen, war seiner Meinung nach – wie er immer wieder betonte –, „von vornherein zum Scheitern verurteilt“, da der deutsche Gesamtwille „nur indirekt durch das ganze deutsche Volk aus seiner eigenen politischen Willensbildung und mit der Tendenz zu der eigenen entsprechenden Staatspersönlichkeit“ geformt werden könne. Gegen den Anspruch der Länder wurde somit der klassische demokratische Grundsatz einheitlicher Nationalvertretung gesetzt. In verfassungspolitischen Fragen, die die staatsrechtliche Neuordnung Deutschlands betrafen, mußte nach An-

16.50–19 Uhr in Kiel in Gegenwart von drei anderen Herren der Regierung“, Aufzeichnung v. 19. 5. 1947; Bayer. StK, 0106 (Hervorhebung v. Verf.). Für einen Besuch in Bremen reichte die Zeit nicht mehr.

<sup>89</sup> Kurt Schumacher, 13. 10. 1895 – 20. 8. 1952; seit Mai 1946 Vorsitzender der SPD in den Westzonen.

<sup>90</sup> Werner Conze, Jakob Kaiser, Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969, S. 152; Grünewald, a. a. O., S. 191.

sicht Schumachers das *prae* den demokratischen Parteien vorbehalten bleiben, die als einzige Vertreter des ganzen Volkes legitimiert waren, auch für dieses Volk zu sprechen. Es kam hinzu, daß seiner Meinung nach die Länder in der ersten Phase der wirtschaftlichen Integration der Bizone völlig versagt hatten. Nach dem „furchtbaren Anschauungsunterricht“ des Winters 1946/47, der gezeigt hatte, wie wenig die Länder imstande waren, die Probleme der Ernährung und Wirtschaftsbelebung zu meistern, konnte Deutschland „nicht mit denselben Fehlern der Struktur und Organisation in den nächsten Winter gehen“<sup>91</sup>. In der staatspolitischen Konzeption des Parteivorstandes war auch angesichts sozialistischer Wirtschaftspläne kein Platz für föderalistische Ideen: Reichsrecht mußte Länderrecht brechen<sup>92</sup>.

Die Durchsetzung dieses Prinzips, für das sich Schumacher mit allen Mitteln einsetzte, war nicht ohne innerparteiliche Kämpfe zwischen Anhängern des föderalistischen und Befürwortern des zentralistischen Systems zu erreichen, da es in der Partei zu diesem Zeitpunkt noch starke föderalistische Tendenzen gab – ausgehend von den Landesregierungen und unterstützt von der französischen und – allerdings weniger stark – amerikanischen Besatzungsmacht. Die Erinnerung an den Zentralismus des Hitler-Faschismus tat – wie wir noch sehen werden – ein übriges.

Ad 2: Solange in der „russischen“ Zone undemokratische Zustände herrschten, solange die SPD dort nicht wieder zugelassen war, war Schumacher nicht bereit, sich mit Vertretern der SED an einen Tisch zu setzen, obwohl gerade sie Anhänger der zentralistischen Staatsform waren. Für den Demokraten und Parteivorsitzenden Schumacher war es unvorstellbar, die „Handlanger Moskaus“ als Gesprächspartner zu akzeptieren, denn das wäre einer Anerkennung der Zwangsfusionierung von SPD und KPD und einer Sanktionierung der Maßnahmen gegen ehe-

<sup>91</sup> Zitate aus der Rundfunkansprache Schumachers am 31. 5. 1947 über Radio Frankfurt, Archiv der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn (im folgenden zitiert: AdsD [FES]), Bestand Schumacher, Reg.-Nr. Q5 II, Reden. Zu den Vorstellungen Schumachers über den staatsrechtlichen Neuaufbau Deutschlands vgl. auch Christoph Weisz, Deutsche Überlegungen zur Bildung der Bizone, Erich Roßmanns Reise in die britische Zone im August 1946, in dieser Zeitschrift 22 (1974), S. 204–225.

<sup>92</sup> Vgl. hierzu auch die „Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik“, die in der Sitzung des Vorstandes der SPD am 13. und 14. März 1947 beschlossen wurden und denen intensive Diskussionen im verfassungspolitischen Ausschuß der Partei vorausgegangen waren. Punkt 2 lautete: „Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. Sie lehnt unter Anerkennung stammesmäßiger Besonderheiten jeden offenen oder versteckten Separatismus und Partikularismus ab. Die Verfassungen der Länder dürfen nichts enthalten, was der Reichseinheit entgegenstehen kann. Daher haben die Länderverfassungen einen Vorbehalt aufzunehmen, daß Reichsrecht Länderrecht bricht. Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung müssen diesen Grundsätzen folgen.“ Zuerst veröffentlicht im Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg. Hamburg o. J., S. 225 ff. Zu diesem Komplex vgl. auch AdsD (FES), Bonn, Bestand Schumacher, Verfassungsfragen nach 1945 (Sammlung Ollenauer, Reg.-Nr. J 99).

malige Mitglieder der SPD und der übrigen Vorgänge in der Ostzone gleichgekommen.

Und er sprach es offen aus, was dieser „Akt politischer Notzucht der Politik“ bedeutete:

„Das Leben unserer sozialistischen Genossen wird in jedem Lande der Ostzone bedroht. In jedem Lande der Ostzone sind KZ-Lager mit 3 Bewachungsringen errichtet. Der innere Ring von deutschen Polizisten der SEP bewacht, in 3 km im Quadrat. Man soll uns deshalb nicht mit einer Einigung kommen, wenn man in der Praxis in der östlichen Zone Annexion, Diktatur, Unterjochung und Versklavung durchführt. Wir möchten den Kommunisten etwas sagen: es handelt sich bei Euch um den Versuch, Westdeutschland für Rußland zu erobern. Ich möchte den Kommunisten aus unserer Verantwortung heraus den Hinweis geben, daß es unmöglich sein wird, dieses Ziel zu erreichen. Die Kommunistische Partei kann weder eine Partei internationaler Menschlichkeit, noch sonst etwas sein, sondern nur eine russische Staatspartei.“<sup>93</sup>

Daß die SPD in der Ostzone verboten war, ihre Mitglieder unterdrückt und verfolgt wurden, war für Schumacher und seine Freunde nicht in erster Linie eine Frage der SPD, sondern „die Frage nach den Möglichkeiten der Demokratie auf deutschem Boden und damit die nationale Frage der Deutschen schlechthin“. Es war die Frage nach der „gesamteuropäischen Demokratie“, die Frage nach der „Weltdemokratie“<sup>94</sup>. Den bürgerlichen Parteien machte er den Vorwurf, dies nicht zu erkennen; die 17 Millionen Deutschen im Osten einfach zu ignorieren sei „peinlich“ und spreche nicht dafür, „daß man Wesen und Notwendigkeit der Demokratie“ begriffen habe<sup>95</sup>.

In der Auseinandersetzung zwischen SPD und SED entwickelte sich eine Atmosphäre des Mißtrauens und des Hasses, die es nahezu unmöglich machte, miteinander zu reden. Dabei scheute man auch vor persönlicher Verunglimpfung nicht zurück<sup>96</sup>. Im Vordergrund des öffentlichen Interesses stand seit dem Scheitern der

<sup>93</sup> Rede Schumachers am 18. 5. 1947 in Kassel, Marstaller-Platz, AdsD (FES), Bonn, Bestand Schumacher, Reg.-Nr. Q5 II, Reden.

<sup>94</sup> Rede Schumachers am 31. 5. 1947 über Radio Frankfurt, AdsD (FES), Bonn, Bestand Schumacher, Reg.Nr. Q5 II, Reden, und Rede Schumachers am 23. 6. 1947 auf dem Nürnberger Parteitag d. SPD, in: Turmwächter der Demokratie, Bd. II, Reden und Schriften, hrsg. v. Arno Scholz und Walther Oschilewski, Berlin 1953, S. 135, und Die Zulassung der SPD in der Ostzone, in: SPD-Wochenschrift für Sozialismus und Demokratie v. 15. 2. 1947.

<sup>95</sup> Vgl. Anm. 91.

<sup>96</sup> Als eines von vielen Beispielen sei hier ein Bericht im Sozialdemokratischen Pressedienst vom 3. April 1947 zitiert. Danach hatte Grotewohl, einer der beiden Vorsitzenden der SED, in einer Konferenz der Chefredakteure von SED-Zeitungen am 22./23. 3. 1947 u. a. erklärt, Schumacher habe den Rotlauf, eine Krankheit, die nur bei Schweinen vorkomme. Er sei einseitig, das hänge wahrscheinlich damit zusammen, daß er nur einen Arm habe; und Grotewohl empfahl, man dürfe die Führer der SPD trotzdem nicht weiter wie bisher angreifen, weil man damit doch nur die Mitglieder mit ihren Führern zusammenschweiße. Dazu stellte der SPD-Vorstand fest: „Mit Männern solchen Schlages und solcher perfiden Charakterlosigkeit ist eine Zusammenarbeit eben unmöglich, so nötig im Interesse der Arbeiterschaft



Moskauer Außenministerkonferenz und in der Vorbereitungsphase der Münchener Konferenz die Frage nach der „Nationalen Repräsentation“, in der sich die politischen Willensträger Deutschlands – das waren nach Ansicht der Initiatoren die Parteien – in ihren Spitzen zusammenfinden sollten, um die erste Stufe einer gesamtdeutschen Vertretung des Volkes vorzubereiten<sup>97</sup>.

Diese Frage war aufs engste verknüpft mit der Haltung der SPD zur SED und den Vorgängen in der Ostzone. Schumacher betonte auch hier immer wieder, Voraussetzung für das Zustandekommen einer nationalen Repräsentation sei die

„tatsächliche Gleichheit in allen Zonen und die absolute Freiheit der Erkenntnis, der Kritik, ... die Freiheit und Unabhängigkeit der Sozialdemokraten in der Ostzone“.

Es ging ihm dabei nicht nur um Fragen der Taktik, sondern „große geschichtliche Gesichtspunkte“ standen seines Erachtens auf dem Spiel<sup>98</sup>. Für Schumacher war es unsinnig, wenn die SED von einem einheitlichen Deutschland sprach und zugleich Nutznießer des Zustandes der verhinderten Demokratie war. Bei der Abhängigkeit der Kommunisten war es für ihn selbstverständlich, daß sie sich „trotz ihrer Überproduktion an demokratischen Phrasen nicht für die Demokratie erklären würden“<sup>99</sup>.

Am 28. Mai fiel in der Frage der nationalen Repräsentation die endgültige Entscheidung. In einer in Hannover veröffentlichten Erklärung betonte der Parteivorstand, der erstrebten nationalen Einheit fehle das Fundament, denn die wirtschaftliche Einheit sei auf der Moskauer Konferenz von einer Siegermacht an die Bedingung geknüpft worden, daß hohe Reparationen aus der laufenden Produktion geleistet werden müßten. Die gleiche Macht habe die Durchführung der Gesetze und Verordnungen einer künftigen deutschen Zentralregierung an die Zustimmung der militärischen Oberbefehlshaber der einzelnen Besatzungszonen binden wollen. Damit werde nur „die deutsche Einheit durch die Taten derjenigen Kräfte verhindert, die mit Worten am lautesten für sie eintreten“. Die nationale Einheit Deutschlands sei auch nicht möglich, solange nicht die staatsbürgerliche Gleichheit und Rechtssicherheit in allen Zonen hergestellt sei. Die SPD werde in der Ostzone unterdrückt. Damit trete zur wirtschaftlichen Zerreißung die politische Ungleichheit. Die SPD erkläre daher, „daß die realen Grundlagen einer deutschen Einheit erst geschaffen werden müssen“<sup>100</sup>. Dazu gehörten u. a. die Rückführung

und Deutschlands eine gesamtdeutsche Vertretung aller Parteien wäre.“ Vgl. Sozialdemokratischer Pressedienst v. 5. 4. 1947.

<sup>97</sup> Vgl. die Einladung der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU v. 15. 3. 1947 an SPD, SED u. LDPD. Zum Thema „Nationale Repräsentation“ ausführlich Conze, J. Kaiser, S. 133–149.

<sup>98</sup> Rede in Kassel, vgl. Anm. 93.

<sup>99</sup> Rundfunkansprache vom 31. 5. 47, vgl. Anm. 91. Zum Thema allgemein: Albrecht Kaden, *Einheit oder Freiheit, Die Wiedergründung der SPD 1945/46*, Hannover 1964, u. Frank Morew, *Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie, Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948*, Bonn-Bad Godesberg 1973.

<sup>100</sup> Der Sozialdemokrat v. 29. 5. 1947.

der Sowjetischen Aktiengesellschaften in das Eigentum des deutschen Volkes, das Recht der freien Vereinigung, Versammlungsfreiheit, Rede- und Pressefreiheit, Freilassung aller inhaftierten SPD-Leute. Die Zonengrenzen sollten eingerissen werden und Deutschland zu einer politischen und wirtschaftlichen Einheit gemacht werden, „wie es uns in Potsdam versprochen wurde“<sup>101</sup>.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die „Nationale Repräsentation“, die ja eine Angelegenheit der Parteien war, wurde in München die Einladung zu einer gesamtdeutschen Konferenz der Regierungschefs der Länder ausgesprochen. Die schon erwähnte Erklärung des Vorstandes der SPD vom 11. Mai machte deutlich, daß Schumacher und seine Freunde der Einladung Ehards, von der der Parteivorstand völlig überrascht worden war<sup>102</sup>, nicht gerade wohlwollend gegenüberstanden. In der Tat schien für Schumacher die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß in München eine nationale Repräsentation auf Ministerpräsidentenebene gebildet werden konnte; das aber hätte in jedem Fall eine Aufwertung der SED zur Konsequenz gehabt; die SED wäre gewissermaßen durch die Hintertür „salonfähig“ geworden. Auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten in Gelsenkirchen-Buer wies Schumacher daher warnend darauf hin, das Treffen Ehards mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Friedrichs in Hof am 23. Mai<sup>103</sup>, sei ein Versuch, die SPD in der Frage der „Nationalen Repräsentation“ zu überspielen. In jedem Fall wurde von der Konferenz in München eine Stärkung des föderalistischen Prinzips erwartet. Schumacher ahnte jedoch nicht, daß München auch von den Föderalisten innerhalb seiner Partei zu einem Schlag gegen ihn selbst und seine Ansichten von einem zentralistischen Staatsaufbau benutzt werden sollte.

Am 18. Mai ging Schumacher in der schon mehrfach erwähnten Rede auf dem Marstaller Platz in Kassel zum ersten Male ausführlich auf die geplante Konferenz ein:

„Nun, wer te Versammlung, muß ich noch etwas über Bayern sagen. Ich habe für alle menschliche Zuneigung, die ein Volksstamm verdient, volles Verständnis; aber wenn ich in der bayerischen Sprache reden soll, so ist das nicht geistig, nicht physiologisch, sondern ... [Lücke im Text], denn Bayern hat natürlich unter anderen Voraussetzungen gelebt und gehandelt als die anderen Länder. Ich will nicht böseartig werden und die Motive näher beleuchten, nicht einmal die Frage der Aktivlegitimation. Jeder soll zu allem legitimiert sein, der etwas dazu beizutragen hat, daß das deutsche Volk satter wird, und darum möchte ich mit den Ministerpräsidenten reden.“

Aber die Ministerpräsidenten der Ostzone, für wen reden die denn? Die haben keinen demokratischen Sinn, der größte Teil von ihnen kommt als Diktator aus der Ostzone. Mögen die Dinge aber sein, wie sie wollen, die praktische Hilfe und die

<sup>101</sup> Telegraf v. 19. 3. 1974 u. SPD-Wochenschrift für Sozialismus und Demokratie v. 15. 2. 1947.

<sup>102</sup> Am 31. 5. 1947 bezeichnete Schumacher in der schon genannten Rede über Radio Frankfurt (vgl. Anm. 91) die Einladung als eine „Überraschung“, und er sprach von einer „Taktik der Husarenstrieche, die wir ... im Interesse des deutschen Volkes nicht gern [sehen]. Es erinnert immer an die Praxis der kommunistischen SED, wenn man ohne vorherige Fühlungnahme mit anderen Kräften als Exponent einer politischen Partei und eines Landes derartig eruptiv an die Öffentlichkeit tritt.“

<sup>103</sup> Siehe S. 406.

praktische Betätigung soll das Entscheidende sein. Wenn wir aber die Dinge von der praktischen Seite aus betrachten wollen, dann müssen wir auch feststellen, wie die Münchener Konferenz zustandekommen sollte, einfach deswegen, weil die Praxis des föderalistisch-souveränen Landes zusammengebrochen ist. Die Länder haben dem Vertrag über die Ernährung und Wirtschaft nicht genügen können. Ich möchte bei den Besatzungsmächten warnen, auch nur einen Versuch föderalistischer Spiele-reien mitzumachen. Ein so großes Heer von 70 Mill. Menschen ist damit nicht zu erfassen.“<sup>104</sup>

Zwei Tage später trafen sich – ohne Wissen des SPD-Vorstandes – führende Vertreter von SPD und CDU aus Bayern, Württemberg-Baden, Hessen, Württemberg-Hohenzollern und Bremen sowie der Leiter des Büros für Friedensfragen in Ruit bei Stuttgart, um im „Büro für Friedensfragen“ für die Konferenz in München den „Entwurf eines Vertrages über die Bildung eines Verbandes Deutscher Länder“ fertigzustellen<sup>105</sup>. Das Büro für Friedensfragen sah hier eine Chance, politisch handelnd in die Planungen zur Münchener Konferenz einzugreifen. Vertreter aus der britischen Zone waren zu dieser wichtigen Sitzung nicht geladen. Die Runde in Ruit bestand aus überzeugten Föderalisten<sup>106</sup>. Grundlage der Beratungen war eine Ausarbeitung des hessischen Staatssekretärs Dr. Brill<sup>107</sup> vom 23. 4. 1947. Dieser Entwurf sah die Vereinigung der drei Westzonen zu einem öffentlich-rechtlichen Verband vor, mit dem Zweck, auf den Gebieten der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und Ernährung, des Verkehrs, der Post und des Fernmeldewesens, der Finanzen und der Arbeit gemeinsame Regelungen so lange zu schaffen, wie die „Wiederherstellung einer gesamtdeutschen Staatsleitung“ nicht möglich war (Art. 1).

Der „Deutsche Länderverband“ sollte ermächtigt sein, die vertragschließenden Länder gegenüber dem Alliierten Kontrollrat, den Besatzungsmächten sowie allen öffentlichen Stellen und Privaten zu vertreten (Art. 2). Als Organe des Verbandes waren die Verbandsvertretung („Volksrat“) und der Verwaltungsrat („Staatenrat“) vorgesehen (Art. 3). Die Gesetzgebung sollte durch den Volksrat ausgeübt werden,

<sup>104</sup> AdsD (FES), Bonn, Bestand Schumacher, Reg.-Nr. Q5 II, Reden.

<sup>105</sup> AdsD (FES), Bonn, Bestand Schumacher, Verfassungsfragen nach 1945 (Sammlung Ollenhauer) Reg.-Nr. J 99. Das Protokoll wurde abgefaßt von F. Heinemann (1900–1958, parteilos, 1. 10. 1945 Präsident d. bremischen Finanzverwaltung, 1. 2. 1947 Oberfinanzpräsident), der als Vertreter des Senats für Finanzen, Dr. Nolting-Hauff, an der Sitzung teilnahm. Aus dem Protokoll ist nicht ersichtlich, von wem einzelne Diskussionsbeiträge stammen.

<sup>106</sup> Bei den Teilnehmern handelte es sich in erster Linie um die Mitglieder der für Verfassungsfragen zuständigen Kommission des Büros für Friedensfragen, u. a. C. Schmid, W. Hoegner, Th. Eschenburg.

<sup>107</sup> Hermann L. Brill, SPD, 9. 2. 1895 – 22. 6. 1959; 1933 aus allen Ämtern entlassen, Mitglied der Gruppe „Neu Beginnen“, 1939–43 Zuchthaus Brandenburg, 1943–45 KZ Buchenwald; 25. 4. 1945 Berater der am. Militärregierung Weimar, 7. 5. 1945 mit Wahrnehmung der Geschäfte des Thüringischen Staatsministeriums und der Fachministerien beauftragt, 9. 6. bis 16. 7. 1945 Regierungspräsident der Provinz Thüringen (Amtsbeendigung durch Wechsel der Besatzungsmacht); seit 15. 12. 1945–1949 Chief Consultant bei OMGUS; Juni 1946 von d. am. Militärregierung als Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei des hessischen Staatsministeriums in Wiesbaden eingesetzt; 1949 Rücktritt aus Gesundheitsgründen.

der sich aus von den Landtagen der Länder gewählten Abgeordneten zusammensetzte (Art. 4). Geschäftsführung, Vorbereitung und Vollziehung der „Verbandsgesetze“ und „Verbandsbeschlüsse“ sollte dem Staatenrat obliegen, der aus Vertretern der Länderregierungen bestehen sollte (Art. 5). Art. 6 bestimmte: „Die Verbandsgesetze gehen den Landesgesetzen vor.“ Zur Durchführung der Aufgabe sollten entsprechende Ämter gebildet werden (Art. 7).

Nachdem die Sitzung von Wilhelm Hoegner eröffnet worden war, erläuterte Brill seinen Entwurf. Er solle der Konferenz in München als Vorschlag dieser Versammlung vorgelegt werden. Da der Entwurf zunächst nur auf die drei westlichen Besatzungszonen und den von den drei westlichen Besatzungsmächten verwalteten Teil des Berliner Stadtgebietes zugeschnitten war, wurde in der anschließenden Diskussion als erstes bemerkt, „ob man nicht im Text der Ostzone gedenken oder sie einladen solle“. Präsident Heinemann (Bremen)<sup>107a</sup> hielt die in Artikel 1 zum Ausdruck kommende Beschränkung auf die drei Westzonen für „bedenklich“, da darin eine Absonderung der Westzonen und damit eine Gefahr für den Zusammenschluß aller vier Zonen gesehen werden könne. „Westreich“ kommentierte zustimmend einer der Teilnehmer. Dem wurde entgegnet, der Entwurf trage der Tatsache Rechnung, „daß die Ostzone de facto bereits ein Teil Rußlands sei“, worauf Heinemann erwiderte, dann sei es um so gefährlicher, wenn sich nun auch die westlichen Zonen absonderten. Auch wenn der Entwurf das nicht beabsichtige, könne man eine derartige Absonderung in ihn hineininterpretieren. Man einigte sich darauf, in Artikel 1 „Die drei Westzonen“ durch „Die deutschen Länder“ zu ersetzen. Die staatsrechtliche Lage des Reiches wurde im übrigen dahin charakterisiert, daß das Staatsgebiet noch bestehe und zwar einschließlich der von den Polen besetzten Gebiete. Die Zonengrenzen seien nur militärische Demarkationslinien; allerdings seien die Organe des Weimarer Staates entwertet und erloschen. Man müsse daher dem Reich „wieder einen Kopf geben“, und da die Weimarer Verfassung die Bildung einer Staatengemeinschaft erlaube, sei der angestrebte Vertrag statthaft. Ausdrücklich wurde betont, der Vertrag schaffe kein „Vorreich“ und auch keinen politischen, sondern einen Zweckverband, der der russischen Zone nicht den Beitritt verbaue.

Es sei an der Zeit, so hieß es weiter, daß auf das strikteste auch nach außen für ein einheitliches Deutschland eingetreten werde; die Stimme der Deutschen müsse zur Geltung gebracht und es müsse u. a. wieder Ordnung in die Gesetzgebung gebracht werden, da das Nebeneinander all der zahlreichen Stellen der Militärregierung auf die Dauer unerträglich sei. Um dem Abkommen eine tragfähige Grundlage zu geben, müßten sich CDU und SPD über eine einheitliche Wirtschaftspolitik verständigen.

Man war sich in Ruit im klaren über das, was man für München beabsichtigte und sprach es offen aus: Gründer des Verbandes seien die Regierungen, nicht die Parteien; „Ablehnung der These Dr. Schumachers, wonach die Gründung des

<sup>107a</sup> Ernst Friedrich Heinemann, Präsident der Oberfinanzdirektion Bremen (vgl. Anm. 105).



neuen Reiches Sache der Parteien sei“; offenbar unter Hinweis auf die Rolle der NSDAP hieß es, die Parteien, „sei es eine, seien es mehrere, als Gründer des neuen Reiches zu bezeichnen, sei eine faschistische Nachwirkung“ – eine Äußerung, über die sich Schumacher später zu Recht besonders erregte, weil man damit s. E. „den demokratischen Parlamentarismus als ein Produkt des Faschismus bezeichnen würde“<sup>108</sup>.

Es wurde zwar betont, daß es sich nicht um einen ersten Akt der „Werdung eines neuen Reiches“ handeln solle, sondern um die Ausfüllung einer Lücke zwischen dieser „Werdung“ und dem „Heute“, wobei einer der Teilnehmer an den Zollverein erinnerte: der in Artikel 4 vorgesehene Volksrat sei nicht der Reichstag des Bundes, sondern der „Zollvereinstag“. Gleichzeitig hieß es aber, der Verband werde „ernsthafte Regierungsarbeit leisten müssen“, und zwar im wesentlichen durch die Staatssekretäre der Länder, wobei gefordert wurde, daß die bizonalen Ämter dem Staatenrat unterstellt werden müßten<sup>109</sup>.

Die Besprechung in Ruit blieb vertraulich; es war auch zunächst nicht vorgesehen, den Vorstand der SPD zu unterrichten. Trotzdem haben Schumacher und seine Freunde in der britischen Zone von den Plänen des Friedensbüros Kenntnis erhalten – noch vor der für den 31. 5./1. 6. in Frankfurt geplanten Konferenz, auf der die Haltung der SPD für München geklärt werden sollte. Als dann am 29. Mai auch das Telegramm der Ostzonenministerpräsidenten bekannt wurde und deutlich machte, daß die SED und mit ihr die Sowjetunion die Konferenz in der Tat als Vehikel für eine Politik benutzen wollten, die Schumacher bisher aus tiefster innerer Überzeugung bekämpft hatte – was er am 28. Mai mit der Ablehnung der „Nationalen Repräsentation“ noch einmal unterstrich – reagierten sie sehr entschieden: die Regierungschefs aus der britischen Zone, unter ihnen Schumachers entschiedene Gefolgsleute Lüdemann, Brauer und – mit Einschränkungen – Kopf, beschlossen am 30. Mai in Hannover, die Tagesordnung der Münchener Konferenz „unter allen Umständen von rein politischen Themen zu entlasten, so z. B. nicht die Frage des Burgfriedens zu behandeln“. Diese sei „Angelegenheit der Parteien“

<sup>108</sup> Auf der Sitzung d. verfassungspolitischen Ausschusses der SPD am 27. 6. 1947 vgl. S. 403. Aus den Unterlagen über die Besprechung in Ruit geht nicht hervor, wer diesen diffamierenden Vergleich gebracht hatte.

<sup>109</sup> Daß über die grundsätzliche Einigung in Ruit hinaus in wichtigen Einzelfragen noch erhebliche Differenzen bestanden, wurde in der Nachmittagssitzung deutlich, in der zwei Fragen behandelt wurden.

1. Sollen die Steuergesetze Reichsgesetze sein?

2. Wie sollen die Steuereinnahmen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden verteilt werden?

In den Verhandlungen „schieden sich“, wie Hoegner zusammenfassend ausführte, „die Geister“ vornehmlich darüber, ob die Einkommenssteuer in die Bundesgesetzgebung einbezogen werden sollte oder nicht. Dies wurde von Hessen, Württemberg-Hohenzollern und Bremen bejaht, von Bayern verneint. Bayern wollte dem Reich lediglich die Gesetzgebung über die Verbrauchssteuern und Zölle übertragen. Darüber hinaus wollte Bayern dem „Bund“ auch nur das Aufkommen aus Umsatz- und Verbrauchssteuern sowie aus Zöllen zukommen lassen. Es wollte „im übrigen den Bund auf Matrikularbeiträge verweisen“; vgl. Anm. 105.

und eine Erörterung dieser Fragen würde den Erfolg der Konferenz nur gefährden. Es sei anzustreben, die Tagesordnung der Konferenz, soweit als möglich zu vereinfachen. Ein nach München übermittelter Vorschlag zur Tagesordnung enthielt folgende Themen:

1. Ernährungsfragen, 2. Kohlenfrage, 3. Wirtschaftsfragen, 4. Flüchtlingsfragen, 5. Volksgesundheit, 6. Währungsreform, Steuerermäßigung, Lastenausgleich, 7. Wirtschaftliche Einheit, ungehinderter Personen- und Güterverkehr, 8. Besatzungsstatut. Ohne Erörterung in der Vollkonferenz sollten aufgenommen werden: 9. Denazifizierung, 10. Kriegsgefangenenfragen, 11. Bekenntnis zur Atlantik-Charta<sup>110</sup>.

Dieser Beschluß richtete sich gleichermaßen gegen Kommunisten wie Föderalisten.

Ein Protokoll, das Aufschluß über den Verlauf dieser wichtigen Sitzung geben könnte, war nicht auffindbar. Es würde möglicherweise deutlich machen, daß sich die Regierungschefs aus der britischen Zone bei ihrer Entscheidung nicht lediglich dem Willen Schumachers unterworfen haben. (Für Dr. Amelunxen konnte dies sowieso nicht zutreffen.) Im Gegenteil, die Auffassungen Lüdemanns, Brauers und teilweise auch Kopfs sowohl in der Frage der „nationalen Repräsentation“ als auch in der Frage der staatlichen Neuordnung Deutschlands waren nahezu identisch mit denen des Parteivorsitzenden. Ihre Entscheidung entsprach innerer Überzeugung. Zum einen durfte es in München ihrer Meinung nach nicht zu Beschlüssen kommen, die ihre Partei mit der SED an einen Tisch zwingen würden. Zum anderen hatten sie in Hannover angesichts der Reorganisation der Bizone eine weitere grundsätzliche Entscheidung gefällt.

Nachdem sich die bizonale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet in ihrer Konstruktion als unvollkommen herausgestellt hatte, waren die Regierungen in Washington und London entschlossen, eine völlige Neuordnung der Verwaltungseinrichtungen durchzuführen. Das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz beschleunigte die Entwicklung, die zur ökonomischen und politischen Selbständigkeit der Bizone führen sollte.

Obwohl auf deutscher Seite in internen Kreisen bekannt war, daß die Besatzungsmächte entsprechende Überlegungen anstellten<sup>111</sup>, kam die Unterzeichnung des ohne deutsche Beteiligung zustandekommenen Abkommens über den Ausbau der bizonalen Verwaltung durch Clay und Robertson in Berlin schon am 29. Mai – wenige Tage vor Beginn der Konferenz in München – doch überraschend. Gimbel spricht in diesem Zusammenhang davon, daß „the two military governments hammered out an agreement between them“<sup>112</sup>.

Die vorliegenden Quellen reichen nicht aus, um einen möglichen Zusammenhang mit der Münchener Konferenz nachweisen zu können; es läßt sich jedoch nicht

<sup>110</sup> Kopie in HStA Stuttgart, EA 1/2.

<sup>111</sup> Ebenda.

<sup>112</sup> Gimbel, *The American Occupation*, S. 125.

von vornherein völlig ausschließen<sup>113</sup>. Reinhold Maier hielt ihn wohl für gegeben, als er feststellte, das „Pronunziamento“ von Berlin übe eine „Schockwirkung“ aus, „über die man in München erst hinwegkommen muß“<sup>114</sup>.

Die Regierungschefs der britischen Zone, die seit jeher den Ländern in bezug auf die Repräsentation Deutschlands nur eine Treuhänderschaft zugebilligt hatten, sahen in dem geplanten Wirtschaftsrat der Bizone, dessen Mitglieder von den Länderparlamenten nach dem Verhältnis der dort vertretenen politischen Parteien gewählt werden sollten, eine Lösung, die den Weg für eine parlamentarische Gesamtvertretung freimachte. Damit war gleichzeitig der Entwurf eines Verbandes deutscher Länder obsolet geworden.

Einen Tag nach dem Treffen in Hannover begann im Hotel Monopol in Frankfurt am Main die Konferenz der führenden SPD-Funktionäre, auf der auch die Haltung der SPD zur Ministerpräsidenten-Konferenz endgültig geklärt werden sollte, obwohl dieser Punkt auf der Tagesordnung fehlte.

Nach unserem Wissen existiert auch von dieser Konferenz kein Protokoll<sup>115</sup>. Aufgrund vorwiegend ostzonaler Presseberichte stellt Grünewald die Behauptung auf, in Frankfurt hätten die SPD-Regierungschefs auf Betreiben Schumachers den „Auftrag“ erhalten, „die Teilnahme ihrer SED-Kollegen an der Münchener Konferenz zu verhindern“; er spricht sogar von einer „Direktive“<sup>116</sup>. Diese Behauptung ist in dieser Form nicht aufrechtzuerhalten; Senatspräsident a. D. Wilhelm Kaisen, der an der Konferenz teilgenommen hat, bezeichnete sie im Gespräch mit dem Verfasser als „falsch“<sup>117</sup>.

Schumacher stand der Münchener Konferenz sicherlich nicht besonders wohlwollend gegenüber; aber diese Abneigung ging nicht so weit, daß er von vornherein und in jedem Fall ihr Scheitern wünschte. Die Konferenz konnte und sollte stattfinden, allerdings unter einer entscheidenden Voraussetzung: es durften keine Fragen behandelt werden, für die seiner Meinung nach vorrangig die Parteien zuständig waren.

Worum es ihm und seinen Freunden aus der britischen Zone in Frankfurt ging,

<sup>113</sup> Vf. hofft, im Rahmen einer anderen Studie noch einmal auf dieses Problem eingehen zu können.

<sup>114</sup> Ausschnitt aus dem Protokoll der 19. Sitzung des Staatsministeriums v. 29. 5. 1947; HStA Stuttgart, EA 1/2 (Reinhold Maier, FDP, 1889–1971; 1945–52 Min.-Präs. v. Württemberg-Baden, 1952–53 v. Baden-Württ.).

<sup>115</sup> Nach Auskunft von W. Kaisen (Gespräch mit d. Vf. am 9. 8. 1974) ist das Thema Münchener Konferenz nicht im Plenum behandelt worden (zur Konferenz waren eingeladen: alle SPD-Landtagspräsidenten, je 1 Vertreter der Landtagsfraktionen, die SPD-Ministerpräsidenten u. -Minister, je 1 Vertreter der Bezirke u. einige Parteimitglieder in führenden Stellen der Verwaltung), sondern im kleinen Kreis von Parteivorstand und Ministerpräsidenten. Prof. C. Schmid bestätigte, daß von solchen Gesprächen aus Gründen des Selbstverständnisses der Partei höchst selten Protokolle angefertigt worden sind.

<sup>116</sup> Vgl. Grünewald, a. a. O., S. 191 u. S. 181.

<sup>117</sup> Vgl. Anm. 113. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Beziehungen zwischen Kaisen und Schumacher nicht immer ungetrübt gewesen sind, gibt es angesichts der hervorragenden Persönlichkeit Kaisens keinen Grund, an diesem Urteil zu zweifeln.

macht andeutungsweise die Sitzung des Verfassungspolitischen Ausschusses der SPD in Nürnberg am 27. 6. 1947 deutlich, in der Schumacher mit seinen föderalistischen Gegnern hart ins Gericht ging. Eberhard und Brill waren schon am 5. 6. 1947 von Ollenhauer zu dieser Sitzung eingeladen worden, die sich, wie es in der Einladung geheißen hatte, „mit der Stellungnahme der Partei zu den verschiedenen verfassungsrechtlichen Notlösungen beschäftigen [soll], die in der letzten Zeit vorgeschlagen und diskutiert wurden“. Einziger Tagesordnungspunkt der Sitzung waren dann jedoch nur die vom „Genossen Dr. Brill, Hessen“, entworfenen „Satzungen eines Verbandes der Deutschen Länder“.

Da es Brill vorzog, in Nürnberg nicht zu erscheinen, erklärte sich Eberhard bereit, über den Entwurf und seine Motive zu berichten. Er wies darauf hin, daß bei dem von ihm geleiteten Büro für Friedensfragen in Stuttgart eine Abteilung bestehe, die die Fragen der deutschen Verfassung vorzubereiten habe. Für diese Zwecke habe Brill den Entwurf vom 20. 5. 1947 vorgelegt, der nur ein Provisorium darstellen solle bis zur Bildung eines gesamtdeutschen Reichstages und einer Reichsverfassung. Der Entwurf sei dann in Stuttgart diskutiert worden, worauf Hoegner ergänzte, man hätte beabsichtigt, bei der Ministerpräsidenten-Konferenz in München diese Entwürfe (vom 23. 4. 1947 und vom 20. 5. 1947) vorzulegen, „falls es in München zu einer Erörterung der Einheit Deutschlands gekommen wäre“. Unter diesen Voraussetzungen seien die Dokumente entstanden. Da diese Voraussetzungen weggefallen seien, wäre den Dokumenten auch die Grundlage entzogen, worauf Schumacher in dem für ihn typischen Stil antwortete:

- „1. Der Entwurf über die Bildung eines Verbandes Deutscher Länder widerspreche den verfassungspolitischen Richtlinien der Partei, über die der Parteitag zu entscheiden haben werde.
2. Die fünf sozialdemokratischen Ministerpräsidenten sind *aufgrund der Frankfurter Konferenz vom 30. 5. 47 [sic!] in Übereinstimmung mit dem P[artei] V[orstand] nach München mit der Einstellung gegangen, daß nicht ein durch die Länder geschaffenes Organ über die Länder gesetzt werden dürfe.*
3. Es ist unmöglich, die Partei bei diesen Fragen außer acht zu lassen und durch Ausnutzung bürokratischer Positionen einen Gegensatz der Inhaber dieser bürokratischen Positionen zur Gesamtpartei zu schaffen.
4. Durch die Bildung des Wirtschaftsrates sei der ‚Satzungsentwurf‘ überholt.“

Eberhard stellte dazu fest, aufgrund der Frankfurter Konferenz seien die Dokumente zurückgezogen worden, während Hoegner sich auf seinen Eid berief, den er auf die Bayerische Verfassung geleistet habe. Die Bayerische Verfassung bejahe den Bundesstaat, verlange aber auch, daß die Länder nicht nur eine bessere Selbstverwaltungskörperschaft seien, sondern Staaten mit eigener Souveränität blieben. An einen Staatenbund habe auch in Bayern nie jemand gedacht, und der künftige Deutsche Bund müsse haben, was er zum Leben brauche. Als der Generalsekretär des britischen Zonenbeirats, Weisser<sup>118</sup>, darauf hinwies, daß die bestehenden Provi-

<sup>118</sup> Gerhard Weisser, geb. 1898; 1945/46 Min.-Dir. in Braunschweig, 1946–49 Generalsekretär d. Zonenbeirats.



sorien eine Gefahr seien, weil sie einen zu starken Staatenbundcharakter trügen, betonte Walter Menzel<sup>119</sup>, es stehe in dieser Sitzung nicht mehr die Frage zur Erörterung, ob die Partei ihren Richtlinien den bundesstaatlichen oder den Staatenbundcharakter der künftigen Deutschen Republik zugrundelegen wolle; zur Entscheidung stehe lediglich die Frage, wie es zu dem Vorschlag Brills habe kommen können, da diese „Satzungen“ einen reinen Staatenbundcharakter trügen. – Im übrigen wandte er sich gegen die Auffassung Hoegners, daß nicht immer eine Einheit zwischen Partei- und Staatspolitik vorliegen könne.

An diesem Punkt der Diskussion betonte Eberhard, es sei „nie beabsichtigt gewesen, die Partei zu übergehen“. Diese Versicherung werde auch für die Zukunft gegeben. Obwohl Hoegner dieser Erklärung beitrug, hakte Schumacher noch einmal nach und stellte die Frage, wie es zu der „politischen Autonomie“ kommen konnte, die dieser Entwurf widerspiegele. Es hätte nicht genügt, diese Dokumente erst auf der Frankfurter Tagung vorzutragen. Dort wäre es, falls man sich in München über derartige politische Dinge hätte unterhalten wollen, zu spät gewesen. Dabei wies Schumacher auf den ersten Entwurf (v. 23. 4. 1947) hin und betonte, daß bis zur Frankfurter Konferenz genügend Zeit gewesen wäre, die Partei zu unterrichten. Dazu wären die Genossen, die an dem Entwurf mitgearbeitet hätten, um so eher verpflichtet gewesen, weil ihnen die verfassungspolitischen Richtlinien der Partei bekannt gewesen seien. Noch einmal betonte er, der künftige Staat baue sich „nicht auf einen Föderalismus auf, sondern auf den Gesamtwillen des ganzen deutschen Volkes“<sup>120</sup>.

Dieses Protokoll macht zumindest eines deutlich: in München sollte die Teilnahme der Ostzonenministerpräsidenten nicht verhindert werden. Was nach der Frankfurter Tagung in München noch möglich war, faßte Schumacher selbst in einer Ansprache über „Radio Frankfurt“ am 31. Mai 1947 präzise zusammen:

„Wir würden es begrüßen, wenn die Ministerpräsidenten der Ostzone in München erscheinen würden. Wir halten es für selbstverständlich, daß sich die anderen Ministerpräsidenten nicht vom totalitären Lärm der schwarz-weiß-roten Kommunisten erpressen lassen. Für ebenso selbstverständlich erachten wir aber auch, daß sie nicht mit einer staatsrechtlichen Konzeption für Deutschland antworten, die föderalistisch ist.

Die Münchener Konferenz soll praktische Erfolge bringen. Voraussetzung dazu ist die kluge Selbstbeschränkung auf die Erörterung der Nöte des Tages und ihre Überwindung mit konkreten und möglichen Mitteln . . . Jeder denkbare Erfolg wäre aber vereitelt, wenn Themen diskutiert würden, die mit den aktuellen Sorgen des Lebens nichts zu tun haben. Niemand ist in München dazu legitimiert, die Möglichkeiten einer zukünftigen Reichsverfassung auch nur in der Tendenz vorwegzunehmen.

Niemand kann auch das Verhältnis der Länder zum Reich oder gar ein internationa-

<sup>119</sup> Walter Menzel 1901–1963; 1946–1950 Innenminister v. Nordrhein-Westfalen, Mitglied d. Parteivorstandes, Verfassungsexperte, Mitgl. d. Parlam. Rates, 1949 MdB, bis 1963 parl. Geschäftsführer d. SPD-Fraktion.

<sup>120</sup> Sitzung des Verfassungspolitischen Ausschusses in Nürnberg am 27. 6. 1947; AdSD (FES) Bonn, Bestand Schumacher, Verfassungsfragen nach 1945 (Sammlung Ollenhauer), Reg.Nr. J 99. Hervorhebung v. Vf.

les Recht der Länder dort fixieren. Niemand unter den hohen Funktionären der öffentlichen Versammlung kann auch die Politik der Sozialdemokratischen Partei gegenüber anderen Parteien festlegen.“<sup>121</sup>

Von den sozialdemokratischen Regierungschefs war ein Überschreiten dieses Rahmens nicht zu befürchten. Würden sich allerdings die ostzonalen Regierungschefs diese Selbstbeschränkung nicht auferlegen, war ein Eklat unvermeidbar.

#### IV. Die Teilnahme der Ministerpräsidenten aus der Ostzone

Während Seelos die Westzonen bereiste, befand sich Generalsekretär Roßmann seit dem 15. Mai, wie es hieß, „auf einer Dienstreise in der russischen Zone“<sup>121a</sup>.

Am 20. Mai ließ Roßmann aus Berlin telefonisch in Stuttgart mitteilen, es sei ihm gelungen, die Ministerpräsidenten Dr. Paul (Thüringen)<sup>122</sup>, Dr. Hübener (Sachsen-Anhalt)<sup>123</sup> und Friedrichs (Sachsen) davon zu überzeugen, daß ihre Teilnahme an der Konferenz in München dringend notwendig sei. Friedrichs habe Roßmann gefragt, ob Dr. Ehard bereit sei, zur Besprechung des *endgültigen Programms* so schnell wie möglich nach Dresden zu kommen. Roßmann erbat für den 21. Mai unbedingt eine telefonische Nachricht nach Berlin.<sup>124</sup>

Die Haltung der Ostzonenministerpräsidenten (Roßmann sprach auch noch mit Höcker<sup>125</sup> und Dr. Steinhoff<sup>126</sup>, außerdem mit den Landtagspräsidenten von Thü-

<sup>121</sup> AdSD (FES) Bonn; Bestand Schumacher, Reden, Reg.Nr. Q5 II.

<sup>121a</sup> Vgl. hierzu die Dokumentation von Manfred Overesch, S. 454 ff. dieses Heftes.

<sup>122</sup> Rudolf Paul, geb. 30. 7. 1893 in Gera; trat 1923 als politischer Staatsanwalt in Thüringen gegen den Nationalsozialismus u. in Verbindung damit gegen die Schwarze Reichswehr auf, 1933 wurden ihm Notariat u. Anwaltschaft entzogen, Beschlagnahme d. Vermögens u. Berufsverbot; 1945 von d. am. Militärregierung zum OB von Gera ernannt; 17. 7. 45 Ernennung zum Präsidenten des Landes Thüringen durch die Sowjets; bis 1933 DDP, ab 6. 4. 1946 SED; am 1. 9. 1947 Flucht in die am. Zone.

<sup>123</sup> Erhard Hübener, geb. 4. 8. 1881 Tackern (Westprießnitz), gest. 6. 6. 1958; zunächst Syndikus der Kaufmannschaft von Berlin, dann Min.-Rat im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, 1924–1933 Landeshauptmann der Provinz Sachsen, 1933 Dienstentlassung; im Juli 1945 von der sowj. MR zum Präsidenten der Provinz Sachsen ernannt; nach Bildung des Landes Sachsen-Anhalt u. d. Wahlen v. 4. 12. 1946 wurde H. (LDP) zum Min.-Präs. von Sachsen-Anhalt gewählt (Volksdemokratisches Blockministerium). Er übernahm gleichzeitig das Amt des Justizministers. Mitte Januar 1949 kündigte H., nachdem er sich im Landtag gegen die von der SED durchgeführten Entlassungen zahlreicher CDU- und LDP-Mitglieder in der Verwaltung gewandt hatte, für das Ende der Legislaturperiode seinen Rücktritt an, der jedoch schon am 13. 8. 1949 erfolgte.

<sup>124</sup> „Anruf von Fräulein Busch aus Berlin um 16.50 Uhr bei Herrn Dr. Wutzlhofer, Stuttgart“ und (evtl. erneuter Anruf, da Dr. Wutzlhofer bei Obert Winning war) Anruf abends 5 Uhr aus Berlin, Bayer. StK, 0106, Hervorhebung v. Vf.; Wutzlhofer, Mitgl. d. Bayer. Landtages, Stellvertreter Roßmanns; Charles Winning, amt. Direktor des Regional Government Coordinating Office.

<sup>125</sup> Wilhelm Höcker, geb. 29. 6. 1886 in Holzendorf, gest. 15. 11. 1955; seit 1911 SPD, seit 1920 bis zur Aufhebung Mitglied des alten mecklenburgischen Landtages; Juni 1945 zum Landespräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern zunächst ernannt, nach der Wahl des neuen

ringen, Sachsen und Brandenburg) war offensichtlich so zu verstehen, daß man auf östlicher Seite vor einer endgültigen Stellungnahme herausfinden wollte, wie ernst es die bayerische Seite mit ihrer Einladung auch an die ostzonalen Regierungschefs gemeint hatte und ob ihr Mißtrauen gegenüber dem Einladenden unberechtigt war, wie ihnen Roßmann versichert hatte. Die Mitteilung aus Berlin wurde unmittelbar an Staatsminister Pfeiffer weitergegeben. Am nächsten Morgen um 11.00 Uhr unterrichtete Seelos aus Stuttgart über OMGUS vom Regional Government Coordinating Office Roßmann in Berlin über die Entscheidung in München. Seelos teilte Roßmann mit, daß der bayerische Ministerpräsident für die Erleichterung der Programmgestaltung der Münchener Konferenz bereit sei, „*allen Wünschen der Ministerpräsidenten der russischen Zone in jeder Weise entgegenzukommen*“. Da es ihm aber leider nicht möglich sei, wegen der bevorstehenden Länderratssitzung und der Vorbereitung der Konferenz persönlich nach Dresden zu kommen, würde er sich sehr freuen, wenn ein Beauftragter der Ministerpräsidenten der russischen Zone nach München kommen würde, um die Wünsche der russischen Zone zu besprechen. Sollte dies nicht möglich sein, so würde als sein persönlicher Beauftragter Staatsminister Pfeiffer bereit sein, nach Dresden zu fahren. Es käme auch in Betracht, daß sich Ehard einen halben Tag freimache und nach Hof oder Coburg fahre, um den sächsischen Ministerpräsidenten an der beiderseitigen Zonengrenze zu treffen.

Roßmann bedauerte, daß Ehard nicht nach Dresden kommen könne, weil dadurch evtl. die Teilnahme der Ministerpräsidenten der russischen Zone in Frage gestellt sei. Es spielten hier „Prestige Gründe und andere Imponderabilien“ mit, über die er telefonisch nicht weiter berichten könne. Er würde es nicht für richtig halten, den Gegenvorschlag zu machen, daß ein russischer Bevollmächtigter nach München komme, nachdem die Konferenz ja bereits dort stattfinde. Er werde den Alternativvorschlag Bayerns weitergeben und versuchen, das Kommen der Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone zu sichern<sup>127</sup>.

Genau darum bemühte man sich in den nächsten Tagen. Friedrichs und Ehard trafen sich zwei Tage später in Hof. Dort ging es nicht etwa nur um technische Fragen, wie es im Pressecommuniqué hieß<sup>128</sup>.

Friedrichs wollte Ehard vielmehr veranlassen, den Kreis der Teilnehmer um

Landtages (20. 10. 1946) von diesem zum Min.-Präs. gewählt. April 1946 Übertritt zur SED; 1949 wurde H. sowie die nicht der SED angehörenden Mitglieder seines Kabinetts unter Bewachung gestellt; Juli 1951 Rücktritt.

<sup>126</sup> Karl Steinhoff, geb. 24. 11. 1892 in Herford, studierte Jura, im Verwaltungsdienst tätig, u. a. Reichsinnenministerium, stvtr. Oberpräsident d. Provinz Ostpreußen, 1932 von der Regierung Papen zwangsweise wegen aktiver Zugehörigkeit zur sozialistischen Arbeiterbewegung entfernt, 1933 unter Gestapo-Aufsicht; 1945 von Marschall Schukow zum Präsidenten der Provinz Brandenburg ernannt; April 1946 SED, nach der Schaffung des Landes Brandenburg zum Min.-Präs. dieses Landes gewählt; 12. 10. 1949 bis Mai 1952 Innenminister der DDR.

<sup>127</sup> Aufzeichnung Dr. Seelos v. 21. 5. 1947, Bayer. StK, 0106; Hervorhebung v. Vf.

<sup>128</sup> Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 18.

alle Partei- und Gewerkschaftsführer und Landtagspräsidenten zu erweitern. Ehard lehnte das jedoch mit dem Hinweis ab, dann müßten auch die Bauernverbände und ähnliche Organisationen eingeladen werden; die Konferenz werde dadurch völlig verändert; es ergebe sich ein „absolut politisches Bild“. Niemand wisse dann, wer die Führung haben solle, die Ministerpräsidenten oder die politischen Parteien. Es sei keine politische Aufgabe, wenn man sich bemühe, die Not zu überbrücken. Dies sei eine typische Sache der Exekutive. Er wisse genau, daß die Einheit notwendig sei, könne sie aber nicht schaffen. Dazu seien die Ministerpräsidenten nicht berufen. Sie könnten nur darauf hinweisen<sup>129</sup>.

Die weitere Entwicklung ist bekannt: am 28. Mai sandten die Ministerpräsidenten der Ostzone ein Telegramm an Ehard, in dem sie vorschlugen:

1. die Konferenz unter Einbeziehung von Vertretern der Parteien und Gewerkschaften einzuberufen. Das um so mehr, „als Aussicht besteht, daß sich die Parteien in Bälde über eine gesamtdeutsche Beratung und die Schaffung einer nationalen Repräsentation verständigen werden“;
2. in den Mittelpunkt der Tagesordnung die Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu stellen;
3. die Konferenz nach Berlin zu verlegen, der Hauptstadt Deutschlands, die zudem Sitz der vier Besatzungsmächte und des Kontrollrates sei<sup>130</sup>.

Das Telegramm wurde sofort veröffentlicht<sup>131</sup>. Über die internen Vorgänge auf ostzonaler Seite wenige Tage vor Beginn der Konferenz geben lediglich die Darstellungen von Paul und Gniffke Auskunft, die nach deren Flucht in den Westen entstanden sind<sup>132</sup> und nachweislich nicht immer zutreffen. Paul meint, die ostzonalen Gegenvorschläge seien „einer Absage nahegekommen“<sup>133</sup>.

Für Ehard waren sie jedenfalls nicht neu. Von Roßmann hatte er nämlich zusätzlich erfahren, daß Steinhoff zwar bedingungslos auf Erfüllung des Punktes 1 bestand, mit der Teilnahme der ostzonalen Ministerpräsidenten dennoch zu rechnen sei. Entsprechend fiel am 30. Mai sein Antworttelegramm aus, das er ebenfalls sofort veröffentlichte.

Darin lehnte er die Punkte 1 und 3 mit dem Hinweis ab, die Bayerische Staatsregierung sehe nach dem Anlauf der Vorbereitungen keine andere Möglichkeit als

<sup>129</sup> Vgl. S. 441.

<sup>130</sup> Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 18.

<sup>131</sup> Dagegen trägt das Telegramm in der Bayer. Staatskanzlei den Eingangsstempel vom 29. 5. 1947.

<sup>132</sup> Rudolf Paul, Vor zehn Jahren wurde Deutschland um eine Hoffnung ärmer, in: Schwäbische Landeszeitung (Augsburg), 13. Jg. Nr. 265 v. 16. 11. 1957 bzw. „München ohne Vorhang ...“ (Auszug aus den unveröffentlichten Memoiren Pauls; sehr pathetische Darstellung), u. Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966. Gniffke (1895–1964), nach 1945 i. Vorstand d. Zentralaussschusses der SPD (Ost); nach d. Vereinigung von SPD u. KPD Mitglied d. Zentralsekretariats d. SED; Vorsitzender d. Deutschen Volksrates; 1948 Flucht nach Westdeutschland. Auch der „Nachlaß Gniffke“ im AdsD (FES) brachte keinen weiteren Aufschluß. Herrn Gert Gniffke möchte ich an dieser Stelle herzlich dafür danken, daß ich Einsicht in den Nachlaß seines Vaters nehmen durfte.

<sup>133</sup> Paul, a. a. O.



die Durchführung der Konferenz „in der ursprünglich geplanten Form in München“. Ehard äußerte jedoch die Hoffnung, daß die Münchener Besprechung „gangbare Wege für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands“ weisen möge; er bat gleichzeitig um die Entsendung eines bevollmächtigten Delegationsmitglieds zu Vorbesprechungen und stellte dann fest, „die Festsetzung der endgültigen Tagesordnung . . . würde zweckmäßigerweise in der Besprechung der Regierungschefs am 5. Juni, abends, erfolgen, wobei auch der in Ziffer 2 Ihres Telegramms enthaltene Vorschlag beraten werden sollte“<sup>134</sup>.

Ehard ist später oft der Vorwurf gemacht worden, wenn es nicht seine Absicht gewesen sei, in München auch Gespräche über die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands bzw. über wirtschaftliche Einheit und politische Zusammenfassung der Länder zu führen, dann hätte er dies den Ministerpräsidenten der Ostzone spätestens am 30. Mai in aller Deutlichkeit sagen müssen<sup>135</sup>. Nur – zu diesem Zeitpunkt waren solche Gespräche offensichtlich noch vorgesehen, allerdings ohne Beteiligung von Partei- und Gewerkschaftsführern und ohne daß der Vorstand der SPD davon wußte. Noch am 29. Mai hatte Carlo Schmid Ehard gegenüber die Hoffnung geäußert, daß man in München zu einer Vereinbarung kommen möge, die es ermöglichen werde, für den Zeitraum bis zur Regelung der Verfassungsfrage einen „Verband der deutschen Länder“<sup>136</sup> zur gemeinsamen Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu schaffen<sup>137</sup>.

Ähnlich dachte Reinhold Maier. Für ihn war die Versammlung in München durchaus legitimiert, das Thema „Einheit Deutschlands“ zu erörtern. So hatte er, ebenfalls noch am 29. Mai, in der Sitzung des württemberg-badischen Staatsministeriums erklärt, in der britischen Zone sei man zwar der Auffassung, nur die Parteien sollten den gesamtdeutschen Standpunkt vertreten, aber „wir haben in unserer Verfassung das Tor weit aufgemacht. Wenn wir so zur Einheit streben, sollte man das auch von den Parteien aus verstehen und unterstützen.“ Und er hatte ausdrücklich betont; „solange wir noch kein größeres Deutschland haben, sind auch die Volksvertretungen und Landesregierungen befugt, den gesamtdeutschen Standpunkt zu wahren“<sup>138</sup>. Der Beschluß der Ministerpräsidenten aus der britischen

<sup>134</sup> Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 20.

<sup>135</sup> So z. B. der ehem. Ministerpräsident v. Thüringen (Gespräch mit d. Vf. am 23. 12. 1974). Allerdings hatte Roßmann Ehard schon für das Treffen mit Friedrichs in Hof empfohlen, in München sollten im Hinblick auf die Teilnahme der Ostzonenvertreter als offizielle Tagesordnungspunkte nur solche Themen erörtert werden, die sich auf die Behebung der Tagesnöte beschränkten und politisch nicht kontrovers waren (Gespräch mit d. Vf. am 7. 8. 1974).

<sup>136</sup> Vgl. hierzu S. 598 ff.

<sup>137</sup> Bayer, StK, 0106.

<sup>138</sup> Vgl. Anm. 114. Interessant ist, daß das Büro für Friedensfragen noch am 3. Juni einen vertraulichen „Entwurf für eine Präambel zum o. g. Vertrag über die Bildung eines Verbandes deutscher Länder“ vorlegte; darin hieß es: „Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder, die zu einer Konferenz in München vom 6.–8. Juni 1947 zusammengetreten sind, erklären übereinstimmend, daß angesichts der katastrophalen geistigen und materiellen Lage des deutschen Volkes die Weiterverwaltung Deutschlands nach Grundsätzen, die in den vier Besatzungszonen und in Berlin verschiedenartig sind, auf die Dauer zu einem Zusammenbruch

Zone vom 30. Mai, der solche Gespräche unmöglich machen sollte<sup>139</sup>, war der bayrischen Staatskanzlei zu dem Zeitpunkt, als das Telegramm abging, jedenfalls noch nicht bekannt.

Welch hoher politischer Stellenwert in München der Konferenz zu diesem Zeitpunkt noch beigemessen wurde, wird besonders an dem Entwurf der Eröffnungsrede Ehards deutlich, den Seelos am 30. Mai fertigstellte, und der ihm zu einem nationalen Manifest geriet.

Hatte es noch in der Erklärung des SPD-Vorstandes vom 11. Mai geheißen, die Ministerpräsidenten seien Sprecher ihrer Länder, die Parteien aber Sprecher für Deutschland, so wurde dem jetzt entgegengehalten, es sei „das Recht der Ministerpräsidenten, für das deutsche Volk zu sprechen“. Dieses Recht gründe sich nicht auf formalrechtliche Voraussetzungen, sondern „auf die viel stärkere Tatsache, daß nach den in allen deutschen Ländern erfolgten Wahlen die Gesamtheit der Ministerpräsidenten den stärksten Faktor deutscher Staatlichkeit darstellt“.

Zum ersten Male seit zwei Jahren erhebe sich wieder in der Welt „die Stimme Deutschlands“. Die „parlamentarisch verantwortlichen deutschen Regierungsmänner“ wollten in München den Weg zeigen, „der in die Freiheit und in eine bessere Zukunft führt“; sie wollten „positive Wege weisen“ und „das deutsche Volk aus seiner Apathie reißen“. Sie wünschten außerdem, „daß die staatsrechtliche Regelung der deutschen Frage nicht mehr weiter hinausgeschoben wird“. Schon jetzt müsse die in Potsdam beschlossene Wirtschaftseinheit aller Zonen „ohne weitere Verzögerung durchgeführt werden“, um die ersten Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Besserung zu schaffen. Das deutsche Volk „in seiner Gesamtheit“ sollte aufgerufen werden, sich hinter die Bemühungen der Ministerpräsidenten zu stellen. Zur Einrichtung des bizonalen Wirtschaftsrats hieß es, dieser sei ohne jede Mitwirkung deutscher Stellen von den Besatzungsmächten eingerichtet worden, man sehe in ihm nur eine Übergangsmaßnahme, „die keinen Trennungsstrich in Deutschland schaffen darf“. In der schwersten Notzeit der Deutschen gebe es nur ein Gebot: zusammenzuhalten, selbstlos zu arbeiten und sich „im Interesse des deutschen Vaterlandes“ über „kleinliches Parteigezänke und parteipolitisches Machtstreben“ zu erheben. Der übrige Teil der Ansprache kam einer Philippika gegen die Besatzungsmächte gleich. Wenn es um das Leben oder Sterben einer ganzen Nation gehe, „so fallen die Rücksichten der Tagespolitik und die Besorgnis, bei den Besatzungsmächten Mißfallen zu erregen“. Wenn das nicht geschehe, hätte die Konferenz ihren Sinn verfehlt. Das deutsche Volk betrachte es als seine Pflicht, von sich aus an dem Aufbau der durch den Weltkrieg zerstörten und geschädigten Län-

des politischen und wirtschaftlichen Lebens führen und den Wiederaufbau Deutschlands verhindern müssen, daß die Wiederherstellung einer gesamtdeutschen Staats- und Regierungsgewalt auf der Grundlage einer vom Volk gewählten verfassungsgebenden Nationalversammlung deshalb dringend notwendig ist und daß, solange eine solche gesamtdeutsche Staatsgewalt nicht errichtet werden kann, nichts übrig bleibt, als zu einer Übergangslösung zu greifen und einen Vertrag gemäß dem anliegenden Entwurf über die Bildung eines Verbandes deutscher Länder ins Auge zu fassen.“ Ebenda.

<sup>139</sup> Siehe S. 400 f.

der beizutragen. Das könne aber nicht durch die „moderne Sklavenarbeit der Kriegsgefangenen“ erfolgen; das könne auch nicht geschehen, wenn das deutsche Volk „hermetisch vom Welthandel und überhaupt von jedem Verkehr mit dem Ausland abgeschnitten“ sei, wenn es keine Rohstoffe bekommen könne, wenn Fabriken, die auch friedlichen Zwecken dienen könnten, demontiert oder zerstört würden, wenn das gesamte Industriepotential auf ein Niveau herabgedrückt werde, das für seine eigenen Bedürfnisse nicht ausreiche und wenn schließlich seine territoriale Nahrungsmittelbasis beschnitten werde . . . Es liege ausschließlich bei den Besatzungsmächten, hier Wandel zu schaffen. Ein verelendetes Deutschland in der Mitte Europas werde ein ständiger Gefahrenherd für die ganze Welt sein, ein arbeitsames, friedliches Deutschland sei die Voraussetzung für die Gesundung der Welt.

Jedenfalls sei es für das deutsche Volk unmöglich, zu warten, ob etwa auf der nächsten Friedenskonferenz in London Entscheidungen fallen würden. Es sei auch völkerrechtlich nicht mehr tragbar, das deutsche Volk im dritten Jahr nach Kriegsschluß in einem völkerrechtlichen Vakuum zu lassen. Natürlich sei es für jede Besatzungsmacht angenehm, das für den Besiegten anzuwendende Völkerrecht allein auszulegen. Das deutsche Volk, das in zwölf Willkürjahren zu schweigen gelernt habe, sei bis jetzt stumm geblieben. „Aber“, so hieß es warnend, „es kommt die Zeit, wo die Vorgänge der Besatzungszeit offen erörtert werden können. Dann ist es wichtig für jede Besatzungsmacht, daß hiervon in Ehren gesprochen werden kann und daß ihr diese Zeit nicht zur Unehre gereicht“. Tatsächlich sei es z. Zt. in Deutschland so, daß die Furcht vor dem Nazi-Regime in mancher Hinsicht abgelöst worden sei „durch die Furcht vor der Besatzung“. Das aber sei ein „unwürdiger Zustand für jede Macht, die den Anspruch erhebt, demokratisch zu sein“.

Auf den Versailler Friedensvertrag eingehend, forderte Seelos, daß das „antinationalsozialistische Deutschland . . . gleichberechtigt zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden“ müsse. Wenn bei den künftigen Friedensberatungen die deutsche Stimme nicht gehört werde, der Friede also einseitig festgelegt werde, so werde dies „nie zu einer echten Befriedigung der Welt beitragen“. Die Besatzungsmächte sollten mit der bisherigen Politik aufhören, die zur „Entrechtung und Verelendung Deutschlands“ und zu „völliger Apathie der deutschen Menschen“ geführt habe. Schon einmal hätten die Alliierten die deutschen Stimmen überhört, die bei ihrem Einzug jubelnd die Befreier von dem unerträglichen Nazijoch begrüßten, von denen sie „die Segnungen wahrer Demokratie zu erhalten hofften“. Die Hand sei zurückgestoßen worden, weil die Alliierten als Sieger und nicht als Befreier hätten auftreten wollen. Noch glaubten die Deutschen daran, daß die obersten alliierten Stellen nicht die Vernichtung des deutschen Volkes wollten. Wenn sich aber unter der vollen Verantwortung der Militärregierungen die Lage des deutschen Volkes seit Kriegsende rapide verschlechtert habe, „dann müssen wir darauf hinweisen, daß nicht nur aktive Handlungen, sondern auch Unterlassungen gleich schlimme Folgen herbeiführen können“. Nicht nur diejenigen seien Schuld an der Not des deutschen Volkes, die aktiv den Ausbruch des Krieges herbeigeführt hätten,

„sondern auch diejenigen machen sich in zunehmendem Maße schuldig, die das Zustandekommen eines Friedens verhindern“<sup>140</sup>.

Offensichtlich war Seelos beim Entwerfen dieser Rede von einer Fehleinschätzung der Lage ausgegangen. So reduzierten sich für ihn die fundamentalen Gegensätze zwischen SPD und SED und der Anspruch der Parteien, für Deutschland zu sprechen, zu kleinlichem Parteigezänke und parteipolitischem Machtstreben<sup>141</sup>.

Als der Beschluß von Hannover, die Rede Kurt Schumachers und die Erklärung des Kai d'Orsay bekannt wurden, hat man in München sofort erkannt, daß damit die Voraussetzungen für eine solche Rede, die einer „Fanfare“ gleichkam<sup>142</sup> und zweifelsohne sowohl bei den Parteien als auch bei den Besatzungsmächten Aufsehen erregt hätte, entfallen waren. Sollte die Konferenz die Erfüllung der politischen Nahziele bringen, dann mußte um jeden Preis alles, was nach einer „politischen Demonstration“ gegenüber den Parteien oder den Besatzungsmächten hätte aussehen können, vermieden werden.

Die geänderte taktische Linie wurde deutlich erkennbar in der Sitzung des Ministerrats am 2. Juni. Einziger Tagesordnungspunkt war eine „Mitteilung des Ministerpräsidenten über die bevorstehende Konferenz der Ministerpräsidenten“. Zu Beginn gab Ehard eine grundsätzliche Erklärung über Sinn und Zweck der Konferenz ab. Da von verschiedenen Seiten behauptet worden sei, betonte er, er verfolge mit der Einladung zu dieser Konferenz besondere Hintergedanken, müsse er demgegenüber ausdrücklich versichern, daß er nur zwei Absichten habe, nämlich

- „a) zu prüfen, wie unser Volk über den nächsten Winter gebracht werden kann,
- b) Klarheit und Wahrheit zu schaffen über die Lage des deutschen Volkes“.

Es müsse die Frage aufgeworfen werden: „Was haben wir – was haben wir nicht?“ Daraus ergebe sich die Folgerung,

„was wir im Zusammenspiel unserer eigenen Kräfte leisten und erreichen können und was wir den Besatzungsmächten unterbreiten müssen, um ihre Hilfe zu erbitten. Was die Konferenz nicht sein solle, könne mit einem Satz gesagt werden: Sie solle keine politische Konferenz sein.“

Den entscheidenden Grund hierfür nannte im späteren Verlauf der Sitzung Staatsminister Pfeiffer:

„Die Vorbesprechungen auf zentraler Basis haben ergeben, daß man alle Fragen des künftigen staatlichen Aufbaues Deutschlands, des Finanzausgleichs, der Grenzen und der Reparationen draußen lassen wolle.“<sup>143</sup>

<sup>140</sup> Auszug aus „Entwurf der Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten auf der Konferenz der Ministerpräsidenten am 6./7. Juni 1947“, Bayer. StK, 0106.

<sup>141</sup> Ähnlich auch Min.-Präs. Paul, der in diesem Zusammenhang in der Nachtsitzung von „kleinen unbedeutenden Dinge[n] des Alltags“ sprach; siehe S. 426. Dr. Seelos war überzeugt davon, daß die Rede angesichts der katastrophalen Lage Deutschlands im Sinne einer nationalen Demonstration hätte gehalten werden sollen (Gespräch mit d. Vf. am 3. 7. 1975). Man entschied sich jedoch für den Entwurf, den Pfeiffer ausgearbeitet hatte.

<sup>142</sup> Siehe S. 435.

<sup>143</sup> Sitzung des Ministerrats vom Montag, 2. Juni 1947, Beginn 9.15 Uhr. Anwesend: Dr. Ehard, Dr. Hoegner, die Minister Dr. Pfeiffer, Dr. Zorn (Wirtschaft), Dr. Baumgartner (Ernäh-



Hatte Ehard schon am 28. Mai vor dem Bayerischen Landtag erklärt, es sei nicht seine Absicht gewesen, die Teilung Deutschlands zu vertiefen<sup>144</sup>, so wiederholte er im Ministerrat, es solle

„keine Uneinigkeit im deutschen Volk und unter den politischen Parteien aufgerissen werden. Es sei wohl möglich, daß sich am Rande der Besprechungen auch einmal ein Gespräch über politische Fragen ergebe, um einmal auch diese Dinge ins Laufen zu bringen. Er sei aber der Meinung, daß diese Fragen noch nicht auf der kommenden Konferenz durchbesprochen werden könnten. Das wäre eine Aufgabe für weitere Konferenz, falls die jetzige eine Fortsetzung fände“<sup>145</sup>,

worauf er natürlich hoffte.

Pfeiffer gab dann einen Bericht über den geplanten Ablauf der Konferenz. Demnach beschränkte sich die Tagesordnung, die „durch die Themen der Einladung und die verfügbare Zeit [gebunden]“ war, vorwiegend auf Fragen der Wirtschaft und Ernährung.

An „rein politischen“ Themen waren ein Referat über das Besatzungsrecht und eine Resolution über das Bekenntnis zur „Zusammengehörigkeit aller deutschen Länder“ vorgesehen. Bemerkenswert ist, daß von dem ursprünglich geplanten Tagesordnungspunkt „Burgfrieden der Parteien“, für den man Roßmann als Referenten vorgesehen hatte, nicht mehr die Rede war. Anstelle einer offensichtlich geplanten grundsätzlichen Klärung, ohne die man in München angesichts der tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Gegensätze zwischen den drei Westzonen und der Ostzone eine fruchtbringende Diskussion für kaum vorstellbar hielt – ganz zu schweigen von der Durchführung der in München zu beschließenden Maßnahmen in allen vier Zonen – sollte Ehard jetzt lediglich in seinem Schlußwort in einer Art Resolution alle Deutschen auffordern, „unter Zurückstellung der innenpolitischen Gegensätze und der persönlichen Interessen ihre Anstrengungen zur Behebung der Not zu vereinigen (Burgfrieden)“. Damit war eine weitere Voraussetzung für den Versuch Bayerns entfallen, doch noch die „ganze, große“ Konferenz im ursprünglich geplanten Rahmen durchzuführen. Entscheidend war auch hierfür der Beschluß der Regierungschefs aus der britischen Zone gewesen. Jetzt konnte es nur noch darum gehen, eine weitere Ministerpräsidenten-Konferenz zu sichern. Zum Abschluß seiner Ausführungen bemerkte Ehard noch, Referate und Diskussionen müßten zeitlich begrenzt werden, da sonst die Zeit nicht ausreiche. Er sei sich darüber klar, daß man, wenn man schon eine solche Sache mache, auch die Leitung „straff in der Hand behalten müsse“, damit die Konferenz ihrer Aufgabe gerecht werde und „nicht auseinanderfalle“<sup>146</sup>.

rung, Landwirtschaft, Forsten), Roßhaupter (Arbeit, Soziale Fürsorge), Frommknecht (Verkehrsangelegenheiten, Post- u. Telegraphenwesen), die Staatssekretäre Jaenicke (Inneres), Pittroff (Kultus), Geiger (Wirtschaft), Schubert (Verkehr), Geh. Rat Dr. Hepp (Finanzen); Hervorhebung i. O.

<sup>144</sup> Verhandlungen des Bayerischen Landtages, 16. Sitzung, 28. 5. 1947, S. 457 f.

<sup>145</sup> Ministerratssitzung vom 2. 6. 47.

<sup>146</sup> Zum großangelegten äußeren Rahmen der Konferenz war zunächst auch eine Zugspitzfahrt für Sonntag vorgesehen gewesen. Dieser Plan war jedoch fallengelassen worden, „einer-

Direkt im Anschluß an die Ministerratssitzung veröffentlichte die bayerische Staatskanzlei eine Liste der vorgesehenen Tagesordnungspunkte. Dabei wurde ausdrücklich auch darauf hingewiesen, welche Themen „mit Rücksicht auf die z. T. auseinandergehenden Standpunkte der vier Besatzungsmächte“<sup>(1)</sup> nicht behandelt werden sollten, und zwar an erster Stelle „staatsrechtliche Fragen hinsichtlich des zukünftigen staatlichen Aufbaus Deutschlands“<sup>147</sup>.

Als wichtigste Gesichtspunkte der Konferenz wurden genannt:

1. es sei eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, nicht der politischen Parteien
2. die Erörterung der Frage, welche Maßnahmen zur Überwindung der deutschen Not unter besonderer Berücksichtigung des kommenden Winters getroffen werden könnten.

Ergänzend wurde mitgeteilt, die Konferenz werde auch dann stattfinden, wenn die Regierungschefs aus der Ostzone absagen würden<sup>148</sup>. Diese Verlautbarung der Staatskanzlei zu diesem Zeitpunkt war offensichtlich als Entscheidungshilfe für die SED gedacht, denn auch in München war bekannt, daß am 3. Juni im SED-Parteihaus in Berlin die endgültige Entscheidung fallen sollte<sup>149</sup>. Nach dieser Veröffentlichung konnte jedenfalls bei der SED keine Unklarheit mehr darüber herrschen, was in München noch möglich war<sup>150</sup>.

Ulbricht, der nach Aussagen Gniffkes von Anfang an gegen eine Teilnahme der Ministerpräsidenten war, da er befürchtete, in München solle das föderalistische Prinzip „auf kaltem Wege“ verwirklicht werden<sup>151</sup>, gelang es in der entscheidenden Sitzung der SED-Führung nicht, die Fahrt der Ministerpräsidenten zu verhindern.

Nach stundenlanger Debatte setzten sich zunächst diejenigen durch, die sich von München den Beginn eines gesamtdeutschen Gesprächs erhofften. Trotzdem errang Ulbricht einen entscheidenden Sieg, als er seinen Antrag durchsetzen konnte, die Ministerpräsidenten sollten beauftragt werden, in München als Tagesordnungspunkte die

seits, weil er zu teuer gekommen und wegen des Wetters auch zu unsicher gewesen wäre, andererseits, weil notfalls auch am Sonntag noch Gelegenheit für Besprechungen vorbehalten bleiben solle“. Wegen der Verpflegung der Delegierten war mit dem Landwirtschaftsminister alles genau besprochen worden. Sie sollte „durchaus einfach gehalten werden, aber doch so, daß eine gewisse Behaglichkeit für die Teilnehmer geschaffen werde“. Es sollte „möglichst nur Erzeugnisse des Landes“ geben, als Getränke „einfaches Bier und Wein aus Franken“, der von den Winzern aus ihren freien Kontingenten zur Verfügung gestellt worden war. Ebenda.

<sup>147</sup> Auch die übrigen Themen entsprachen den Angaben Dr. Pfeiffers in der Ministerratssitzung.

<sup>148</sup> Süddeutsche Zeitung v. 3. 6. 1947 u. Neue Zeitung v. 3. 6. 1947, S. 3 („Auch ohne Ostzone“).

<sup>149</sup> Ebenda.

<sup>150</sup> Ein folgenschweres „Mißverständnis“ war jedenfalls nicht mehr möglich, zumal ausdrücklich auch darauf hingewiesen worden war, daß in München der „Burgfrieden“ lediglich in dem o. g. Sinn erwähnt werden sollte. Interessanterweise ist bisher offenbar übersehen worden, daß nahezu die gesamte Tagesordnung vor Beginn der Konferenz in der Presse veröffentlicht worden ist.

<sup>151</sup> Gniffke, a. a. O., S. 241.

„Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates“<sup>152</sup>.

zu fordern und im Falle einer Ablehnung dieses Antrages die Konferenz sofort zu verlassen<sup>153</sup>. Damit war das Scheitern der Konferenz vorprogrammiert.

Hinter Ulbricht und seinem Kreis stand die Sowjetische Militäradministration (SMA). Ministerpräsident Hübener hat beim Verlassen der bayerischen Staatskanzlei in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni gegenüber einem Konferenzteilnehmer zugestanden, daß er und seine Kollegen in München nichts tun konnten, ohne eine Erlaubnis zu erhalten. Er hat dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Parallele zur französischen Besatzungsmacht vorlag<sup>154</sup>, natürlich in dem Sinne, wie diese Haltung vorher in der Chefkonferenz als Argument benutzt worden war.

Man scheint aber auf ostzonaler Seite auch größere Erwartungen auf das Münchener Treffen gesetzt zu haben: In den Akten der Bayerischen Staatskanzlei befindet sich eine „Vormerkung betr. Ministerpräsidenten-Konferenz“ vom 9. 5. 1947. Darin heißt es, Min.-Rat Dr. Biedermann von der thüringischen Wirtschaftsverwaltung, der dem thüringischen Ministerpräsidenten Dr. Paul besonders nahestehe, habe sich in einer persönlichen Aussprache geradezu begeistert über den Konferenzplan geäußert. Wenn innerhalb der Alliierten keine politischen Schwierigkeiten beständen, werde der thüringische Ministerpräsident sicher mit einem kleinen Stab dazukommen, weil Dr. Paul schon lange das Bedürfnis habe, sich mit seinem bayerischen Kollegen eingehender zu unterhalten. Er selbst, Biedermann, wolle dann Anfang Juni bereits nach München kommen, um bei der Vorbereitung der Konferenz mitzuwirken<sup>155</sup>.

Obwohl man dieses Dokument nicht überbewerten sollte, kann man es doch als Zeichen dafür werten, daß auf der anderen Seite die Bereitschaft zum Gespräch be-

<sup>152</sup> Siehe S. 425.

<sup>153</sup> Paul, „München ohne Vorhang“. Von dieser *conditio* spricht im übrigen nur Paul. Es ist jedoch nicht auszuschließen, daß schon in Berlin beschlossen wurde, diesen Antrag in München als Maximalforderung vorzutragen – in der richtigen Annahme, daß er abgelehnt werden würde –, um dann einen Kompromißvorschlag zu unterbreiten – eine Empfehlung aller Ministerpräsidenten an die Parteien und Gewerkschaften (siehe S. 426) –, der im Prinzip den Vorstellungen der SED entsprach, nämlich über den Umweg München doch noch zu einer nationalen Repräsentation in ihrem Sinne zu gelangen, d. h. paritätische Beteiligung an gesamtdeutschen Beratungen zwecks Bildung einer zentralen Verwaltung und größere Möglichkeiten zur Schaffung der „Einigung der Arbeiterklasse“ auch in den Westzonen. Für diese Annahme spricht, daß Höcker, der „Diener Moskaus“, wie ihn Paul später bezeichnete (München ohne Vorhang), den Antrag stellte, Paul dagegen den Kompromißvorschlag vortrug. Nur dieser Vorschlag stand dann auch im Mittelpunkt der Vermittlungsversuche am Morgen des 6. Juni. So gesehen reduziert sich allerdings der Akt politischer Autonomie Pauls in der nächtlichen Sitzung. Paul selbst bleibt bei seiner bisherigen Darstellung (Gespräch mit d. Vf. am 23. 12. 1974).

<sup>154</sup> Siehe S. 439.

<sup>155</sup> Bayer. StK, 0106. Aus den Akten ist weder erkennbar, wem gegenüber Biedermann diese Äußerung gemacht hat, noch von wem die Aktennotiz stammt.

stand, nicht nur bei Paul, auch bei anderen Mitgliedern von SED, LDPD und CDUD. Davon war auch Roßmann nach Abschluß seiner Reise überzeugt. Aber auch hier setzte sich die „Partei neuen Typus“ unter Führung Ulbrichts durch. Es wurden weder Vertreter zu den Vorbesprechungen entsandt, noch wurde den ostzonalen Regierungschefs ein Arbeitsstab zugebilligt.

Bis zum letzten Augenblick blieb ungewiß, ob die ostzonalen Regierungschefs nach München kommen würden. Am 4. Juni wurde Ehard und Pfeiffer eine Meldung vorgelegt, in der es hieß, DENA-München habe mitgeteilt, daß sie einen Funkspruch erhalten habe, „wonach die deutschen Ministerpräsidenten aus der sowjetischen Zone die Einladung zur Ministerpräsidenten-Konferenz nach München nicht angenommen haben“<sup>156</sup>.

Erst der nächste Vormittag brachte Gewißheit. Um 10.30 Uhr kam ein Anruf aus der Thüringischen Staatskanzlei:

„Die 5 Ministerpräsidenten der Ostzone werden an der Konferenz teilnehmen. Weitere Delegationsmitglieder werden nicht erscheinen. Die Ministerpräsidenten werden nur von ihren Fahrern begleitet. Sie werden voraussichtlich gegen 12 Uhr die Grenze bei Gutenfürst/Hof überschreiten und in München gegen Abend eintreffen. Ministerpräsident Paul bat, die Landesgrenzdirektion entsprechend zu verständigen.“<sup>157</sup>

Wenig später erfolgte eine weitere Information. Der Vermerk darüber in der Bayerischen Staatskanzlei lautet:

„Telefonat aus Potsdam 11.45

Herr Ministerpräsident Dr. Steinhoff konnte jetzt erst von Potsdam abreisen und kommt voraussichtlich in der Nacht um 1 Uhr in München an.

Wenn Herr Min. Präs. Steinhoff in München eintrifft, meldet er sich in der Bayer. Staatskanzlei. Es möchte unbedingt für Quartier gesorgt werden...“<sup>158</sup>

#### V. Die Vorsprechung der Ministerpräsidenten in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 1947

Als sich die Bevollmächtigten der Regierungen aus den Westzonen – aus der Ostzone war niemand erschienen – am 4. Juni in der Bayerischen Staatskanzlei zusammenfanden, um eine „Übersicht über die Tagesordnung“ herzustellen, war das Thema „politische Einheit“ Deutschlands bzw. „Zusammenschluß der deutschen Staaten“ als offizieller Tagesordnungspunkt endgültig vom Tisch. Der Tatsache, daß aufgrund der Frankfurter Konferenz der Entwurf eines „Verbandes Deutscher Länder“ zurückgezogen worden war, wurde ebenso Rechnung getragen wie dem Wunsch der Regierungschefs aus der britischen Zone, alle „rein politischen“ Themen als nicht in die Kompetenz der Ministerpräsidenten fallend auszuklammern.

<sup>156</sup> Aktennotiz v. 4. 6. 1947; ebenda.

<sup>157</sup> So der Vermerk in Bayer. StK, 0106.

<sup>158</sup> Ebenda.



Staatssekretär Dr. Strauß (CDU)<sup>159</sup> verwies zwar noch einmal auf die „Notwendigkeit der Wirtschaftseinheit“, die das „Kernproblem“ der Konferenz darstelle, die Wichtigkeit des Themas mache eine eingehende Vorbereitung durch die Ministerpräsidenten schon vor der öffentlichen Aussprache notwendig. Auf die Tagesordnung wurde dieser Punkt jedoch nicht gesetzt. Übereinstimmendes Nahziel der Bevollmächtigten war jetzt, einen Ausschuss „zur Vorbereitung einer weiteren Ministerpräsidentenkonferenz“ einzurichten. Pfeiffer betonte dabei die Bereitwilligkeit Bayerns, Einrichtungen und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen und äußerte die Hoffnung, daß dieser Wille der Staatsregierung nicht als „Tendenz zum Separatismus“ aufgefaßt werde.<sup>160</sup>

Ministerialdirektor Wandersleb<sup>161</sup> betonte gleich zu Beginn der Sitzung, daß angesichts der großen Erwartungen, mit denen die Bevölkerung der Konferenz entgegenstehe, alles getan werden müsse, um nicht das Gefühl der Enttäuschung aufkommen zu lassen. Es müsse ganz klar herausgestellt werden, daß von deutscher Seite das Äußerste getan werde, um der Not Herr zu werden. Hierbei sei die Beweislast gegenüber den Besatzungsmächten eindeutig festzulegen. Außerdem solle „sorgfältig vermieden werden, die politischen Parteien zu verletzen“. Dr. Sieveking<sup>162</sup> wies auf die Gesamtwirkung der Konferenz hin und warnte vor einer Verwässerung und der Gleichstellung dieser Konferenz mit anderen Tagungen. Es müsse „ganz besonderer Wert“ darauf gelegt werden, das „Neue und Erstmögliche“ dieser Ministerpräsidentenkonferenz hervorzuheben, um den Eindruck in der Bevölkerung zu vermeiden, daß wiederum nur papierene Resolutionen ohne praktischen Wert gefaßt würden. Ohne sich in Details zu verlieren, sei in einer klaren Resolution der Grundgedanke der Konferenz, zu der die Not alle deutschen Länder nach zwei Jahren Besatzungspolitik getrieben habe, herauszustellen.

Als einziger ging Wilhelm Kaisen<sup>163</sup> auf das Fehlen der Ostzonenvertreter ein. „Um jede Möglichkeit auszuwerten, die Münchener Tagung nicht wieder an der Absage der Ostzone scheitern zu lassen“, schlug er vor, „auf alle Fälle die Tagung so zu gestalten, als ob auch die russische Zone anwesend sei“, worauf Dr. Wandersleb zur Erwägung gab, „als letzte Ausschöpfung aller Möglichkeiten sich mit den gefaßten Resolutionen nach Berlin zu begeben, um dort die Ministerpräsidenten der russischen Zone zum Anschluß aufzufordern“.<sup>164</sup>

<sup>159</sup> Dr. Walter Strauß, StS. im Hess. Staatsministerium, Mitglied d. Direktoriums d. Länderrats.

<sup>160</sup> In dem von der Staatskanzlei vorbereiteten Entwurf war vorgeschlagen worden, ein ständiges Büro der Ministerpräsidenten-Konferenz zur Erledigung der laufenden Fragen, „rein zur Koordinierung der Ansichten“, einzurichten.

<sup>161</sup> Hermann Wandersleb, geb. 1895; Mai 1945 Vizepräsident d. Oberpräsidiums d. Nordrhein-provinz, 1946–49 Chef d. Landeskantlei Düsseldorf.

<sup>162</sup> Kurt Sieveking (CDU), geb. 1897; 1945–50 Senatssyndikus u. Leiter d. Senatskanzlei in Hamburg.

<sup>163</sup> Wilhelm Kaisen (SPD), geb. 1887; 1945–1965 Bürgermeister u. Senatspräsident von Bremen.

<sup>164</sup> Protokoll der Vorbesprechung zur Ministerpräsidenten-Konferenz am 4. Juni 1947, vormittags 10 Uhr im Konferenzsaal der Staatskanzlei; HStA Stuttgart, EA 1/2, Nr. 225.

Am Nachmittag des 5. Juni trafen sich die Bevollmächtigten noch einmal, um für die Chefkonferenz den Entwurf einer beabsichtigten „Münchener Deklaration“, die zur „Magna Charta von München“<sup>165</sup> werden sollte, auszuarbeiten. Als Pfeiffer mitteilte, daß „nunmehr die Vertreter aus der Ostzone sich bereits auf dem Weg nach München befänden“, wurde allgemein bedauert, daß noch kein Vertreter aus der Ostzone anwesend sei; man beschränkte sich daher darauf, lediglich die „technischen Faktoren und sachlichen Entwürfe“ so weitgehend vorzubereiten, daß es der „Ostzone möglichst erleichtert werde, bei ihrer Ankunft zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen“. Über die Tagesordnung selbst wurde nicht mehr gesprochen<sup>166</sup>.

Am späten Vormittag des 5. Juni war in München bekanntgeworden, daß die Ministerpräsidenten der Ostzone an der Konferenz teilnehmen würden. Damit war zu erwarten, daß der Antrag, den man von der Moskauer Außenministerkonferenz und von der SED-Propaganda her kannte, gestellt werden würde. Die Regierungschefs mußten sich auf eine Diskussion einstellen. Daß das einigen nicht leichtfallen würde, machen die Äußerungen Brauers deutlich, man könne nicht mit Leuten zusammensitzen, die die SPD unterdrückt hätten und „unsere Genossen“ in Massen verhafteten. Gegenüber Louise Schroeder<sup>167</sup> hatte er diese bitteren Empfindungen am Morgen des 5. Juni in die Worte gekleidet: „Unsere Leute in der SBZ sitzen in Zuchthäusern und Gefängnissen und Lagern.“<sup>168</sup>

Am gleichen Tag griff die sowjetisch lizenzierte „Tägliche Rundschau“ Kurt Schumacher in übelster Weise an. Sie bezeichnete ihn als „eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk“ und verglich ihn mit Hitler und Goebbels, wobei Goebbels noch die bessere Note erhielt, da er im Gegensatz zu Schumacher wenigstens offen gelogen habe<sup>169</sup>. In einer solchen Atmosphäre wollte man am Abend die endgültige Tagesordnung festsetzen.

Es schien daher angebracht, daß Ehard noch einmal mit den sozialdemokratischen Regierungschefs sprach, um mögliche Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Theodor Eschenburg, der als Ministerialrat der Delegation Württemberg-Hohenzollerns angehört hat, berichtet von dieser Sondersitzung, die demnach um die Mittagszeit des 5. 6. 1947 stattgefunden hat<sup>170</sup>. In dieser Sitzung hat Ehard die SPD-Ministerpräsidenten eindringlich um eine entgegenkommende Haltung gebeten, wozu diese auch bereit waren. Ehard erkannte später an, man habe sich so

<sup>165</sup> So Dr. v. Campe (Leiter der StK. Hannover) schon in der Sitzung am 4. Juni.

<sup>166</sup> Protokoll der 2. Vorbesprechung zur Ministerpräsidenten-Konferenz am 5. Juni 1947 nachmittags 15.30 Uhr im Konferenzsaal der Staatskanzlei; Bayer. StK, 0106.

<sup>167</sup> Louise Schroeder (SPD) 1887–1957; 1946 2. Bürgermeister v. Berlin; Mai 1947 – Sept. 1948 amtierender Oberbürgermeister.

<sup>168</sup> Vgl. Eschenburg, a. a. O., S. 414. Hierzu auch Schumacher auf dem Nürnberger Parteitag, in: *Turmwächter der Demokratie*, a. a. O., S. 135.

<sup>169</sup> Zit. bei Krautkrämer, *Der innerdeutsche Konflikt*, a. a. O., S. 169, Anm. 64.

<sup>170</sup> Eschenburg, a. a. O., S. 415 f.

zusammengesprochen, daß die Schwierigkeiten, die er vorausgesehen habe, vorläufig beseitigt gewesen seien<sup>171</sup>.

Nach Aussage von Eschenburg hat Carlo Schmid nach der Sitzung erklärt, „man wäre sich einig, daß der ostzonale Antrag nicht auf der Konferenz behandelt werden könne. Wenn die festgelegte Tagesordnung mit Niveau ablaufen würde, wäre ein wesentlicher Schritt getan“. In der Frage der „Nationalen Repräsentation“ habe man ebenfalls eine befriedigende Lösung gefunden; auch die CDU denke nicht an eine „Nationale Repräsentation“. Das gemeinsame Ziel wäre, „der Ministerpräsidentenkonferenz einen guten Start zu verschaffen“<sup>172</sup>. Die Ostzonenministerpräsidenten hatten sich ein- bzw. unterzuordnen. Die „Chefkonferenz“ mußte zeigen, ob dieses Ziel erreicht werden würde.

Seit dem Auszug der ostdeutschen Regierungschefs aus dem Konferenzsaal der Bayerischen Staatskanzlei am frühen Morgen des 6. Juni ist über die Vorgänge in jener Nacht gerätselt worden; das um so mehr, als ein offizielles Protokoll nicht zugänglich war. Noch 1971 hat ein so ausgezeichnete Sachkenner wie John Gimbel sogar Zweifel angemeldet, ob überhaupt ein Protokoll geführt worden ist<sup>173</sup>.

So konnte es geschehen, daß direkt im Anschluß an die Konferenz und in den folgenden Jahren in einer kaum noch überschaubaren Fülle die widersprüchlichsten Schilderungen gegeben wurden, die sich in Andeutungen, Polemik und falscher Dramatik überboten und in denen Dichtung und Wahrheit nur noch schwer zu trennen waren<sup>174</sup>.

Tatsächlich ist jedoch auch über diese Vorbesprechung ein Protokoll geführt worden, das wohl als Schlüsseldokument der Münchener Konferenz bezeichnet werden muß. Es ermöglicht – bis auf eine Ausnahme – eine lückenlose Rekonstruktion jener denkwürdigen Nachtsitzung<sup>175</sup>.

Zur Überlieferung des Protokolls: Schon auf der internationalen Pressekonferenz am 8. 6. 1947 hatte Ministerpräsident Ehard erklärt, „... wir waren so vorsichtig, über diese Gespräche sehr genaue Protokolle aufzunehmen“<sup>176</sup>. Die Vorbesprechung wurde gleichzeitig von zwei Protokollanten wörtlich mitstenografiert;

<sup>171</sup> Siehe S. 438.

<sup>172</sup> Eschenburg, a. a. O., S. 415. In den Gesprächen, die d. Vf. mit Teilnehmern der Konferenz führen konnte, wurde diese Darstellung weitgehend bestätigt.

<sup>173</sup> Gimbel, Konferenzen, S. 16.

<sup>174</sup> Hierzu Grünwald, a. a. O., S. 273 ff. Grünwald kommt das Verdienst zu, diese Äußerungen sorgfältig gesammelt zu haben; der Sammlung ist hinzuzufügen: Bericht Carlo Schmid vor dem Landtag Württemberg-Hohenzollerns; 2. Sitzung, 12. 6. 1947, Verhandlungen, S. 5; Bericht Hermann Lüdemanns vor dem Landtag Schleswig-Holsteins, 2. Sitzung, 13. 6. 1947; Wortprotokoll, S. 6–9. Zum Verlauf der Vorbesprechung auch die zahlreichen Äußerungen von Konferenzteilnehmern gegenüber Grünwald; a. a. O., S. 218 ff. Hierauf kann im einzelnen an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

<sup>175</sup> Bayerische Staatskanzlei, Anlage 1 (42 Blatt) zu Nr. 73/64 geh(eim) u. zu Nr. 13/66 geh(eim). Bayer. StK, 0106.

<sup>176</sup> Vgl. Bayerische Staatskanzlei, Konferenzpressebüro, 27. Konferenz-Nachricht; vollständiges Protokoll über den Presseempfang durch die Delegationschefs der Länder am Sonntag, d. 8. 6. 1947, 10.15–12.20 Uhr, S. 9. Bayer. StK, 0106.

verantwortlich war Dr. Erber<sup>177</sup>. Die Übertragung der stenografischen Aufzeichnung in die Reinschrift ist in großer Eile erfolgt, da das Protokoll den westdeutschen Regierungschefs noch vor Beginn der für die Mittagszeit des 6. Juni vorgesehenen Pressekonferenz zur Verfügung gestellt werden sollte. Den Ministerpräsidenten wurde das Protokoll dann vor ihrer Abreise aus München zur Billigung vorgelegt. Daraufhin wurde am 10. Juni vom Generalsekretär der Konferenz, Seelos, in einer Berichtigung zu diesem Protokoll empfohlen, die Ausführungen Carlo Schmid auf dessen ausdrücklichen Wunsch ganz, von den Ausführungen Bodens fünf Zeilen zu streichen<sup>178</sup>. Seelos gab die Anweisung, diese beiden Streichungen in einem geschlossenen Kuvert mit der Aufschrift „geheim“ aufzubewahren. Anschließend sollten die Protokolle numeriert werden. Je ein Exemplar sollte dann an die Länderchefs der englischen Zone als „persönlich und streng vertraulich“ mit eingeschriebener Dienstpost übersandt werden. An die Länderchefs der amerikanischen Zone sollten die Protokolle mit Kurier nach Stuttgart gehen – ebenfalls mit dem Vermerk „persönlich und streng vertraulich“ versehen. Das Protokoll für den Regierungschef in Tübingen sollte auch mit Kurier zunächst nach Stuttgart und von dort dann vom Bevollmächtigten Bayerns beim Länderrat persönlich nach Tübingen gebracht werden.

Es war beabsichtigt, nach Koblenz und Freiburg keine Protokolle zu schicken – offensichtlich aus Sicherheitsgründen; man wollte die Teilnehmer aus Baden und Rheinland-Pfalz gegenüber der französischen Militärregierung nicht gefährden. Es sollte ihnen lediglich mitgeteilt werden, daß die Protokolle in der Bayerischen Staatskanzlei zur Verfügung gehalten würden<sup>179</sup>. Diese Anweisungen sind jedoch geändert worden, nachdem sich in der Bayerischen Staatskanzlei die Überzeugung durchgesetzt hatte, daß es nicht zu vertreten sei, ein entsprechend den Wünschen von Carlo Schmid und Wilhelm Boden verändertes Protokoll, das nicht mehr dem tatsächlichen Verlauf der Sitzung entsprochen hätte, als offizielles Protokoll zu verschicken. Man entschloß sich, die entsprechenden Zeilen nicht zu streichen und für „geheim“ zu erklären, sondern statt dessen das gesamte Protokoll zur Geheimsache zu deklarieren. Dies entsprach auch dem weitergehenden Wunsch Bodens<sup>180</sup>. Die Regierungschefs wurden davon unterrichtet, daß das Protokoll in der Staatskanzlei

<sup>177</sup> Dr. Peter Erber, geb. 1904; 1933–1946 i. d. Bayer. Justiz tätig, auf Wunsch Ehards im Sommer 1946 als Landgerichtsdirektor in die StK. zunächst abgeordnet, 1948 als Min.-Rat übernommen, 1969 als Min.-Dirig. i. d. Ruhestand. Der zweite Stenograf, der auf Wunsch Dr. Erbers zur Sicherheit noch hinzugezogen worden war, ließ sich nicht mehr ermitteln.

<sup>178</sup> Es handelte sich um folgende Sätze: „Man müsse aber auch dafür Verständnis haben, daß sie [die Vertreter aus der frz. Zone] sich an die Vorschriften ihrer Besatzungsmacht zu halten hätten. Wenn die Art von Ministerpräsident Dr. Paul auch nur in die Öffentlichkeit komme, müßten sie befürchten, daß sie telegrafisch abberufen würden.“ Vgl. S. 434.

<sup>179</sup> „Berichtigungen von Herrn Ministerialdirektor Dr. Seelos zum Protokoll über die Vorbesprechung der Ministerpräsidenten über die Tagesordnung am Donnerstag, dem 5. Juni 1947, in der Bayerischen Staatskanzlei in München“; Bayerische Staatskanzlei Anlage 2 (1 Blatt) zu Nr. 73/64 geh(eim) u. zu Nr. 13/66 geh(eim). Bayer. StK, 0106.

<sup>180</sup> Das bestätigte Dr. Ehard im Gespräch mit d. Vf. am 6. 8. 1974.



aufbewahrt werde und dort eingesehen werden könne. Es wurde keine weitere Reinschrift angefertigt, sondern die erste, von allen Regierungschefs gebilligte Fassung, mit den handschriftlichen Korrekturen Erbers<sup>181</sup>, in der Staatskanzlei hinterlegt. So erklärt sich auch, daß nur fünf Exemplare dieses Protokolls existieren; davon befinden sich zwei in der Bayerischen Staatskanzlei, drei in Privatbesitz. Wir hatten Gelegenheit, zwei Protokolle miteinander zu vergleichen und auf ihre Übereinstimmung hin zu prüfen. Das Protokoll umfaßt im Original 42 Schreibmaschinenseiten; jede Seite wurde zweimal mit dem Stempel GEHEIM versehen. Dieser Geheimvermerk wurde in den Jahren 1964 und 1966 bei routinemäßigen Überprüfungen mit Rücksicht auf noch lebende Konferenzteilnehmer erneuert, 1974 schließlich aufgehoben<sup>182</sup>.

## GEHEIM

*Protokoll über die Vorbesprechung der Ministerpräsidenten über die Tagesordnung am Donnerstag, dem 5. Juni 1947, in der Bayerischen Staatskanzlei in München.*

*Beginn:* 21,55 Uhr.

*Anwesend:*

für Bayern: Ministerpräsident Dr. Ehard, Stellv. Ministerpräsident Dr. Hoegner, Staatsminister Dr. Pfeiffer, Ministerialdirektor Dr. Seelos, Regierungsdirektor v. Herwarth;<sup>183</sup>

für Baden: Staatspräsident Wohleb; Staatssekretär Dr. Leibbrandt;<sup>184</sup>

für Berlin: Stellv. Oberbürgermeister Frau Louise Schroeder;

für Bremen: Senatspräsident Kaisen;

für Hamburg: Bürgermeister Brauer;

für Hessen: Ministerpräsident Stock;

für Niedersachsen: Ministerpräsident Kopf;

für Nordrhein-Westfalen: Ministerpräsident Dr. Amelunxen, Ministerialdirektor Dr. Wandersleb;

für Rheinland-Pfalz: Ministerpräsident Dr. Boden;

für Schleswig-Holstein: Ministerpräsident Lüdemann;

<sup>181</sup> Im folgenden Dokument jeweils vermerkt.

<sup>182</sup> Für Hinweise betr. Überlieferung danke ich besonders den Herren Dr. Ehard, Dr. Seelos u. Dr. Erber (Gespräch am 4. 7. 1975). Noch vor dem Druck dieser Arbeit wurde im Deutschen Fernsehen in der Sendung „Tage des Überlebens, Das Münchner Treffen“ am 11. 6. 1975, 20.15–21.00 Uhr aus diesem Protokoll zitiert. Das Protokoll wird auch in Bd. 2 der Edition Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Anm. 56) aufgenommen werden. Der Bayerischen Staatskanzlei und der Hessischen Staatskanzlei danke ich herzlich für die Abdruckerlaubnis.

<sup>183</sup> Hans H. Herwarth von Bittenfeld, geb. 1904; seit 1927 Auswärtiges Amt; nach d. Krieg Reg.-Dir. in der Bayer. Staatskanzlei, wo ihm im besonderen die Verbindung zu den Besatzungsmächten u. d. ausländischen Missionen in München oblag. Nach Gründung der BRD im Bundeskanzleramt, dann im Auswärt. Amt; seit 1971 Präsident d. Goethe-Instituts. In Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 22, wird v. H. nicht erwähnt.

<sup>184</sup> Friedrich Leibbrandt (SPD), 1894–1960; 1946 Leiter des bad. Wirtschaftsministeriums, Aug. 1947 – Januar 1948 Min. für Wirtschaft und Arbeit.

für *Württemberg-Baden*: Ministerpräsident Dr. Maier;  
 für *Süd-Württemberg-Hohenzollern*: Staatsrat Prof. Dr. Schmid;  
 für *Mark Brandenburg*: Min. Präsident Dr. Steinhoff;  
 für *Mecklenburg*: Ministerpräsident Dr. Höcker;  
 für *Sachsen*: St. Ministerpräsident Dr. Fischer;<sup>185</sup>  
 für *Sachsen-Anhalt*: Ministerpräsident Dr. Hübener;  
 für *Thüringen*: Ministerpräsident Dr. Paul;  
 Der Generalsekretär des Länderrats, Roßmann.

} diese nur für einen Teil  
 der Sitzung anwesend

Ministerpräsident Dr. Ehard eröffnet die Sitzung, spricht einleitende Begrüßungsworte und schlägt vor, zunächst die Präsenz festzustellen. Er habe Ministerialdirektor Seelos gebeten, eine Art Generalsekretärstätigkeit zu übernehmen, Regierungsdirektor v. Herwarth solle die Tätigkeit eines Chefs des Protokolls ausüben. Wenn Wünsche oder Zweifel bestünden, bitte er die Konferenzteilnehmer, sich an diese beiden Herren zu wenden.

Auf Vorschlag von Staatsminister Dr. Pfeiffer verliest Ministerialdirektor Dr. Seelos die Liste der Teilnehmer und stellt die Anwesenheit der Teilnehmer dieser Besprechung und die Zusammensetzung der einzelnen Delegationen für die Hauptkonferenz fest.

Ministerpräsident Dr. Ehard erklärt, daß man es absichtlich vermieden habe, ein festes Programm vorzulegen.<sup>186</sup> Dies sollte der Ministerpräsidentenkonferenz vorbehalten werden. Man habe durch Bevollmächtigte Vorbesprechungen abgehalten, über die er Ministerialdirektor Dr. Wandersleb zu berichten bitte.

Ministerialdirektor Dr. Wandersleb führt aus, es hätten solche Vorbesprechungen stattgefunden, die besonders der Übersicht über die Tagesordnung gegolten hätten; die Gestaltung der Tagesordnung selbst sei aber dieser Chefkonferenz vorbehalten worden. Das Land Bayern habe alles, was zum formalen Rahmen gehöre, gestaltet; sachlich habe aber alles ganz elastisch bleiben sollen bis zur Entscheidung der Chefs heute abend. Die Themen, die genannt worden seien, seien eingefügt in die Tagesordnung, die sich in vier Sitzungen abspielen solle. Diese werde gerade vervielfältigt und noch verteilt werden. Er wolle nun den Gang der Besprechung einmal wiederholen: Als Auftakt ergebe sich selbstverständlich die Begrüßung und Eröffnung durch den Einberuher, Ministerpräsident Dr. Ehard<sup>187</sup>. Daran solle sich kurz anschließen ein Bekenntnis zur Zusammengehörigkeit der deutschen Länder, das noch zu formulieren sei. Daran solle sich anschließen der Gruß an die deutschen Kriegsgefangenen, den Herr Senatspräsident Kaisen übernehme<sup>188</sup>. In der Vorbesprechung sei kurz darauf hingewiesen worden, daß nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die gesamte Weltöffentlichkeit an dieser Konferenz großes Interesse habe. Man erwarte von der Konferenz, daß sie nicht nur einige dringend erscheinende Themen behandle, sondern daß dieser Tagung noch ein stärkerer Akzent gegeben werde. Es sei deshalb in der Vorkonferenz der Vorschlag gemacht worden, über die Einzelentschließung hinaus eine Rahmenentschließung zu

<sup>185</sup> Dr. Kurt Fischer, geb. 1. 7. 1900 (Halle), gest. 20. 7. 1950; Spartakuskämpfer, Mitarbeiter im Zentralpressedienst der KPD, Bezirkssekretär d. KPD in Mecklenburg; seit d. 10. 12. 1946 Stellv. Min.-Präs. u. Innenminister, Juli 1948 von Sokolowsky zum Präsidenten der Zentralverwaltung für Inneres ernannt; (ab 2. 11. 1949 Verwaltung der Volkspolizei); Chef d. Volkspolizei.

<sup>186</sup> Dagegen Dr. Fischer, die Tagesordnung sei als „so gut wie unabänderlich“ dargestellt worden, Rede am 10. 6. 1947 über Radio Leipzig, Wortlaut in Bayer. StK, 0106.

<sup>187</sup> TOP 1 des „Entwurf einer Tagesordnung“. Vgl. Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 25.

<sup>188</sup> TOP 2 dieses Entwurfs.

fassen, d. h. der Öffentlichkeit eine Art Münchner Deklaration zu übergeben, die kurz und prägnant sich über die uns besonders bedrückenden Dinge äußere, insbesondere über unsere Verantwortung und das Maß der Verantwortung, das auf den andern ruhe. Es seien schon 2 Entschließungsentwürfe, A und B, die eine gewisse Vorarbeit nach dieser Richtung bedeuten könnten, ausgearbeitet worden. Diese Rahmenentschließung solle als Anlagen die Resolutionen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten erhalten. Es werde zu erwägen sein, ob diese Entschließungen nicht nur den einzelnen Militärregierungen in den Ländern überreicht werden sollen, sondern daß man aus dem Kreis der Länderchefs mehrere Herren bestimmen solle, die diese Deklarationen dem Kontrollrat überreichen und gegebenenfalls mündliche Erklärungen dazu geben sollten. Vielleicht glücke es erstmalig, die kleineren Ringe zu durchbrechen und an den Kontrollrat selbst heranzukommen. Dies könne die Bedeutung dieser Tage nur unterstreichen. Es sei weiter daran gedacht, daß man sich überlege, in welcher Form über diese Tagung hinaus ein loser Zusammenhalt möglich sei, den man vielleicht schon aus Vorsichtsgründen in die Form eines Arbeitsausschusses zur Vorbereitung einer nächsten Tagung kleiden könne. Es sei zweckmäßig, diesen Schlüsselpunkt von vornherein im Auge zu behalten.

Ministerpräsident Dr. Ehard regt an, ein Telegramm an den erkrankten Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs in Dresden zu senden und ebenso an den infolge Autounfalls verhinderten Ministerialdirektor v. Brentano<sup>189</sup>.

Dr. Wandersleb fährt hierauf fort, er wolle schnell zum Programm noch ein paar Stichworte sagen:

Man habe vorgesehen, daß Ausschüsse zur Bearbeitung von Einzelfragen eingesetzt werden sollen<sup>190</sup>. Die personelle Besetzung sei auch schon vorbereitet worden.

Die Vormittagssitzung am Freitag solle sich noch befassen mit der deutschen Ernährungsnot<sup>191</sup>. Es sollten Ausführungen von Minister Lübke<sup>192</sup> und Reichsminister a. D. Dietrich<sup>193</sup> entgegengenommen werden. Anschließend sei vorgesehen ein Bericht Staatsministers Dr. Baumgartner<sup>194</sup> über die Notlage des deutschen Waldes<sup>195</sup> und ein Bericht von Frau Oberbürgermeister Schroeder über die Auswirkung der Unterernährung auf die Volksgesundheit<sup>196</sup>. Daran solle sich eine Aussprache anschließen. Man habe für diese ganzen Dinge einen Zeitplan vorgesehen und komme so zu einer dreistündigen Vormittagssitzung.

Der Nachmittag solle ganz gewidmet sein einem Bericht über die Not und Sorgen der deutschen Wirtschaft<sup>197</sup>. Da der stellv. Vorsitzende des Verwaltungsamtes in Minden, Herr Keiser, schwer erkrankt sei, habe er seine Unterlagen an Senator Borgner<sup>198</sup>

<sup>189</sup> Zu Erkrankung u. Tod Friedrichs vgl. Gniffke, a. a. O., S. 244 ff. u. Paul, a. a. O. Clemens v. Brentano, 1886–1965, ab 1946 Leiter der Badischen Staatskanzlei.

<sup>190</sup> TOP 3.

<sup>191</sup> TOP 4.

<sup>192</sup> Heinrich Lübke, 1894–1972; 1947–1952 Ernährungs- und Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen.

<sup>193</sup> Hermann Robert Dietrich, 1879–1954; 24. 9. 1946 – 21. 8. 1947 Leiter des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats für die amerikanische und britische Besatzungszone, bzw. ab 1. 1. 1947 des „Verwaltungsamtes für Ernährung und Landwirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes“.

<sup>194</sup> Joseph Baumgartner (CSU, BP), 1904–1964; 1945–1950 bayern. Minister f. Ernährung und Landwirtschaft.

<sup>195</sup> TOP 5; richtig: „Notlage des deutschen Volkes“.

<sup>196</sup> TOP 6.

<sup>197</sup> TOP 7.

<sup>198</sup> Otto Borgner (SPD), 1892–1953; 1946–48 Senator für Wirtschaft u. Verkehr in Hamburg.

übergeben, der das Referat halten werde. Zu den Wirtschaftsfragen gehöre nicht nur die Kohlenfrage, die Frage des Exports, der Zonengrenzen usw. Daran solle sich anschließen ein kurzer Bericht von Minister Hilpert<sup>199</sup> über Finanz- und Steuerfragen<sup>200</sup>. Diskussionen hierüber werden dann den Rest des Nachmittags füllen.

Der Samstagvormittag solle eingeleitet werden durch zwei ganz kurze Referate, eines von Staatsminister Binder<sup>201</sup> über Entnazifizierung<sup>202</sup>. Über dieses Referat solle keine Diskussion stattfinden, sondern es solle nur in einem Ausschuß eine Entschließung gefaßt werden. Hierauf werde Staatsrat Schmid über die Schaffung eines Besatzungsrechts<sup>203</sup> referieren. Auch hier solle keine größere Aussprache stattfinden. Ein Ausschuß habe auf diesem Gebiet bereits vorgearbeitet. Im wesentlichen werde der Vormittag daher gewidmet werden können den Flüchtlingsfragen<sup>204</sup>. Es sei daran gedacht, daß Staatssekretär Jaenicke<sup>205</sup> das Referat und Ministerpräsident Lüdemann das Korreferat übernehme. Auch hier sei bereits weitgehend vorgearbeitet worden. Ein Resolutionsentwurf sei schon in Vorbereitung. An diese Referate solle sich eine Aussprache anschließen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie sehr uns diese Fragen am Herzen liegen.

Dadurch werde der Samstagnachmittag ziemlich entlastet. Dort solle Herr Bürgermeister Brauer eine Aufforderung an die Deutschen, die durch das Dritte Reich ihre Heimat verloren haben<sup>206</sup>, richten, zurückzukehren. Hierauf solle über die von den Ausschüssen vorbereiteten Resolutionen abgestimmt werden<sup>207</sup>. Dann folge noch die Schlußansprache von Ministerpräsident Dr. Ehard<sup>208</sup>. Es sei überlegt worden, inwieweit man der Atlantik-Charta, besonders in Verbindung mit dem Besatzungsrecht, in der Schlußansprache Raum geben solle. Dies sei ein Punkt, der auch erwogen werden müsse bei der Frage der Rahmenentschließung oder der so zu nennenden Münchner Deklaration. Ob man diese außenpolitischen Punkte berühren solle, sei noch zu erwägen. Dazu gehöre auch ein Hinweis auf die Potsdamer Beschlüsse; die Entscheidung über die Fragen solle aber den Länderchefs vorbehalten bleiben.

Der Sonntag solle dann für Besichtigungsfahrten frei sein. Es sei vorgesehen, für entsprechende Hauptgruppen der Fragen, die die Tagesordnung beherrschten, besondere Ausschüsse zu bilden; einen Ausschuß für Wirtschaft, Ernährung, Finanzen, Flüchtlingsfragen, Entnazifizierung und für ein Besatzungsstatut. Es sei vorgesehen, daß in jedem dieser Ausschüsse Vertreter aus jeder Zone beteiligt seien. Hier könne man von Zonen sprechen, sonst solle bei der Gesamtkonferenz vermieden werden, von verschiedenen Zonen zu sprechen. Die Konferenz solle vielmehr als Einheit in Erscheinung treten. Hier müsse nun eine Frage noch heute abend hinzugefügt werden, nämlich, wie weit die Herren aus dem Osten sich noch eingliedern könnten, wobei eine

<sup>199</sup> Werner Hilpert (CDU), 1897–1957; 1946–50 stv. Min.-Präs. Hessen, 1947–50 hess. Finanzminister.

<sup>200</sup> TOP 8.

<sup>201</sup> Gottlob Binder (SPD), 1885–1961; 1945–49 Minister f. Wiederaufbau u. Politische Befreiung in Hessen.

<sup>202</sup> Als TOP 9 „Die Reinigung Deutschlands vom Nationalsozialismus“ in den Entwurf aufgenommen.

<sup>203</sup> TOP 10.

<sup>204</sup> TOP 11. Dies entsprach dem Wunsch von Min.-Präs. Lüdemann, der bis zum 31. Mai seine Teilnahme offengelassen hatte.

<sup>205</sup> Wolfgang Jaenicke, StS. für Flüchtlingsfragen im bayer. Innenministerium; parteilos.

<sup>206</sup> TOP 12.

<sup>207</sup> TOP 13.

<sup>208</sup> TOP 14.



Schwierigkeit dadurch entstehen könnte, daß sie ohne besonderen Arbeitsstab erschienen seien und infolgedessen gegebenenfalls die Zeit finden müßten, selbst an diesen Kommissionen teilzunehmen, ohne daß sie der Vollversammlung zu sehr entzogen würden. Andererseits sollten die Entschließungen der Ausschüsse doch auch ihren Wünschen entsprechen. Er schlage daher vor, den Plenarsitzungen Zeit abzuknapsen und die Entschließungsentwürfe ihr schon im rohen Zustand zu unterbreiten.

Ministerpräsident Dr. Ehard bemerkt hierzu, er bedaure es, daß man mit den Herren aus der Ostzone nicht die Verbindung gehabt habe wie mit den andern. Er habe sie von vornherein gebeten, daß sie an den Vorbesprechungen teilnehmen sollten. Man habe auch darum gebeten und ihnen Vorschläge über die Beteiligung an den Referaten gemacht. Nachdem dies nicht möglich gewesen sei, sei es besonders wünschenswert, daß sie sich an der Arbeit der Ausschüsse und dem Zustandekommen der Resolutionen möglichst beteiligten. Das wolle er besonders unterstreichen. Inzwischen seien ja nun die Vorschläge der Tagesordnung verteilt worden und er schlage vor, zunächst einmal grundsätzlich dazu Stellung zu nehmen.

Ministerpräsident Dr. Höcker führt aus, die Ministerpräsidenten der Ostzone hätten Ministerpräsident Dr. Friedrichs beauftragt, mit Ministerpräsident Dr. Ehard über die Tagesordnung zu sprechen. Dies sei auch geschehen. Friedrichs habe ihre Wünsche und Vorschläge unterbreitet. Diese seien aber leider nicht berücksichtigt worden. Wenn sie aber trotzdem an der ersten Beratung der Ministerpräsidenten aus ganz Deutschland teilnehmen, dann möge man daraus entnehmen, mit welchem Ernst sie diese ganze Angelegenheit geprüft hätten und betrachteten. Sie hätten vor allen Dingen einen Wunsch gehabt, daß in den Mittelpunkt gestellt werde die Frage der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, weil sie die Ursache unserer ganzen wirtschaftlichen Not in erster Linie darin sähen, daß Deutschland zerrissen sei in verschiedene Zonen. Er glaube, daß man ihm recht geben werde, daß ein großer Teil, vielleicht der größte Teil unserer wirtschaftlichen Nöte, die wir alle hätten, darauf zurückzuführen sei. Deshalb hätten sie es mit vollem Ernst vertreten, da man, wenn schon die Ministerpräsidenten zusammenkämen, diese Frage als Hauptpunkt behandeln müsse. Sie seien nicht der Meinung, daß man auf dieser Konferenz nicht über die Zonen sprechen solle. Im Gegenteil, sie seien der Meinung, daß man dem deutschen Volk sagen müsse, worin unsere wirtschaftliche Notlage begründet sei. Wenn wir weiter nichts tun und nichts anderes erreichen könnten, als daß wir endlich einmal die deutschen Parteien und Gewerkschaften durch die Initiative der Ministerpräsidenten dazu brächten, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen, dann habe diese Konferenz einen großen Erfolg gehabt. Das sei ihre Meinung. Wenn wir das nicht täten, wenn wir nur über die Schwierigkeiten und Nöte redeten – dazu sei sicher die Möglichkeit, bei den verschiedensten Punkten darauf einzugehen –, aber das deutsche Volk erwarte von dieser ersten Konferenz etwas, nämlich nicht, daß wir hier redeten und Entschließungen faßten, nicht nur das deutsche Volk, darüber hinaus das Ausland blicke auf diese Konferenz. Wir dürften hier nicht auseinandergehen, ohne daß wir zu dieser Kernfrage ernstlich Stellung genommen und unsere Meinung dem Volk und den Besatzungsmächten kundgegeben hätten. Die Einheit Deutschlands: dafür brauche er keine Begründung mehr zu geben. Aus den Begrüßungsworten, die heute abend gesprochen worden seien, spreche die Erkenntnis, daß man diese Einheit endlich wieder schaffen müsse. Er selbst und Lüdemann kämen aus dem Norden, er aus Mecklenburg, Lüdemann aus Schleswig-Holstein. Er sei heute durch ganz Deutschland gefahren. Er sei aber nicht durch Deutschland gefahren, sondern durch einzelne Länder. Wo sei Deutschland heute? Bayern, Sachsen, Brandenburg, das sei nicht Deutschland. Die Ministerpräsidenten müßten als erste ihre Stimme erheben auf dieser Konferenz und die Einheit des deutschen Vaterlandes in den Vordergrund stellen, mit voller Betonung und mit vollem

Ernst. Deswegen sei man hierher gekommen. Er bitte den Vorschlag, den man abgelehnt habe, weil er vielleicht nicht in den Plan dieser Konferenz gepaßt habe, doch mit aufzunehmen und zwar als Hauptpunkt der ganzen Tagesordnung. Sie als Ministerpräsidenten der Ostzone beantragten, als entscheidende Voraussetzung für die Verhandlungen der Konferenz folgenden ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen:

Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaats.

Er bitte, diesen Antrag anzunehmen, und diesen ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen nach der Begrüßung und dem Gruß an die Kriegsgefangenen. Er glaube, wenn man zu diesem Problem ernst Stellung nehme, dann werde es seine Wirkung weder auf die Parteien noch auf die Besatzungsmächte verfehlen. Das sei sein Antrag, den er ganz kurz habe begründen wollen.

Senatspräsident *Kaisen* erwidert, dieser Punkt komme für diese Konferenz zu früh. Die Sache liege so, daß die Besatzungsmächte beschlossen hätten, eine zentrale Verwaltung zu schaffen. Praktisch sei dies jedoch auch in Moskau nicht geschehen. Nun wolle man mit Hilfe der Parteien eine solche Zentralverwaltung schaffen, die auch eine zentrale politische Spitze haben müsse. Dem stünden aber vorläufig noch die Gesetze der Besatzungsmacht entgegen. Auch die Parteien seien damit nicht einverstanden.

In der Ostzone seien die Parteien mit diesem Konzept wohl einverstanden, in der Westzone aber nicht, weil sie befürchten müßten, daß in dem Augenblick der Schaffung einer deutschen Zentralregierung der letzte Rest von Substanz<sup>200</sup> sich auch noch verflüchtige. Daher sei es erforderlich, daß dieses Problem zunächst einmal von den Parteien angefaßt würde, auch in der Westzone. Die Parteien bestünden darauf, daß sie das prae in diesen politischen Konzeptionen hätten, sie hielten die Ministerpräsidenten nicht für befugt, in diese entscheidende Frage jetzt einzugreifen. So wie die Ministerpräsidenten der Sowjetzone von ihren Parteien getrieben würden, so würden die Ministerpräsidenten der westlichen Zone von ihren Parteien gehindert<sup>210</sup>. Die Lage sei äußerst prekär. Man habe deswegen unter Zurücksetzung vieler anderer Bedenken davon abgesehen, zu tun, was man wünsche. Man habe einer Konferenz zugestimmt, die sich mit der Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten befasse. Die nächste Konferenz könne dann einen Schritt weitergehen. Die jetzige Konferenz würde sonst zu sehr belastet sein und nicht vorwärtskommen.

Ministerpräsident Dr. *Paul* erklärt, es sei keine Prinzipienreiterei und sie seien auch keine getriebenen Jockeys der Parteien, wenn sie diesen Antrag hier und mit diesem Nachdruck stellten. Er kenne genau die Grenzen, die einem Regierungschef gesteckt seien, und er wisse, wie weit unsere Möglichkeiten gingen, die Not des Volkes zu beheben. Ministerpräsident Dr. *Ehard* habe vor kurzem eine ausgezeichnete Rede über die Lage des Landes Bayern gehalten<sup>211</sup>. Jeder von ihnen könne eine solche Rede für

<sup>200</sup> Kaisen meinte hier, den letzten Rest von Substanz an deutscher Nationalstaatlichkeit. Voraussetzung für eine starke Zentralregierung war die Zustimmung aller vier Besatzungsmächte. Blicke sie aus, würde diese Regierung zu schwach sein, um separatistischen und partikularistischen Bestrebungen entgegenzutreten zu können (Senatspräsident a. D. W. Kaisen im Gespräch mit d. Vf. am 9. 8. 1974).

<sup>210</sup> Dr. Fischer erinnerte sich an diese Äußerung folgendermaßen: „Wie Sie aus der Ostzone, mit Einverständnis Ihrer Parteien, diesen Punkt auf die Tagesordnung setzen wollen, so sind wir von unserer Partei daran verhindert“. Fischer in seiner Rede am 10. 6. 47 (vgl. Anm. 186).

<sup>211</sup> Gemeint ist offensichtlich die Rede, die Dr. Ehard am 4. 5. 1947 in Ingolstadt gehalten hatte, vgl. *Donau-Kurier* v. 6. 5. 1947 u. *Süddeutsche Zeitung* v. 6. 5. 1947 mit ergänzendem Beitrag von F. M. Reiffenscheidt, „Warnung vor dem ‚Reich‘“.

sein Land halten. Das wollten sie mit ihrem Antrag: Man sehe, daß die deutschen Parteien, die erklärten, daß sie die einzig legitimierte Willensträger, zusammen mit den Gewerkschaften, seien, es bisher nicht fertiggebracht hätten, sich an einen Tisch zu setzen. Die Not steige aber wie ein Hochwasser und werde in kurzer Zeit große Massen unseres Volkes erfaßt haben. Man wolle daher mit diesem Antrag einen moralischen Druck auf die Parteien und Gewerkschaften ausüben, daß sie sich nun nicht mehr länger bedenken, sich zusammzusetzen, sondern daß diese kleinen, unbedeutenden Dinge des Alltags hinter großen Fragen zurücktreten müßten. Das ganze Volk blicke auf sie. Aus diesem Grunde müßten die Parteien und Gewerkschaften sich zusammenfinden. Er frage<sup>212</sup>, was vergebe man sich, wenn man in dieser Sitzung zum Ausdruck bringe, daß die Ministerpräsidenten es für geboten hielten, daß die Parteien und die Gewerkschaften sich baldmöglichst zusammenfänden, und zwar zusammenfänden mit dem Ziele einer Schaffung einer zentralen Verwaltung, später einmal Wahlen oder ein deutsches Reich vorzubereiten. Einmal müsse man den Anfang machen. Einmal müsse man aus den Eiertänzen der Paragraphen-Juristen herauskommen. Man müsse an die Probleme herantreten, die Zeit des Abwartens sei vorbei. Er stehe auf dem Standpunkt, daß sich durch die Annahme eines solchen Antrags, daß sich die Parteien in Berlin zusammenfinden möchten, die Konferenz nicht nur nichts vergebe, sondern im Gegenteil auf dem Wege zur Schaffung eines wirtschaftlich und politisch einheitlichen Deutschlands selbst einen Schritt gehen und nicht nur über diesen Schritt reden solle. Aus diesem Grunde bitte er entsprechend dem Antrag, morgen über diesen Punkt zu reden. Es werde dies nicht mehr als 15 bis 20 Minuten erfordern. Damit werde die Angelegenheit erledigt sein.

Ministerpräsident Dr. Maier erklärt, wenn er sich die Tagesordnung überlege, wie sie vorgeschlagen sei, so glaube er, ein Wort der Kritik üben zu müssen, obwohl auch die Herren von Württemberg-Baden mitgewirkt hätten. Er habe den Eindruck, daß sich die Ministerpräsidenten morgen bei dieser Sitzung, die doch eine ganz große Bedeutung habe, selbst mundtot machten. Das sei eine zu sehr gesteuerte Demokratie, wenn man diese Tagesordnung annehme. Das sei nicht der Sinn, wenn die Herren aus ganz Deutschland zusammenkämen, daß man sich diesem zufälligen Ablauf unterordne, der gegeben sei durch Redezeiten und ganz bestimmte Tagesordnungspunkte. Man solle von dem reden, was uns innerlich bewege, und zwar diejenigen Männer, die verantwortlich seien. Deshalb rege er an, insbesondere wegen der auseinanderklaffenden Meinung, daß man sich doch sehr gut aus diesen ganzen Schwierigkeiten ziehen könnte, wenn man<sup>213</sup> den Ministerpräsidenten zum Hauptpunkt dessen, warum man zusammengekommen sei, nämlich einer Wiederannäherung der einzelnen Standpunkte, einen großen Spielraum geben würde. Vom demokratischen Standpunkt aus müsse er gegen die morgige Tagesordnung Bedenken erheben. Nach der Begrüßungsansprache von Ministerpräsident Dr. Ehard sollten die Ministerpräsidenten sagen, was sie von Deutschland hielten und was unsere Pflicht sei. In Bremen habe man schon gesagt, was man von der Einheit Deutschlands halte<sup>214</sup>.

Er schlage daher vor, daß der morgige Vormittag ausgefüllt werde mit den Erklärungen der einzelnen Ministerpräsidenten darüber, warum sie gekommen seien und was sie von ihren Pflichten hielten.

Ministerpräsident Kopf sagt, wenn er das Programm ansehe, so sei vorgesehen, daß Ministerpräsident Dr. Ehard in seiner morgigen Rede eine Erklärung zur Einheit

<sup>212</sup> Handschriftl. verb.; im Original: Die Frage.

<sup>213</sup> Handschr., i. O.: wir uns ... könnten, wenn wir ...

<sup>214</sup> Wortlaut der Entschließung der Bremer Konferenz v. 4./5. 10. 1946 in Europa-Archiv 4 (1948), S. 1143. Vgl. auch Anm. 56.

Deutschlands abgeben werde. Er glaube, daß man um alle Schwierigkeiten herumkomme, wenn man sich über die Form und den Inhalt dieser Erklärung jetzt einig.

Ministerpräsident Dr. *Hübener* führt aus, wenn er die Erklärungen von Dr. Höcker, Dr. Maier und Kopf betrachte, sei er der Meinung, daß es doch ein Leichtes sein müsse, eine Einigung zu finden. Er sei auch der Meinung, daß das Programm das deutsche Volk nicht befriedigen werde. Es sei zu fleißig und erfordere viel Arbeit. Es werde aber von uns gefordert, daß man der Verzweiflungsstimmung im deutschen Volke steuere, daß man wieder Hoffnung aufrechte, daß man positive Ziele zeige. Ein solches Ziel sei aber ein einheitliches Deutschland. Die Schwierigkeiten seien zweifellos sehr groß. Der eine Einwand sei, daß man von der Besatzungsmacht abhängig sei, der andere Einwand sei, daß die Parteien und Gewerkschaften die Meinung verträten, daß die Ministerpräsidenten nicht das Recht hätten, zur Einheit Deutschlands zu sprechen. Man wolle den Parteien ja dieses Recht nicht schmälern, aber die Tatsache bestehe doch, daß von diesem Recht bisher kein Gebrauch gemacht worden sei und daß wohl auch kein Gebrauch gemacht werde, wenn nicht der energische Wille des deutschen Volkes dahintertrete. Was die Besatzungsmacht anbelange, so habe er das bestimmte Gefühl, daß sie darauf warte, daß wir uns nicht mehr als Objekt fühlen. Das sei ja der tiefere Grund, daß wir seit zwei Jahren aufgehört hätten, völkerrechtlich Subjekt zu sein. Wir müßten wieder danach streben, wieder Subjekt zu werden. Er wisse, daß die Juristen darüber stritten, welche Rechtslage für uns jetzt bestehe. Das sei aber gleichgültig. Tatsache sei, daß wir Objekt seien. Dabei habe sich aber niemand wohlgefühlt, auch die Besatzungsmächte nicht. Wir müßten deshalb streben, wieder Subjekt zu werden. Dieser Weg sei möglich. Wir müßten wieder völkerrechtlich existent werden. Das sei nur möglich, wenn wir wieder zu einer einheitlichen Verwaltung und Regierung kämen. Wir müßten als Sprachrohr des Willens des ganzen Volkes unseren Parteien und der Besatzung sagen, daß wir zwei Jahre gebüßt hätten und jetzt wieder unser Schicksal in unsere eigene Hand nehmen müßten. Er habe die Hoffnung, daß das, was Ministerpräsident Dr. *Ehard* morgen sagen werde, im Grunde auf der gleichen Linie liege.

Bürgermeister *Brauer* führt aus, er sei überzeugt, daß auf dieser Konferenz niemand sei, der sich nicht aus vollem Herzen zur deutschen Einheit bekenne. Er schlage aber doch vor, so zu verfahren, daß man zunächst Ministerpräsident Dr. *Ehard* sein Bekenntnis zur Zusammengehörigkeit aller deutschen Länder sprechen lasse, ohne diese Einführungsrede zur Debatte zu stellen. Am Schluß der Konferenz sei ja vorgesehen, daß die Schlußrede des bayerischen Ministerpräsidenten die Aufforderung zur Überbrückung aller Gegensätze enthalte. Bevor dieses Schlußwort gehalten werde, halte er es für gegeben, daß die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder Gelegenheit bekämen, zur Frage der deutschen Einheit und der demokratischen Entwicklung Deutschlands sich zu äußern. Er würde das, was Ministerpräsident Dr. *Maier* vorgeschlagen habe, an das Ende der Tagung, die doch eine Arbeitstagung sein solle, stellen. Weiter würde er bitten, daß man diesem Gedanken folge und sich vorher über eine gemeinsame Entschliebung verständige. Man müsse die Konferenz aber nicht dazu benützen, die staatsrechtliche Frage der deutschen Einheit zu ihrem Gegenstand zu machen. Das sei nicht das, worauf die Bevölkerung warte, sondern auf die Hebung der Produktion, die Sicherung vor der Kälte, die Bereitstellung von Nahrungsmitteln. Wenn das alles erledigt sei, könne man durchaus dem Gedanken von Ministerpräsident Dr. *Maier* folgen und damit auch den anderen Herren gerecht werden, daß nämlich die Tagung in Reden der Ministerpräsidenten der Länder ausklinge.

Ministerpräsident Dr. *Ehard* erklärt, er habe sich natürlich diese Dinge auch überlegt. Man könne zwei Wege gehen. Entweder man mache eine politische Demonstration aus dieser Konferenz, oder man mache eine nüchterne Arbeitstagung, die aufzeige, wo wir stehen, was wir tun könnten und wozu wir die Hilfe der Besatzungsmächte



bräuchten. Wenn wir die Frage der Einheit Deutschlands vorwegnehmen, dann bestehe die Gefahr, daß die Aufgabe der Konferenz gefährdet werde. Wenn wir die Konferenz zu einer politischen Demonstration machen, dann bestehe von vornherein eine ganz große Gefahr, daß wir die Einheit nicht erreichten, sondern daß die innerpolitischen Gegensätze sie auffräßen. Wir seien noch nicht so weit, daß wir auf die Besatzungsmächte einwirken könnten. Wenn wir als Ministerpräsidenten erklären, daß wir ein gemeinsames deutsches Volk wollten, die Parteien hätten es aber nicht fertiggebracht, dann würde dadurch das deutsche Volk tatsächlich darauf hingewiesen werden, daß die Parteien es nicht fertiggebracht hätten. Was könnten jedoch die Ministerpräsidenten tun? Sie könnten es auch nicht, sie könnten nur mahnen, daß die anderen es tun sollen. Sie könnten nur ein Bekenntnis zur Einheit Deutschlands abgeben, eine Erklärung, die an die Spitze der Konferenz gehöre. Das sei etwas, worauf die Welt höre. Und dann könnten wir das tun, was in unserer Macht stehe. Das Volk stelle die Frage, was wir tun könnten, um die Ernährung zu verbessern, um Kohlen zu beschaffen usw. Gewiß, man könne auch hier nicht viel tun, aber ein geschicktes Referat könne aufzeigen, was wir selbst tun könnten und welche Grenzen uns gezogen seien. Dabei werde man darauf hinweisen können, daß wir mehr tun könnten, wenn die Zonen nicht wären. Hier sei dann der Platz, wo auf die Beseitigung der Zonen verwiesen werden könne. In der Beschränkung zeige sich erst der Meister. Man solle auch nicht die Resolutionen unterschätzen und man solle auch nicht den mangelnden Willen der Deutschen unterschätzen. Die Parteien stellen ihr Programm höher als die Einheit Deutschlands. Man könne durchaus sagen<sup>215</sup>, daß bei vielen Dingen nur etwas erreicht werden könne, wenn alle vier Zonen zusammenarbeiteten. Dann könne uns niemand den Vorwurf machen, daß wir etwas täten, was uns nicht zustehe. Glaube man denn, daß die Parteien auf uns hören würden? Sie würden viel besser unter dem Druck der Not handeln.

Es sei auch nicht so, daß man mit der Erklärung der Einheit auch schon etwas erreicht habe. Es würden sich dann sofort die verschiedenen Meinungen aufzeigen. Man sei sich wohl einig über das Ziel, aber nicht über den Weg. Deshalb müsse man sich bewußt auf dieses Programm der Konferenz beschränken. Innerhalb dieses Programms würde sich Gelegenheit geben, vieles zu sagen, ohne daß man befürchten müsse, daß uns gesagt werde, das gehe uns nichts an. Augenblicklich beständen politische Schwierigkeiten, und diese Schwierigkeiten könnten die Ministerpräsidenten nicht beseitigen. Sie müßten dazu erst wieder die Parteien fragen. Es gebe in dieser Konferenz nur ein paar Punkte, die rein politisch seien und die ausgesprochen werden müßten. Das eine sei ein politisches Faktum, nämlich die Tatsache, daß man sich überhaupt an einem Tisch zusammensetze. Ein zweiter sei das Bekenntnis zur schicksalhaften Zusammengehörigkeit und, wie Bürgermeister Brauer angeregt habe, ein Bekenntnis zur Demokratie. Das könne aber am besten an den Schluß der Konferenz gestellt werden. An den Anfang gestellt würde es dazu führen, daß man sich politisch zerrede. Es würde dann heißen, „da setzen sie sich zusammen und halten wieder politische Reden“. Das Volk erwarte, daß man eine Bilanz aus den gegebenen Tatsachen ziehe, daß man aufzeige, was wir selbst leisten könnten, wo unsere Grenzen seien, und was wir von den anderen erwarten müßten. Eine Diskussion politischer Art würde dazu führen, daß man sich auseinanderrede.

Er sei der Meinung, daß der von ihm vorgeschlagene Weg der richtige sei, wenn man etwas erreichen wolle. Man müsse diesen Weg gehen und sich nicht verleiten lassen, sich auf einen politischen Abweg zu begeben. Er könne sich deshalb nicht davon überzeugen, daß man mit dem vorgeschlagenen Programm auf dem falschen Weg sei.

<sup>215</sup> Handschr., i. O.: daraus sehen.

Stv. Ministerpräsident *Fischer* führt aus, aus den Reden, die heute während des Abendessens gehalten worden seien, habe er geglaubt, entnehmen zu dürfen, daß es in diesem Kreise keinerlei Meinungsverschiedenheit gäbe über die Notwendigkeit der Schaffung der Einheit Deutschlands. Man wisse, daß das ganze deutsche Volk auf die Zusammenkunft der Verwaltungschefs der Länder und Provinzen schaue voller Hoffnung. Welches seien die Hoffnungen? Sie konzentrierten sich auf den einen Punkt: wie werde es mit der Zukunft unseres Vaterlandes? wie werde es mit der künftigen Gestaltung unseres deutschen Schicksals? wie werde es mit der Schaffung der Einheit Deutschlands? Das sei die Frage, die vor jedem Deutschen stehe, die in allen Zonen und Ländern diskutiert werde. Hier werde brennend auf eine Antwort vor allem von dieser Konferenz gehofft. Wenn man diese Frage ans Ende, und wenn auch als feierlichen Ausklang, stellen würde, werde dies, was man vermeiden wolle, eine leere politische Demonstration. Wenn er sich das Programm ansehe, gebe er Ministerpräsident Dr. Maier recht, daß dies zu sehr organisierte Demokratie sei. Über alle diese Punkte zu diskutieren, um darüber Resolutionen zu entwerfen, auch eine Münchener Deklaration zu schreiben, so seien dies alles nur Palliative, das Grundübel müsse angegriffen werden. Wie könne man die Erörterung der Ernährungsnot, der Not des Waldes, der Not der Wirtschaft auch nur ändern, wenn man nicht mutig angreife das Problem, das die Voraussetzung für die Veränderung jeglicher Not sei, nämlich das Problem der Schaffung der Einheit Deutschlands. Dies sei das Primäre. Wenn man nur an Teilfragen herangehe, heiße das nur, Illusionen erwecken und um das Problem selbst herumgehen. Wenn Ministerpräsident Dr. Ehard gesagt habe, was könnten die Ministerpräsidenten zu diesem Punkte tun, so gebe er zu, daß sie nicht sehr viel tun könnten. Sie könnten aber eines tun, nämlich ganz offen und zu allererst sagen, daß wir so viel wie gar nichts tun könnten, wenn nicht die Voraussetzung geschaffen sei, durch Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Einheit. Deshalb bitte er, diese Frage als primärste Frage, als 1. Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und dies dem Volke offen zu sagen. Das erwarte das Volk von uns, deshalb wolle er den Antrag von Ministerpräsident Höcker unterstützen.

Ministerpräsident *Lüdemann* erklärt, er stimme mit Ministerpräsident Dr. Maier überein, daß die Tagesordnung zu sehr aufgeteilt sei. Es sei dabei erreicht worden, daß man 14 Programmpunkte habe und daß die Flüchtlingsfrage dabei an 11. Stelle geraten sei. Er glaube nicht, daß eine solche Tagesordnung verstanden werde. Die Vertreter der britischen Zone seien übereingekommen, daß die Tagesordnung heißen müsse:

1. Ernährungsnot
2. Wirtschaftsnot
3. Flüchtlingsnot

Dabei könne man Unterabteilungen machen, aber er glaube, daß es so gemacht werden müsse.

Nun sei da viel gesprochen worden über die deutsche Einheit. Er möchte meinen, daß das Zustandekommen dieser Konferenz schon ein Bekenntnis zur Einheit der Deutschen sei. Er möchte auch meinen, daß die Beratungen dazu führen würden, daß bei jedem Punkt immer wieder durchklingen werde, daß man eine Einheit Deutschlands brauche. Er könnte sich jedenfalls eine Lösung der Ernährungsnot, der Flüchtlingsnot usw. nicht vorstellen, ohne daß man dabei zur Einheit Deutschlands Stellung nehme. Wenn hier von den Vertretern der Ostzone von der Einheit Deutschlands gesprochen werde, so könne er sich damit nicht so ohne weiteres befreunden. Der Weg, der hier gezeigt worden sei, scheine ihm doch wenig gangbar zu sein. Die Herren von der Ostzone sprächen von einem Zusammengehen der politischen Parteien. Er wisse nicht, ob sie sich das richtig durchgedacht hätten. Es würden dadurch doch selbstverständlich gegensätzliche Meinungen herausgefordert. Er müßte für seine Partei dabei darauf

hinweisen, daß zunächst einmal alle großen Parteien überall müßten arbeiten können, vor allem die sozialdemokratische Partei. Über diese Frage könne man sich auf der morgigen Konferenz nicht einigen. Es komme auch dazu, daß die Ministerpräsidenten dafür gar nicht zuständig seien. Man könne nicht die Aufgaben der Parteien übernehmen und könne diesen auch nicht etwas auftragen. Er habe schon erwähnt, daß man bei allen Fragen der Tagesordnung nicht umhin könne, zur Einheit Deutschlands zu sprechen. Er würde es für richtig halten, wenn zu jedem Punkt das Notwendigste zur Einheit Deutschlands gesagt werde, und daß am Schluß Ministerpräsident Dr. Ehard zusammenfasse, daß bei jeder Gelegenheit für die Einheit Deutschlands gesprochen worden sei, und daß er dies ausdrücklich zusammenfasse.

Ministerpräsident Dr. *Boden* führt aus, er wolle Gesagtes nicht wiederholen. Zwei Meinungen stünden sich gegenüber. Die eine bezeichne als primär die Frage der politischen Einheit Deutschlands, die andere sehe die Ernährung, die Wirtschaft, die Flüchtlingsfrage als das Wichtigste an. Er stehe rückhaltslos zu dem, was Ministerpräsident Dr. Ehard in weit ausgreifender Begründung zu dem Letzteren gesagt habe, und er wolle sich, was die politischen Fragen anlange, auf das beschränken, was schon von Ministerpräsident Kopf gesagt worden sei, daß nämlich der Leiter der Verhandlungen es morgen in der Hand habe, in seiner Begrüßungsansprache auf die Frage der politischen Einheit Deutschlands zu kommen. Er dürfe dazu wohl auch im Namen seiner Kollegen aus der französischen Zone ausdrücklich bemerken, daß sie nur die Genehmigung zur Teilnahme erhalten hätten, um die wirtschaftlichen Fragen zu erörtern. Durch eine Debatte über die anderen Fragen würden sie in eine schwierige Lage gebracht. Trotzdem oder gerade deshalb würden sie es begrüßen, wenn diese seine Meinung so berührende Frage durch Ministerpräsident Dr. Ehard in einer Form erledigt werde, die eine Debatte überflüssig mache.

Senatspräsident *Kaisen* erklärt, daß man nun die Ansichten gehört habe. Er frage, ob man sich nicht auf folgender Basis einigen könne, daß nach der Ansprache des Ministerpräsidenten Dr. Ehard je ein Sprecher der einzelnen Zonen über die Sorgen und Wünsche ihrer Zonen sich äußere. Diskutiert solle aber nicht werden. Dann solle man in die Tagesordnung eintreten. Nachher, bei den verschiedenen Resolutionen habe man die Möglichkeit, auf besondere Wünsche Rücksicht zu nehmen. Es werde niemand der Mund verbunden. Jeder könne reden und man sei über diese Schwierigkeiten hinweg. Anders wäre es, wenn man über politische Fragen in die Debatte eintreten müsse. Man solle sich davon fernhalten, die Parteien hereinzuziehen. Man könne empfehlen, daß beim Kontrollrat deutsche Organe geschaffen werden, die gehört werden müßten. Man könne auch empfehlen, den Wirtschaftsrat auszudehnen auf alle 4 Zonen. Er wisse nicht, wie weit die Herren der Ostzone darauf eingehen würden, auf dem Rechtsweg des Ausbaues der bestehenden Verwaltungsorgane zu einheitlichen Verwaltungsstellen zu kommen<sup>216</sup>. Seiner Meinung nach gebe es aber nur diese zwei Wege.

Ministerpräsident Dr. *Paul* führt aus, er sei in einen Kreis von Demokraten gegangen. Er überlasse es dem Urteil der Anwesenden, ob eine Schuld bei ihnen (den Vertretern der Sowjet-Zone) liege oder nicht, da sie erst heute gekommen seien. Nun hätten sie eine Tagesordnung von 14 Punkten vorgefunden. Er spreche für die ganze russische Zone, für 20 Millionen Menschen und stelle den Antrag, einen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Nun sollten diese 20 Millionen Menschen nicht zu Wort kommen. Er frage, sei das Demokratie? Er frage, welche Stellung nähmen sie als Ministerpräsidenten der Ostzone auf dieser Konferenz ein? Die anderen hätten Themen, Ausschüsse, und sie sollten nicht einmal gehört werden. Er sei zu einer einzigen Konzeption bereit, sonst müsse er Schlüsse ziehen: Nach der Ansprache des Ministerpräsi-

<sup>216</sup> Handschr., i. O.: ernennen.

denten Dr. Ehard sollten Vertretern jeder Zone Gelegenheit gegeben werden, über den Begriff der künftigen Einheit Deutschlands zu sprechen. Man solle es ihnen überlassen – und er glaube, dafür Gewähr bieten zu können, daß es nicht das werde, was man hier erwarte, eine politische Demonstration.

Ministerpräsident Dr. Ehard erwidert, er glaube, wenn er die Diskussion richtig verstanden habe, sei nicht gewollt, daß dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung komme. Es werde nur nicht gewünscht, daß er in dieser Form auf die Tagesordnung komme. Daß er irgendwie im Zusammenhang mit anderen Dingen erörtert werden könne, darüber sei kein Zweifel gelassen worden. Es sei angeregt, daß am Schluß seiner Begrüßungsworte eine Aussprache stattfinde. Wenn hier nun die Ostzone komme, habe man die Notwendigkeit, daß auch die anderen Zonen zu dieser Frage das Wort ergreifen. Dann hätten wir das, was wir nicht wollten, daß wir nämlich als zonenzerzerrissene Ministerpräsidenten auftreten. Könne man denn das nicht vermeiden und sich lieber auf eine Tagesordnung einigen, und zwar auf eine sachliche Tagesordnung? Das übrige könne man doch in der Diskussion über die einzelnen Themen und bei den Resolutionen berücksichtigen, während durch eine politische Demonstration nur die Zerreißung in Zonen betont würde. Es könne bei den einzelnen Themen zur Einheit Deutschlands gesprochen werden, und er werde dieses Ergebnis dann zusammenfassen. Er glaube, daß dieser Weg der richtige sei.

Bürgermeister Brauer erklärt, er nehme den Vorwurf, daß man es mit der Demokratie nicht ernst nehme, sehr ernst. Wie sei es aber tatsächlich? Man berate und entscheide darüber, wie die Tagesordnung aussehen werde, und zwar durch Mehrheitsbeschluß. Es sei schon betont worden, daß der Punkt der deutschen Einheit nicht einfach negiert werden solle, daß er am Anfang und Ende stehen solle. Er glaube, daß man mehr nicht tun solle und auch nicht tun könne. Etwas Eindruck hätten doch auch die Ausführungen des Vertreters der französischen Zone machen müssen. Dann sei noch die Frage, ob jeder Ministerpräsident im Anschluß an die Erklärung des Präsidenten der Konferenz eine Rede halten solle. Er wisse nicht, wie man dann das Programm erledigen solle. Wenn man die deutsche Einheit demonstrieren wolle, dann müsse dies ein Sprecher am Anfang tun, alles andere heiße die Einheit zerreden. Er bitte dringend, davon abzusehen, in Erwägung zu ziehen, an die Ausführungen des Leiters der Konferenz jedem Ministerpräsidenten Gelegenheit zu geben, sich seine Sorgen vom Hals zu reden. Wohin komme man, wenn jeder von seinen Nöten erzähle; er könne allein einen ganzen Vormittag und Nachmittag von den Nöten Hamburgs erzählen. Wenn behauptet werde, es handle sich um eine organisierte Tagesordnung, so müsse er demgegenüber sagen, daß man es anders gar nicht machen könne. Die Auffassung, daß die einzelnen zu Worte kommen müßten, sei vollkommen richtig, nur müsse dies im gegebenen Augenblick und zu den gegebenen Punkten geschehen; es werde niemand ein Maulkorb angelegt werden. Er bitte, doch zuzustimmen, daß man es bei dem Vorschlag der vorläufigen Tagesordnung belasse und eintrete in die unmittelbare Beratung der deutschen Not und sich<sup>217</sup> rechtzeitig morgen schlüssig würde, wie in den Unterausschüssen die Resolutionen formuliert werden sollen. An den Schluß müsse dann das Bekenntnis zur demokratischen Einheit gestellt werden.

Ministerpräsident Dr. Ehard wirft ein, daß er dazu sachlich sagen wolle, daß er das am Schluß seiner Rede sagen wollte, außerdem werde dies in den Resolutionen zum Ausdruck gebracht werden.

Ministerpräsident Höcker führt aus, daß er nochmals bitte, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Sie (die Vertreter der Sowjetzone) wollten bei der Beratung dieses Punktes der Tagesordnung ausgehen von der Not des deutschen Volkes und begründen,

<sup>217</sup> Handschr., i. O.: uns.



worin die Ursache dieser Not lägen und aufzeigen, daß es notwendig sei, zu dem Schluß zu kommen, daß die Einheit Deutschlands erforderlich sei. Das könne man aber nicht am Schluß der Tagung und nicht so nebenbei machen. Auch aus anderen Gründen scheine es ihnen notwendig, diese Frage der deutschen Einheit zu besprechen. Gerade die Vertreter der französischen Zone würden dies verstehen. Man könne bei dieser Frage ganz vorsichtig operieren, aber nach ihrer Überzeugung müsse diese Frage als primäre gestellt werden. Er müsse also die Frage stellen, ob Einverständnis damit bestehe, daß man, wenn der Punkt für die Tagesordnung abgelehnt werde, einen Vertreter der Ostzone nach der Rede des Ministerpräsidenten Dr. Ehard zu dieser Frage sprechen lasse.

Ministerpräsident Dr. Maier führt aus, die Schwierigkeit der Lage sei doch darin begründet, wenn man die Erklärungen der Herren der Westzone mitangehört habe, mit denen man rein nachbarschaftlich sehr bekannt und durch die Entwicklungen der letzten Tage besonders verbunden sei, und wenn man die Erklärungen der Herren der Ostzone mitanhöre, und wenn man sich seine eigene Meinung bilde, daß unter politischer und wirtschaftlicher Einheit sehr Verschiedenes verstanden werde. Er glaube, man dürfe morgen nicht den Fehler begehen, daß man, indem man sich auf einen ganz bestimmten Einheitsbegriff festlege, diese Konferenz als solche gefährde. Das habe die zwingend logische Folge, daß die einzelnen Herren darüber reden dürften und das sagen, was sie bewege, und deshalb sei er dafür, daß sie<sup>218</sup> auf die Rede von Ministerpräsident Dr. Ehard entweder am morgigen Tag oder aufgebaut auf die Referate der deutschen Einheit in einem gewissen crescendo ihre Erklärungen am Samstag abgeben sollten. Darüber könne man verschiedener Ansicht sein, wie man das machen solle. Dann glaube er, daß die Herren der britischen und amerikanischen Zone direkt die Verpflichtung hätten, nachdem in dieser Woche das Statut über den Wirtschaftsrat erlassen worden sei, zu sagen, diese Zentralinstanzen seien das Minimum, das wir für ganz Deutschland bräuchten. Man solle sich auch im klaren sein, daß, wenn die materiellen Voraussetzungen nicht vorlägen, auch mit dem Wirtschaftsrat die Dinge in der britischen und amerikanischen Zone nicht gemeistert werden könnten. Zu diesem Punkte müsse man unbedingt etwas sagen, schon damit man nicht die Verantwortung übernehme. Dadurch, daß nun der Wirtschaftsrat geboren sei, sei nicht alle Not und alles Elend beseitigt. Das Minimum sei vielmehr, daß wirtschaftliche Zentralinstanzen für ganz Deutschland geschaffen werden müßten im Sinne der Potsdamer Beschlüsse. Er halte den Moment für gekommen, daß man sich über die Tagesordnung verständigen könne. Nach der Erklärung von Ministerpräsident Dr. Ehard sollten Darlegungen über die drei verschiedenartigen Nöte kommen, über die Ernährungsnot, Wirtschaftsnot und Flüchtlingsnot. Am Samstag solle man zu einer Zusammenfassung aller dieser Dinge kommen, wo jeder einzelne das sage, was ihm besonders am Herzen liege und jeder seine Ansicht äußern könne. Bei der verschiedenartigen Auffassung der Besatzungsmächte könne man nicht so weit kommen, daß man sich zu einer Einheitlichkeit zusammenfinden könne, wenn wir die Klugheit walten ließen.

Ministerpräsident Dr. Ehard fragt, ob man also meine, die Tagesordnung mit gewissen Modulationen ablaufen zu lassen und im Anschluß an die einzelnen Referate die einzelnen Ministerpräsidenten ihre Meinung sagen lassen solle. An die Vertreter der Ostzone gewandt, fährt er fort, wenn er sie richtig verstanden habe, hätten sie den Antrag gestellt, die Bildung einer Zentralverwaltung durch die Parteien und Gewerkschaften zu schaffen.

Ministerpräsident Dr. Paul erwidert, wenn dieser Antrag abgelehnt werde, nämlich daß sie darüber sprechen könnten, daß sie den Standpunkt verträten, sie begrüßten

<sup>218</sup> Handschr., i. O.: man.

außerordentlich das Zusammentreten der Ministerpräsidenten als ersten Schritt zur Einheit, darüber hinaus den Standpunkt, daß entscheidender Träger für den Aufbau Deutschlands und zur Lösung der Not das Volk in seiner Gesamtheit, repräsentiert durch die Parteien und Gewerkschaften, sei<sup>219</sup>, ferner, daß eine Entschliebung – nicht mehr – gefaßt werden solle, wobei nicht über den Staat als solchen, der entstehe, diskutiert werden solle, sondern nur eine Empfehlung von den Ministerpräsidenten in Betracht komme, die an die Parteien und Gewerkschaften gerichtet sei, daß sie (die Min.Präsidenten)<sup>220</sup> in Erkenntnis der Notlage des Volkes es für geboten hielten, daß die Parteien sich zwecks Bildung einer zentralen Verwaltung zusammensetzten; mehr verlangten sie nicht und könnten sie nicht verlangen. Das, was hier im Rahmen der Debatte hereingebracht worden sei, sei nicht Inhalt dessen, was sie vorschlugen. Sie wollten keine Zentralverwaltung einsetzen lassen, auch kein Statut erlassen. Sie wollten auch nicht sagen, was sie unter dem zukünftigen Aufbau Deutschlands verstünden. Gewiß schwebte ihnen eine Art Weimarer Verfassung und nicht ein Staatenbund vor, aber keiner der Konferenzteilnehmer dürfe bei ihnen eine hundertprozentige Taktlosigkeit voraussetzen, auch wenn sie aus der russischen Zone kämen.

Ministerpräsident Dr. Ehard bittet, doch nicht diese Schärfe und persönlichen Angriffe in die Diskussion hineinzubringen. Dies sei bisher von keiner Seite geschehen.

Ministerpräsident Dr. Paul erwidert, dies habe darin seinen Grund, daß sie seit 3 Wochen immer nur ein Nein hörten. Er halte es daher für geboten, daß er sich mit den anderen Vertretern der Ostzone kurz zurückziehe.

Daraufhin ziehen sich die Vertreter der Ostzone zur internen Besprechung in einen Nebenraum zurück.

Ministerpräsident Lüdemann schlägt vor, den Vertretern der Sowjetzone einen Boten nachzuschicken, der sie ersuchen solle, auch darüber nachzudenken, wie sie mit der Beseitigung der Zonengrenzen beginnen könnten.

Ministerpräsident Stock meint, so komme man nicht weiter. Es sei nötig, schnell zu überprüfen, welche Tagesordnungspunkte überhaupt nicht behandelt werden sollen, und wie man die Themata auf 3 oder 4 Hauptpunkte zusammenlegen könne. Im übrigen solle jeder Referent seine Entschliebung vorlegen, woraus man den Inhalt der Rede und ihren Extrakt erkennen könne.

Das sei erforderlich, ehe man in eine Aussprache eintreten könne, die in der Öffentlichkeit statfinde. Er mache darauf aufmerksam, daß man politische Auseinandersetzungen dort nicht brauchen könne.

Ministerpräsident Dr. Ehard bittet sodann Ministerialdirektor Dr. Seelos, sich zur Tagesordnung weiter zu äußern.

Ministerialdirektor Dr. Seelos führt aus, daß dann Diskussionen über die Ernährungsnot, die Wirtschaftsnot und die Flüchtlingsnot folgen sollten. Man habe der Flüchtlingsnot die längste Zeit eingeräumt; dies gehe aus der Tagesordnung hervor. Im übrigen bemerke er zur Tagesordnung Punkt I, Kriesgefangenenfrage, es solle nur eine bereits vorbereitete Entschliebung durch Senatspräsident Kaisen verlesen werden.

Senatspräsident Kaisen bemerkt hierzu, daß in dieser Entschliebung ein Punkt sei, den er noch besprechen müsse.

<sup>219</sup> Eine 1½ Zeilen-Lücke erklärt sich offensichtlich daraus, daß Paul in diesem Moment mit der Faust auf den Tisch geschlagen u. u. a. erklärt hat, er sei kein „Sandsack mit Ohren“ (Vgl. auch Pauls eigene Schilderung in: Vor Zehn Jahren, siehe Anm. 132). Paul trug sein Verlangen mit großer Schärfe u. Lautstärke und in einer persönlich aggressiven Form vor. (So übereinstimmend die Aussagen der Konferenzteilnehmer, Paul gesteht dies zu; Gespräch mit d. Vf. am 23. 12. 1974).

<sup>220</sup> Handschriftlich eingefügt.

Ministerpräsident *Lüdemann* erklärt, dies sei jetzt nicht so wichtig. Man müsse jetzt besprechen, wie man sich zu dem eigenartig geschlossenen Vorgehen der Herren aus der Ostzone verhalten solle.

Ministerpräsident Dr. *Boden* führt aus, jetzt, wo der Exodus aus der russischen Zone erfolgt sei, könne er ganz klar sagen, worum es gehe. Zunächst müsse er Ministerpräsident Höcker dafür danken, daß er für die Situation der französischen Zone Verständnis gehabt habe. Dagegen könne er nicht mit der von Ministerpräsident Paul vorgeschlagenen Form einverstanden sein. Er bitte, doch folgendes zu erwägen:

Wenn nach den Worten von Ministerpräsident Dr. Ehard von jeder Zone auch nur ein Vertreter sprechen sollte, könne sich aus der französischen Zone niemand beteiligen. Jeder werde sich aber dann die Frage vorlegen, warum die französische Zone sich nicht äußere. Man werde dadurch von vornherein aller Welt deutlich deklarieren, daß keine Übereinstimmung herrsche. Er bitte, seine Worte nicht mißzuverstehen. Sie dächten das Gleiche; man müsse aber auch dafür Verständnis haben, daß sie sich an die Vorschriften ihrer Besatzungsmacht zu halten hätten. Wenn die Art von Ministerpräsident Dr. Paul auch nur in die Öffentlichkeit komme, müßten sie befürchten, daß sie telegrafisch abberufen würden. Sie hätten die Genehmigung zur Teilnahme nur zur Erörterung der wirtschaftlichen Fragen bekommen; er sehe auch nicht ein, was die Herren der russischen Zone wollten, ihre Anträge könnten doch bei jedem Punkt der Tagesordnung berücksichtigt werden, zumal bei dem Lüdemannschen Vorschlag, daß man sich auf drei Hauptpunkte beschränken solle. Schon beim ersten Punkt, der Ernährungsnot, könne dies gesagt werden. Man könne keinem der Debattenredner den Mund verbieten. Schon bei der Ernährungsnot könne also der Gedanke der Einheit hervorgehoben werden. Dann seien sie nicht betroffen, aber sobald er als besonderer Punkt auf die Tagesordnung komme oder sobald die Delegationsvertreter zonenmäßig zu Worte kämen, seien sie gehandikapt [sic!], und das könne sich nur ungünstig auswirken. Er bitte, daß man geschlossen dagegen auftrete.

Ministerpräsident *Lüdemann* erklärt, das hätte er den Vertretern der Sowjetzone sagen sollen.

Ministerpräsident Dr. *Boden* erwidert, er habe das sagen wollen, diese seien aber vorher weggegangen.

Ministerpräsident Dr. *Ehard* bemerkt, er habe dies alles vorausgesehen, wenn man sich nicht nüchtern und sachlich auf das Programm beschränke, das sich sehr wohl verwirklichen lasse. Die Zusammenfassung in 3 Hauptthemen lasse sich sofort machen, wenn man die Themen zusammenziehe; es seien ja gar keine so großen Punkte.

Ministerpräsident Dr. *Maier* erklärt, das Programm mache tatsächlich den Eindruck, als ob die Dinge in ein bestimmtes Schema gepreßt werden sollten. Ihm wäre es lieber, wenn morgen ein Wort falle, das eine Dissonanz ergebe, aber er sei gegen eine solche Kästchendemokratie.

Ministerpräsident Dr. *Ehard* erwidert, daß man doch eine bestimmte Aufteilung der Themen brauche. Es könne dabei doch jeder sagen, was er dazu sagen wolle. Er habe die Erfahrung gemacht, daß eine Diskussion, die über eine bestimmte Zeit hinausgehe, sich bloß wiederhole. Bei der Diskussion könne jeder etwas besonderes aufzeigen, aber man könne doch nicht immer so frisch-fröhlich drauf losgehen. Es sei kein Zufall, daß der Herr Vertreter der französischen Zone auf die Gefahren hinweise, die sich ergeben könnten. Die Gefahren seien zwar für die Vertreter der britischen und amerikanischen Zone nicht so groß, aber sie bestünden vielleicht auch für sie.

Frau Oberbürgermeister *Schroeder* bemerkt: Auch die Vertreter der Sowjetzone hätten einen Herrn zu den Vorbesprechungen schicken können.

Ministerpräsident *Kopf* kommt auf den Vorschlag zurück, den er zuerst gemacht habe. Könne man sich denn nicht auf eine Resolution über die Einheit Deutschlands

einigen, die Dr. Ehard bekanntgeben könne, und dann könne man so verfahren, wie Ministerpräsident Dr. Boden vorgeschlagen habe.

Ministerpräsident Dr. Ehard erklärt sodann, daß er am Schluß seiner Rede folgendes vorgesehen habe: „Vor allen Beratungen und Erwägungen aber wollen wir gemeinsam das Bekenntnis ablegen, in welchem sich die Herzensüberzeugung und die glühende Sehnsucht aller Teile Deutschlands zu Worten formen: Alle deutschen Länder sollen untrennbar verbunden sein, und gemeinsam wollen wir den Weg bauen für eine bessere Zukunft des deutschen Volkes.“

Staatsrat Dr. Schmid möchte den Standpunkt der Vertreter der französischen Zone präzisieren. Bei der Gefährlichkeit handle es sich nicht darum, daß ein solcher Verlauf der Konferenz ihre persönliche Sicherheit gefährden würde. Wenn dies der Fall wäre, würden sie das auf sich nehmen. Ein solcher Verlauf wäre gefährlich dafür, daß die französische Zone überhaupt nicht mehr an einer solchen Konferenz teilnehmen könne. Es würde ein für allemal ein absolutes Veto der französischen Militärregierung erfolgen, und das würde bedeuten, daß die Länder der französischen Zone für eine sehr lange Zeit von allen gesamtdeutschen Dingen ausgeschlossen würden. Das sei der Grund, warum er sich dem Antrag des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz anschließen möchte. Die französische Zone habe es vielleicht am notwendigsten, so rasch als möglich einen Zusammenschluß herbeizuführen. In ihr sei die Not am brennendsten. Wenn er sich überspitzt ausdrücken dürfe, müsse er sagen, daß jede Steigerung des Verlaufs der Konferenz automatisch die Franzosen darin bestärken werde, ihre Zone überhaupt abzuschneiden.

Ministerpräsident Dr. Ehard bezeichnet dies als ganz klar. Wenn man wirklich etwas für die Einheit Deutschlands erreichen wolle, müsse man von Anfang an eine sehr starke Beschränkung üben und sehr sachlich<sup>221</sup> sein. Wenn man gleich mit einer politischen Demonstration ins Gesicht springe, dann reize man nur gewisse Widerstände der Besatzungsmächte. Das sei seine feste Überzeugung. Auf unser eigenes Volk machten sie aber gar keinen Eindruck.

Staatspräsident Wohleb tritt ebenfalls dafür ein, sich unbedingt auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen. Unser Volk sei ohnehin übersättigt mit deklamatorischen Demonstrationen. Er verstehe nicht, daß man alle Verantwortung an die Parteien abgeben solle. Die Ministerpräsidenten seien doch selber Vertreter der Partei. Weiterhin müsse man sich darüber klar sein, ob man das Einigende oder das Trennende in den Vordergrund stellen wolle. Wenn man so das Trennende in den Vordergrund stelle, gebe man den Besatzungsmächten nur Mittel in die Hand, zu erklären, daß das deutsche Volk sich nicht selbst regieren könne. Es habe gar keinen Sinn, daß wir eine Deklamation machen. Er als Vertreter des badischen Volkes sei der Auffassung, daß das Grundübel keineswegs in einer formalen Organisation liegen könne. Einheit sei ein Begriff, über den man sich selbst erst klarwerden müsse. Für das badische Volk bedeute es jedenfalls nicht das, was die Herren der Ostzone darunter verstünden. Es habe keinen Sinn, diesen Gegensatz verkleinern zu wollen. Wenn man ihn unbedingt in den Vordergrund stellen wolle, dann hätten die Besatzungsmächte recht, wenn sie sagten, daß wir unser Schicksal nicht selbst meistern können.

Ministerpräsident Dr. Ehard erklärt, man habe auch erwogen, ob seine Begrüßungsworte eine Fanfare sein sollten oder ob sie nüchtern sein sollten. Er sei der Auffassung, es könne nur der letztere Weg der richtige sein. Man müsse sachlich sein. Es ergebe sich ja bei der einen oder anderen Gelegenheit die Möglichkeit, eine Kritik zu üben. Man strebe doch an, daß wir an Friedensverhandlungen oder ähnlichen beteiligt werden. Wenn man gleich bei der ersten Zusammenkunft mit einer solchen Sache

<sup>221</sup> Handschr., i. O.: rechtlich.



komme, dann würden die Leute sagen, das seien ja lauter leere Demonstrationen. Man mache ja gar keinen Versuch zu etwas Positivem.

Hier wird Ministerpräsident Dr. Ehard durch Ministerpräsident Dr. Hübener zu den Vertretern der Ostzone gebeten. In den Verhandlungen tritt eine *Pause* ein<sup>222</sup>.

Nach der Rückkehr des Min.Präs. Dr. Ehard<sup>223</sup> fährt Ministerialdirektor Dr. Seelos in seinem Bericht über das Programm fort und weist darauf hin, daß man das Programm

<sup>222</sup> Die Pause dauerte etwa 20 Minuten. Es steht nunmehr fest, daß diese sog. 20-Minuten-Besprechung, die Ehard mit den Vertretern aus der Ostzone geführt hat, nicht protokolliert worden ist (Auskunft d. Bayer. Staatskanzlei v. 23. 7. 1974 u. 6. 8. 1974 u. Bestätigung durch Ministerpräsident a. D. Dr. H. Ehard).

Angesichts der Bedeutung dieses Gesprächs überrascht es nicht, daß Paul das Scheitern der nächtlichen Sitzung zu einem großen Teil im Ergebnis dieses Gesprächs begründet sieht. Er selbst erklärte am 6. Juni 1947 über Radio Leipzig: „Um nichts unversucht zu lassen, zogen wir uns zurück und baten Dr. Ehard im Sinne einer vermittelnden Besprechung zu uns. Er blieb beharrlich bei seinen Ablehnungen und erklärte uns auf unsere weitere Frage, ob wir wenigstens am ersten Sitzungstage eine schriftlich formulierte Erklärung abgeben könnten, daß er auch das ablehnen müsse.“ (Text in Bayer. StK, 0106.)

Im Jahre 1968 erinnerte er sich außerdem, er habe Ehard sogar vorgeschlagen, mit ihm gemeinsam die Erklärung der Ostzonenvertreter aufzusetzen, um ja „jeden falschen Zungenschlag“ zu vermeiden. Auch darauf sei Ehard nicht eingegangen. (Dr. Paul am 9. 10. 1968 zu W. Grünwald, zit. bei Grünwald, a. a. O., S. 236; Paul wiederholte diese Darstellung im Gespräch mit d. Vf.)

Auch Ehard äußerte sich unmittelbar nach Konferenzende zu diesem Gespräch. In der Pressekonferenz am Sonntag, dem 8. 6. 1947, fragte ihn der Vertreter des Berliner „Morgen“: „Was haben Sie mit den Herren der Ostzone in Ihrer 20-Minuten-Besprechung in der Nacht von Donnerstag auf Freitag besprochen?“ (Konferenznachricht, a. a. O., S. 27.) Ehard antwortete: „Ich bin nur gefragt worden nach dem Zweck der Konferenz, und man hat mich zu überzeugen versucht, daß man diesen Zweck ändern könne. Ich war der Meinung, daß man ihn nicht ändern soll. Aus.“ (Ebd., S. 30. Diese Antwort wird auch bei Grünwald, a. a. O., S. 236, zitiert; interessanterweise fehlt aber das Wort „nur“; damit bekommt die Antwort zweifelsohne einen anderen Zungenschlag.)

Nunmehr hat sich Dr. Ehard ausführlich über dieses Gespräch geäußert. (Im Gespräch mit d. Vf. am 6. 8. 1974.) Demnach haben die vier Vertreter aus der Ostzone in der Tat lediglich nach dem Zweck der Konferenz gefragt, Dr. Ehard habe in kurzer Form noch einmal die schon vorgebrachten Argumente wiederholt, wobei er nun noch besonders auf die Schwierigkeiten der Vertreter aus der französischen Zone hingewiesen habe. Es sei entscheidend, daß diese Konferenz allein dadurch, daß sie mit Vertretern aus allen vier Zonen stattfände, zu einem Symbol werde. Sie müßten weiter an der Konferenz teilnehmen. Er habe sich bereit erklärt, an einer alsbald nach Berlin einzuberufenen Konferenz in größerem Rahmen teilzunehmen. Die Ostzonenvertreter hätten ausweichend geantwortet. Noch am wenigsten konziliant sei Dr. Paul gewesen. Von einer gemeinsam mit ihm aufzusetzenden Erklärung als Kompromiß sei nur in dem Sinne die Rede gewesen, daß sie inhaltlich der von den Ostzonenvertretern gewünschten, von sämtlichen Ministerpräsidenten unterzeichneten Empfehlung an die Parteien und Gewerkschaften entsprechen müsse.

Noch während der Ausführungen Ehards sei der Ministerpräsident der Mark Brandenburg, Dr. Steinhoff, eingetroffen und habe gefragt, ob der Antrag auf der Tagesordnung stehe. Dr. Ehard habe eine ausweichende Antwort gegeben und sei dann in den Konferenzsaal zurückgegangen, wo er mit einer Geste deutlich gemacht habe, daß noch nichts entschieden sei.

<sup>223</sup> Handschr., i. O.: Nach der Pause.

auf die drei Punkte Ernährungsnot, Wirtschaftsnot und Flüchtlingsnot zusammenziehen könne. Bei der Entnazifizierung sei es fraglich, ob ein Referat gehalten werden solle oder ob nur eine Entschließung ergehen solle.

Bürgermeister *Brauer* spricht sich dafür aus, daß nur eine Resolution ergehen solle. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Hierauf kehren die Vertreter der Sowjetzone zurück, mit ihnen auch der Ministerpräsident der Mark Brandenburg, Dr. *Steinhoff*, der inzwischen eingetroffen war.

Ministerpräsident Dr. *Steinhoff* erklärt, er sei später erschienen, habe die Debatte nicht genau verfolgen können und habe sich darüber erst berichten lassen müssen. Die Vertreter der Sowjetzone hätten einen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen gewünscht, der ja bekannt sei. Weil sie den Inhalt dieses Antrags für einen entscheidenden hielten und zwar als entscheidenden Ausgangspunkt für die Erörterung aller Fragen, die mit der deutschen Not, und zwar sowohl der politischen wie der wirtschaftlichen, zusammenhängen, hätten sie gebeten, diesen Punkt als ersten der Tagesordnung erörtern zu dürfen. Er glaube nicht, daß das Verlangen, einen Punkt, den eine Delegation als entscheidend ansehe, an entsprechender Stelle der Tagesordnung erörtern zu dürfen, unbescheiden genannt werden könne. Es solle niemand hier irgendeine Meinung aufgezwungen werden. Es solle nach demokratischen Prinzipien seine Meinung vertreten werden können. Sie könnten aber absolut nicht einsehen, und man könne es vielleicht überhaupt nur verstehen, wenn man davon ausgehe, daß diese Konferenz schon mit ganz bestimmten vorgefaßten Entscheidungen einberufen worden sei, daß man um diesen Punkt herumgehe. Zu ihrem Bedauern hätten sie feststellen müssen, daß sämtliche Konferenzteilnehmer sich negativ geäußert hätten, was um so unbegreiflicher erscheine, als er nicht annehmen dürfe, daß in diesem Kreise irgend jemand vertreten sei, der nicht für die sofortige und, wenn möglich, noch heutige Bildung einer deutschen Zentralverwaltung, die selbstverständlich eine Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates mit dezentralisierter Selbstverwaltung beinhalte, eintrete. Es sei nicht seine Aufgabe, einen politischen und staatsrechtlichen Vortrag hier zu halten, weil jedes Wort sich selbst begründe. Er habe auch nicht die Motive zu untersuchen, welche die Delegationsmitglieder dazu geführt hätten, diesen Antrag abzulehnen. Wenn sie der Meinung seien, daß ohne diesen Punkt die Konferenz ein ersprießliches Ergebnis zum Wohle des deutschen Volkes – und das sei ja der ausgesprochene Sinn der Konferenz, wie sie im Telegramm von Ministerpräsident Dr. *Ehard* zum Ausdruck gekommen sei – nicht haben könne, sähen sie sich zu ihrem Bedauern gezwungen, eine Teilnahme an der weiteren Konferenz ablehnen zu müssen. Sie bedauerten dies aber um so mehr, als sie geglaubt hätten, in dem Antworttelegramm von Ministerpräsident Dr. *Ehard* einen Anhaltspunkt dafür ersehen zu können, daß bei der Besprechung der Tagesordnung am 5. Juni durch die Regierungschefs auch die Möglichkeit gegeben sei, auch über den Punkt 2 ihres Antworttelegramms sprechen zu können. Daß sie sich hierin getäuscht hätten, müsse er mit Bedauern feststellen und könne daher leider namens der 5 Vertreter der östlichen Zone keine andere Erklärung abgeben, als die, die er eben zu formulieren die Ehre gehabt habe.

Ministerpräsident Dr. *Ehard* erwidert, er müsse zunächst einmal eine Richtigstellung vornehmen. Er glaube, die Frage, ob dieser Punkt, der von den Herren der Ostzone gewünscht wurde, überhaupt erörtert werden solle oder nicht, sei durch die heutige Diskussion beantwortet worden. Er meine, man habe ihn ausgiebig erörtert. Wenn eine demokratische Erörterung einen Sinn habe, dann genüge eine solche ausführliche Erörterung und eine Beschlußfassung, die füglich durch Mehrheit zustande komme. Dann müsse er aber noch eines zurückweisen, nämlich die Behauptung oder den Verdacht, daß diese Konferenz mit vorgefaßten Entscheidungen einberufen sei. Dieser

Vorwurf richte sich gegen ihn persönlich. Er glaube, er habe keinen Anlaß gegeben, anzunehmen, daß seine Worte dazu daseien, seine Taten zu verhüllen. Er habe keine Hintergedanken gehabt und klar und eindeutig erklärt, warum er es für zweckmäßig und notwendig halte, eine solche Konferenz zustandezubringen. Er glaube auch, sagen zu müssen, was die Bemerkungen über die Motive der anderen Länder anbelange, daß die Motive bei jedem durch sachliche Erwägungen und nicht durch unsachliche oder persönliche Momente beeinflußt worden seien. Er wolle noch die Hoffnung aussprechen, daß die Herren ihren Entschluß noch ändern und daß sie nicht dieses sehr traurige Beispiel des Auseinanderfallens deutscher Verwaltungsstellen und deutscher Spitzenvertreter vor der Weltöffentlichkeit gäben. Er bitte um Mitteilung, ob hierzu noch das Wort gewünscht werde.

Nachdem sich niemand zu Wort meldet, verabschieden sich die Vertreter der Ostzone von Ministerpräsident Dr. Ehard und verlassen den Saal.

Ministerpräsident Dr. Ehard erklärt hierauf, daß dieser Vorfall die Spaltung Deutschlands bedeute.

Staatspräsident Wohleb stellt fest, daß die Vertreter der Sowjetzone es nicht für notwendig gehalten hätten, sich von den anderen Delegationschefs zu verabschieden.

Ministerpräsident Lüdemann äußert, was sich hier abgespielt habe, sei für die deutsche Entwicklung von sehr großer Bedeutung. Die Herren hätten von Anfang an gewußt, warum sie keine Sachbearbeiter mitgebracht hätten. Man müsse jetzt sofort ein Kommuniqué an die Presse geben, man dürfe nicht warten, daß diese Herren zuvorkommen. Man müsse dabei feststellen, daß noch gar keine Entscheidung über die Tagesordnung gefallen sei, als diese gegangen seien, und ferner, daß jeder der hier anwesenden Herren immer erklärt habe, daß die Einheit Deutschlands geschaffen werden müsse, daß es nur eine Frage sei, wie dies zu machen sei.

Bürgermeister Brauer gibt davon Kenntnis, was ihm ein Pressevertreter heute abend vorgelegt habe, nämlich einen aus den Fingern gesogenen Bericht über Umtriebe, die er gemacht haben solle, um die Konferenz zu sprengen.

Ministerpräsident Lüdemann setzt hinzu, vor dem Spatenhaus, dem Standquartier der Journalisten, habe jemand gesagt, Lüdemann und Kopf von der SPD wollten morgen die Konferenz sprengen.

Ministerpräsident Dr. Ehard erklärt, da er gewußt habe, daß Schwierigkeiten kämen, habe er die Herren der SPD aus den Westzonen eindringlich gebeten, entgegenzukommen. Er müsse anerkennen, daß sie dies sehr wohl getan hätten und man sich so zusammengesprochen habe, daß diese Schwierigkeiten vorläufig beseitigt gewesen seien. Nun hätten die Herren der Ostzone ein Ultimatum gestellt; die Herren aus der Westzone hätten das auch machen können. Er sei sehr dankbar, daß es nicht so gekommen sei. Er schlage weiter vor, die Tagesordnung erst fertigzumachen und dann das Kommuniqué für die Presse auszuarbeiten – und zwar in kleinerem Kreis.

Ministerialdirektor Dr. Seelos bemerkt, die Tagesordnung sei eigentlich schon fast festgelegt. Am Freitagvormittag solle über die Ernährungsnot gesprochen werden, am Nachmittag über die Wirtschaftsnot, am Samstag über Flüchtlingsfragen. Punkt 9 der vorläufigen Tagesordnung solle wegfallen und nur in Form einer Resolution gebracht werden.

Ministerpräsident Lüdemann wiederholt, daß die drei großen Fragen herausgestellt und die Spezialfragen nur als Unterartikel bezeichnet werden sollen.

Ministerialdirektor Dr. Seelos erwidert, das werde gemacht werden. Punkt 10, die Schaffung eines Besatzungsrechts, komme dann am Schluß. Zuletzt müßten die Beschlüsse angenommen werden; hierfür brauche man aber keinen besonderen Punkt der Tagesordnung. Das Programm laute also folgendermaßen:

- 1) Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden.

Ministerpräsident Dr. Ehard wirft hierzu folgende Frage auf: Er habe sich bis jetzt die Freiheit genommen, die Leitung zu haben, bitte aber um Äußerung, ob andere Wünsche bestünden.

Der Vorschlag von Bürgermeister Brauer, es so wie bisher zu belassen, wird einstimmig angenommen.

Ministerialdirektor Dr. Seelos fährt fort, es komme dann die Adresse an die deutschen Kriegsgefangenen.

Senatspräsident Kaisen verliest hierzu die von ihm ausgearbeitete Adresse. Er bemerkt hierzu, es frage sich, ob man jetzt noch eine Zentralstelle beim Kontrollrat fordern solle. Seiner Ansicht nach sei es ein sehr großer Fortschritt, wenn eine deutsche Zentralstelle geschaffen werde. Rechtlich liege die Sache in der Hand der Besatzungsmächte und zwar beim Kontrollrat. Direkt sei man<sup>224</sup> mit dem Kontrollrat aber nicht verbunden. Es sei dabei aber schon sehr viel gewonnen, wenn der Kontrollrat eine solche Zentralstelle anerkenne. Er wisse nicht, ob man das aber nach dem Ausscheiden der Vertreter der Sowjetzone noch tun könne.

Ministerpräsident Dr. Ehard meint, darauf brauche man gar keine Rücksicht zu nehmen.

Frau Stv. Oberbürgermeister Schroeder erwidert, der Kontrollrat werde dies bestimmt nicht genehmigen. Die Russen würden es jedenfalls hinauszögern. Sie schlage vor, den Kontrollrat nicht einzuschalten, sondern zu sagen: eine „deutsche Zentralstelle“.

Senatspräsident Kaisen meint, dann müßten wir bei den einzelnen Militärregierungen anfangen. Eine Verbindung mit dem Kontrollrat werde nicht mehr möglich sein. Man müsse die Erklärungen an die einzelnen Militärregierungen schicken; im übrigen sei eine Diskussion über diese Erklärung nicht mehr erforderlich.

Ministerialdirektor Dr. Wandersleb berichtet, er habe den ihm seit Jahrzehnten bekannten Ministerpräsidenten Dr. Hübener<sup>225</sup> hinunterbegleitet und ihn gefragt, ob gar nichts mehr zu retten sei. Dieser habe erwidert, daß er es den andern nicht verübeln könne, wenn nicht irgendwie eine Erklärung von den anderen Herren entgegengenommen werde, die man auch in die Resolution hineinflicken könnte. Im übrigen seien sie noch bis morgen im „Schottenhaml“<sup>226</sup>. Er habe sich dafür eingesetzt, daß sie überhaupt gekommen seien. Sie könnten nichts tun, ohne eine Erlaubnis zu erhalten. Es liege hier eine Parallele mit der französischen Besatzungsmacht vor. Er glaube, man solle die Hoffnung nicht ganz aufgeben und überlegen, ob man nicht irgendwie einen kleinen Auslauf geben könne.

Zusammen mit Regierungsdirektor v. Herwarth habe er sich weiter von Ministerpräsident Dr. Paul verabschiedet; dieser habe gesagt, sie seien doch nicht so taktlos, um die anderen in Schwierigkeiten zu bringen. Sie hätten sonst doch eine ganze Reihe Einzeldinge sagen können zur Ernährungsfrage, Wirtschaftsfrage usw., die eine propagandistische Wirkung gehabt hätten.

Er habe nun vorhin die Bedenken gegen den Kompromißvorschlag von Ministerpräsident Paul so verstanden, daß, wenn von den Vertretern der russischen Zone nach der Begrüßung durch Ministerpräsident Dr. Ehard eine Erklärung abgegeben werde, dies nicht schweigend hingenommen werden könne. Er glaube aber, man könne doch diese Sache auf ihren Brandherd beschränken, wenn man die Vertreter der Ostzone eine

<sup>224</sup> Handschr., i. O.: das.

<sup>225</sup> So war Wandersleb z. B. noch im Sommer 1945 nach Sachsen-Anhalt gereist, um unter Hübener einen Posten zu erhalten; er war dann jedoch wieder nach Westdeutschland zurückgekehrt.

<sup>226</sup> Das Quartier der Ostzonenvertreter.



politische Erklärung abgeben lasse, worauf dann die Vertreter der französischen Zone erklären könnten, daß sie zu politischen Fragen keine Stellung nehmen könnten. Die Vertreter der britischen und amerikanischen Zone brauchten dann überhaupt keine Erklärung dazu zu geben, und die Sache wäre dann als politischer Vorstoß erkannt. Es sei die Frage, ob man an diesem, letzten Endes rein politischen Punkt die ganze, große Konferenz scheitern lassen müsse und den Weg für künftig ganz versperren. Die russische Zone sei nicht so einheitlich eingestellt, wie es aussehe.

Bürgermeister *Brauer* erwidert, wir hätten die Angelegenheit zu Ende gebracht, sie sei eingehend besprochen worden. Jetzt müsse Schluß sein. Wenn die Vertreter der Sowjetzone ihren Standpunkt korrigierten, sollten sie kommen; daß man ihnen noch nachlaufe, gehe zu weit. Etwas Selbstachtung müsse man doch auch haben.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* stimmt dem zu. Er habe den Anwesenden aber diese Erklärung von Ministerialdirektor *Dr. Wandersleb* nicht vorenthalten wollen.

Staatspräsident *Wohleb* fragt, ob die heutige und die morgige Sitzung öffentlich oder vertraulich sei, ob Pressevertreter anwesend seien, und ob ein Kommuniqué herausgegeben werde.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erwidert, ob die heutige Sitzung vertraulich sei, hänge von einem Beschluß ab; Pressevertreter seien nicht anwesend. Über den Vorfall werde ein Kommuniqué herausgegeben werden. Die morgige Sitzung sei dagegen öffentlich.

Staatspräsident *Wohleb* fragt, ob nun die heutige Sitzung für streng vertraulich erklärt werde, damit sich die einzelnen Anwesenden bei etwaigen Presseanfragen hierauf berufen können und sollen.

Staatsminister *Dr. Pfeiffer* berichtet, die russischen Herren hätten Journalisten mit in ihr Hotel genommen.

Ministerpräsident *Lüdemann* empfiehlt, daß das, was Ministerpräsident *Dr. Ehard* über die deutsche Einheit sagen wolle, etwas intensiver und umfangreicher gestaltet werden solle, damit der Exodus der Vertreter der Sowjetzone pariert werde, und damit die objektive Presse berichten könne, daß man sich für die Einheit ausgesprochen habe und die anderen ins Unrecht gesetzt würden.

Ministerpräsident *Dr. Maier* fügt hinzu, es müsse auch zum Ausdruck gebracht werden, daß der Wirtschaftsrat der britisch-amerikanischen Zone nicht ausreiche, die Not des Winters einzudämmen, sondern daß etwas Ähnliches für ganz Deutschland geschaffen werden müsse. Es müsse weiter gesagt werden, daß auch der Anschluß der Ostzone nicht ausreichen würde, die Not des Volkes zu beheben, sondern daß wir trotzdem noch vor großen Schwierigkeiten stehen würden. Es müsse ferner zum Ausdruck kommen, daß die Vertreter der Ostzone gar nicht vor ein Nein gestellt worden seien, da ja über die Tagesordnung noch gar nicht abgestimmt gewesen sei.

Ministerpräsident *Lüdemann* schlägt aus Zeitersparnisgründen vor, daß zwei Herren eine Äußerung entwerfen sollten über das, was sachlich vorgegangen sei und was ergänzend und politisch dazu zu sagen sei. Dies müsse so schnell wie möglich an die Presse gegeben werden.

Senatspräsident *Kaisen* schlägt vor, daß auch Ministerpräsident *Dr. Ehard* bei der Eröffnung der Konferenz eine Erklärung über die Vorgänge abgeben solle. Es habe sich um ein Ultimatum eines Herrn gehandelt, der eben jetzt in die Konferenz gekommen war. Es habe den Eindruck, als ob die Herren ganz bestimmte Weisungen gehabt hätten, die sie befolgen müssen.

Ministerpräsident *Dr. Ehard* erklärt sich damit einverstanden, daß man zu dieser Sache etwas sagen müsse.

Ministerialdirektor *Dr. Seelos* fährt fort im Aufzählen der Programmpunkte: 2. Ernährungsnot, 3. Wirtschaftsnot, 4. Flüchtlingsnot.

Senatspräsident *Kaisen* schlägt vor, wenn die Sitzung nun als 3-Zonentagung (Zwi-

schenruf Frau Oberbürgermeister *Schroeder*: 4-Zonentagung! Berlin sei ja noch da.) stattfinden müsse, bei der Eröffnungsrede zum Ausdruck zu bringen, daß man trotz des Verhaltens dieser Herren aus der Sowjetzone der Meinung sei, daß man auch für die Deutschen dieser Zone mitspreche und auch auf deren Not Rücksicht nehme.

Ministerpräsident Dr. *Ehard* erklärt sich hiermit einverstanden.

Ministerpräsident *Lüdemann* schlägt vor, den Unterpunkt „Notlage des deutschen Waldes“ wegzulassen.

Ministerpräsident Dr. *Maier* unterstützt diesen Vorschlag. General Clay habe bei der letzten Besprechung diese ganze Sache mit einer Handbewegung abgetan und gesagt, die Sachverständigen hätten behauptet, der verstärkte Holzeinschlag könne noch 2–3 Jahre so weitergehen. Es handle sich wirklich nur um eine Spezialfrage, die im Rahmen des anderen Programms mit einigen Worten angedeutet werden könne.

Bürgermeister *Brauer* glaubt, daß diese Sache vielleicht bei der Wirtschaftsnot erörtert werden könne.

Ministerpräsident *Lüdemann* schlägt vor, diesen Punkt überhaupt zu streichen.

Hiermit herrscht allgemeines Einverständnis.

Ministerialdirektor Dr. *Seelos* fährt weiter, als Punkt 5 folge nun die Schaffung eines Besatzungsrechts und als Punkt 6 die Schlußansprache des Vorsitzenden. Die Adresse an die Deutschen, die durch das 3. Reich ihre Heimat verloren haben, erfordere keinen besonderen Tagesordnungs-Punkt.

Bürgermeister *Brauer* erklärt sich hiermit einverstanden. Sie könne als Resolution erscheinen.

Ministerialdirektor Dr. *Seelos* bemerkt hierzu, auch Punkt 13 der vorläufigen Tagesordnung müsse nicht ausdrücklich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Tagesordnung sei damit festgelegt.

Staatspräsident *Wohleb* fragt an, ob in den Begrüßungsworten auch der Toten des Krieges, der Kriegsoffer, der Hinterbliebenen und der Ausgebombten gedacht werde.

Frau Oberbürgermeister *Schroeder* ergänzt dies dahin, daß wohl auch die Opfer des Nationalsozialismus zu erwähnen seien.

Ministerpräsident *Lüdemann* verlangt eine Ergänzung bezüglich der Opfer der Heimatvertriebenen.

Ministerpräsident Dr. *Maier* wünscht eine Feststellung, daß Berlin nicht aufgegeben werde. Das werde unter den gegebenen Umständen von allen erwartet.

Ministerpräsident Dr. *Ehard* sichert zu, diesen Anregungen, soweit ihnen nicht ohnehin schon Rechnung getragen sei, zu entsprechen.

Stv. Ministerpräsident Dr. *Hoegner* hält gerade wegen des Weggangs der Vertreter der Ostzone eine solche Erklärung bezüglich Berlins für nötig.

Ministerpräsident Dr. *Ehard* kommt noch einmal auf seine Besprechung mit Ministerpräsident Dr. *Friedrichs* in Hof zu sprechen. Die Forderung von *Friedrichs* habe ganz anders gelautet. *Friedrichs* habe ihn veranlassen wollen, den Kreis der Teilnehmer zu erweitern. Es sollten alle Parteiführer und die Gewerkschaftsführer zugezogen werden. Er habe erwidert, dann müßten auch die Bauernverbände und ähnliche Organisationen eingeladen werden. Die Konferenz werde dadurch aber völlig verändert. Es ergebe sich ein absolut politisches Bild. Niemand wisse dann, wer die Führung haben solle, die Ministerpräsidenten oder die politischen Parteien. Es erfolge eine völlige Verwischung des Ganzen. Es sei keine politische Aufgabe, wenn man sich bemühe, die Not zu überbrücken. Dies sei eine typische Sache der Exekutive. Er wisse genau, daß die Einheit notwendig sei, könne sie aber nicht schaffen. Dazu seien die Ministerpräsidenten nicht berufen. Sie könnten nur darauf hinweisen.

Generalsekretär *Rossmann* erklärt, er habe mit allen Ministerpräsidenten der Ostzone verhandelt. Diese hätten alle auch grundsätzlich den Gedanken der Zusammen-

kunft begrüßt. Jeder habe aber so am Rande erklärt, es wäre doch sehr zu überlegen, wenn die Konferenz nach Berlin verlegt würde und die Landtagspräsidenten, die politischen Parteien und Gewerkschaften zugezogen würden. Nur Ministerpräsident Dr. Steinhoff hätte klipp und klar erklärt, es sei ihm unmöglich teilzunehmen, wenn nicht eine Konzession auf Zuziehung der Parteien und Gewerkschaften ergehe. Deshalb habe er (Roßmann), als Steinhoff nachträglich hereingekommen sei, schon das Unheil gewittert. Mit Paul wäre man wahrscheinlich zu einem besseren Ergebnis gekommen.

Ministerpräsident Lüdemann gibt zu erwägen, ob man nicht morgen schon eine Pressekonferenz machen solle.

Ministerpräsident Dr. Ehard stimmt dem zu, wenn dies sehr konzentriert geschehe. Allenfalls könne man sie am Vormittag oder frühen Nachmittag einschieben.

Ministerpräsident Lüdemann meint, man solle die Vormittagssitzung eine Stunde früher beenden. Diese Sache sei viel wichtiger als alles andere.

Ministerpräsident Dr. Ehard stellt fest, man solle dann morgen Vormittag eine Pressekonferenz ins Auge fassen, in der aber nur zu dieser Frage, dem Auszug der Vertreter der Sowjetzone, gesprochen werden solle<sup>227</sup>.

Senatspräsident Kaisen fragt, ob man Auskunft geben könne, wenn man vorher interviewt werde.

Ministerpräsident Lüdemann bezeichnet dies als selbstverständlich.

Ministerpräsident Dr. Ehard verliest sodann die Veränderungen seiner Begrüßungsrede, die durch den Weggang der Vertreter der Ostzone veranlaßt wurden.

Diese werden einstimmig gebilligt.

Hierauf wird der Entwurf eines Presse-Kommuniqué verlesen und zur endgültigen Fassung dieses Kommuniqué wird eine Kommission eingesetzt, die aus stv. Ministerpräsidenten Dr. Hoegner und Staatsrat Schmid besteht.

Schluß der Sitzung 2.05 Uhr.

## VI. Ausblick

Das Protokoll dieser denkwürdigen Nachtsitzung macht eines ganz deutlich: die Ministerpräsidenten aus der Ostzone beharrten keineswegs bedingungslos auf ihrer Forderung, den einmal formulierten Antrag als entscheidende Voraussetzung für die Verhandlungen der Konferenz als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Bei Annahme dieses Antrages hätte sich nicht nur die sonstige Konferenz „im wesentlichen erledigt“<sup>228</sup>; es hätte sich wohl auch die Befürchtung Carlo Schmidts als richtig erwiesen, daß dann durch ein absolutes Veto der französischen Militärregierung die französische Zone für eine sehr lange Zeit von allen gesamtdeutschen Dingen ausgeschlossen worden wäre.

Die ostdeutschen Regierungschefs reduzierten jedoch in der ersten Phase der Verhandlungen ihre Forderung zunächst auf den Wunsch, lediglich eine Erklärung – allerdings „entsprechend dem Antrag“ – verlesen zu dürfen, und zwar mit der ausdrücklichen Versicherung, daß daraus nicht das werden würde, was man auf der anderen Seite befürchtete: eine politische Demonstration.

Die Regierungschefs aus den Westzonen gestanden ihnen auch dies nicht zu,

<sup>227</sup> Die Pressekonferenz fand dann unter Vorsitz von Min.-Präs. Lüdemann statt.

<sup>228</sup> So auch Paul, Vor zehn Jahren, a. a. O.

obwohl eine solche, nur von einer Seite getragene Erklärung sie in keiner Weise verpflichtet hätte. Aufgrund dieser Fehlentscheidung mußten und müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, sie hätten sich in dieser Phase „allzu leicht zu einer feindseligen Haltung . . . hinreißen lassen, die nichts mehr zu tun hatte mit der berechtigten Verteidigung ihrer Interessen“<sup>229</sup>.

Sie waren nach wie vor auf den zuerst formulierten Antrag fixiert und offensichtlich schon vor Beginn der nächtlichen Besprechung – einige von ihnen wohl noch früher – davon überzeugt, „daß es mit der Ost-Zone nicht gehe“<sup>230</sup>.

Statt, wie es Ehard in der Ministerratssitzung am 12. Mai 1947 betont hatte, „mit ihnen ins Gespräch [zu] kommen, wie sie sich die weitere Entwicklung eigentlich vorstellen“<sup>231</sup> und dann einen möglichen Konflikt in aller Öffentlichkeit auszutragen, auch auf die Gefahr hin, daß ein Wort falle, das, wie es Ministerpräsident Maier in der Nachtsitzung zurückhaltend ausgedrückt hatte, „eine Dissonanz ergebe“<sup>232</sup>, sah die Mehrheit der westlichen Regierungschefs im weiteren Verlauf der Verhandlungen in dem zuletzt von Paul in scharfer, ultimativer Form<sup>233</sup> vorgetragenen Verlangen nach einer von *allen* Ministerpräsidenten getragenen Empfehlung an die Parteien nur den „kommunistischen Pferdefuß“<sup>234</sup>, nämlich den Anspruch der SED auf paritätische Beteiligung an einer zu errichtenden deutschen Zentralverwaltung, die Bildung einer „nationalen Repräsentation“ über den Umweg Münchener Konferenz. Das aber hätte gleichzeitig bedeutet, daß auch die SPD in ihrer Politik gegenüber anderen Parteien – in erster Linie der SED – festgelegt worden wäre. Davor aber hatte nicht nur Schumacher ausdrücklich gewarnt; dazu waren die sozialdemokratischen Regierungschefs auch nicht bereit.

Diese Haltung war jedoch schon vor Beginn der Konferenz der SED bekannt; ein Mißverständnis war ausgeschlossen. Das Beharren der Ostzonenvertreter auf einer dieser Haltung widersprechenden Empfehlung ist von den westlichen Regierungschefs als „Versuch der Sprengung“<sup>235</sup> der Konferenz empfunden worden. Es kommt hinzu, daß es auch ihnen an ernsthafter Kompromißbereitschaft fehlte.

Einige Mitarbeiter der Regierungschefs haben das wohl frühzeitig erkannt. Wandersleb versuchte, die „ganze, große Konferenz“ zu retten, und Pfeiffer stellte später resigniert fest: „Es ist in der Mitternachtsstunde jenes Tages sehr viel Porzellan zerschlagen worden. Die besten Hände werden viel Geschick benötigen, um wenigstens einiges notdürftig kitten zu können.“<sup>236</sup>

<sup>229</sup> So zuletzt Foelz-Schroeter, a. a. O., S. 130. Sie bezieht diesen Vorwurf allerdings auf das Verhalten der Ministerpräsidenten während der gesamten Vorkonferenz.

<sup>230</sup> Vgl. Anm. 64.

<sup>231</sup> Vgl. Anm. 60.

<sup>232</sup> Siehe S. 434.

<sup>233</sup> Von Dr. Paul ausdrücklich bestätigt; Paul, a. a. O., u. im Gespräch mit d. Vf. am 23. 12. 1974.

<sup>234</sup> So überliefert Eschenburg eine Äußerung Carlo Schmidts. Vgl. Eschenburg, a. a. O., S. 416.

<sup>235</sup> So in dem in der Nacht v. 5. auf den 6. Juni herausgegebenen Kommuniké, vgl. Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 25.

<sup>236</sup> Süddeutsche Zeitung v. 9. 6. 1947.



Die Ministerpräsidenten selbst waren da anderer Ansicht. Der Satz von der Spaltung Deutschlands war vergessen. Ehard glaubte auch nach der Konferenz, „daß es richtig gewesen sei, die Vertreter der Ostzone so zu behandeln, wie es geschehen sei“<sup>237</sup>. Er wurde darin zum einen bestärkt durch die vertrauliche Mitteilung eines Journalisten, der ihm von einem Gespräch der Ministerpräsidenten Paul, Steinhoff und Hübener berichtete, das diese am Vormittag des 6. Juni geführt hatten und in dem die Bemerkung gefallen war: „Aber wir haben es doch tun müssen; wir hatten ja die Weisung, es so zu machen.“<sup>238</sup> Zum anderen durch ein Telegramm von Ministerpräsident Hübener, in dem dieser ihm mitgeteilt hatte, er habe „tief ergriffen“ im Rundfunk dessen Schlußansprache<sup>239</sup> gehört und ihm dann „Dank und Gruß“ entboten<sup>240</sup>. Ehard hatte die Grüße „aufs herzlichste“ erwidert, „in der Hoffnung“, Hübener „bald einmal wiederzusehen“<sup>241</sup>.

Wie Ehard empfanden damals auch seine Kollegen. So war selbst für einen Mann wie den Bremer Senatspräsidenten, der trotz der emotionsgeladenen Atmosphäre noch gemeinsam mit Reinhold Maier am ehesten um einen Kompromiß bemüht gewesen war, die „Sezession der Vertreter der Ostzone ... eine Panne der SED und keine Panne der Konferenz“<sup>242</sup>.

Es gibt wohl nur wenige Zeugnisse aus der deutschen Nachkriegsgeschichte, die wie das Protokoll dieser Sitzung das Elend der deutschen Nachkriegsentwicklung deutlich machen. Es zeigt, wie groß die Gegensätze und das gegenseitige Mißtrauen in Deutschland nach nur zwei Jahren Zonengrenzen geworden waren. In diesem Dokument des Mißtrauens spiegelt sich die weit fortgeschrittene Entfremdung zwischen den Westzonen und der Ostzone, die im Westen de facto bereits als Teil Rußlands betrachtet wurde, wider. Ministerpräsident Kopf faßte dies in den Satz, er habe mit „Erschütterung festgestellt, daß wir anfangen, verschiedene Sprachen zu sprechen“<sup>243</sup>.

Es bleibt nach wie vor eine offene Frage, ob die Konferenz in München bei einer „großzügigen Geste der Nachgiebigkeit“<sup>244</sup> der westdeutschen Regierungschefs einen anderen Verlauf hätte nehmen können; ob möglicherweise sogar der Prozeß der Entfremdung aufgehalten und der Weg zu einer Gemeinsamkeit des nationalen Willens aufgezeigt worden wäre. Der Versuch wurde in München nicht unternommen; er war wohl auch nicht geplant.

Im Interesse der Einheit Deutschlands hätte er aber gewagt werden müssen. Ob

<sup>237</sup> Sitzung des Ministerrats am 13. 6. 1947: „Bericht des Ministerpräsidenten über die Ministerpräsidentenkonferenz“.

<sup>238</sup> Ebenda.

<sup>239</sup> Text der Schlußansprache in: Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 106 bis 109.

<sup>240</sup> Bayer. StK, 0106.

<sup>241</sup> Ebenda.

<sup>242</sup> Schreiben v. 10. 6. 1947 an Dr. Ehard, Bayer. StK, 0106.

<sup>243</sup> Der Tagesspiegel v. 12. 6. 1947.

<sup>244</sup> So der Journalist Werner Friedmann in einem scharfsinnigen Kommentar am 10. 6. 1947 in der Süddeutschen Zeitung.

München die „letzte bedeutende Chance“ war, „deutscherseits den Zerfall Deutschlands in die Teilstaaten BRD und DDR zu verhindern“, wie Grünewalds zentrale These lautet<sup>245</sup>, und ob es daher die „historische Schuld“ führender deutscher Politiker ist, diese Chance „vorsätzlich oder fahrlässig“ nicht wahrgenommen zu haben<sup>246</sup>, muß angesichts von Kaltem Krieg, Bipolarisierung der Weltpolitik und unterschiedlichen Interessen der Großmächte in Deutschland zumindest bezweifelt werden. Wenn überhaupt von „Schuld“ oder „nicht wahrgenommener Chance“ die Rede sein kann, dann wohl nur in dem Sinne, daß die westdeutschen Regierungschefs nicht bereit waren, alle Möglichkeiten auszuloten, das gesamtdeutsche Gespräch – in welchem Rahmen auch immer – fortzuführen (nur dann hätte z. B. auch sinnvoll über die Wiedezulassung der SPD in der Ostzone gesprochen werden können): auch in dem Bewußtsein, daß Politik in Deutschland dann sicherlich noch komplizierter und mühsamer geworden wäre und daß diese Gespräche möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt an unüberwindbaren Gegensätzen gescheitert wären. Dazu hätte es jedoch viel Mut bedurft. Zumindest wäre damit einer Legendenbildung um deutsche „Schuld“ oder „Unschuld“ an der Teilung Deutschlands vorgebeugt worden.

So aber blieb es bei der von allen „westlichen“ Regierungschefs getragenen „Erklärung zur deutschen Einheit“<sup>247</sup>, die in Abwesenheit der Vertreter aus der Ostzone Deklamation bleiben mußte.

Im übrigen wurde, was Ablauf und Ergebnis der „Rumpfkonzferenz“ betrifft, die Abwesenheit der Ostzonenvvertreter von den Beteiligten nicht als Beeinträchtigung empfunden<sup>248</sup>. Kaisen sprach von einem „erfolgreichen Verlauf“<sup>249</sup>; für Hoegner war die Konferenz ein „voller Erfolg“, das Ansehen Bayerns habe „sehr gewonnen“; verschiedene Herren aus Norddeutschland hatten ihm gegenüber ihre Befriedigung „über den ganzen Ablauf der Konferenz“ zum Ausdruck gebracht<sup>250</sup>.

Ähnlich war auch der Eindruck bei Außenstehenden. So äußerte sich ein hoher katholischer Würdenträger gegenüber Ehard erfreut über den „glücklichen Verlauf“ der Konferenz, die er als „Großtat“ bezeichnete. Die staatsmännischen Reden

<sup>245</sup> Grünewald, a. a. O., S. 497; Hervorhebung vom Verf.

<sup>246</sup> Ebenda.

<sup>247</sup> Text in: Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz, a. a. O., S. 106.

<sup>248</sup> Der von Maier kolportierte Ausspruch von Teilnehmern der Nachtsitzung: „Gottlob, daß wir die Kommunisten los sind“ (Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt, Tübingen 1964, S. 370), der zu den beliebten Zitaten in der DDR-Historiographie gehört (so zuletzt bei Gerhard Keiderling, Die Geschichte der BRD im Spiegel bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Memoiren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22 [1974], S. 1305) findet sich nicht im Protokoll dieser Sitzung. Nach übereinstimmender Aussage der vom Vf. befragten Konferenzteilnehmer (Dr. Ehard, Prof. Schmid, Prof. Hoegner, W. Kaisen, Dr. Seelos) und ausdrücklicher Bestätigung des Protokollanden, Dr. Erber, ist er auch nicht gefallen.

<sup>249</sup> Vgl. Anm. 242.

<sup>250</sup> Vgl. Anm. 237.

Ehards hätten für lange Zeit hinaus zur deutschen Einheit ein Bekenntnis abgelegt und die „Hetze gegen unser Bayernland wenigstens für vernünftige Menschen gestoppt“<sup>251</sup>.

Diese Äußerungen konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die elf Resolutionen, die am Schluß der Konferenz standen, elf Klageliedern<sup>252</sup> gleichkamen. Sollte wenigstens noch etwas von der ursprünglichen Konferenzidee im Sinne einer Stärkung des föderalistischen Prinzips verwirklicht werden, die Konferenz nicht „wirkungslos verlaufen“, wie es Reinhold Maier formulierte<sup>253</sup>, dann schien es notwendig, daß sich nicht nur die Länderregierungen, sondern auch der Länderrat darüber klarwerden mußte, in welcher Form die gefaßten Resolutionen „ausgewertet“ und „möglichst in die Tat umgesetzt“ wurden<sup>254</sup>.

Hier schon setzten die Schwierigkeiten ein; auf Antrag Maiers wurde dieser Punkt zwar auf die Tagesordnung der nächsten Länderratssitzung gesetzt, aber es kam zu keinen Entscheidungen mehr. Das praktische Ergebnis der Konferenz im Hinblick auf die Behebung der Not war, wie Michael Balfour später feststellte, „gleich Null“<sup>255</sup>. Die Entwicklung ging über die Ministerpräsidenten hinweg; am 15. Juni wurden die Regierungschefs aus der amerikanischen und britischen Zone von Clay und Robertson nach Wiesbaden zitiert, um über die Reorganisation der Bizone zu „diskutieren“; der von den Parteien beherrschte bizonale Wirtschaftsrat entwickelte schon bald eine eigene Dynamik und ein so starkes Übergewicht gegenüber den Länderregierungen, daß deren Vertreter in die Defensive gedrängt wurden.

Was schon vor und während der Münchener Konferenz erkennbar geworden war, wurde nach München zusehends deutlicher: die Abhängigkeit der Ministerpräsidenten von ihren jeweiligen Parteizentralen. München bedeutete somit für alle jene eine Niederlage, die ihre föderalistischen Vorstellungen gegenüber den Parteien durchsetzen wollten. In diesem Sinne bildete die Konferenz nicht nur einen Höhepunkt, sondern zugleich den Schlußpunkt in der Auseinandersetzung, wem in der Repräsentation des Reiches der Vorrang gebührte, den Parteien oder den Ministerpräsidenten.

Zwei Tage nach Beendigung der Konferenz hatte Wilhelm Kaisen noch die Hoffnung geäußert, die Delegation der Ministerpräsidenten werde beim Alliierten Kontrollrat Erfolg haben, „damit wir eine neue Plattform finden für den gemeinsamen Versuch, in dieser zerrissenen Zeit für Deutschland einen Weg zu bahnen“<sup>256</sup>.

Der Versuch scheiterte; langfristig gab es einen gemeinsamen Weg nur für die

<sup>251</sup> Schreiben v. 10. 6. 1947 an Dr. Ehard. Bayer. StK, 0106.

<sup>252</sup> Vgl. Anm. 244.

<sup>253</sup> Schreiben v. 11. 6. 1947 an Dr. Ehard. Bayer. StK, 0106.

<sup>254</sup> Ebenda.

<sup>255</sup> Michael Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946. Düsseldorf 1959, S. 504.

<sup>256</sup> Vgl. Anm. 242.

Westzonen, nicht für ganz Deutschland. Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß nach München noch einmal auf höchster Ebene von deutscher Seite ein letzter, entschlossener Versuch unternommen wurde, die noch verbliebenen Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschland nicht völlig abreißen zu lassen und die Entwicklung in eine andere Richtung zu drängen. Es handelte sich hier insbesondere um die Reise von Ministerpräsident Hübener durch Süd- und Südwestdeutschland im Oktober 1947 und die darauffolgende Initiative der Regierungschefs des amerikanischen Besatzungsgebiets, anläßlich der bevorstehenden fünften Tagung des Außenministerrats in London<sup>257</sup> noch einmal eine gesamtdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz einzuberufen.

Kurz vor Abschluß seiner Reise schrieb Dr. Hübener seinem Kollegen Reinhold Maier aus Frankfurt am Main, es sei ihm eine Freude, eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten festgestellt zu haben, und daß Maier „ebensowenig wie mir, der immer wiederholte verschwommene Ruf nach einer deutschen Einheit, bei dem sich jeder etwas ganz Verschiedenes denkt“, genüge. Seine ganze Hoffnung richtete sich auf die Konferenz der Außenminister in London. Ohne München noch einmal ausdrücklich zu erwähnen, gab er doch indirekt seinen westlichen Kollegen recht, die ein behutsames Vorgehen gegenüber den Besatzungsmächten empfohlen hatten. „Wir müssen klar aussprechen, was wir wollen“, betonte Hübener; dies aber dürfe „nur sein, was wir den Besatzungsmächten zumuten dürfen, uns zu gewähren, und was alle Deutschen begehren müssen“, nämlich

1. eine greifbare völkerrechtliche Gestaltung Deutschlands, das nicht weiter zum bloßen historisch-geographischen Begriff herabsinken dürfe,
2. Frieden, „auf den wir 2 1/2 Jahre nach formgerechter, bedingungsloser Kapitulation einen Anspruch haben“, und
3. eine klare Bestimmung des Beitrages zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden, durch dessen gewissenhafte Leistung der Weg „vorwärts und aufwärts“ frei werde.

Auch wenn in London diese drei Forderungen Erfüllung fänden, würden nicht „alle politischen und wirtschaftlichen Blütenräume reifen. Aber wir werden wieder leben können, statt zu vegetieren. Zucht und Ordnung werden wiederkehren, Selbstachtung und Lebensfreude, deren Verlust kein Volk lange ertragen kann, werden wieder erwachen.“ Diesseits und jenseits der Zonengrenze sei er manchem Kleinmut begegnet. Er habe öfter die Frage gehört, mit welchem Recht die Deutschen überhaupt an die Besatzungsmächte Forderungen stellen könnten; und Hübener fuhr fort:

„Sie kennen die Antwort: Mit dem Recht, das in den Sternen geschrieben steht und das letztendlich die Quelle allen gemeinsamen Rechtes ist! Und wer auf unsere Ohnmacht im militärischen Sinne des Wortes hinweist, dem antworten wir, daß niemand in der Welt das Recht hat, im gleichen Atemzug den Krieg zu verfechten und jedes nicht auf Kriegsdrohungen gegründete politische Wollen zu verlachen.“<sup>258</sup>

<sup>257</sup> 25. 11. 1947 – 15. 12. 1947.

<sup>258</sup> Schreiben v. 23. 10. 1947 an Min.-Präs. Dr. Maier, HStA Stuttgart, EA 1/11.



In seinem Antwortschreiben gab Maier Hübener recht in der Forderung, „klar auszusprechen, was wir wollen“, nämlich den politischen Aufbau Deutschlands „auf demokratischer Grundlage unbeeinflusst von äußeren Gewalten nunmehr in eigener Verantwortung in Angriff nehmen zu dürfen“. Nach Auffassung Maiers sollten auf der Basis der in den einzelnen Ländern gewählten Volksvertretungen im Zusammenwirken mit den verfassungsmäßigen Landesregierungen „schon jetzt“ vorläufig deutsche Zentralorgane zur Wiederherstellung der politischen Einheit Deutschlands eingesetzt werden, die bis zur späteren Schaffung einer neuen deutschen Verfassung durch eine vom Volk gewählte Nationalversammlung die allgemeinen deutschen Interessen den Besatzungsmächten gegenüber vertreten könnten. Damit wäre dann ein erster Schritt im Sinne einer greifbaren völkerrechtlichen Gestaltung Deutschlands getan, wie es Hübener verlangt hatte.

Noch einmal auf die Zonengrenzen eingehend, betonte Maier, auch bei der Gliederung der deutschen Republik in Länder oder Bundesstaaten dürften diese „nicht mehr wie bisher hindernd im Wege stehen“; nach der Auflösung Preußens sei der Weg frei für die Bildung mittelgroßer, tragfähiger Länder, bei deren Abgrenzung historische, wirtschaftliche und kulturelle Gesichtspunkte maßgebend sein sollten, und der Wille der betreffenden Bevölkerung berücksichtigt werden müßte.

Was die Herstellung eines Friedenszustandes betraf, so fügte Maier die Erwartung hinzu, daß verantwortlichen deutschen Stellen von den Alliierten Gelegenheit gegeben werden möge, „unseren Standpunkt bei den Friedensverhandlungen darzulegen“. „Wir hoffen“, so fügte er hinzu, „daß die politische und wirtschaftliche Vernunft sich in London bei den kommenden Verhandlungen durchsetzen wird.“ Ein wirtschaftlicher Aufbau Europas ohne ein friedlich schaffendes Deutschland in seiner Mitte sei „undenkbar“. Es wäre ein Verhängnis, wenn die beiden großen Weltmächte auch weiterhin ihre gegensätzlichen Auffassungen auf deutschem Boden austragen wollten, denn „wir sind gegenwärtig das Objekt der Politik der großen Mächte“. Das deutsche Volk aber, so schloß Maier, will

„frei und unbeeinflusst seinen eigenen, ihm angemessenen Weg zurück in die Gemeinschaft der Völker und in eine bessere Zukunft finden. Es wird es als eine hohe Aufgabe betrachten, eine Brücke der Verständigung zwischen Ost und West zu bilden. Uns Deutsche kann keine Macht der Welt auf die Dauer trennen. Je länger die Separierung über uns verhängt ist, desto stärker wird das deutsche Volk wieder zusammendrängen und schließlich auch wieder zusammenfinden.“<sup>259</sup>

Die Londoner Außenministerkonferenz konnte eine Etappe auf diesem Weg sein. Auch Hübener hatte diese Erwartung geäußert. Den Regierungschefs der amerikanischen Zone schien es notwendig, daß gerade von deutscher Seite eine Stellungnahme zur Konferenz erfolgte, mit der sie gleichzeitig noch einmal den Versuch hätten unternehmen können, ihren Anspruch auf nationale Repräsentation Deutschlands zu betonen.

In diesem Sinne schaltete sich, nachdem entsprechende Instruktionen erteilt wor-

<sup>259</sup> Schreiben v. 28. 10. 1947 an Min.-Präs. Dr. Hübener, Ebenda.

den waren, noch einmal das „Büro für Friedensfragen“ in die Vorbereitungen zur Londoner Konferenz ein. Für die Sitzung des Länderrates am 4. 11. 1947 legte es Vorschläge für eine solche Stellungnahme vor. Darin wurden die Folgerungen, die sich aus der allgemeinen politischen Entwicklung seit der Moskauer Konferenz ergeben hatten, in den Sätzen zusammengefaßt:

„Die außenpolitischen Bemühungen des deutschen Volkes müssen durch die deutschen Regierungschefs, die, solange nicht eine legitimierte gesamtdeutsche Regierung besteht, allein ein demokratisches Mandat besitzen, die Stimme Deutschlands zur Geltung zu bringen, vertreten werden. Ihre Politik muß beharrlich auf die Herstellung eines demokratischen, wirtschaftlich gesunden und friedlichen Lebens aller Deutschen gerichtet sein.“

Die Regierungschefs sollten zur kontinuierlichen Mitarbeit bei der Herbeiführung des Friedenszustandes positive, technisch gut durchgearbeitete Vorschläge für die staatsrechtliche Gestaltung und völkerrechtliche Funktion machen<sup>260</sup>.

„Alles in allem“ sollte den Alliierten gegenüber der Eindruck erweckt werden, „daß die deutschen Regierungen zu kühnen und weittragenden Entschlüssen bereit sind und daß sie keineswegs nur die Wiederherstellung eines status quo ante in Deutschland erstreben“.

Zum einzuschlagenden Verfahren hieß es:

„Es wäre zu entscheiden, ob eine Konferenz aller Ministerpräsidenten einzuberufen ist, wohin sie einzuberufen ist, zu welchem Zeitpunkt sie stattfinden soll, und wie ihre Ergebnisse zu verwenden wären.“

Auch wenn nur die Ministerpräsidenten der Weststaaten oder nur die Ministerpräsidenten des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes zu einer Konferenz zu vereinigen sind, sollte diese Konferenz wegen der Wirkung auf das Ausland in Berlin und wenige Tage vor der Eröffnung der Londoner Konferenz stattfinden.“<sup>261</sup>

In der internen Sitzung des Länderrats am 4. 11. 1947 beschlossen die Regierungschefs des amerikanischen Besatzungsgebiets, den Versuch einer gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz zu wagen<sup>262</sup>. Sie stellten sogar schon eine vorläufige, drei Punkte umfassende Tagesordnung auf (völkerrechtliche Subjektivität Deutschlands, Herbeiführung des Friedenszustandes, Kriegsgefangenenfrage). Anders als bei der Münchener Konferenz sollte jedoch die Einberufung nicht von einem Ministerpräsidenten, sondern von je einem Regierungschef aus den verschiedenen Besatzungszonen erfolgen. Vor einer offiziellen Einladung sollte mit den

<sup>260</sup> Bei den Problemen der sowjetischen Besatzungszone hieß es: „Es wäre rücksichtslos auszusprechen, daß das deutsche Verhältnis zur USSR nicht durch eine antikommunistische Einstellung deutscher Parteien, sondern ausschließlich durch die politischen und ökonomischen Interessen des deutschen und russischen Volkes bestimmt werden soll.“

<sup>261</sup> Vorschläge für eine deutsche Stellungnahme zur Londoner Konferenz, Den Regierungschefs des amerikanischen Besatzungsgebiets vorgelegt vom Verwaltungsrat des Deutschen Büros für Friedensfragen, Nicht zur Veröffentlichung, Stuttgart, d. 4. November 1947, gez. Dr. Anton Pfeiffer, Dr. Hermann L. Brill, Dr. Fritz Eberhard, Hermann G. Schütte; HStA Stuttgart EA 1/2, Nr. 61.

<sup>262</sup> Ebenda.

Regierungschefs in der französischen und britischen Zone Fühlung aufgenommen werden, um Chancen und Möglichkeiten für eine solche Konferenz zu ventilieren; entsprechende Aufträge wurden Dr. Brill und Generalsekretär Roßmann am 4. November von den Regierungschefs erteilt.

Am 8. November sprach Brill in Koblenz mit Ministerpräsident Altmeier. Nachdem er seinen Auftrag mitgeteilt, die vorgeschlagene Tagesordnung und den Briefwechsel zwischen Hübener und Maier überreicht hatte, erklärte Altmeier, daß er „grundsätzlich zur Teilnahme an einer Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten bereit sei“. Er stimmte auch dem Vorschlag Brills für eine Vorkonferenz der Staatssekretäre zur Ausarbeitung der Entschließungen und von Sprechzetteln, einer internen Besprechung der Ministerpräsidenten und einer relativ kurzen, aber feierlichen öffentlichen Sitzung zu. Auch mit dem Tagungsort Hamburg<sup>263</sup> war Altmeier einverstanden<sup>264</sup>.

Noch stand eine Stellungnahme aus der britischen Zone aus. Am 10. November erreichte Roßmann ein Anruf von Ministerpräsident Kopf, der in Stuttgart ernüchternd wirkte: eine endgültige Stellungnahme der Ministerpräsidenten liege noch nicht vor, aber er könne sagen, daß im allgemeinen „keine Neigung“ für die Konferenz besteht. Im einzelnen nannte er folgende Gründe:

1. Nach den Konferenzen von München und Wiesbaden<sup>265</sup> bestehe „keine besondere Ermunterung für die Abhaltung einer weiteren Konferenz“. Nach den Erfahrungen von München und Wiesbaden könnte eine solche neue Konferenz „vielleicht eher ein Dokument der deutschen Uneinigkeit statt der deutschen Einheit werden“.
2. Auch das *cui bono* sei zu erörtern. Er habe persönlich den Eindruck, daß eine solche Konferenz „der Ostzone mehr helfen würde als den Westzonen“.
3. Die Konferenz würde aus „nicht gleichberechtigten Partnern bestehen“; während die Ministerpräsidenten der Westzonen aus demokratischen Wahlen unter Beteiligung aller Parteien hervorgegangen sei, weise die Zusammensetzung der Ministerpräsidenten der Ostzone eine parteiliche Einseitigkeit auf.
4. Die Deutschen seien immer nur Objekt und nicht Subjekt. Statt Bekundungen des Einheitswillens, der ohnehin bekannt sei, sollte man gegenüber den Alliierten darauf dringen, „sich mit uns zu unterhalten. Wir sollten nicht zusehen, wie hinter verschlossenen Türen gegen uns verhandelt wird“, und verlangen, „daß wir

<sup>263</sup> Hamburg war vorgeschlagen worden, um den Regierungschefs aus der britischen Zone, von denen Widerstand erwartet wurde, entgegenzukommen. Daneben blieb auch Berlin weiter im Gespräch; am 10. November erklärte Louise Schroeder nach einer entsprechenden Anfrage aus Stuttgart in einem Telegramm an Eberhard, sie wäre „gesundheitlich in der Lage, Konferenz nach Berlin zu laden. Voraussetzung wäre aber Teilnahme aller Beteiligten, die offenbar nicht zu erreichen ist“; ebenda.

<sup>264</sup> Dr. Brill am 10. 11. 1947 an Dr. Eberhard; Besprechung mit dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz; HStA Stuttgart, EA 1/11, Nr. 44. Eberhard hatte inzwischen mit der frz. Militärregierung Kontakt aufgenommen.

<sup>265</sup> Auf der ersten Konferenz in Wiesbaden am 15./16. Juni 1947 wurde die Proklamation Nr. 5 betr. Reorganisation der Bizone diskutiert. Eine weitere Konferenz fand am 22. Oktober nach Veröffentlichung des revidierten Industrieplans statt. Auf beiden Konferenzen war es zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten unter den Ministerpräsidenten gekommen.

gehört würden“. Das würde einen größeren Effekt haben als die Bekundung des Willens zur deutschen Einheit<sup>266</sup>.

Am 14. November erfolgte ein zweiter Anruf von Ministerpräsident Kopf bei Roßmann. Entsprechend dem Wunsch Roßmanns hatte Kopf noch einmal im Kabinett über die Ministerpräsidentenkonferenz gesprochen. Das Kabinett war „einstimmig“ der Meinung, daß es „nicht wünschenswert“ sei, „einen solchen Versuch unter den obwaltenden Umständen zu machen“.

Man war vielmehr zu der Anregung gekommen, daß jede Landesregierung ihrem Gebietsbeauftragten eine Entschliebung überreichen solle, auf die sie eine Antwort erwarte. Über den Wortlaut und den Inhalt der Entschliebung und die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen könnten sich die Ministerpräsidenten auf dem Zirkularwege verständigen. Die Entschliebung müsse vor allem zwei Forderungen enthalten:

1. das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands
2. das Verlangen, daß berufene Vertreter Deutschlands zugezogen und gehört würden.

Kopf führte am Telefon weiter aus, er fürchte, daß eine Ministerpräsidentenkonferenz ihre Durchschlagskraft verlieren könne, wenn in ihrem Ablauf Erörterungen heraufbeschworen würden, die nicht gerade das Bild einer Schau der Einigkeit darböten. Er verspreche sich von dem vorgeschlagenen Weg eine größere Wirkung. Kopf betonte dabei ausdrücklich, er könne nicht im Namen von Ministerpräsident Karl Arnold sprechen, „Brauer und Lüdemann teilten jedoch seine Auffassung“<sup>267</sup>.

<sup>266</sup> „Anruf von Ministerpräsident Kopf, Hannover, bei Generalsekretär Roßmann, Stuttgart, am 10. Nov. 1947, 13 Uhr, über die Konferenz der Ministerpräsidenten, Streng vertraulich“; Aufzeichnung Roßmann, Abschrift, HStA Stuttgart, EA 1/11, Nr. 44.

<sup>267</sup> Abschrift von Abschrift, Aufzeichnung Roßmann; „Anruf des Ministerpräsidenten Kopf, Hannover, in Sachen Ministerpräsidenten-Konferenz; aufgenommen am 14. Nov. 1947, vormittags 9.50“, ebenda. Die vorliegenden wenigen Quellen erlauben kein abschließendes Urteil über die Haltung Nordrhein-Westfalens in den in unserer Arbeit angesprochenen Fragen. Es steht jedoch fest, daß die Landesregierung nach den Wahlen vom 20. 4. 1947 eine bemerkenswerte Inaktivität auszeichnete (so hat z. B. Amelunxen als einziger der Regierungschefs, die an der Vorkonferenz teilgenommen haben, nicht das Wort ergriffen). Die Gründe hierfür sind zum Teil sicherlich in den Schwierigkeiten bei der Neubildung der Regierung zu suchen, obwohl diese Inaktivität auch noch in den ersten Wochen nach der Regierungsübernahme durch Karl Arnold (15. 6. 1947) zu beobachten ist. Das änderte sich erst, als nach dem Scheitern der Münchener Konferenz von süddeutscher Seite die Frage einer Ausweitung des Stuttgarter Büros für Friedensfragen auf bizonale Ebene, die ja in München nicht diskutiert worden war, erneut in den Vordergrund gerückt wurde (wobei von Seiten Bayerns die Aufgaben des Friedensbüros mit den Zielen der Münchener Konferenz verglichen wurden, da beide die Teilung Deutschlands überbrücken wollten und beide im Interesse Gesamtdeutschlands wirkten, auch wenn sie nicht wirklich jeden einzelnen Bereich repräsentierten; vgl. HStA Stuttgart, EA 1/2; Sitzung am 11. 7. 1947).

Einer entsprechenden Vorlage hatten auch die Regierungschefs aus der britischen Zone zugestimmt. (Konferenz der Min.-Präs. am 15./16. 6. 1947 in Wiesbaden). In die – letztlich erfolglosen – Bemühungen um die Ausführung dieses Beschlusses, in deren Verlauf die



Damit war auch der letzte Versuch, zu einer gesamtdeutschen Willensäußerung zu gelangen, gescheitert.

In München hatten sich die Regierungschefs aus den Westzonen zum ersten Male als Verhandlungspartner gegenüber den westlichen Militärgouverneuren for-

unterschiedlichen Auffassungen über Rolle und Funktion der Ministerpräsidenten und Parteien bei der zukünftigen Gestaltung Deutschlands noch einmal aufbrachen, schaltete sich die Staatskanzlei in Düsseldorf erstmals aktiv ein.

Hatte schon in einer scharfsinnigen und weiterführenden Aufzeichnung der Chef der Pressestelle, v. Gumpenberg, am 10. 8. 1947 mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zurückhaltung Nordrhein-Westfalens „Befremden“ erzeuge und außerdem in sachlicher und personeller Beziehung die Gefahr in sich berge, „daß wichtige Entscheidungen über unseren Kopf hinweg getroffen werden“, („Dem Herrn Ministerpräsidenten, Persönlich – nicht zu den Akten“, HStA Düsseldorf, NW 53–49) so betonte wenig später auch der Leiter des beim Ministerpräsidenten eingerichteten „Sonderreferats F“ und außenpolitische Berater des Regierungschefs, Hans Kroll, (1958–62 Botschafter in Moskau) gegenüber Arnold, das Land Nordrhein-Westfalen nehme nach seiner geographischen Lage, seinem territorialen Umfang und seiner Bevölkerungszahl und „vor allem aber nach seinem politischen und wirtschaftlichen Potential eine Sonderstellung ein, die ihm für die Gestaltung der außenpolitischen Zukunft Gesamtdeutschlands besondere Verpflichtungen und eine erhöhte Verantwortung auferlegt“. Für die wichtigsten mit der Vorbereitung des Friedensvertrages zusammenhängenden Fragen sei NRW „federführend“, für die Mehrzahl der übrigen Fragegebiete allgemeinen Charakters müsse es ein „überwiegendes Interesse“ beanspruchen, da es von ihren Auswirkungen stärker als andere deutsche Gebiete betroffen werde. „Wir sind daher berechtigt“, so Kroll, „bei den Vorarbeiten für die künftige Friedensregelung ein maßgebendes, wenn nicht entscheidendes Wort mitzusprechen“. (Aufzeichnung v. 26. 8. 1947, ebenda). Die daraufhin von Düsseldorf ausgehenden Initiativen wurden jeweils mit den Auffassungen Hannovers „als der nach uns wichtigsten Stelle in der britischen Zone“ (Vertrauliche Aufzeichnung Kroll für Arnold v. 10. 11. 1947; ebenda) koordiniert.

So geht auf einen Einspruch Nordrhein-Westfalens die Entscheidung der Regierungschefs der britischen Zone zurück, die Errichtung des neuen bizonalen Büros nicht lediglich durch Ausweitung auf der vorhandenen Basis, sondern in Form einer Neukonstruktion „im Raum von Frankfurt“ sowohl in organisatorischer als auch in personeller Hinsicht, vorzunehmen. Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen waren zunächst mit einer Ausweitung, ergänzt durch ein politisches Gremium – 8 Regierungs- u. 12 Parteienvertreter, mit allen Weisungsbefugnissen gegenüber dem Büro – einverstanden gewesen. NRW setzte sich mit seinen Bedenken gegen das politische Gremium durch: a) unter den 12 Parteivertretern wären auch 2 Vertreter der KPD. Dadurch würde jede vertrauliche Aussprache unmöglich gemacht und die Aktionsfähigkeit des Büros aufs schwerste beeinträchtigt. (Schumacher war trotz Bedenken wegen Beteiligung der KPD für das Gremium.) b) Außenpolitik sei Regierungsangelegenheit; bei einer so unmittelbaren und starken Einschaltung der Parteien, wie sie der Plan des Polit. Gremiums vorsah, bestehe größte Gefahr, daß die Eigengesetzlichkeit der Außenpolitik verletzt und innenpolitischen Rücksichten untergeordnet würde.

Die Regierungschefs der britischen Zone einigten sich dann auf einen politischen Beirat, in dem lediglich die großen politischen Parteien neben den Länderregierungen angemessen vertreten sein sollten; außerdem sollte das Büro keine politische Funktion ausüben und sich auf das Sammeln von Material und seine Aufbereitung für künftige Verhandlungen beschränken. (Vgl. hierzu Schreiben Eberhard v. 9. 8. 1947 an Min.-Präs. Arnold, NW 53–49; Aufzeichnungen Gumpenberg v. 10. 8. 1947, Aufzeichnung Kroll v. 26. 8. 1947, a. a. O., Niederschrift über die Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen Zone in Hamburg am 29. 8. 1947, sowie Aufzeichnungen Kroll v. 18. 10., 23. 10., 5. 11., 6. 11. 1947, ebenda).

miert; dort hatten sie ihren Kampf um das Besatzungsstatut aufgenommen; das gleiche Gremium nahm ein Jahr später, nachdem auch die Londoner Konferenz gescheitert war, die „Frankfurter Dokumente“ entgegen. Die Entwicklung führte beinahe geradlinig zur Gründung von DDR und Bundesrepublik. So gesehen hatte Ministerpräsident Amelunxen zweifelsohne in doppelter Hinsicht recht, als er am 9. Juni 1947 nach Abschluß der Münchener Konferenz seinem bayerischen Kollegen schrieb:

„Die Bedeutung dieser Konferenz, mit all ihren Imponderabilien, wird, wie ich glaube, noch wachsen mit dem zeitlichen Abstand, in dem wir zu ihr leben werden.“<sup>288</sup>

Nach diesem Erfolg war man in Düsseldorf davon überzeugt, daß Nordrhein-Westfalen „unbedingt an seinem Führungsanspruch festhalten sollte“. (Vertrauliche Aufzeichnung Kroll für Arnold v. 10. 11. 1947).

Zur gleichen Zeit wurde deutlich, daß die Länderregierungen der amerikanischen Zone das Friedensbüro als politisches Instrument süddeutscher Provenienz, in dem sie ihren Einfluß in außen- und innenpolitischen Fragen geltend machen konnten, erhalten wollten und an die Einrichtung eines gemeinsamen Friedensbüros die Bedingung knüpften, daß dabei „das Stuttgarter Büro unverändert übernommen wird und die Länderregierungen der britischen Zone lediglich die Möglichkeit erhalten, einige Lücken im Personalbestand in Form von Referentenstellungen zu besetzen“; außerdem wurde „eindeutig“ zum Ausdruck gebracht, daß man seitens der Länderregierungen der amerikanischen Zone „jede Einschaltung der Parteien in das politische Gremium strikt ablehnt“, was in Düsseldorf u. a. zu der Überlegung führte, ein „Friedensbüro der britischen Zone“ einzurichten. (Vgl. Aufzeichnung Dr. Kroll nach Besprechung in München, ebenda).

Auf dem Höhepunkt der Diskussion um die Ausweitung des Friedensbüros fällt die Initiative des Büros um eine erneute Ministerpräsidentenkonferenz, die in Hannover und Düsseldorf als „unnötig, krankhaft und gekünstelt“ empfunden wurde. Neben den von Kopf in seinen Telefonaten an Roßmann genannten Motiven ist zweifelsohne in der starren Haltung der Länderregierungen der amerikanischen Zone ein weiteres Motiv für die Ablehnung des Konferenzvorschlages durch die Regierungschefs aus der britischen Zone zu suchen.

<sup>288</sup> Bayer. StK, 0106.

Dokumentation

**DIE REISE DES GENERALSEKRETÄRS DES  
LÄNDERRATS ROSSMANN IN DIE OSTZONE  
VOM 15. BIS 20. MAI 1947**

Am 8. Juni 1947 hatte Otto Grotewohl in einem im ‚Neuen Deutschland‘ abgedruckten ganzseitigen Artikel die erst am selben Tag in München endende Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten als „Fehlschlag“ bezeichnet<sup>1</sup>. Das Urteil entsprach der grundsätzlichen Haltung, welche die SED schon vorher – wenn auch in der Öffentlichkeit nicht so betont<sup>2</sup> – zu dem vom bayerischen Ministerpräsidenten Hans Erhard eingeleiteten Versuch einer gesamtdeutschen Initiative auf der Ebene der Länderchefs eingenommen hatte. Folglich lautete auch die Überschrift des Grotewohl-Artikels: „Das ganze Deutschland muß es sein!“. Gemeint war damit in erster Linie die Beteiligung von Parteien und Gewerkschaften. Am 8. Juni schien das Verdikt des SED-Vorsitzenden noch durch den in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni mit dramatischen Akzenten inszenierten und am Morgen des 6. endgültig gemachten Auszug der ostzonalen Ministerpräsidenten aus dem Konferenzsaal der Bayerischen Staatskanzlei in der Prinzregentenstraße 7 erhärtet zu werden. Zurückgeblieben war eben nicht die Vertretung eines ganzen Deutschland, sondern ein dreizonales Rumpfgremium.

Verantwortlich gemacht für dieses Ergebnis hat Grotewohl Erhard und gegen ihn in dem Artikel den Vorwurf erhoben, statt „in internen Vorverhandlungen den Umfang der Fragen zu klären“, die in München – noch besser in Berlin! – besprochen werden könnten und sollten, „ohne vorherige Orientierung“ zu der Konferenz eingeladen zu haben. Gegen diese Beschuldigung steht z. B. die Aussage des Ministers Anton Pfeiffer, Erhards Chef der Staatskanzlei, welcher am 7. Juni der Öffentlichkeit, wenn auch in ebenso pauschalen Worten, von „mühsamer Vorarbeit, bei der keine Gelegenheit zu persönlichem Gedankenaustausch versäumt worden war“, berichtet hatte<sup>3</sup>.

Ein Versuch, Vorwurf oder Verteidigung Erhards auf den jeweiligen Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen, führt in die Vorgeschichte der Konferenz. Dazu liegt in diesem Heft eine minutiöse Untersuchung von Rolf Steininger vor<sup>4</sup>. Die Arbeit konzentriert sich auf der Grundlage bisher in dieser Form nicht bekannten Materials wesentlich auf die in den drei Westzonen gezeigten Reaktionen, die dort ge-

<sup>1</sup> Otto Grotewohl, Das ganze Deutschland muß es sein!, in: Neues Deutschland vom 8. 6. 1947. Ähnlich der Thür. Min.-Präs. Rudolf Paul am Abend des 6. 6. 1947 über Radio Leipzig: „Das eigentliche Ziel der Konferenz ist ... gescheitert“, Bundesarchiv (BA) Koblenz, NL Roßmann Nr. 50, S. 31.

<sup>2</sup> Siehe Neues Deutschland vom 9., 11., 13. und 29. 5. 1947.

<sup>3</sup> Anton Pfeiffer, Zerbrochenes Porzellan, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. 6. 1947.

<sup>4</sup> Siehe Rolf Steininger, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, in diesem Heft, S. 375.

führten vorbereitenden Gespräche und den Verlauf der abendlichen Vollsitzung vom 5. Juni, der ersten und einzigen. Nicht in gleichem Maße kommen die in und mit der einen Ostzone geführten Gespräche zu Wort. Dazu kann im folgenden Ergänzendes beigetragen werden – allerdings nicht in derselben Vollständigkeit<sup>5</sup> –, weil über diese Kontakte eine von der Forschung bisher nicht berücksichtigte Quelle aufgefunden wurde.

Es handelt sich um den Bericht des Generalsekretärs des Länderrats in der amerikanischen Zone, Erich Roßmann, über seine „Reise in die russische Zone“ vom 15. bis 20. Mai 1947, niedergeschrieben in Stuttgart am 27. Mai 1947. Der Bericht ist in sechs Exemplaren ausgefertigt, zu den Akten des Länderrats genommen, den Ministerpräsidenten Ehard, Maier, Stock und dem Bremer Senatspräsidenten Kaisen übersandt und zu den privaten Akten Roßmanns gelegt worden. Das hier abgedruckte Exemplar ist das erste der sechs; es fand sich – eigentümlicherweise – in dem im Koblenzer Bundesarchiv lagernden Nachlaß Erich Roßmanns<sup>6</sup>. Da die Publikation dieser Quelle im wesentlichen ergänzenden Charakter hat, fühle ich mich nicht zu einer weitreichenden Auseinandersetzung mit der Forschung aufgefordert, sondern möchte mich auf eine knappe historische Einordnung und Kommentierung des Textes beschränken.

Ehard hat, soweit ist Grotewohls Vorwurf nicht zu entkräften, die Einladung zu der Konferenz aus eigener Initiative, nach einer am 4. Mai gegebenen Anregung des bayerischen Bevollmächtigten beim Länderrat, Gebhard Seelos, aber ohne weitere Konsultationen mit „Amtskollegen“ schon am 7. Mai 1947 ausgesprochen<sup>7</sup>. Dieses in jedem Fall schnelle, wenn nicht gar überhastete Vorgehen muß angesichts der schlechten Erfahrungen, die man mit der für den Herbst 1946 in Bremen vierzonal geplanten, aber dann am 4. und 5. Oktober 1946 nur zweizonal durchführbaren Ministerpräsidentenkonferenz gemacht hatte, überraschen. Die Gründe hierfür sind noch nicht mit letzter Klarheit genannt und können auch hier nicht weiter erörtert werden. Sie sind aber wohl in den bayerischen Absichten zu sehen, im Augenblick der Diskussion über nationale Repräsentation und Einheit Deutschlands der seit je begünstigten föderalistischen Lösung zumindest Beachtung zu verschaffen<sup>8</sup>. Auch eine sich letztlich tatsächlich nur Wirtschaftsfragen wid-

<sup>5</sup> Auch die von Elmar Krautkrämer (Der innerdeutsche Konflikt um die Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947, in dieser Zeitschrift 20 [1972], S. 166, Anm. 54) genannten Quellen zur Haltung der Offiziellen der Ostzone (zu ergänzen durch: Dr. Paul über die Gründe seiner Flucht, in: Der Tagesspiegel vom 30. 12. 1947, und die einschlägigen Artikel der ostzonalen Presse) reichen nicht aus, um mit dem im folgenden vorgelegten Roßmann-Bericht ein vollständiges Bild zu bekommen.

<sup>6</sup> BA Koblenz, NL Roßmann Nr. 30, S. 110–121. Für die Erlaubnis zur Publikation habe ich dem Bundesarchiv zu danken. Herr Steininger hat kürzlich ein weiteres Exemplar auffinden können. Die Tatsache der Reise ist natürlich schon bekannt, siehe z. B. Wilhard Grünwald, Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, Anlaß und Scheitern eines gesamtdeutschen Unternehmens, Meisenheim 1971, S. 160 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Steininger, S. 377 f. Zur ausschließlich von Ehard ausgegangenen Initiative vgl. auch den Roßmann-Text.

<sup>8</sup> Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die erste offizielle Begegnung deutscher Ver-



mende Konferenz dieses Stils konnte dafür politische Demonstrationsqualitäten hergeben.

Aus der Ostzone kam die erste – inoffizielle – Reaktion auf die Einladung prompt. Schon am 8. Mai erklärte Werner Eggerath in seiner Eigenschaft als – ja angesprochener – stellvertretender Ministerpräsident von Thüringen gegenüber ADN mit polemischem Unterton, ein solcher Konferenzplan könne zwar der von allen ersehnte Ausdruck eines bayerischen Bekenntnisses zu Deutschlands Einheit sein, sei aber „von vornherein bedenklich“, da es einigen Ministerpräsidenten der Westzonen an Selbständigkeit, allen aber an der nötigen Aktivlegitimation fehle<sup>9</sup>. Da Eggerath gleichzeitig führendes SED-Mitglied war, kam seiner Stellungnahme größeres Gewicht zu als etwa der des LDPD-Mitglieds und Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Erhard Hübener, der am 10. Mai eine solche Konferenz als „nützlich“ bezeichnete<sup>10</sup>. Die am 10. und 11. Mai in Schierke im Harz abgehaltene SED-Länderbesprechung äußerte sich jedoch – recht auffällig – ähnlich und fand „keine Bedenken“ gegen eine Teilnahme der ostzonalen Ministerpräsidenten, auch wenn sie ein Treffen der Parteivertreter als „wichtiger“ bezeichnete<sup>11</sup>.

Diesem vorsichtigen, durch Eggeraths Bemerkung vom 8. Mai allerdings problematisch erscheinenden Einverständnis der SED mit dem Konferenzplan stellte Schumachers SPD am selben 11. Mai von Hannover aus ein schroffes Nein gegenüber<sup>12</sup>. Jetzt mußte Ehard unverzüglich die Rückwirkung dieser Parteiäußerungen auf die jeweiligen Ministerpräsidenten erkunden. Erst in diesem Augenblick begannen deswegen die von Grotewohl vermißten „internen Vorverhandlungen“. Seinen Vertrauten Seelos ließ Ehard vom 14. bis 17. Mai besonders durch die Länder der britischen Zone reisen, um für den Konferenzplan zu werben, aufgetretene Bedenken zu zerstreuen und mögliche Tagesordnungspunkte und Referenten zu erörtern<sup>13</sup>; zu einer ähnlichen Mission nach Osten bat er Roßmann. Der Generalsekretär muß darüber schon bald nach dem 11. Mai unterrichtet worden sein, denn er hat sich noch vor Antritt seiner Reise am 15. 5. von Stuttgart aus

---

treter der britischen und amerikanischen Zone am 5. u. 6. 2. 1946 in Stuttgart. Bei diesem von der britischen Militärregierung angeregten Meinungsaustausch zwischen Kopf (Niedersachsen), Lehr (Nordrhein), Geiler (Groß-Hessen), Maier (Nord-Württemberg/Nord-Baden) und Hoegener (Bayern) hatten alle die Einheitlichkeit des Reiches stark betont und „als *conditio sine qua non*“ bezeichnet, nur Hoegener war einem solchen Bekenntnis ausgewichen, wollte gar – eine direkte Parallele zu München 1947! – eine politische Thematik ganz ausklammern und eventuelle Verhandlungen untereinander und im größeren Rahmen „auf das wirtschaftliche Moment beschränken“, vgl. die Aufzeichnung Lehrs vom 10. 2. 1946, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf NW 53 Nr. 352, S. 537.

\* Abgedruckt im Neuen Deutschland vom 9. 5. 1947.

<sup>10</sup> Ebd., 11. 5. 1947.

<sup>11</sup> Ebd., 15. 5. 1947.

<sup>12</sup> Zur Haltung der SPD in der Frühphase der Konferenzvorbereitung vgl. Grünwald, a. a. O., S. 125 f. und Steininger, S. 395 ff.

<sup>13</sup> Zu der Seelos-Reise vgl. Steininger, S. 384 ff.

um Empfangszusagen bemüht, allerdings nur eine von Hübener aus Halle und Schröder aus Berlin erhalten<sup>14</sup>.

Roßmann war für eine solche Reise der richtige Mann. Er selbst rühmt sich in dem Reisebericht seiner „Beziehungen zu einflußreichen Kreisen der Ostzone“. Als gebürtiger Thüringer und altes SPD-Mitglied hatte er diese z. B. zu Grotewohl, der ihn anlässlich eines Berlinaufenthalts im Dezember 1946 „außerordentlich herzlich und freundschaftlich“ empfangen hatte, aber auch zu anderen, die ihrerseits glaubten, mit Roßmann „jemanden im Westen zu wissen, der ihnen vorurteilslos in alter Freundschaft gegenüberstehe“<sup>15</sup>. Dieser Umstand und die politische Funktion Roßmanns in der amerikanischen Zone mußten ihn in den Augen Ehards als geeigneten amtlichen Kurier gen Osten erscheinen lassen.

Roßmann hat auf seiner sechstägigen Reise am 17. mit dem Ministerpräsidenten von Thüringen, Rudolf Paul, in Weimar konferiert, am Abend desselben Tages mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Erhard Hübener, in Halle, am Nachmittag des 19. mit dem Ministerpräsidenten von Sachsen, Rudolf Friedrichs, in Dresden und wahrscheinlich dazwischen am 18. oder aber danach am 20. Mai mit dem Ministerpräsidenten von Brandenburg, Karl Steinhoff, in Potsdam. Aus Gründen persönlicher Unpäßlichkeit traf er nicht mit dem mecklenburgischen Ministerpräsidenten Wilhelm Höcker zusammen, dagegen aber mit den Landtagspräsidenten von Thüringen, Sachsen und Brandenburg, mit Berlins stellvertretendem Oberbürgermeister Louise Schröder, dem Berliner Stadtverordnetenvorsteher Otto Suhr, Paul Löbe als dem Herausgeber des „Telegraf“ und einem Mitglied der französischen Militärregierung in Berlin-Frohnau.

Wichtigstes Ergebnis der Roßmann-Reise mußte für Ehard zunächst die „mit höchster Wahrscheinlichkeit“ gesicherte Teilnahme der ostzonalen Ministerpräsidenten an der Münchener Konferenz sein. Nachdem er selbst in seiner Rundfunkrede am 14. Mai von dem ursprünglichen Plan, auf der Konferenz auch politische Themen zu besprechen, abgerückt war und „die Fragen der wirtschaftlichen Not“ in den Vordergrund gestellt hatte<sup>16</sup>, konnte Roßmann ihn darin durch seine Reise bestärken, allerdings im wesentlichen nur auf Grund seines Gesprächs mit Hübener, dem politisch unabhängigsten, dafür aber auch einflußlosesten ostzonalen Ministerpräsidenten<sup>17</sup>. Doch die Vorrangigkeit politischer Thematik hatte keiner

<sup>14</sup> S. Roßmann-Text. Gegen die von Grünewald (a. a. O., S. 161) vertretene Auffassung, Roßmann habe sich für diese Reise selbst „angeboten“, spricht der Text des Reiseberichts: Es „wurde aus den Kreisen der Beteiligten die Anregung an mich herangetragen...“.

<sup>15</sup> Diesen Eindruck hatte Roßmann von einer Reise nach Berlin im Dezember 1946 mitgebracht, bei der er in dem „großen und prunkhaften Arbeitszimmer“ Grotewohls mit mehreren ostzonalen Politikern, u. a. Fechner, zusammengekommen war und in einer Art tour d'horizon Perspektiven für die politische Entwicklung Deutschlands besprochen hatte, s. Tagebuch Roßmanns, 10. 12. 1946, BA Koblenz, NL Roßmann Nr. 4, S. 32 ff.

<sup>16</sup> Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz in München vom 6. bis 8. Juni 1947, hrsg. v. d. Bay. Landeszentrale für pol. Bildungsarbeit, 1965<sup>2</sup>, S. 14.

<sup>17</sup> Hübener kannte z. B. den im fertigen Schreibmaschinenmanuskript mitgebrachten größeren und in politischen Grundsatzfragen im Sinne der SED abgefaßten zweiten Teil der „Er-

der anderen ausdrücklich gefordert. Sollte es dennoch dazu kommen, so konnte die von den Ostzonenpräsidenten gegenüber Roßmann bekundete Sympathie für eine föderalistische Ordnung des neuen Deutschland für Ehard ein durchaus ermutigendes Vorzeichen sein.

Dies alles waren zwar positive, aber nur vordergründige Ergebnisse der Reise. Dem gegenüber standen die sehr bemerkenswerten Eindrücke, die der Sendbote von der schon zu diesem Zeitpunkt „pathologischen Furcht“ der östlichen Bevölkerung, vom Westen verlassen zu werden, von der großen Fluchtbereitschaft gerade in führenden Kreisen („viele haben in der Westzone irgendwo einen Pfahl eingeschlagen“<sup>18</sup>) und besonders von der Auswirkung der auf deutschem Boden immer stärker kontrastierenden Ideologien, die bei gleicher Sprache ein unterschiedliches semantisches Verständnis bewirkten, mitbrachte. Daraus schloß Roßmann zu recht auf die gesamtdeutsche Bedeutung der Konferenz. Die „mühsame Vorarbeit“, auf die Pfeiffer am 7. Juni verwiesen hatte, ist zwar aufgebracht worden, allerdings zu spät – sie hätte auch vor dem 7. Mai stattfinden müssen –, nicht mit dem durchaus angebracht gewesenen Entgegenkommen – Ehard hätte der Einladung Friedrichs zu einem Besuch in Dresden folgen und nicht Terminnöte verschieben sollen – und am Schluß nicht mit der notwendigen politischen Zielverantwortung. Roßmanns Reisebericht kann zu Überlegungen dieser (und anderer) Art anregen.

Manfred Overesch

#### Dokument

Nr. 1  
z. d. A. des  
Sekretariats  
des  
Länderrats

Streng vertraulich!  
Nur für die Hand des Empfängers!

#### Reise in die russische Zone

Im Zusammenhang mit der geplanten Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder in München wurde aus den Kreisen der Beteiligten die Anregung an mich herangetragen, meine Beziehungen zu einflußreichen Kreisen der Ostzone zugunsten der Beteiligung der Ministerpräsidenten der Ostzone an der Konferenz auszuwerten. Ich entschloß mich daher zu einer Reise in die Ostzone, die ich am 15. Mai im Pkw antrat. Etwa 25 km vor Stein bei Nürnberg wurde ich einer Kontrolle der MP unterworfen, die, obwohl ich den amtlichen Charakter meiner Reise deutlich nachwies,

klärung der Ministerpräsidenten der Ostzone vom 5. Juni 1947“ (a. a. O., [Anm. 16], S. 26 ff.) gar nicht und lehnte in der Pressekonferenz am frühen Morgen des 6. Juni ein Einverständnis damit ausdrücklich ab, s. Rhein-Neckar-Zeitung vom 7. 6. 1947. Er war auch als einziger nicht zu der von seinen vier Kollegen am 10. 6. 1947 in Berlin gemeinsam abgehaltenen Pressekonferenz erschienen, s. Grünewald, a. a. O., S. 521.

<sup>18</sup> Bemerkenswert für das bereits zu diesem Zeitpunkt bestehende Spaltungsbewußtsein ist, daß Roßmann von „der Westzone“ spricht, wo es doch deren drei gab.

in geradezu empörenden Formen durchgeführt wurde. Das gesamte Gepäck des Wagens wurde durchwühlt. Die Koffer mußten teilweise auf offener Straße geöffnet werden. Die bescheidenen Lebensmittelvorräte, mit denen ich mich im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die die Ernährung in der russischen Zone verursacht, vorsorglich ausgestattet hatte, wurden beanstandet; wegen zweier Gegenstände amerikanischen Ursprungs (1 Päckchen Zigaretten und 1 Stück Seife), die aus Care-Paketen amerikanischer Freunde stammten, wurde ich heftig zur Rede gestellt.

Im Gegensatz hierzu verlief die zweite amerikanische Kontrolle kurz vor der Zonengrenze bei Probstzella in angenehmen Formen. Die gleich darauf folgende russische Kontrolle war betont höflich und zurückhaltend. Bei der Rückkehr in die amerikanische Zone, die sich am gleichen Übergang vollzog, ging die russische und amerikanische Kontrolle in derselben höflichen Form vor sich wie bei der Einreise. Der kontrollierende russische Major behielt für sich allerdings ein kleines pyramidenförmiges Prisma, das als Briefbeschwerer dienen sollte und mir von dem mir befreundeten Direktor der Zeiss-Werke als Andenken an meinen Besuch geschenkt worden war.

Ein bitteres Gefühl bewegte mich, daß ich meine thüringische Heimat unter Beobachtung solcher Formalitäten betreten und verlassen mußte. Es stärkte meinen Entschluß, alles aufzubieten, um im Rahmen meiner bescheidenen Kräfte zum Fallen der Zonengrenzen beizutragen. Dieser Aufgabe galt meine Reise. Sie war nicht leicht zu erfüllen. In Stuttgart hatten mich nur die Zusagen des Ministerpräsidenten Dr. Hübner<sup>19</sup>, Halle, und des Oberbürgermeisters von Berlin erreicht. Für die ersten zwei Tage hatte ich mein Standquartier in Pößneck – meiner Vaterstadt – aufgeschlagen. Von dort aus versuchte ich, Tag und Stunde zu ermitteln, die den Ministerpräsidenten für meinen Besuch angenehm waren. Die Telefonverbindung funktionierte jedoch so mangelhaft, daß Blitzgespräche 6 bis 8 Stunden nach ihrer Anmeldung nicht zustande kamen.

Ich entschloß mich am 17. Mai, aufs Geratewohl nach Weimar zu fahren, und hatte das Glück, von Ministerpräsident Dr. Paul sofort empfangen zu werden und von Ministerpräsident Dr. Hübner von Sachsen-Anhalt die Bereitwilligkeit zu einer Unterredung am gleichen Tag zu erfahren.

Bei meinem Eintreffen in Thüringen war die politische Atmosphäre der Münchener Konferenz nicht günstig. Es war bereits durchgedrungen, daß die SPD von Hannover aus sich quergelegt und den Ministerpräsidenten das Recht abgesprochen hatte, Deutschland in den Fragen des Friedens und der Außenpolitik zu vertreten<sup>20</sup>. Im weiteren Verlauf meiner Reise gewann ich jedoch den Eindruck, daß gerade diese Haltung führender Kreise der SPD dazu beitrug, die pessimistische, ja mancherorts eisige und vorurteilsvolle Einstellung in der Ostzone gegenüber der Münchener Konferenz aufzulockern. Die SED, die anfangs eine ähnlich schroffe Ablehnung an den Tag gelegt hatte wie die SPD, hatte auf der Konferenz in Schierke im Harz eine offenkundige Schwenkung im Sinne der Beteiligung an der Konferenz vorgenommen<sup>21</sup>. Zwar bezeichnete sie die Konferenz im Vergleich zu anderen Fragen als zweitrangig, stellte jedoch die unmittelbare Beantwortung der Einladung in das Ermessen der Ministerpräsidenten. In Weimar wirkte noch die gegen die Konferenz gerichtete Erklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Eggerath nach. Diese Erklärung verlor jedoch viel von ihrem negativen Gewicht durch die Tatsache, daß unmittelbar nach ihrer Abgabe sich

<sup>19</sup> Richtig: Hübener; so auch an allen folgenden Stellen des Textes.

<sup>20</sup> S. o., Anm. 12.

<sup>21</sup> Vgl. Eggeraths Stellungnahme vom 8. 5. 1947, s. o. Anm. 9, und den Konferenzbeschuß von Schierke im Neuen Deutschland vom 13. 5. 1947. Zu Schierke siehe Grünwald, a. a. O., S. 149 ff., und ergänzend Der Tagesspiegel vom 30. 12. 1947.



eine bedeutsame Veränderung in der Zusammensetzung des thüringischen Kabinetts vollzogen hatte. Ministerpräsident Dr. Paul, mit dessen Rückkehr nach monatelanger Abwesenheit wegen Krankheit aus politischen Gründen niemand mehr gerechnet hatte – sein nächster Mitarbeiter, Präsidialdirektor Dr. Staas, war während der Abwesenheit von Dr. Paul entlassen worden – wurde jetzt plötzlich wieder in sein Amt eingesetzt. Gleichzeitig wurden die Minister Busse (früher KPD) und Dr. Wolf (früher KPD) ihrer Ämter enthoben und sollten durch frühere SPD-Persönlichkeiten ersetzt werden. Als ein weiteres Faktum, das einen Stimmungsumschlag einleitete, verdient die Einstellung der Bevölkerung zur Münchener Konferenz vermerkt zu werden. Ich hatte schon in den ersten Tagen meines Aufenthalts in der russischen Zone Gelegenheit, mit zahlreichen mir bekannten Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Bevölkerung zu sprechen – auch mit Mitgliedern der SED –, die mir durchaus den tiefen Eindruck bestätigten, den die Einladung der Bayerischen Regierung in der Öffentlichkeit gemacht hat. In einer Situation der Verzweiflung und Resignation hat die Einladung wie ein wohlthuender Hoffnungstrahl gewirkt.

Ich fand bei Ministerpräsident Dr. Paul, Weimar, eine überraschende Aufgeschlossenheit gegenüber der Konferenz, ihren Aufgaben und Zielen. Diese erfreuliche Tatsache führe ich darauf zurück, daß Dr. Paul durch seine vorjährige Reise nach Stuttgart und durch die häufigen Aussprachen, die er mit politischen Persönlichkeiten aus dem Westen (besonders aus Hessen) hatte, weniger Vorurteile gegen den Westen hegt als ich sie sonst angetroffen habe. Schon in der Unterredung mit Dr. Paul sind die Tatbestände hervorgetreten, denen ich im weiteren Verlauf meiner Reise bei allen Besprechungen begegnet bin, und zwar[:].

## I.

Die Tatsache, daß die Konferenz auf eine bayerische Initiative zurückgeht, hat in gewissen politischen Kreisen der Ostzone starkes Mißtrauen erregt. Dieses Mißtrauen wird verstärkt durch die Wahl des Tagungsortes. Man glaubt nicht an die Ehrlichkeit der bayerischen Versicherung, daß man für die Einheit des Reiches sei. Bayern sei der Hort des Partikularismus und Separatismus. Vielfach vermutet man hinter der Konferenz ein Komplott, das möglicherweise von Bevin oder Marshall gegen Rußland angezettelt sein könnte, die sich Bayerns nur zur Förderung ihrer besonderen politischen Ziele bedienten. Soweit Bayern selbst in Betracht komme, bestehe der Verdacht, daß es aus einem wahrscheinlichen Scheitern der Konferenz die Legitimation ableiten wolle, nun seine partikularistischen und separatistischen Ziele selbständig zu verfolgen. Alle diese Ressentiments, bei deren Erwähnung die Ministerpräsidenten offenließen, inwieweit sie sie sich persönlich zu eigen machen, wurden auf den Nenner gebracht: Vorstoß der von USA unterstützten kapitalistischen Reaktion des Westens gegen die in einer sozialistischen und wahrhaft demokratischen Entwicklung befindlichen Ostzone.

Dieser Einstellung bin ich überall, wo sie mir begegnete, höflich aber mit aller Energie mit der Bemerkung entgegengetreten, daß keinerlei Grund bestehe, an der absoluten Loyalität der gegenwärtigen Bayerischen Regierung, insbesondere ihres Ministerpräsidenten, zu zweifeln. Die Anwesenheit der bayerischen Sozialdemokratie in der Regierung bürge dafür, daß weder an der Ehrlichkeit der Erklärung hinsichtlich der Einheit des Reiches noch an der Abwesenheit von partikularistischen oder gar separatistischen Hintergedanken zu zweifeln sei. Die Tatsache, daß sich die Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden und Hessen und der Senatspräsident von Bremen der geplanten Aktion als erste angeschlossen hätten, sei ein weiterer Beweis für die Abwe-

senheit von Nebengedanken. Der Einfluß dieser Länder, die unbedingte Anhänger der Reichseinheit seien, sei groß genug, um solchen Tendenzen vom Süden her wirksam zu begegnen. Wenn ein solches Mißtrauen, das ich für unberechtigt hielte, unüberwindbar sei, dann sei es um so notwendiger, auf der Konferenz zu erscheinen, um alle gegen Separatismus und Partikularismus wirkenden Kräfte in Deutschland zu vereinen. In Süddeutschland habe man – im Gegensatz zu der in der russischen Zone vielfach vertretenen Auffassung – die Tatsache, daß gerade von Bayern ein solcher Schritt erfolgte, als ein erfreuliches Symptom für die innerliche Verbundenheit des gesamten deutschen Volkes empfunden. Ich setzte weiter auseinander, daß es nicht geleugnet werde, daß partikularistische und separatistische Strömungen in Bayern zu beobachten seien – auch anderwärts, z. B. in Südbaden –, aber es handle sich um hoffnungslose kleine Minderheiten, die nur dann einen gewissen Auftrieb erhalten könnten, wenn die Konferenz bewußt zum Scheitern gebracht werde. Die Reaktion, die hierauf zu erwarten sei, würde möglicherweise sehr schwere Folgen für Gesamtdeutschland haben. Die verantwortlichen politischen Kreise Bayerns seien sich des unlöslichen Zusammenhangs ihres Landes mit dem Reich durchaus bewußt. Natürlich erhoffe Bayern die Erfüllung gewisser Wünsche bezüglich der künftigen staatsrechtlichen Konstruktion Deutschlands, aber ich sähe hier keine unlösbaren Widersprüche.

Ich bemerke hier vorweg, daß sich alle Ministerpräsidenten der russischen Zone bei der Unterhaltung über diese Frage als Anhänger einer mehr oder weniger föderativen Form der künftigen Verfassung bekannten. Sie machten mich mit einer Reihe von Vorgängen vertraut, bei deren Abwicklung sowohl sie selbst als auch die Landtage, die eifersüchtig über ihre Kompetenzen wachten, ihre Zuständigkeiten gegenüber den Zentralstellen verteidigt hätten. In diesem Kampf hätten sie übrigens vielfach die regionale SMA auf ihrer Seite gehabt. In den Gedanken, die die Ministerpräsidenten zu dieser Frage entwickelten, gingen die Begriffe Föderalismus und Zentralismus häufig ineinander über. Gefordert wird eine scharfe Abgrenzung der gegenseitigen Kompetenzen. Die Landtagspräsidenten von Thüringen, Sachsen und Brandenburg, mit denen ich sprechen konnte, vertraten die gleichen Auffassungen. Sie alle betonten zugleich, daß die Beiziehung der Landtagspräsidenten zur Münchener Konferenz notwendig sei, schon wegen der viel stärkeren Stellung, die die Landtage der Ostzone nach den dort angenommenen Verfassungen gegenüber den Regierungen hätten als vergleichsweise der Landtag in Bayern. Ich bestritt diese Auffassung und wies nach, daß auch in der US-Zone die Landtage die oberste politische Instanz seien und in der britischen Zone die Entwicklung in der gleichen Richtung verlaufe. Ministerpräsident Dr. Paul verwies in diesem Zusammenhang auf die Haltung *Molotows* auf der Moskauer Konferenz, in der sich dieser deutlich von dem reinen Zentralismus der SED entfernt und die Weimarer Verfassung als Diskussionsgrundlage empfohlen habe. Molotow habe in vielen Fragen Anhaltspunkte gegeben, deren man sich aus psychologisch/politischen Gründen bedienen sollte. Tue man das, so sei der Erfolg der Konferenz so gut wie sicher. Ich selbst betonte im übrigen mit allem Nachdruck, daß die Konferenz ausschließlich der Initiative der Bayerischen Regierung entsprungen und in keiner Weise von der Militärregierung angeregt worden sei. Diese stehe, wie ich bestimmt versichern könne, der Konferenz mit absoluter Neutralität gegenüber. Sie habe sich von Anbeginn den deutschen Wünschen auf Abhaltung solcher Konferenzen wohlwollend gezeigt und aus dieser Grundstellung heraus auch der Münchener Konferenz nicht widersprochen. Der wahre Einberufer der Konferenz, so sagte ich, sei die grauenvolle Not des deutschen Volkes, die sich ins Unerträgliche zu steigern drohe, wenn nicht zwischen Moskau und London etwas Entscheidendes geschehe. In diesem Zusammenhang wies ich auch darauf hin, daß die deutschen politischen Kreise des Westens infolge zweijähriger Nichterfüllung des Potsdamer Protokolls sich unter Umständen der Gewalt einer wirt-

schaftlichen und politischen Entwicklung gegenübergestellt sehen könnten, der sie sich nicht erwehren dürfen, die aber eine Gefahr für die Einheit des Reiches in sich schließe. Diese Gefahr zu bannen und laut in die Welt hinausrufen: „Wir gehören zusammen und wollen zusammen bleiben!“ sei eine der wesentlichsten Aufgaben der Konferenz.

## II.

Meine Reise hat mich fast durch die gesamte Ostzone geführt. In allen Städten – auch in kleineren – begegnet man an öffentlichen Gebäuden, Fabrikeingängen oder über die Straße gespannt riesigen Transparenten mit der Aufschrift: „Wir kämpfen für die Freiheit der Arbeiterklasse, für die Einheit des Reiches, für die Demokratie und für den Sozialismus.“ Niemand kann diesem enormen agitatorischen Aufwand für die genannten Ziele entgehen. Demgegenüber besteht in einem großen Teil der Bevölkerung die durch die SED-Presse genährte Auffassung, daß man im Westen die Ostzone bereits abgeschrieben habe, und zwar treffe dies nicht nur für die amerikanische Regierung, sondern auch für die deutsche Seite in den Westzonen zu. Man beruft sich zur Begründung dieser Auffassung z. B. auf die wirtschaftliche Vereinigung der Westzonen und auf Äußerungen gewisser deutscher Politiker, z. B. des Herrn Euler in Frankfurt a. M. Im Lichte dieser völlig schiefen Auffassung erscheint die plötzliche Einberufung der Münchener Konferenz vielen Menschen in der Ostzone als ein Mysterium, hinter dem der Versuch zu erblicken sei, die Verantwortung für eine eventuelle Teilung Deutschlands in eine westliche und östliche Sphäre nach Osten abzuschieben.

Es war selbst Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten gegenüber nicht ganz leicht, den absoluten Irrtum einer solchen Auffassung nachzuweisen. Natürlich standen die Unterhaltungen hierüber auch unter dem Motto: „Wenn zwei dasselbe sagen, so ist es nicht dasselbe“. Es wäre verhängnisvoll, sich darüber zu täuschen. Jede Seite spricht von der Einheit, und jede versteht im konkreten Fall etwas anderes darunter. Hier brach die Wirkung der grundverschiedenen Ideologien mit aller Gewalt durch. Ich glaube, es müßte eine Aufgabe der Münchener Konferenz sein, genau festzustellen, inwieweit man sich wirklich einig ist. Auf der so gewonnenen Plattform müßte aufgebaut werden, ehe sich die Sonderentwicklung in der Ostzone in verhängnisvoller Weise fortsetzt. Diese Sonderentwicklung hat bereits einen so tiefen Graben gezogen, daß es aller diplomatischen und politischen Kunst bedarf, um im Interesse der Erhaltung der Einheit Deutschlands eine Brücke über ihn zu bauen. Es ist vielleicht nicht uninteressant, hier zu bemerken, daß eine der Persönlichkeiten, mit denen ich sprach und die politisch nicht zur SED gehört, der Meinung Ausdruck gab, daß man, wenn die Konferenz erfolgreich sein sollte, der SED eine Möglichkeit bieten sollte zu hoffen, daß sie innerhalb der wirtschaftlichen und politischen Einheit ihre Ziele verteidigen und verwirklichen könne. Das sei gewiß eine große Geste, die Mut erfordere, zugleich erfordere sie aber auch Vertrauen, daß das deutsche Volk immun genug sei, neuen Fehlentwicklungen in seiner politischen und wirtschaftlichen Geschichte nicht mehr zu erliegen.

Das Entstehen so grober Irrtümer wie in der Stellung der Westzonen zur wirtschaftlichen und politischen Einheit wird begünstigt durch die gegenseitige Absperrung der Presse und das durch mangelnde persönliche gegenseitige Fühlungnahme begünstigte Auseinanderleben der politischen Kräfte. Der Anregung, der SED in den Westzonen eine Chance zu geben, bin ich sofort mit der Forderung begegnet, daß der SPD in der Ostzone dieselbe Chance durch ihre garantierte und geschützte Zulassung gege-

ben werden müsse. Niemand könne bestreiten, daß durch die Abwesenheit der SPD in der Ostzone das politische Bild, das diese gegenwärtig darbierte, nicht echt sei. Die Zulassung der SPD nach Beseitigung der Zonengrenzen wurde mir gegenüber durchweg als selbstverständlich bezeichnet. Eine Stelle freilich verheimlichte mir nicht, daß eine solche Zulassung vom objektiven Standpunkt aus gesehen als unerfreulich hingenommen werde, weil sie die politische Einheit der Arbeiterschaft in der Ostzone, die sich so segensreich ausgewirkt habe, wieder in Frage stelle.

Beiläufig sei bemerkt, daß die Furcht vor einer endgültigen Abspaltung der Ostzone in der Bevölkerung, besonders in der Bevölkerung von Berlin, geradezu pathologische Züge angenommen hat. Ich bin kaum einem Menschen begegnet, der eine irgendwie hervortretende Rolle im wirtschaftlichen Leben der russischen Zone einnimmt, der nicht im Geheimen mit dem Gedanken spielt, bei passender Gelegenheit in die Westzone hinüberzuwechseln; viele haben in der Westzone irgendwo einen Pfahl eingeschlagen, an dem sie eine bescheidene Existenz anzubinden hoffen. Die Westzonen wären aber gar nicht imstande, eine Invasion aufzunehmen, die mit Sicherheit eintreten würde, wenn es zur Teilung Deutschlands kommt. Die Ausblutung der Ostzone, die damit droht, muß vom Standpunkt Gesamtdeutschlands aus gesehen geradezu als eine Katastrophe empfunden werden. Hier winkt der Münchener Konferenz die große Aufgabe, durch geschickte Verhandlungen und kluge Beschlüsse zu einer Beruhigung in der Ostzone beizutragen.

### III.

Neben den bereits geschilderten Einwänden gegen die Münchener Konferenz wurden, je weiter ich nach Norden kam, stärker in den Vordergrund gestellt die Frage der Zuziehung der Landtagspräsidenten und der Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften sowie die unvermittelte Einladung ohne den Versuch einer vorherigen Verständigung über Zeit und Ort der Konferenz. Ministerpräsident Dr. *Steinhoff* in Potsdam erklärte mir z. B., er glaube, daß es ihm ohne Konzessionen zugunsten dieser Einwände kaum möglich sein werde, nach München zu gehen. Wenn Bayern zwar auch eingeladen, aber als Tagungsort beispielsweise Berlin vorgeschlagen hätte, so würde dies als eine große psychologische Geste im Norden den günstigsten Eindruck hervorgerufen haben. Bedenken dieser Art kamen nicht nur von Seiten der SED, sondern auch von Frau Oberbürgermeister *Schroeder*, dem Berliner Stadtverordnetenvorsteher Dr. *Suhr* und dem Herausgeber des „Telegraf“ Paul *Löbe*. Mit allen diesen Persönlichkeiten habe ich die Einwände durchgesprochen. Ich sicherte zu, geäußerte Bedenken der Bayerischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Die Eile, mit der die Konferenz einberufen worden sei, werde durch die Not entschuldigt, die rasches Handeln gebiete. Es sei aber zu hoffen, daß dieser Konferenz bald eine weitere folgen werde. Der Wunsch, eine zweite Konferenz in Berlin stattfinden zu lassen, könne dann vielleicht erfüllt werden. Ich sagte dies ohne jede Verbindlichkeit, lediglich als meine persönliche Meinung. Den Streit darüber, ob in der Frage der Repräsentanz des Reiches den Parteien oder den Ministerpräsidenten der Vorrang gebühre, hielt ich für theoretisch. Die Ministerpräsidenten seien aktionsfähig, die Parteien seien es leider im Augenblick noch nicht; die Ministerpräsidenten stünden auf einer anderen Ebene als die Parteien. Die SPD habe vollkommen recht, wenn sie erkläre, sie könne sich mit der SED solange nicht an einen Tisch setzen, als die Freiheit ihrer Freunde in der Ostzone mißachtet und sie als Partei nicht zugelassen sei. Bis zur Klärung dieser schwerwiegenden Differenzen könne aber mit der deutschen Initiative nicht gewartet werden.



Von besonderem Interesse war meine Unterredung mit Ministerpräsident Dr. Hübner von Sachsen-Anhalt. Dr. Hübner ist der einzige Ministerpräsident der Ostzone, der nicht der SED angehört. Seine Einstellung zur Konferenz war unbedingt positiv. Er erklärte, er werde unbeschadet der Stellungnahme der Parteien oder seiner Kollegen zur Konferenz gehen, es sei denn, daß ihm die Teilnahme direkt verboten werde. Er riet dringend, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Lösungsversuche in den Vordergrund der Konferenz zu stellen. Nach seiner Meinung sei es jedoch unmöglich, konstruktiven Fragen auszuweichen. Die Notwendigkeit, wieder ein völkerrechtliches Subjekt zu werden, sei zu betonen. Dazu sei notwendig, daß man die Grundzüge einer Staatskonstruktion entwerfe. Geschehe das, so schließe es alle Fragen, die sich um den Begriff des Besatzungsstatuts gruppieren, das als Stichwort bedenklich sei, mit ein. Die positive Forderung nach Wiedererlangung völkerrechtlicher Selbständigkeit schließe ein Vertragsverhältnis zu den Besatzungsmächten notwendig ein.

Die Notwendigkeit, die Entnazifizierung zu erörtern, bejahte er, wies aber darauf hin, daß es ein gefährliches Thema sei.

Zu begrüßen sei die Absicht, einen Überblick über die gesundheitliche Lage zu geben, besonders auch deshalb, weil die Zuständigkeit und die Sachkunde der Ministerpräsidenten auf diesem Gebiet besonders existent sei. Dasselbe gelte für die Flüchtlingsfrage.

Bei einer Darstellung der Größe der Opfer, die der Nazismus Deutschland auferlegt habe, müsse man versuchen, als Referenten einen der besten Männer aus der Organisation der rassistisch und politisch Verfolgten zu gewinnen.

Mit großer Vorsicht sei die Reparationsfrage zu behandeln. Der Versuch einer exakten Feststellung des Geschehenen würde nach seiner Ansicht geradezu Gefahren heraufbeschwören. Bei aller Bedeutung, die den Grenzfragen zukomme, halte er sie für weniger wichtig als die Frage, was in den nächsten Jahrzehnten in dem Raume zwischen der Oder und der Maas geschehe. Die Frage sei für die Ostzone ein schwieriges Thema. Dr. Hübner hielt auch eine breitere Erörterung der Lage von Japan, Italien usw. als stark verfrüht. Eine Erörterung würde voraussetzen, daß wir völkerrechtlich existent seien.

Bezüglich der Aussichten der Beteiligung der Ministerpräsidenten der Ostzone an der Münchener Konferenz machte mir Dr. Hübner die Mitteilung, daß Ministerpräsident Dr. Friedrichs - Sachsen - der federführende Ministerpräsident in Sachen der Münchener Konferenz sei<sup>22</sup>. Die Ministerpräsidenten hätten bereits den Entwurf einer Kollektiv-Antwort signiert. Er sei allerdings nicht berechtigt, mir den Inhalt der geplanten Antwort mitzuteilen. Ich entnahm jedoch seinen Bemerkungen, daß die Antwort wenn nicht ablehnend, so doch hinhaltend gedacht war. Ich bat Herrn Dr. Hübner

<sup>22</sup> Damit war Friedrich auf der Schierker Konferenz beauftragt worden, siehe: Der Tagesspiegel vom 30. 12. 1947. Der im folgenden erwähnte Entwurf einer (positiven) Kollektivantwort ist zunächst ebenfalls in Schierke aufgesetzt, dann aber - nach Ulbrichts Intervention - so verschärft worden, daß die Antwort einer Ablehnung der Konferenz durch die Ostzone gleichkam. Von diesem Text hat Roßmann durch Hübner am 17. Mai erfahren. Ob er, wie er es im Text hinstellt, die sofortige Absendung verhindert hat, ist fraglich, zumal Hübner und Paul (nach eigenem Zeugnis) die Unterzeichnung der neuen (zweiten) Antwortnote bis zu diesem Zeitpunkt verweigert hatten. Allerdings beginnt mit diesem Augenblick und aus dem Erleben einer dramatischen Situation Roßmanns - erfolgreiches - Bemühen um eine persönliche Aussprache zwischen den beiden federführenden Sprechern Ehard und Friedrichs. Danach erfolgte dann die tatsächliche (im Entwurf dritte) Antwort der Ostzonenministerpräsidenten vom 28. 5. 1947. Zu den Antwortentwürfen s. Paul in: Der Tagesspiegel vom 30. 12. 1947.

am späten Abend des 17. Mai, Herrn Dr. Friedrichs durch dringendes Staatsgespräch zu veranlassen, die Absendung der Antwort aufzuschieben, bis er mich am 19. Mai selbst gesprochen habe. Dr. Hübner hat meiner Bitte sofort entsprochen. Ich hatte in diesem Augenblick das Gefühl, daß die Beteiligung der Ministerpräsidenten der Ostzone an einem seidenen Faden hing.

Ministerpräsident Dr. Friedrichs, den ich am Nachmittag des 19. Mai in Dresden sprechen konnte, zeigte die gleiche grundsätzliche Bereitwilligkeit, wie die Herren, die ich bisher gesprochen hatte. Er stimmte fast in allen Punkten, bei denen eine Aussprache in München in Aussicht genommen war, zu, vertrat aber z. B. in der Reparationsfrage einen stark abweichenden Standpunkt. Wenn die Reparationsfrage klar und folgerichtig behandelt werde, könne sie nach seiner Ansicht sogar eine Brücke zur Verständigung werden. Er halte die Reparationen für eine Hoffnung für Deutschland, weil sie den wirtschaftlichen Wiederaufbau zur unerläßlichen Voraussetzung haben.

Die Währungsfrage sei für die Ostzone eine Frage sekundärer Art, da das Einfrieren der Konten ab 8. Mai 1945 in der Ostzone den Geldüberhang weitestgehend beseitigt und den Regierungen die vollkommene Herrschaft über den Kapitalmarkt garantiert habe. Ich stellte in Aussicht, daß man bei etwaigen Wünschen bezüglich der Fragen, die auf der Konferenz Gegenstand der Verhandlungen werden sollen, auf die Situation in der Ostzone weitgehend Rücksicht nehmen werde. Dr. Friedrichs gab zu verstehen, daß er eine Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard für sehr erwünscht halte, bevor die endgültige Entscheidung über die Beteiligung seiner Kollegen falle. Ich sagte zu, daß ich mit allen Kräften versuchen würde, eine solche Zusammenkunft zustande zu bringen; ich schlug Hof oder Plauen als Ort der Zusammenkunft vor. Dr. Friedrichs meinte, es würde einen sehr günstigen Eindruck machen, wenn Ministerpräsident Dr. Ehard sich zu einem Besuch in Dresden entschließen könnte. Ich versprach, auch diesen Wunsch zu fördern. Dr. Friedrichs erklärte mir, daß er beabsichtige, am nächsten Morgen nach Berlin zu fahren, um eine letzte Information zu erlangen, aber ich könne schon jetzt mit höchster Wahrscheinlichkeit mit der Teilnahme der Ministerpräsidenten der Ostzone an der Münchener Konferenz rechnen. Er werde mich über die Länderratsvertretung in Berlin informieren. Die Zusammenkunft zwischen Herrn Dr. Friedrichs und Herrn Dr. Ehard hat dann in Hof stattgefunden. In Berlin erfuhr ich leider weder Ort noch Zeit der Zusammenkunft, an der ich mich gern beteiligt hätte. Allerdings hatte mich ein Wagendefekt und eine persönliche Unpäßlichkeit während zweier Tage stark gehemmt, so daß ich den geplanten Besuch in Schwerin aufgeben mußte. Ich habe jedoch das Notwendige in einem persönlichen Schreiben an den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin niedergelegt und dieses Schreiben in der Länderratsvertretung nach Schwerin telefonieren lassen. Als bald nach meinem Eintreffen in Berlin am 20. 5. erfuhr ich von informierter Seite, daß die SMA den Ministerpräsidenten freigestellt habe, sich an der Münchener Konferenz zu beteiligen. Auch sei nicht beabsichtigt, den Herren Spezial-Instruktionen mitzugeben.

Ich hatte Gelegenheit, durch Vermittlung einer einflußreichen französischen Persönlichkeit die Führer zur französischen Militärregierung in Frohnau auszustrecken. Mein Vertrauensmann hat mir mitgeteilt, daß die Teilnahme der Ministerpräsidenten der französischen Zone gesichert sei. Eine amtliche Mitteilung hierüber sei unmittelbar nach Pfingsten zu erwarten.

Auf Grund meiner Eindrücke, die ich im allgemeinen und im speziellen während meiner Reise durch die russische Zone empfangen habe, glaube ich, der bayerischen Regierung empfehlen zu müssen, alle Fragen – insbesondere die wirtschaftliche Not –, in denen keine oder nur geringe Meinungsverschiedenheiten vorliegen, an erster Stelle auf das Programm der Münchener Konferenz zu setzen, damit die Konferenz nicht von

vornherein an einer Frage, wie z. B. der Grenzfrage, scheitert, bei der grundsätzliche Verschiedenheiten in der Auffassung kaum oder nur schwer zu überbrücken sind.

Stuttgart, 27. 5. 1947  
R/S/Ki.

[gez.] Roßmann<sup>23</sup>

Verteiler:

1. z. d. A. d. Länderrats
2. H. Min.Präs. Dr. Ehard
3. H. Min.Präs. Dr. Maier
4. H. Min.Präs. Stock
5. H. Senatspräs. Kaisen, Bremen ü/H. Schütte pers.
6. H. Gen.Sekr. Roßmann

<sup>23</sup> Handschriftlich.

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Manfred Overesch, abg. Oberstudienrat an der Pädagog. Hochschule Westfalen/Lippe, Abt. Münster, im Fach Geschichte/Polit. Bildung; 443 Burgsteinfurt, Grabbestraße 13.  
Dr. Rolf Steininger, Akadem. Rat am Historischen Seminar der Technischen Uni-

versität Hannover, 3 Hannover, Schneiderberg 50.

Dr. Albrecht Tyrell, Mitgl. der Bearbeiterguppe der „Dokumente zur Deutschlandpolitik“, Bonn; 5205 St. Augustin 1, Paul-Gerhardt-Straße 38.